G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Abendroth/Barnaby/Bartsch/Bechert/Bloch
Borm/v. Bredow/Deschner/v. Ehrenstein/Galtung/Hensche
Holz/Kade/Kloppenburg/Kreck/Maske/Senghaas
Niemöller/Pauling/Ridder/Strassmann/Wulff
Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe

Jo Rodejohann
Entwicklung, Wirkungsweise und Gefahren
der Neutronen-Bombe (ERW)

Bernd Greiner
Konturen der Außenpolitik Präsident Carters

Heinz Oskar Vetter
Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?

Edgar Gärtner
Zur Entwicklung der Linksunion in Frankreich

Alphons Studier
Die UNO-Seerechtskonferenz und die Problematik
einer neuen Weltwirtschaftsordnung

8'77

August 1977 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

August 1977

CHRONIK DES MONATS Juli 903

KOMMENTARE UND BERICHTE

Kein Moratorium für die Kernenergie. Das Energieforschungsprogramm 1977–1980 der Bundesregierung ..... *Dieter Teufel* 906

Zur Entwicklung der „Demokratischen Fraueninitiative" ..... *Hildegard Proft* 909

HAUPTAUFSÄTZE

Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe (*W. Abendroth, F. Barnaby, H.-W. Bartsch, K. Bechert, E. Bloch, W. Borm, W. v. Bredow, K. Deschner, D. v. Ehrenstein, J. Galtung, D. Hensche, H. H. Holz, G. Kade, H. Kloppenburg, W. Kreck, G. Krell/D. Senghaas, A. Maske, M. Niemöller, L. Pauling, H. Ridder, F. Strassmann, E. Wulff*) 912

Entwicklung, Wirkungsweise und Gefahren der Neutronen-Bombe (ERW) *Josef Rodejohann* 939

Konturen der Außenpolitik Präsident Carters ..... *Bernd Greiner* 948

Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen? *Heinz Oskar Vetter* 969

Die Aktualisierung des „Gemeinsamen Programms" und die Entwicklung der Linksunion in Frankreich ..... *Edgar Gärtner* 981

Humanisierte Arbeit? (II) Kritik sozialpsychologischer Strategien zur Humanisierung der Arbeitswelt ..... *Holm Gottschalch* 998

Die UNO-Seerechtskonferenz und die Problematik einer neuen Weltwirtschaftsordnung ..... *Alphons Studier* 1014

MEDIENKRITIK

Wenn der Senator erzählt . . . Oder: Müllers Esel, das bist du .. *Henning Walter* 1025

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten ..... *Jörg Goldberg* 1026

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zweiundzwanzigster Jahrgang · Heft 8/1977

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Juli 1977

1. 7. – U S A. In der Kleinen Kammer des Kongresses steht ein Antrag des republikanischen Senators Mark Hatfield (Oregon) zur Abstimmung, die Mittel für den Bau der Neutronenbombe, deren Höhe geheim ist, aus dem Budget zu streichen. Der Antrag wird mit 43 gegen 42 Stimmen abgelehnt. – Am 12. 7. äußert sich Präsident Carter auf einer Pressekonferenz in Washington zu Produktion und Einsatz der „Neutronenwaffe". Die „hochwirksame Strahlung" dieser Waffe sei „schon seit 15 oder 20 Jahren erörtert" und ebenso lange sei „an ihrer Entwicklung gearbeitet" worden. Carter erklärt weiter: „Sie ist streng als taktische Waffe gedacht. Ich bin der Auffassung, daß uns dies einige Flexibilität verleiht ... Aber ich habe mich noch nicht entschieden, ob ich die Neutronenwaffe genehmige. Ich bin jedoch der Meinung, daß sie eine unserer Optionen sein sollte." – Am 13. 7. billigt der Senat mit 47 gegen 19 Stimmen einen Antrag, in dem Gelder für die Neutronenbombe bewilligt, jedoch das Recht vorbehalten wird, die Entscheidung bei Vorliegen aller Fakten zu revidieren.

– A b r ü s t u n g. Mit der Annahme einer Schlußerklärung (Final Document) wird in Genf die erste Überprüfungskonferenz der Parteien des Vertrages über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund beendet. Der Ver-

trag vom 11. Februar 1971 (Text in „Blätter", 3/1971, S. 317 ff.) ist seit dem 18. Mai 1971 in Kraft; Vertragspartner sind 65 Staaten, weitere 34 Staaten haben unterzeichnet. In der Erklärung der Konferenz (21. 6. – 1. 7.) wird festgestellt, keine Regierung habe Klage über Vertragsverletzungen geführt. – Vom 7.–18. 7. finden in Genf weitere amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über das Problem chemischer Waffen statt, deren Ziel eine gemeinsame Initiative beider Staaten im Rahmen der Abrüstungskonferenz ist. – Am 13. 7. beginnen in Genf dreiseitige (USA, UdSSR, Großbritannien) informelle Konsultationen über Möglichkeiten zur Ausarbeitung eines Vertrages über ein vollständiges Verbot nuklearer Versuchsexplosionen. – Am 21. 7. werden die Verhandlungen über eine Verminderung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa (12. Runde: 15. 5. – 21. 7.; vgl. „Blätter", 6/1977, S. 648 f.) auf den Herbst vertagt.

4.–7. 7. – B R D / U n g a r n. Der Erste Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Janos Kadar, folgt einer von Bundeskanzler Schmidt während der KSZE in Helsinki ausgesprochenen Einladung zum Besuch der Bundesrepublik. Kadar konferiert mit dem Bundeskanzler und wird von Bundespräsident Scheel empfangen. In Bonn verhandeln gleichzeitig die beiden Außenminister Genscher und Puja, die ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnen, sowie Wirtschaftsminister Friderichs und Außenhandelsminister Biro. Zum Abschluß des Besuches wird eine „Gemeinsame Erklärung" veröffentlicht.

5. 7. – P a k i s t a n. Das Militär unter Führung von General Ziaul-Haq (Stabschef des Heeres) übernimmt die Macht. Der bisherige Premierminister Ali Bhutto sowie weitere Politiker der regierenden Pakistanischen Volkspartei (PPP) und der oppositionellen Pakistanischen Volksallianz (PNA) werden nach einer Meldung von Radio Islamabad „vorläufig in Schutzhaft" genommen. General Ziaul-Haq ordnet die Auflösung der Nationalversammlung und der Provinzparlamente an. Die für Oktober d. J. angesetzten Neuwahlen (vgl. „Blätter", 4/1977, S. 390, und 5/1977, S. 521) sollten, so erklärt der General, wie geplant stattfinden.

– U d S S R / U S A. Staatspräsident und KPdSU-Generalsekretär Breschnew empfängt in Moskau US-Botschafter Malcolm Toon. Breschnew, der dem Botschafter einen Brief für Präsident Carter übergibt, erklärt bei dieser Gelegenheit, einige Aspekte der amerikanischen Außenpolitik stünden nicht im Einklang mit einer konstruktiven Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Aus Washington verlautet am 6. 7., Breschnew habe sich in seinem Schreiben gegen ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen ohne die gleichzeitige Unterzeichnung eines weiteren Abkommens über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT II) ausgesprochen.

– S p a n i e n. In Anwesenheit von König Juan Carlos wird das neue Kabinett von Ministerpräsident Adolfo Suarez Gonzales vereidigt, dem Mitglieder der von Suarez geführten Demokratischen Zentrumsunion sowie einige parteilose Fachleute angehören. Außenminister bleibt Oreja Aguirre. – Am 22. 7. eröffnet der König offiziell die neue Cortes (vgl. „Blätter", 7/1977, S. 776 f.).

7. 7. – S p a n i e n / D D R. Die im Oktober 1975 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen (vgl. „Blätter", 11/1975, S. 1177) werden wieder hergestellt. Der neue Botschafter der DDR, Gerhard Korth, überreicht König Juan Carlos sein Beglaubigungsschreiben.

10. 7. – Ä g y p t e n / L i b y e n. Staatsminister Riad (Ägypten) und Außenminister Treiki (Libyen) paraphieren in Lomé, der Hauptstadt von Togo, ein Abkommen über den Abbau der gegenseitigen Spannungen. Die Vereinbarung geht auf die Vermittlung des togolesischen Präsidenten Eyadéma zurück. – Am 21. 7. kommt es an der gemeinsamen Grenze zu einem militärischen Konflikt, der mehrere Tage andauert. Ägyptische Einheiten zerstören Stützpunkte, darunter eine Radarstation, auf libyschem Territorium. Der PLO-Vorsitzende Arafat und andere arabische Politiker bemühen sich in Tripolis und Kairo um eine Beendigung der Auseinandersetzungen.

13. 7. – N a h e r O s t e n. Das israelische Kabinett verabschiedet einstimmig ein als „Friedensplan" bezeichnetes Papier, das auf einen Entwurf von Ministerpräsident Begin, Außenminister Dayan und Verteidigungsminister Weizman zurückgeht. Der Plan, der bei der Zusammenkunft zwischen Begin und Präsident Carter in Washington (19.–20. 7.) als Verhandlungsgrundlage dient, sieht nach einem Bericht der Zeitung „Haaretz" u. a. „substantielle Gebietsaufgaben im Sinai und auf den Golanhöhen" unter bestimmten Bedingungen vor. Westjordanien solle „nicht aufgegeben" und die Teilnahme der PLO an der Genfer Frie-

denskonferenz weiterhin abgelehnt werden. – Am 16. 7. hält Präsident Sadat vor der Ägyptischen Sozialistischen Union in Kairo eine Rede und gibt darin folgende Erklärung ab: „Wenn Israel sich aus allen besetzten Gebieten zurückzieht, ist Ägypten bereit, einen Friedensvertrag zu unterschreiben, der den Kriegszustand beendet." – Am 19. 7. bestätigt ein Sprecher des State Department den Bericht der Beiruter Zeitung „Al Anwar" über ein Zusammentreffen zwischen William Scranton, früher amerikanischer UN-Botschafter, und Basil Akl, Mitglied der Beobachterdelegation der PLO bei den Vereinten Nationen. Das Treffen hatte am 24. 6. in London stattgefunden. Der Sprecher erklärt, Scranton sei als Privatperson gereist, habe keine Botschaft der Regierung übermittelt und nicht in ihrem Namen gehandelt. Die Initiative sei von der PLO ausgegangen. – Am 20. 7., nach den Gesprächen mit Begin, erklärt Präsident Carter, es werde im Oktober d. J. „sehr wahrscheinlich" zu neuen Nahost-Verhandlungen kommen.

13.–14. 7. – U S A / B R D. Bundeskanzler Schmidt führt in Washington Gespräche mit Präsident Carter. Schmidt war zuvor in Kanada mit Premierminister Trudeau zusammengetroffen und macht auf der Rückreise Station in der isländischen Hauptstadt Reykjavik. Vor der Presse erklärt Schmidt am 14. 7., die Delegation der Bundesrepublik habe neue Anregungen für den Fortgang der Truppenabbaugespräche in Wien nach Washington mitgebracht. Einzelheiten sollten jedoch vorläufig nicht publiziert und weiteren Verhandlungen auf Expertenebene vorbehalten werden.

15. 7. – I t a l i e n. Mit 442 gegen 87 Stimmen bei 16 Enthaltungen billigt die Kammer die von sechs Parteien (vgl. „Blätter", 6/1977, S. 648) ausgearbeiteten programmatischen Grundsätze für die künftige Regierungspolitik. Die einzelnen Kapitel des Programms werden mit unterschiedlichen Mehrheiten angenommen.

20. 7. – U N O. Der Sicherheitsrat empfiehlt ohne Gegenstimme die Aufnahme der Sozialistischen Republik Vietnam in die Vereinten Nationen. Eine entsprechende Resolution passiert den Rat ohne Abstimmung, nachdem die Vereinigten Staaten ihren Widerstand gegen den Aufnahmeantrag aufgegeben hatten (vgl. „Blätter", 12/1976, S. 1318). – Am 22. 7. beschließt der in Genf tagende Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), Ägypten und die Palästinensiche Befreiungsorganisation (PLO) in die Wirtschaftskommission für Westasien (ECWA) aufzunehmen. Die Entscheidung über die Aufnahme der PLO, die damit erstmals die Vollmitgliedschaft in einem Organ der Vereinten Nationen erlangt, fällt mit 27 gegen 11 Stimmen (darunter die Bundesrepublik), bei 12 Enthaltungen; vier Staaten nehmen an der Abstimmung nicht teil. Der Sprecher der PLO erklärt in der Debatte, die Palästinenser seien ein „integraler Teil der ECWA-Region".

21. 7. – S r i L a n k a. Die seit Mai 1970 (vgl. „Blätter", 6/1970, S. 553) regierende Sri-Lanka-Freiheitspartei (SLFP) unter Ministerpräsidentin Sirimavo Bandaranaike verliert bei den Parlamentswahlen ihre bisherige Mehrheit. Die oppositionelle Vereinigte Nationalpartei (UNP) gewinnt mehr als zwei Drittel der Mandate. Neuer Ministerpräsident wird der UNP-Führer J. R. Jayewardene.

22. 7. – C h i n a. Radio Peking bestätigt die offizielle Rehabilitierung des im April 1976 entlassenen stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-ping und die Wiedereinsetzung in „alle seine Ämter" (vgl. „Blätter", 5/1976, S. 482). Auf einer Plenartagung des Zentralkomitees der KP Chinas sei außerdem beschlossen worden, die Mitglieder der „Viererbande", unter ihnen die Witwe Mao Tsetungs (vgl. „Blätter", 11/1976, S. 1195) aus der Partei auszuschließen.

25. 7. – I n d i e n. Als neuer Staatspräsident wird Neelam Sanjibar Reddy, bisher Vorsitzender (Speaker) des Unterhauses, vereidigt. Reddy tritt an die Stelle des im Februar d. J. verstorbenen Fakhruddin Ali Ahmed. Der bisher amtierende Präsident Jatti (vgl. „Blätter", 2/1977, S. 260) bleibt Vizepräsident.

28. 7. – E G. Spanien beantragt in Brüssel die Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften. Ein entsprechendes Dokument überreicht der spanische Außenminister Oreja dem derzeitigen Vorsitzenden des Ministerrates, dem belgischen Außenminister Simonet. Dem Rat liegen bereits Aufnahmeanträge Griechenlands (vgl. „Blätter", 7/1975, S. 714) und Portugals (vgl. „Blätter", 4/1977, S. 391) vor.

31. 7. – B R D / U d S S R. Bundesaußenminister Genscher spricht sich in einem Rundfunkinterview für den baldigen Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten Breschnew in der Bundesrepublik aus. Auf die Frage nach einem Termin antwortet Genscher: „Je früher, umso besser."

Entwicklung, Wirkungsweise und Gefahren der Neutronen-Bombe (ERW)

Von Josef Rodejohann

„Noch deine Bäume, Deutschland, wissen zu viel."
Erich Arendt[1])

In den USA steht diesen Monat die Entscheidung über die Produktion von taktisch einsetzbaren Nuklearwaffen[2]) mit gesteigerter Strahlung an, die von den Militärs als „enhanced radiation weapons"[3]) bezeichnet werden, in der Öffentlichkeit als „Neutronen-Bombe" bekannt geworden sind. Die ERW sind als Gefechtskopf für die Lance-Rakete und als Munition für verschiedene Artilleriegeschütze geplant. Da sich US-Präsident Carter in einem Brief an Senator Stennis grundsätzlich für diese neuen Waffen ausgesprochen hat[4]), scheint wenig wahrscheinlich, daß die endgültige Entscheidung des Präsidenten doch noch negativ ausfällt. Hier soll versucht werden, kurz die ERW und ihre Wirkungen zu beschreiben, ihre Entwicklungsgeschichte und die damit verbundenen Interessen zu skizzieren und vor allem auf ihre Probleme und Widersprüchlichkeiten aufmerksam zu machen.

„enhanced radiation weapons" – weder sauber noch human

Die ERW unterscheiden sich von den bereits vorhandenen Nuklearsprengköpfen durch ein anderes Wirkungsspektrum. Während die alten TNW in der Art herkömmlicher Atombomben[5]) vornehmlich durch die bei der Kernspaltung (fission) erzeugte Druckwelle, die Hitzestrahlung sowie die radioaktive Strahlung und die Neutronenstrahlen Leben töten und Material zerstören, wirken die ERW vor allem durch Neutronenstrahlen tödlich auf Menschen im näheren Umkreis der Explosion. Es wird berichtet, daß bis zu 80% der freiwerdenden Energie bei den ERW aus Neutronenstrahlen besteht. Herkömmliche Nuklearwaffen geben nur etwa 5% ihrer Energie als Strahlung ab[6]). Die ERW wurden deshalb nicht ganz korrekt, wie gleich zu zeigen ist, als Neutronen-Bomben beschrieben und gelten Befürwortern als „sauber" und „human"[7]).

Die Verschiebung im Wirkungsspektrum der ERW gegenüber den anderen TNW wird durch einen verkleinerten Nuklearsprengkörper erreicht, der nach

1) Erich Arendt, Elegie, in: Gegen den Tod. Stimmen deutscher Schriftsteller gegen die Atombombe, Stuttgart-Cannstatt o.J. S. 29–31 (31).
2) Künftig abgekürzt: TNW.
3) Künftig abgekürzt: ERW.
4) Vgl. Brief Carter an Stennis, abgedruckt in „Amerikadienst, Hintergrundmaterial" v. 20. 7. 1977, S. 3–5.
5) Die Bezeichnung „Bombe" bezieht sich hier wie auch später nur auf den Nuklearsprengkörper als Waffe und beschreibt nicht notwendig die Form des militärischen Einsatzes.
6) Vgl. S. T. Cohen/W. R. Van Cleave, Western European collateral damage from tactical nuclear weapons, in „RUSI-Journal", 2/1976, S. 32–38 (36).
7) Vgl. z. B. „Der Spiegel" v. 18. 7. 1977, S. 21.

dem Prinzip der Wasserstoffbombe funktioniert. Denn bei einer Kernverschmelzung (fusion) wie in der Wasserstoffbombe werden zunächst keine radioaktiven Strahlen erzeugt, sondern die meiste Energie wird als schnelle Neutronenstrahlung abgegeben[8]). Die Kernverschmelzung verlangt jedoch enorm hohe Temperaturen. Die einzige technisch bisher beherrschte Art zu deren Erzeugung ist die Nutzung einer Atombombe als Zünder. Deshalb entstehen schon allein aufgrund des Zünders auch bei Wasserstoffbombenexplosionen neben Neutronenstrahlen radioaktive Strahlen. Darüber hinaus hat die besondere Art, in der Wasserstoffbomben in den USA bisher gebaut wurden, dazu geführt, daß bei deren Explosion bis zur Hälfte der freiwerdenden Energie aus der Kernspaltung stammt[9]). Offensichtlich konnte durch eine neue Konstruktion der Wasserstoffbombe der Anteil der durch Kernspaltung erzeugten Energien und damit auch der Anteil radioaktiver Strahlungen bei den ERW nun stark reduziert werden. Nach offiziellen Angaben sind die ERW aus einer kleinen Wasserstoffbombe und einer noch kleineren Atombombe als Zünder zusammengesetzt[10]).

Nun gilt im Jargon der Nuklearrüstungen eine Nuklearbombe dann als „sauber", wenn sie keine radioaktive Strahlung erzeugt – das wäre die seit Ende der 50er Jahre immer wieder diskutierte Neutronen-Bombe[11]). Denn die radioaktive Strahlung mit ihren weitreichenden Konsequenzen galt als eine der Hauptschwierigkeiten, die Nuklearwaffen militärisch brauchbar und politisch akzeptabel zu machen. Bisher waren aber alle entsprechenden Versuche vergeblich, so daß „Sauberkeit" daher als Verhältnis der radioaktiven Strahlung zur Sprengkraft der Nuklearwaffe bestimmt wird[12]). Die Problematik der Argumentation wird bald einsichtig, wenn man bedenkt, daß große Nuklearbomben zwar relativ „sauber" sein können, insgesamt aber immer noch enorme Mengen radioaktiver Strahlung freisetzen. Die ERW sind nun, gemessen an anderen taktisch einsetzbaren Nuklearwaffen, zwar relativ „sauber" und erzeugen unmittelbar nur wenig radioaktive Strahlung, von „sauberen Bomben" kann aber keine Rede sein. (Insofern ist die Bezeichnung „Neutronen-Bombe" sogar eher beschönigend.)

Die Argumentation um die „Sauberkeit" einer Nuklearwaffe wird äußerst fragwürdig, wenn man zusätzlich die Tatsache bedenkt, daß durch Neutronenstrahlen wiederum radioaktivierte Stoffe sowie angeregte Kerne entstehen, die dann selbst zu einer Quelle radioaktiver Strahlung werden[13]). Auf diese sekundären Wirkungen der Neutronenstrahlen verwies der republikanische Senator Hatfield während der Beratungen des US-Kongresses über die ERW. Er beklagte, daß der Senat darüber im Unklaren gelassen worden sei

8) Vgl. S. Glasstone (Ed.), The effects of nuclear weapons. Washington D.C. 1962, S. 23.
9) Vgl. ebd.; D. R. Inglis, Nuclear energy: its physics and its social challenge. Menlo Park Cal. 1973, S. 183–187.
10) Vgl. U.S. Department of Defense, Lance warhead arms control impact analysis, in „Wireless Bulletin from Washington", Nr. 133 v. 18. 7. 1977, S. 9.
11) Vgl. z. B. „Der Spiegel" v. 13. 9. 1961, S. 93–94. Eine Neutronen-Bombe gilt deshalb als sauber, weil Neutronenstrahlen unabhängig von der Stärke der Explosion nicht viel weiter als drei Kilometer im Raum reichen; ihr Wirkungsradius etwa gegen Panzerbesatzungen ist noch kürzer. Vgl. J. K. Miettinen, Tactical nuclear weapons in Europe and trends in their development, in „Bulletin of Peace Proposals", 1/1977, S. 32–46 (36).
12) Vgl. D. R. Inglis, a.a.O., S. 187–188.
13) Vgl. K.-F. Saur, Initialstrahlung, in: Kernexplosionen und ihre Wirkungen. Frankfurt/Hamburg 1961, S. 107–127 (109–111); S. Glasstone (ed.), a.a.O., S. 373, 432–434, 650.

und zitierte einen ungenannten Nuklearphysiker: Durch die Neutronenstrahlen der ERW könnten radioaktive Kohlenstoffisotope (caron-14) entstehen, die für Menschen tödlich seien. Weiter könnten diese in der Atmosphäre eine radioaktive Wolke bilden, die als radioaktiver Fallout die ganze Menschheit langandauernd bedrohen würde, weil die Halbwertzeit von caron-14 6000 Jahre betrage[14]). Zu einem ähnlichen Ergebnis kamen auch die Autoren der Titelgeschichte des „Spiegel": „Die verbleibende Sekundär-Radioaktivität (. . .) ist keineswegs so harmlos, wie es Atomkriegsplaner mit dem Schlagwort ‚sauber' jetzt suggerieren möchten"[15]).

Auch die ERW sind daher keine „sauberen" Nuklearwaffen, falls es sie überhaupt jemals geben wird, doch im Hinblick auf die Konsequenzen einer Nuklearexplosion für Leben und besonders Menschen ist diese Frage nur von begrenzter Bedeutung, da radioaktive Strahlen und Neutronenstrahlen in ihren Wirkungen auf den Menschen gleich sind[16]). Hinzu kommt, daß bei Nuklearbomben mit eher geringer Sprengkraft die biologischen Wirkungen einer Nuklearexplosion im Verhältnis zu den Zerstörungen durch Druckwelle und Hitzestrahlung einen größeren Anteil haben, als bei großen Nuklearbomben. Die tödliche Reichweite der Strahlung übertrifft diejenigen der Druckwelle und der Hitzestrahlung um so mehr, je geringer die Sprengkraft der Nuklearbombe ist[17]).

Bei den ERW geht es nun gerade darum, diese ohnehin vorhandene Eigenschaft weiter zu steigern und auszunutzen – daher der Name. Die ERW sind, wie in der ganzen Diskussion um diese Waffen immer wieder betont wurde, „hauptsächlich gegen Menschen gerichtete Waffen"[18]). Schon in einer der ersten öffentlichen Erwähnungen sagte der US-Senator Dodd: „Eine solche Explosion würde kaum materielle Schäden anrichten, aber sie würde unmittelbar alles Leben im Zielgebiet zerstören."[19])

Die Auswirkungen einer Nuklearexplosion auf den Menschen scheiden sich in die unmittelbaren somatischen Folgen für die der Strahlung ausgesetzten Menschen und die langfristigen genetischen Folgen für die Menschheit insgesamt[20]). Zwar werden in der laufenden Diskussion die grausamen somatischen Folgen für die betroffenen Menschen recht ausführlich beschrieben, doch nur selten wird auf die genetischen Gefährdungen eingegangen. Der finnische Radiobiologe Miettinen kommt jedoch zu dem Schluß, daß ein Krieg mit ERW zu einem „menschlichen Strahlenzuchtexperiment" werden würde. Denn noch weitaus mehr Soldaten und auch wohl Zivilisten wären von nichttödlichen Dosen an Neutronenstrahlen betroffen, als diejenigen, die tödliche

14) Vgl. „International Herald Tribune" v. 14. 7. 1977, S. 3.
15) „Der Spiegel" v. 18. 7. 1977, S. 23; von S. F. Possony, Die NATO und das Aufkommen neuer Technologie, in „Europäische Wehrkunde", 9/1976, S. 433–441 (436), wird der Effekt zwar als „verschwindend gering" beschrieben, doch gehört P. schon seit Jahren zu den aggressivsten Befürwortern der ERW; vgl. seinen Aufsatz NATO's defense posture, in „Ordnance", Jg. 54, Nr. 295, 1969, S. 41–44.
16) Vgl. S. Glasstone (Ed.), a.a.O., S. 577.
17) Vgl. ebd. S. 548; J. K. Miettinen, a.a.O., S. 44.
18) S. F. Possony, a.a.O., 1969, S. 44.
19) „Congressional Record" v. 12. 5. 1960, S. 10138.
20) Vgl. A. C. Upton, Effects of radiation on man, in „Annual Review of Nuclear Sciences", Bd. 18, 1968, S. 495–528 (496).

Dosen erhalten würden[21]). Ein Vorgang, der um so bedenklicher stimmen muß, als die Kenntnisse über die genetischen Wirkungen von Strahlen beim Menschen „im besten Falle höchst vorläufig" sind[22]).

Die somatischen Folgen der Neutronenstrahlung zeichnen sich gegenüber den bekannten Bildern eines Nuklearkrieges vor allem durch ein bis zu Wochen dauerndes Siechtum und Leiden einer großen Zahl von betroffenen Menschen aus, ganz zu schweigen von den Krankheitsbildern der Überlebenden, was neben ethischen Bedenken auch die Frage nach der völkerrechtlichen Legitimität des Einsatzes von ERW aufwirft[23]).

Die grausamen Folgen eines mit ERW und überhaupt mit TNW ausgetragenen Konfliktes werden vielleicht am besten illustriert in einer Randbemerkung des „Erfinders" der ERW, S. T. Cohen: „Sollte es jemals zu einem großen taktischen Nuklearwaffenkrieg kommen, dann könnte die Einmaligkeit der strahlenbiologischen Aspekte in der Nachkriegszeit zu einem ‚Zukunftsschock' führen"[24]).

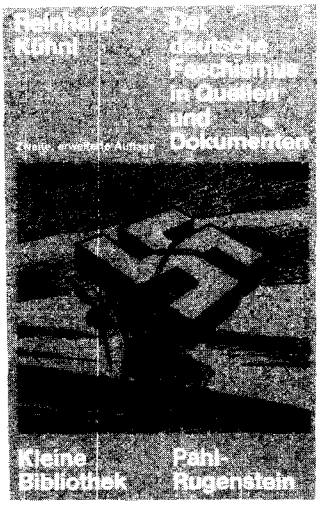
Einschränkung von „collateral damage" – eine fragwürdige Verbesserung

Ein wichtiges Argument der Befürworter der ERW ist, daß beim Einsatz dieser Waffen weniger „collateral damage"[25]) entstehe[26]). Dies ist aufgrund der bisher bekanntgewordenen Wirkungsradien der ERW sicher richtig – in der Theorie. Denn zunächst einmal ist davon auszugehen, daß ein Einsatz der heute in Mitteleuropa vorhandenen TNW zur Zerstörung der Bundesrepublik Deutschland führen würde[27]). Demgegenüber versprechen die ERW einige Vorteile. Dennoch dürften die Folgen auch eines Einsatzes von ERW erheblich sein.

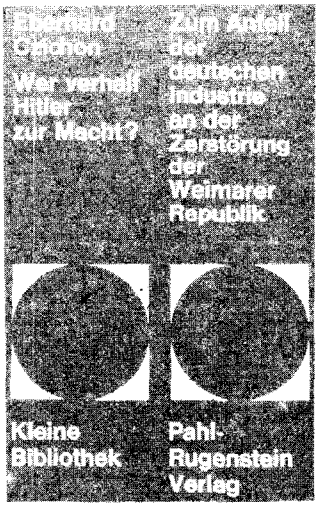
Da ist zuerst die Lance-Rakete, die die ERW-Gefechtsköpfe verschießen soll. Sie hat nach offiziellen Angaben einen CEP[28]) von 400 bis 450 Metern[29]). Das

21) Vgl. J. K. Miettinen, a.a.O., S. 41.
22) Vgl. A. C. Upton, a.a.O., S. 519.
23) Zu den somatischen Folgen vgl. u. a. die Darstellung in „Der Spiegel" v. 18. 7. 1977, S. 22–23, sowie allgemein A. C. Upton, a.a.O., und S. Glasstone (Ed.), a.a.O., S. 547–626. Zur völkerrechtlichen Problematik vgl. u. a. D. Fleck, Völkerrechtliche Gesichtspunkte für ein Verbot der Anwendung bestimmter Kriegswaffen, in: Beiträge zur Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts für bewaffnete Konflikte. Hamburg 1973, S. 1–19; so S. 14: „Das Verbot (der Verursachung unnötigen Leidens nach Art. 23 e der Haager Landkriegsordnung; JR) bezieht sich auf den Einsatz von Kampfmitteln, die keinen größeren militärischen Vorteil, jedoch wesentlich größere Leiden verursachen als andere verfügbare Kampfmittel." Zu prüfen wäre sicherlich, ob das nicht auf das Verhältnis von Panzerabwehrwaffen und ERW zutrifft.
24) S. T. Cohen, On the stringency of dosage critera for battlefield nuclear operations, Santa Monica Cal. 1975, S. 19.
25) Nach der Definition der US-Army werden unter „collateral damage" ein „unerwünschter materieller Schaden und personelle Opfer" verstanden, die durch „eigene nukleare Waffen erzeugt werden"; vgl. S. T. Cohen/W. R. Van Cleave, a.a.O., S. 33.
26) Vgl. z. B. den Brief Carters an Stennis, a.a.O., S. 5: „Die hochwirksamen Strahlenwaffen würden (. . .) Schäden und Verluste für Einzelpersonen, die sich nicht im unmittelbaren Zielgebiet befinden – einschließlich befreundeter Truppen und Zivilisten – auf ein Mindestmaß (. . .) beschränken"; U.S. Department of Defense, a.a.O., S. 10.
27) Vgl. für viele B. Schneider, U.S. tactical nuclear weapons: a controversial arsenal, in: Current issues in U.S. defence policy. New York 1976, S. 176–194 (185) sowie J. Rodejohann, Verpaßte Abrüstungschance? Vor einer neuen Rüstungsrunde mit „mininucs", in „Friedensanalysen", Bd. 1, 1975, S. 137–149, und die Dokumentation Zur Problematik der Taktischen Nuklearwaffen in Europa, in „Militärpolitik Dokumentation", 2. Jg., H. 1, 1977, S. 3–87.
28) Die Treffgenauigkeit einer Rakete wird als die Entfernung gemessen, in der die Wahrscheinlichkeit gleich hoch ist, daß eine Rakete innerhalb oder außerhalb dieses Kreises einschlägt; CEP = circle of equal probability. Vgl. Sherman, A manual of missile capability, in „Air Force Magazine", 2/1977, S. 36.
29) Vgl. U.S. Department of Defense, a.a.O., S. 9.

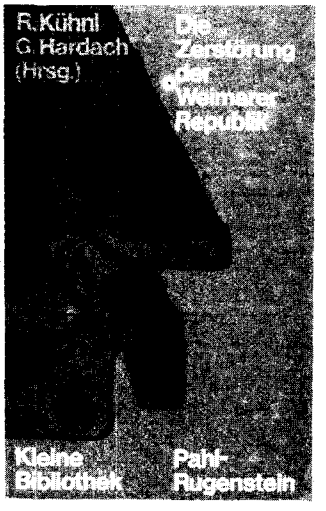
Bücher gegen die neue Hitler-Legende



Zweite, überarbeitete Auflage
Kleine Bibliothek Bd. 62
512 Seiten mit 317 Dokumenten und 13 Abbildungen, DM 9,80



Vierte, unveränderte Auflage
Kleine Bibliothek Bd. 16
165 Seiten, DM 9,80



Im Juni 1977 erschienen
Kleine Bibliothek Bd. 88
292 Seiten, DM 12,80

Unter dem Titel „Hitler – eine Karriere" läuft zur Zeit in zahlreichen Kinos der Bundesrepublik ein Film, der – auf das Informationsbedürfnis insbesondere zahlreicher Jugendlicher kalkulierend – unter der Oberfläche eines scheinbar objektiven dokumentarischen Materials eine politische und geschichtliche Bewertung des deutschen Faschismus transportiert, die jeden Demokraten bestürzen muß. Von Springers „Welt" wird der Film als „Versuch einer Revision" bejubelt, *die zahlreiche „positive Züge des Hitlerbildes, sein partiell modernes, ja geradezu futuristisches Denken"* der Öffentlichkeit unterbreite: „Auch die Hinwendung des Diktators zur Moderne, zur Technik, seine prophetische Vorausschau der Zukunftsprobleme, etwa des Umweltschutzes, der Energieverknappung und der Über-Urbanisierung, zeigen einen Hitler, der die Vorstellung vom ‚Radaubruder der Münchener Bierkeller' überlagert." („Die Welt" v. 1. 7. 1977)
Eine der Hauptintentionen des Films ist es, das deutsche Kapital von jeder Liaison mit dem Faschismus freizusprechen: „Hitler", so tönt es von der Leinwand, „war weder käuflich noch im Bund mit dem Großkapital." Diese Aussage des Films hält die „Welt" triumphierend „der marxistischen Hitler-Verzerrung als eines Handlangers des Monopolkapitals, etwa durch den Marburger Professor Reinhard Kühnl vertreten" entgegen.
Daß die von der „Welt" als marxistisch inkriminierte Geschichtsforschung Hitlers Rolle jedoch durchaus nicht „verzerrt", lehrt ein Blick in die fundierten und materialreichen Analysen, die über den Zusammenhang zwischen kapitalistischen Interessen und der Errichtung des Faschismus in Deutschland vorliegen. Erst die Erforschung dieses Zusammenhanges garantiert ein Verständnis der historischen Prozesse, die durch das psychologisierende Gerede von der „Faszinationskraft" Hitlers nur verschleiert werden können.

Pahl-Rugenstein

heißt, daß nur die Hälfte aller abgeschossenen Raketen aller Wahrscheinlichkeit nach in einem Kreis von 400 bis 450 Metern um das Ziel einschlagen. Der Rest kann irgendwo außerhalb landen, und das kann bei einer Reichweite der Lance-Rakete von 130 Kilometern in erheblicher Entfernung vom beabsichtigen Ziel sein[30]). Statt 500 Meter nördlich des Stadtrands von Lauenburg an der Elbe, wie in einem Beispiel angenommen[31]), spricht eine erhebliche Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Rakete auch direkt am Stadtrand explodiert. Die Folgen für Lauenburgs Bevölkerung wären nicht von denen für die Panzerbesatzungen zu unterscheiden.

Nun dürfte es ohnehin erhebliche Schwierigkeiten geben, in der dichtbesiedelten und stark verstädterten Bundesrepublik Deutschland den Einsatz von Nuklearwaffen und auch den von ERW so zu planen, daß die Wirkungen nur unbewohntes Gebiet und nur feindliche Truppen betreffen[32]). So werden zur Verringerung des „collateral damage", die die Dienstvorschriften verlangen[33]), von den US-Truppen bei der Planung nuklearer Einsätze relative Werte benutzt. Bei einem Planspiel galt z. B. das Kriterium, daß „personelle Opfer in städtischen Gebieten und Zerstörungen von einstöckigen Steinhäusern in Ortschaften über tausend Einwohnern" zu vermeiden seien[34]). Im gleichen Planspiel wurde darüber hinaus für einen etwa 80 Kilometer breiten Streifen in der Gegend zwischen Bad Hersfeld und Schluchtern der Einsatz von 141 TNW geplant[35]). Überträgt man dieses Planungsverhalten auf den Einsatz von ERW, dürfte auch ein solcher Krieg in Mitteleuropa zu erheblichen Verlusten unter der Zivilbevölkerung führen.

In dem referierten Planspiel gab es unter der Zivilbevölkerung im betroffenen Gebiet 16 000 Opfer bei einer Gesamtbevölkerung von 150 000. Von diesen starben 5000 innerhalb der ersten drei Wochen, während etwa die Hälfte der Opfer nur geringere gesundheitliche Schäden erlitten, weil nach den Annahmen des Planspiels, welches in den Mai 1978 verlegt war, 1977 die Maßnahmen der Zivilverteidigung in der Bundesrepublik erheblich verbessert worden waren. Von den Toten waren etwa 3000 Flüchtlinge, die sich von Fulda aus auf den Weg nach Süden gemacht hatten und in das nukleare Feuer gerieten[36]). Geht man nun davon aus, daß in einem Streifen von 100 Kilometer Breite westlich der Grenze zur DDR und zur CSSR in der Bundesrepublik 17,3 Millionen Menschen leben[37]), und daß nach den Planspielen in diesem Gebiet TNW eingesetzt würden, dann kann unter gleichen Bedingungen mit 1,5 bis 2 Mio. Opfern unter der Zivilbevölkerung gerechnet werden, davon über 500 000 Tote allein in diesem Teil der Bundesrepublik. Selbst wenn man

30) Vgl. zum Problem auch R. Beaumont, Nuclear warfare. The illusion of accurate forecasting, in „Futures", 1/1977, S. 53–58.
31) Vgl. „Der Spiegel" v. 18. 7. 1977, S. 21.
32) Vgl. u. a. P. Bracken, Urban sprawl and NATO defence, in „Survival", 6, 1976, S. 254–260.
33) Vgl. US Army Command and General Staff College, Conventional-nuclear operations. RB 100-30, Vol. 1, Fort Leavenworth Ks. 1976, S. 56–67.
34) Vgl. a.a.O., S. 99.
35) Vgl. a.a.O., S. 97–103.
36) Vgl. a.a.O., S. 103.
37) Vgl. Der Bundesminister des Innern, Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland. (Bonn 1972) S. 15.

diese Zahl deshalb für zu hoch geschätzt hält, weil sich die Kampfhandlungen nicht gleichmäßig an der Grenze entlang entwickeln dürften, so erscheint auch die Hälfte der hier kalkulierten Opfer immer noch sehr hoch.

Darüber hinaus können berechtigte Zweifel an dem „collateral damage" mindernden Effekt von ERW angemeldet werden. So schreiben etwa Cohen und Van Cleave, daß „natürlich auch ERW immer noch in der Lage sein würden, durch Strahlung unter der Zivilbevölkerung Opfer zu verursachen". Eine ERW mit der Sprengkraft von einer Kilotonne herkömmlichen Sprengstoffes habe den gleichen tödlichen Strahlenradius wie eine zehnmal stärkere herkömmliche TNW. Doch könne dem relativ einfach begegnet werden, wenn man ein gemäßigtes Zivilschutzprogramm durchführe, wodurch der „collateral damage" erheblich reduziert werden könnte[38]). Ähnlich wird auch an anderer Stelle vor einer Überschätzung der den „collateral damage" verringernden Wirkung der ERW gewarnt: ERW „sollten (. . .) nicht als ein Wundermittel für den Gebrauch auf dem Kriegsschauplatz betrachtet werden, obwohl in einigen Situationen, wo Zivilisten evakuiert oder angemessen geschützt werden konnten, die ERW vom Gesichtspunkt des bedeutend verminderten collateral damage durch die Druckwelle von Vorteil sein könnten"[39]). Die in beiden Äußerungen deutlich werdende Rolle des Zivilschutzes legt die Frage nahe, ob nicht die neuerliche Betonung des Zivilschutzes hierzulande von einer informierteren Bundesregierung und Bürokratie betrieben wird, als die ersten öffentlichen Reaktionen auf die ERW vermuten ließen.

Entwicklungsgeschichte und Interessen

Ausgangspunkt für ein Verständnis der Entwicklungen, die nun zu den ERW geführt haben, ist das andauernde Interesse in den USA (doch nicht nur dort) an einer nuklearen Kriegsführungsfähigkeit (gerade auch in Europa) unter Einschluß von TNW. Bereits 1951 schrieb J. R. Oppenheimer, einer der „Väter ' der TNW: „Nur wenn die Atombombe insofern brauchbar gemacht werden kann, daß sie ein normaler Bestandteil militärischer Operationen ist, wird sie wirklich von großer Hilfe im Auskämpfen von Kriegen sein, und nicht nur die Menschheit warnen, sie zu vermeiden"[40]). Und an der Schwelle des Übergang zur Strategie der „flexible response" formulierte der spätere US-Außenminister Kissinger 1957 dasselbe Problem eher diplomatisch: „Läßt das Atomzeitalter das Zustandekommen einer Beziehung zwischen Gewalt und Diplomatie zu? Ist es möglich, sich eine Anwendung von Gewalt vorzustellen, die weniger katastrophal ist, als ein thermonuklearer Krieg?"[41])

Unter den verschiedenen denkbaren Antworten auf diese Frage hat sich seit den 50er Jahren eine kleine, aber einflußreiche Gruppe von Wissenschaftlern, Militärs und Politikern in den USA und auch in Westeuropa der Alternative

38) Vgl. S. T. Cohen/W. R. Van Cleave, a.a.O., S. 36.
39) Vgl. C. I. Hudson/P. H. Haas, New technologies: the prospects, in: Beyond nuclear deterrence. New aims. New arms, New York 1977, S. 107–148 (140).
40) J. R. Oppenheimer, Comments on the military value of the atom, in „Bulletin of the Atomic Scientists", 2/1951, S. 43–45 (45).
41) H. A. Kissinger, Kernwaffen und auswärtige Politik, München 1959, S. 111.

zugewandt, die Lösung in einer vollständigen Assimilierung der Nuklearwaffen in die militärischen Gewaltapparate zu suchen. Es geht ihnen um eine politisch kontrollierbare nukleare Kriegsführungsstrategie und ein entsprechendes Waffenpotential für militärische Konflikte in Westeuropa (und anderswo), womit wie früher Kriege nicht nur abgeschreckt, sondern auch ausgetragen werden können – jetzt allerdings unter Einschluß von Nuklearwaffen[42]).

Die erste Generation TNW, die zwischen 1953 und Mitte der 60er Jahre stationiert wurde, ist für diese Absichten denkbar ungeeignet. Die Wirkungen dieser TNW sind weitgehend unkontrollierbar, deren Sprengkraft ist zu groß. Sie erzeugen soviel collateral damage, daß es heute weitgehend als unbestritten gilt, daß ein unter solchen Bedingungen geführter Krieg in Mitteleuropa zur Vernichtung der betroffenen Gesellschaften führen wird. Auch gelang es nicht, die strategischen, taktischen und organisatorischen Probleme innerhalb der NATO zu bewältigen, die mit der Einführung der TNW verbunden waren. Spätestens gegen Ende der 60er Jahre wurde innerhalb der Regierungen und Bürokratien der NATO-Staaten erkannt, daß das vorhandene TNW-Potential politisch gefährlich und militärisch unbrauchbar ist.

Schon seit Ende der 50er Jahre wurde deshalb an einer zweiten Generation von TNW gearbeitet, die den Interessen an nuklearer Kriegsführungsfähigkeit besser entsprechen sollten. Unter dem Sammelbegriff „maßgeschneiderter" (tailored) Nuklearwaffen wurden dabei auch früh schon Vorläufer der heutigen ERW gebaut, die allerdings aus politischen[43]) und technischen[44]) Gründen nie aus den Nuklearwaffenlabors hinausgelangten. Erst gegen Ende der 60er Jahre machte sich die Lobby dieser Waffenentwicklungen daran, ihre Vorstellungen erneut durchzusetzen[45]).

Diese Gruppe wurde Anfang der 70er Jahre vom erneuten Interesse an nuklearen Kriegsführungsmöglichkeiten unterhalb der Schwelle zum allgemeinen Nuklearkrieg unterstützt, wie sie von US-Verteidigungsminister Schlesinger befürwortet wurden; für ihn waren darin auch die TNW organisch eingeschlossen[46]). Die Strategie der Gruppe beschrieb der Direktor des Los Alamos-Nuklearwaffenlabors 1973 dem US-Kongreß so: „Wir haben in Los Alamos eine kleine, aber sehr elitäre Gruppe, die sich mit Leuten von außerhalb in der Verteidigungsgemeinschaft (defense community) und in verschiedenen Denkfabriken trifft. Sie arbeiten sehr aggressiv, um das Verteidigungs-

42) Eine genauere Analyse dieser Entwicklungen kann hier nicht erfolgen; sie wird an anderem Ort geschehen.
43) Aufgrund der Auffassung des damaligen US-Verteidigungsministers McNamara und seines Mitarbeiters Enthoven war zwischen konventioneller und nuklearer Kriegführung eine klare Schwelle notwendig, weshalb Waffensysteme, die diese Unterscheidung gefährdeten, ab 1962/1963 politisch keine Chance mehr hatten; vgl. dazu etwa G. Krell, Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle, Frankfurt 1977, S. 93–95.
44) Auch der zunächst geplante Gefechtskopf „W-63" für die Lance-Rakete war eine ERW, doch wurde er von der US-Army Ende der sechziger Jahre wegen technischer Probleme für die Beschaffung nicht akzeptiert; vgl. „Der Spiegel" v. 18. 7. 1977, S. 24, und US Congress, 94/2, House, Committee on Appropriations, Public Works for Water and Power Development and Energy Research Appropriation Bill 1977. Hearings, Part 7, Washington D.C. 1976, S. 1078.
45) Vgl. u. a. „Congressional Record" v. 11. 7. 1968, S. 20780, und v. 31. 7. 1968, S. 24436–24438, sowie v. 30. 12. 1970, S. 44254–44260.
46) Vgl. z. B. seine Pressekonferenz am 10. 1. 1974, zitiert nach „News Report" v. 11. 1. 1974, S. 9.

ministerium zu beeinflussen, daß es diese (gestrichenen) Waffen, welche sehr entscheidend auf dem Kriegsschauplatz sein könnten und darüber hinaus den collateral damage begrenzen würden, der normalerweise mit Nuklearwaffen verbunden ist, ernsthaft in Erwägung zieht"[47]). Sie wurde dabei unter anderem vom damaligen Obersten Alliierten Befehlshaber der NATO in Europa, General Goodpaster, unterstützt[48]). Auch in der Bundesrepublik fand die Gruppe Unterstützung. Um den General a. D. Graf Kielmansegg bildete sich in der öffentlich finanzierten Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen eine Arbeitsgruppe, die sich im Mai 1974 in ihrem teilweise geheimen Bericht für die Einbeziehung der zweiten Generation von TNW in das Verteidigungskonzept der Bundesrepublik aussprach[49]).

Ein ernster Versuch der Modernisierung der TNW in Europa scheiterte 1973. Er war offensichtlich zu konventionell, denn er beruhte auf dem Versuch, durch einfache Verkleinerung der Nuklearwaffen und zur Verminderung der Zahl der benötigten Waffen und deren Sprengkraft das Ziel der US-Army zu erreichen, stärker auf die Wirkungen von Nuklearwaffen gegen Personen als gegen Material abzustellen[50]). In der Öffentlichkeit wurde dies um jene Zeit unter dem Stichwort „mininucs" diskutiert. Die damit verbundene Konzeption stieß darüber hinaus auf politischen Widerstand, da dadurch die Grenze zwischen konventioneller und nuklearer Munition verwischt zu werden drohte und deshalb die Gefahr der Eskalation zum allgemeinen Nuklearkrieg sichtbar wurde. Auch war der durch bloße Miniaturisierung erreichbare militärische Nutzen fragwürdig[51]). Dies führte dann offensichtlich zu der positiven Entscheidung für die Entwicklung „maßgeschneiderter" TNW, von denen die ERW nur die erste Variation sind. Andere liegen bereits auf den Konstruktionstischen.

So war die Öffentlichkeit nicht eingeplant

In den USA, so wird berichtet[53]), hatte man gehofft, die Entwicklung der neuen Generation von TNW solange geheimhalten zu können, bis deren Stationierung in Europa erfolgt gewesen wäre. Und auch in der Bundesrepublik war die Bundesregierung besorgt, das Thema herunterzuspielen[54]). „So besteht", schrieb Uwe Nerlich noch im Februar dieses Jahres, „in der Tat einige Hoffnung, daß eine Modernisierungspolitik in Westeuropa heute *sachlicher hingenommen würde,* als das noch vor einigen Jahren der Fall gewesen wäre. Abgesehen von einigen erratischen Ausbrüchen ist die Öffentlichkeit sowieso

47) US Congress, 93/1, Joint Committee on Atomic Energy, Military applications of nuclear technology. Hearings, Part 1, Washington D.C. 1973, S. 49.
48) Vgl. a.a.O., Part 2, S. 62–63.
49) Vgl. H. Breithaupt u. a., Zur Problematik einer Verteidigungsoption für Mitteleuropa in den achtziger Jahren. Zusammenfassung, Ebenhausen 1974; besonders S. 44–49.
50) Vgl. J. H. McWhriter, Tactical nuclear planning considerations – recent perspectives, Fort Leavenworth 1976, S. 27, sowie neben S. T. Cohen, a.a.O., auch A. S. Washawsky, Radiation battlefield casualities – credible, in „Military Review", 5/1976, S. 3–10.
51) Vgl. A. Frye, Pitfalls of the neutron bomb. Some lessons for Carter, in „Sun-Times" v. 17. 7. 1977, S. II-1; C. I. Hudson/P. I. Haas, a.a.O., S. 142; J. Rodejohann, a.a.O., S. 141–142.
52) Entfällt.
53) Vgl. „Flight International" v. 16. 7. 1977, S. 193.
54) Vgl. „Der Spiegel" v. 25. 7. 1977, S. 22.

etwas gleichgültig gegenüber diesen Dingen, was sich allerdings ändern könnte, wenn man die *nötige Umsicht* außer acht ließe"[55]).

Diese Umsicht, die „psychologische Vorbereitung" der Öffentlichkeit auf diese Waffe, sah A. Weinstein nach dem Panorama-Bericht über die ERW bereits „sträflich vernachlässigt"[56]). Doch die notwendige sachliche Diskussion der von den ERW aufgeworfenen und grundsätzlichen Fragen, von denen viele hier nur angedeutet oder gar nicht angesprochen werden konnten, heißt nicht, daß die Diskussion um eine rationale Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik hinter verschlossene Türen gehörte und durch die „sicherheitspolitische Funktion" der Bundesregierung ersetzt werden dürfte[57]). Mit den ERW ist in den USA eine neue Runde im nuklearen Rüsten eingeläutet worden, die zugleich den erneuten Einsatz von Nuklearwaffen nach Hiroshima und Nagasaki wahrscheinlicher macht. Das gehört in die Öffentlichkeit, dazu gilt es, Stellung zu nehmen.

Konturen der Außenpolitik Präsident Carters

Von Bernd Greiner

1. Die Auseinandersetzung um die Entspannungspolitik seit 1974/75

Während des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfs 1976 wollte der damalige Präsident Ford den Begriff „Entspannung" ersetzt sehen durch eine Präzisierung amerikanischer Ostpolitik als „Politik des Friedens durch Stärke", mit der der bisherige Entspannungskurs allerdings fortzusetzen sei. Die Opposition traditionell entspannungsfeindlicher Kräfte im republikanischen Lager um Ronald Reagan, der gegen Ford angetreten war und bereits beachtliche Vorwahlerfolge errungen hatte, ließ Fords „Neubestimmung" als Wahl-

55) U. Nerlich, Die Modernisierung der „theater nuclear forces" der NATO, in „Europäische Wehrkunde", 2/1977, S. 60–67 (62–63); Hervorhebung v. Verf.
56) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 27. 7. 1977, S. 10.
57) Vgl. P. Stratmann zu dieser Funktion in der bereits erwähnten Ebenhausener Studie, a.a.O., Teil I, 1973, S. 117: „Von ihrer (der Bundesregierung; JR) Leistung wird es abhängen, inwieweit die angesprochenen Veränderungen ohne destabilisierende Rückwirkungen auf Sicherheitsgefühl und Verteidigungsbereitschaft in der Bundesrepublik durchgestanden werden können. Ihr fällt die schwierige Aufgabe zu, der Öffentlichkeit einen sicherheitspolitischen Interpretationsrahmen zu vermitteln, der im Sinne der oben entwickelten Zielsetzung verhindert, daß künftig Änderungen als unnötig und unvermeidliche Anpassungen als unmittelbare Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik verstanden werden."

Kein Moratorium für die Kernenergie

Das Energieforschungsprogramm 1977–1980 der Bundesregierung

Ende April 1977 wurde das vom Bundesministerium für Forschung und Technologie erarbeitete Energieforschungsprogramm für die Jahre 1977 bis 1980 vom Bundeskabinett verabschiedet. Die Presse berichtete positiv, die Bundesregierung verlautbarte, daß in diesem Forschungsprogramm die Energieforschung zum erstenmal nicht mehr nur auf die Atomforschung fixiert sei, sondern die ganze Palette alternativer Energiegewinnungsformen bis hin zu Techniken der rationellen Energienutzung umfassen würde. Dieses nun „Energieforschungsprogramm" genannte Konzept löse die Reihe der Atomprogramme ab, in die seit dem Jahr 1956 in vier Atomprogrammen insgesamt 17,5 Mrd. DM öffentliche Mittel einflossen. Man ist erfreut zu hören, daß nun endlich mit Nachdruck saubere natürliche Energiequellen wie Sonnen- und Windenergie erschlossen werden sollen.

Das Energieforschungsprogramm besteht aus einem Textteil (166 Seiten), in dem die Grundlagen und Ziele des Programms beschrieben werden, und aus einem Tabellenteil, der die eigentliche Verteilung der Forschungsmittel festlegt. Auf die tatsächliche Verteilung der Forschungsmittel werden wir später kommen. Zunächst sei der Textteil des Programmes betrachtet. Dieser Text unterscheidet sich grundlegend von dem der vorangegangenen Energieforschungs-, d. h. Atomprogramme. Man gewinnt den Eindruck, daß hier zum ersten Mal statt kurz- bis mittelfristiger ökonomischer Gesichtspunkte mittel- bis langfristige ökonomische *und* ökologische Gesichtspunkte zu Leitlinien der Energieforschung werden. Bereits auf der ersten Seite heißt es: „Die wichtigsten Probleme, die die Energiesituation langfristig kennzeichnen, sind: die Vorräte der bisher hauptsächlich genutzten fossilen Energieträger sind begrenzt. Vor allem die Weltvorräte an Erdöl und Erdgas werden in wenigen Jahrzehnten erschöpft sein."

Daß das Uran, für das das Zitat ebenfalls zutreffen würde, hier vergessen ist, verzeiht man, denn auf Seite 20 ff heißt es: „Die Natur bietet zahlreiche Möglichkeiten, Vorräte und Vorgänge in technischen Prozessen zur Energieversorgung nutzbar zu machen. Die nutzbaren Energiequellen lassen sich in zwei Gruppen einteilen:
– *Vorratsbegrenzte* Primärenergien
– *Permanent verfügbare* Primärenergien.
Zu den vorratsbegrenzten Primärenergien gehören die fossilen Energievorräte *sowie Uran und Thorium*."

Auf Seite 21 ist ausgeführt, daß der Anteil der vorratsbegrenzten Primärenergien an der Energieversorgung der BRD ca. 97% beträgt. Daraus ergibt sich, daß diese Art der Energiegewinnung aus Kohle, Erdöl, Erdgas und Uran keine langfristig stabile Energieversorgung gewährleisten kann. Auf Seite 31 heißt es dazu: „Der anhaltende und wachsende Energiebedarf der Industrieländer sowie der wachsende Nachholbedarf der Entwicklungsländer wird dazu führen, *daß in Jahrzehnten die gewinnbaren Vorräte an fossilen Energieträgern, die in Millionen von Jahren entstanden sind, verbraucht sein werden.* Erst in jüngster Zeit ist die Endlichkeit dieser Vorräte verstärkt in das Bewußtsein der Menschheit gerückt."

Auch über die Umweltfreundlichkeit der Energiegewinnung finden sich bemerkenswerte Sätze. „Kerntechnische Anlagen emittieren im Betrieb radioaktive Substanzen wie z. B. Tritium, Krypton-85, Jod-131 und Xenon-133. Die dafür zugelassenen Abgaberaten sind sehr eng definiert und werden darüber hinaus noch bei weitem nicht ausgeschöpft. *Trotzdem können daraus bei weltweit verstärkter Nutzung der Kernenergie in Zukunft ernstzunehmende Belastungen entstehen, die durch die erhöhte Emission bei Betriebsstörungen noch verstärkt werden können.*" „Selbst bei einem gegenüber der Vergangenheit *gemäßigten Anstieg des Weltenergieumsatzes können sich aus den damit verbundenen Umweltbelastungen ernste Gefahren entwickeln.* Daraus resultiert die Notwendigkeit, umweltfreundliche Energietechnologien zu entwickeln." (S. 29)

Auf Seite 2 heißt es dazu allgemein: *„Energieumsatz ist immer mit Umweltbelastungen verbunden,* die begrenzende Bedingungen für den Umfang der Energienutzung insgesamt und die Art der Verwendung einzelner Energieträger darstellen." „Unter Berücksichtigung dieser Ziele und der Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland hat dieses Programm folgende 4 Schwerpunkte:
– rationelle Energieverwendung im Anwendungs- und Sekundärenergiebereich
– Kohle und andere fossile Primärenergieträger
– neue Energiequellen
– Kernenergie."

Die Kernenergie rangiert also an vierter und letzter Stelle. So könnte man meinen, wenn man die 4 Schwerpunkte des Programms sieht, die Presseberichte bei der Vorstellung des Energieforschungsprogramms verfolgte oder den Textteil des Energieforschungsprogramms durcharbeitet. Wie aber sieht es wirklich aus? Hierzu muß man sich die 11 Seiten Tabellen, in denen die tatsächliche Verteilung der Forschungsgelder aufgelistet ist, genauer ansehen. Und hier erhält der Bürger, der mit zunehmender Freude und Genugtuung die in weiten Teilen vernünftige Darstellung der Energieforschungssituation auf den 166 Seiten Textteil des Programms durchgearbeitet hat, einen umfassenden Schock: Kernenergie, Kernenergie, nochmals Kernenergie, dann große Vorhaben, die direkt oder indirekt mit der Kernenergie zu tun haben und dann ein Rest zahlreicher, aber mit Ausnahme der Kohle gering bis sehr gering dotierter Dinge.

Schauen wir uns die Zahlen genauer an: In der Pressemitteilung des Ministeriums hieß es noch, positiv ausgedrückt: „Die Aufwendungen für nukleare und nichtnukleare Energieforschung (ohne Fusion) haben sich stark zugunsten der nichtnuklearen Forschung entwickelt. Das Verhältnis war 1974 noch 1 : 8,4, im Jahre 1975 schon 1 : 4,9. Nach der gültigen Finanzplanung wird es 1980 etwa 1 : 2,7 sein." Dies bedeutet jedoch umgekehrt ausgedrückt, daß auch noch im Jahre 1980, nach diesem Vergleich, für die eine Energiequelle Kernenergie immer noch 2,7mal so viele Forschungsmittel ausgegeben werden sollen wie für die gesamte übrige Energieforschung einschließlich Kohle, neue Energiequellen und Techniken zur Energieeinsparung. Es kommt hinzu, daß in dem Teil, der bei diesem Vergleich den Anteil 1 erhält, außerdem eine Reihe von Projekten enthalten ist, die ebenfalls direkt oder indirekt mit der Kernenergie zusammenhängen, wie die Vergasung von Kohle mit Hilfe der Kernenergie (bei der im Grunde keine zusätzliche Energie gewonnen wird), Projekte zur Kühlung und Abwärmenutzung bei Kraftwerken, Projekte zur Fernwärmeversorgung mit Kernenergie u. a. Die Kernenergieforschung (wohlgemerkt ohne die physikalische Grundlagenforschung) soll nach wie vor den mit weitem Abstand größten Teil der Forschungsmittel erhalten. Demgegenüber erhalten die echten Alternativen, d. h. regenerierbaren und umweltfreundlichen natürlichen Energiequellen wie Sonnen-, Windenergie und andere einen geradezu lä-

cherlichen Betrag. Allein für die weitere Entwicklung der „Schnellen Brüter" soll mit 1471 Mio. DM während der nächsten 4 Jahre 11,5mal so viel Geld ausgegeben werden wie für die gesamte Sonnenenergieforschung (127 Mio. DM). Allein für die noch nötige nukleare Sicherheits- und Strahlenschutzforschung der Kernenergie soll mit 666 Mio. DM 5,2mal so viel wie für die Sonnenenergieentwicklung und 29mal so viel wie für die Windenergieentwicklung ausgegeben werden (23 Mio. DM). Insgesamt sollen die Aufwendungen für Sonnenenergieforschung nur 2,8% der Forschungsmittel für Kernenergie betragen, die Forschungsmittel für Windenergie gar nur weniger als 0,5% der Kernenergiemittel. Noch krasser ist das Verhältnis bei der geothermalen Energie, die mit 8 Mio. DM nur 0,18% der Forschungsgelder für Kernenergie erhalten soll. *Alle anderen* nicht nuklearen Energiequellen (ohne fossile Brennstoffe) sollen mit zusammen 37 Mio. DM 0,8% der Kernenergiemittel erhalten.

Diese Beträge für alternative Energieforschung können als nicht mehr als ein Feigenblatt bezeichnet werden, mit dem die Blöße der fehlenden echten Suche nach Alternativen zugedeckt werden soll. Natürlich sind Beträge von einigen Dutzend Millionen DM für den staunenden Bürger sehr viel, falls er nicht die geplanten Ausgaben für Kernenergie im Gedächtnis hat und sie damit vergleicht. Für die meisten der alternativen Energiequellen einschließlich der geothermalen Energie lassen sich mit den vorgesehenen Forschungsmitteln in den nächsten 4 Jahren kaum mehr als weitere Papierstudien erstellen. Die 23 Mio. DM für Windenergie werden gerade ausreichen, um innerhalb der nächsten 4 Jahre *ein* System in einem Prototyp zu verwirklichen. Etwas besser sieht es bei der Sonnenenergie aus, wo mit den vorgesehenen 127 Mio. DM wahrscheinlich mehrere Systeme der Warmwasserbereitung und Teilheizung mit Solarenergie entwickelt werden können. Dies ist zweifellos positiv. Aber gerade bei der Sonnenenergie wären gerade jetzt sehr große Forschungsanstrengungen nötig, um die vielen theoretisch möglichen Systeme der Sonnenenergie zur Gewinnung von Elektrizität und Wasserstoffgas zu entwickeln. Bei den erfolgversprechendsten Möglichkeiten der Sonnenenergienutzung wie der chemischen Nachahmung der biologischen Photosynthese oder der Spaltung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff steht die Forschung erst ganz am Anfang. Um solche Systeme bis zur technischen Reife zu entwickeln, bedarf es wahrscheinlich langer Jahre intensiver Forschungsarbeit in einer Größenordnung wie zu Beginn der Kernenergieentwicklung. Gerade deshalb aber sollte heute damit begonnen werden. Statt dessen sollen in den nächsten 4 Jahren weitere 4,532 Mrd. DM in die Kernenergieentwicklung investiert werden. Dabei sollen die jährlichen Ausgaben für die Kernenergie zwischen 1977 und 1980 sogar noch um 18% anwachsen. (1,029 Mrd. DM 1977 auf 1,217 Mrd. DM 1980)

In den letzten beiden Jahren wurde von seiten des Umweltschutzes, von Bürgerinitiativen, Wissenschaftlern und Kirchenvertretern wiederholt ein Moratorium für die Kernenergieentwicklung gefordert. In dieser Zeit sollten die Probleme der Kernenergie überdacht und Alternativen entwickelt werden. Inzwischen haben wir in der BRD de facto das Moratorium für Kernkraftwerke: aufgrund des Bürgerprotestes, von Gerichtsurteilen und der ungelösten Entsorgungsprobleme stehen heute viele Kernkraftwerksplanungen still. Die Frage ist, was in dieser Stillstandszeit geschieht: Ein Überdenken der Kernenergie und die Entwicklung von Alternativen oder eine Pause für diejenigen, die beim Durchsetzen der Kernkraftwerke wegen des Widerstandes der Öffentlichkeit außer Atem gekommen sind, eine Ruhe vor dem neuen Sturm der Kernenergie, in der weitere Milliarden DM Steuergelder in die inzwischen als hoffnungslos erkannte Richtung investiert und damit der Erfor-

schung von Alternativen entzogen werden? Das Energieforschungsprogramm der Bundesregierung spricht eine deutliche Sprache: nicht überdenken, sondern der Versuch der Zementierung einer Entwicklung ist die Devise. Daß sich Bundesregierung und insbesondere Bundesforschungsministerium jedoch durchaus bewußt sind, daß dies nicht dem Wunsche der Öffentlichkeit entspricht, zeigt die aufwendige und äußerst raffinierte verbale Verpackung dieses Energieforschungsprogramms. Verschleierung tatsächlicher Politik war noch nie eine gute Grundlage für die Akzeptanz dieser Politik durch die Regierten.

Dieter Teufel

Zur Entwicklung der „Demokratischen Fraueninitiative"

„Für die Gleichberechtigung der Frau in einer humanen Gesellschaft" – unter dieses Motto hatte die Demokratische Fraueninitiative ihren ersten bundesweiten Kongreß, der am 16. April 1977 in Oberhausen stattfand, gestellt. Das Motto soll verdeutlichen, wie die in der Demokratischen Fraueninitiative zusammengeschlossenen Frauen ihre Arbeit verstehen: Das Eintreten für die Gleichstellung der Frau mit dem Mann bedeutet für sie zugleich, für eine humane Gesellschaft zu kämpfen, in der die Emanzipation von Frau *und* Mann letztlich erst möglich wird.

Wie sehr die Bereitschaft, sich zu wehren und sich mit anderen zusammenzuschließen, unter den Frauen zugenommen hat, beweist die Entwicklung der Demokratischen Fraueninitiative, die – entstanden aus einer Aktion im Internationalen Jahr der Frau 1975 – innerhalb kurzer Zeit zu einer Bewegung mit Gruppen in mittlerweile fast 30 Städten*) der Bundesrepublik angewachsen ist. Die Gruppen der Demokratischen Fraueninitiative versuchen mit einigem Erfolg, die Diskussion über die übergreifenden Ziele der Frauenbewegung, über die Strategie zur grundlegenden Veränderung der Situation der Frau, zu verbinden mit der praktischen Arbeit: Aufzeigen von konkreten Mißständen in der Stadt bzw. im Wohnviertel und Mobilisierung der unmittelbar Betroffenen zu öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten.

So werden Aktionen gestartet für die Einrichtung von Kinderspielplätzen, für die Schaffung von Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen zur Entlastung berufstätiger Mütter. Die Gruppen der Demokratischen Fraueninitiative wenden sich gegen den Abbau von sozialen Leistungen zu Lasten der Frauen, wie z. B. Schließung von Mütterberatungsstellen und Entbindungsstationen. Sie untersuchen die örtlichen Gegebenheiten zur Durchführung von legalen Schwangerschaftsabbrüchen und wenden sich gegen den Boykott der Reform des § 218 durch Ärzte und Krankenhäuser, wobei sie weiterhin für die Durchsetzung der Fristenregelung eintreten. Sie wehren sich gegen die enorme Verschlechterung der Bildungs- und Ausbildungschancen, gerade für Mädchen und Frauen, und die sich verschärfende Frauenarbeitslosigkeit. Sie wollen mit ihren Aktionen Schülerinnen und Studentinnen, aber besonders Schulabgängerinnen und junge Arbeitslose ansprechen und sie für eine Mitarbeit in der Fraueninitiative gewinnen, denn sie sehen die Gefahr, daß die am härtesten Betroffenen

*) In Bonn, Bremen, Bochum, Darmstadt, Dinslaken, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Eschweiler, Essen, Frankfurt/M., Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Herne, Kassel, Kiel, Köln, Lüdenscheid, Mülheim/Ruhr, München, Münster, Neunkirchen, Nürnberg, Siegen, Sylt, Wanne-Eickel. Ständig entstehen neue Gruppen. Die Kontaktadressen und weitere Informationen können angefordert werden bei: Demokratische Fraueninitiative, Venloer Str. 383 II, 5000 Köln 30.

in die Resignation getrieben werden. Sie wollen verhindern, daß sich die Frauen infolge der wieder verstärkt propagierten Leitbilder, wonach die wahre Erfüllung der Frau in der Umsorgung der Familie liegt, zurück an den Herd schicken lassen, anstatt für ihre Rechte zu kämpfen, für das Recht auf Bildung, auf einen Arbeitsplatz, auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Andere Gruppen der Fraueninitiative arbeiten schwerpunktmäßig mit dem Ziel, durch Veranstaltungen, Foren oder Filmabende zu aktuellen Themen – wie z. B. Ehe- und Familienrecht, Doppelbelastung der Frau durch Familie und Beruf, Erziehungs- und Schulfragen – mit Frauen ins Gespräch zu kommen, sie zur Wahrnehmung ihrer Rechte zu ermutigen und Anstöße zu geben, eigene Verhaltensweisen im familiären Bereich und in der Gesellschaft zu überdenken und zu ändern.

Die in der Initiative mitarbeitenden Frauen wollen sich aber nicht abdrängen lassen auf einen Bereich, in dem es um Frauenprobleme im engeren Sinne geht, sondern sie stellen ihre Arbeit bewußt in einen größeren Rahmen; sie sehen die gesellschaftlichen Ursachen für die fehlende Gleichberechtigung, also greifen sie ein in die politischen und sozialen Auseinandersetzungen. Sie unterstützen die Forderungen von streikenden Kollegen durch Solidaritätsaktionen, wie es zum Beispiel während der 3 Wochen Streik und Aussperrung in Bremen bei den Tageszeitungen „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten" im Juni 1977 geschah, sie beteiligen sich an den Bürgerbewegungen gegen die Zerstörung der Umwelt und an den Aktionen für Frieden und Abrüstung, wie es bei den Demonstrationen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit am 22. Mai dieses Jahres deutlich wurde. Es gibt also eine breite Palette von Arbeitsfeldern, auf denen die Initiative schon tätig geworden ist. Welche Probleme die einzelnen Gruppen aufgreifen, welche Projekte sie sich vornehmen, ist unterschiedlich je nach den örtlichen Gegebenheiten, je nach der sozialen Zusammensetzung der Gruppen und den politischen Vorstellungen der in ihnen arbeitenden Frauen. Mit der relativ lockeren Form der Initiative ist die Möglichkeit gegeben, daß sich Frauengruppen und einzelne Frauen, Frauen jeden Alters, unterschiedlicher sozialer Herkunft und politischer Anschauungen, Berufstätige, Hausfrauen und Studentinnen zusammenschließen und gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse eintreten.

Für viele der aus feministischen Gruppierungen der Frauenbewegung kommenden Frauen ist es überraschend zu sehen, daß sich in der Demokratischen Fraueninitiative schon nicht mehr ausschließlich Intellektuelle und Frauen aus den Mittelschichten engagieren, sondern auch aktive Gewerkschafterinnen, junge Betriebsarbeiterinnen, Frauen mit mehreren Kindern, ältere Frauen mit zum Teil schon jahrzehntelangen Erfahrungen in der Frauenarbeit.

Der Prozeß der Herausbildung eines gemeinsamen Selbstverständnisses der Demokratischen Fraueninitiative ist noch nicht abgeschlossen. Auf dem Kongreß wurde von den Initiatorinnen der Entwurf für eine „Arbeitsgrundlage" vorgelegt, der zur Zeit in den Gruppen diskutiert wird. Ausgehend von der im Grundgesetz (Art. 3, Abs. 2) verankerten Gleichberechtigung und dem 1975 verabschiedeten Weltaktionsplan der Vereinten Nationen für die Dekade der Frau werden Forderungen erhoben zur Überwindung der vielfältigen Benachteiligungen der Frau in der Arbeitswelt, im Bildungs- und Ausbildungsbereich, in der Familie, wobei nicht Appelle an die Verantwortlichen im Vordergrund stehen, sondern das Bemühen darum, den Betroffenen die Notwendigkeit solidarischen Handelns einsichtig zu machen und Wege zur Veränderung aufzuzeigen.

Die in den Gruppen sehr engagiert geführten Diskussionen zur Veränderung

des Entwurfs lassen erkennen, daß der Wunsch groß ist, die schon recht umfangreichen Aktivitäten der einzelnen Gruppen einzuordnen in ein Konzept zur grundsätzlichen Veränderung der Situation. Gleichzeitig werden Vorschläge entwickelt für gemeinsame Arbeitsvorhaben der Demokratischen Fraueninitiative im nächsten Jahr. Dabei bewegt sich die Diskussion um folgende Schwerpunkte: Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit, Aktionen gegen die Bildungsmisere, gegen die Frauenarbeitslosigkeit und die Folgen des Lehrstellenboykotts für Mädchen, Vorbereitung des Internationalen Jahrs des Kindes 1979. Auf einer Aktionsberatung mit Gruppenvertreterinnen im Oktober sollen die Diskussionen um den Entwurf der Arbeitsgrundlage abgeschlossen und die gemeinsamen Arbeitsvorhaben für die nächste Zeit festgelegt werden. So soll eine größere Wirksamkeit und Ausstrahlung erreicht werden.

Die Entwicklung eines eigenen Selbstverständnisses der Demokratischen Fraueninitiative bedeutet nicht, daß sich die Initiative von anderen Strömungen der Frauenbewegung absondern will, sondern dieser Prozeß ist gerade deshalb notwendig, um Anknüpfungspunkte für gemeinsame Aktionen finden zu können. Die Demokratische Fraueninitiative versucht sowohl örtlich als auch überregional, zu einer Diskussion und zu einer Zusammenarbeit mit allen Frauengruppen zu kommen, um eine breite soziale Bewegung der Frauen in der Bundesrepublik zu initiieren. Die bisherigen positiven Erfahrungen lassen hoffen, daß diese Bemühungen Erfolg haben und daß es der Fraueninitiative gelingt, auch solche Frauen anzusprechen und in die Bewegung einzubeziehen, die bisher wenig Zugang zur politischen Arbeit gefunden haben.

Hildegard Proft

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

73 *Badstübner/Thomas* **Restauration und Spaltung.** Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955. 512 S. DM 12,80
74 *Frauenaktion Dortmund (FAD)* **Schwangerschaft und der neue § 218.** Handbuch für Frauen. 203 S. DM 9,80
75 *Meyer (Hg.)* **Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR.** Ein Quellenband. 500 S. DM 14,80
76 *Simon* **Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT.** 240 S. DM 9,80
77 *Haug* **Kritik des Absurdismus.** J.-P. Sartre. 256 S. DM 9,80
81 *Kahl* **Positivismus als Konservatismus.** 301 S. DM 14,80
82 *Butterwegge* **Alternativen der Wirtschaftslenkung.** 155 S. DM 9,80
83 *Mayer/Stuby (Hg.)* **Das lädierte Grundgesetz.** 356 S. DM 14,80
84 *Hinrichs/Peter* **Industrieller Friede?** 298 S. DM 12,80
86 *Bayertz/Schleifstein* **Mythologie der „Kritische Vernunft":** Karl Popper. 270 S. DM 14,80
87 *Menschik* **Feminismus.** 358 S. DM 12,80
88 *Kühnl/Hardach* **Zerstörung der Weimarer Republik.** 290 S. DM 12,80
89 *Apel* **Umfrage UdSSR.** Offener Brief an Sacharow. 176 S. DM 9,80
91 *Preiß* **Humanisierung der Arbeitswelt.** 132 S. DM 12,80
94 *Mannhardt/Schwamborn* **Zivildienst-Handbuch.** 142 S. DM 9,80
96 *Sandkühler (Hg.)* **Betr.: Althusser.** Kontroversen über den „Klassenkampf in der Theorie". 225 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe*)

Die Vereinigten Staaten stehen vor einer folgenschweren Entscheidung, die auch Europa und insbesondere die Bundesrepublik unmittelbar berührt: Mit dem Bau der Neutronen-Bombe, die u. a. in der Bundesrepublik stationiert werden soll, droht eine neue verheerende Eskalation des Wettrüstens. Die Hoffnung auf eine Wende zur Abrüstung, ohne die Entspannung auf Dauer kaum denkbar ist, und die Versuche der letzten Jahre, zunächst wenigstens eine Verlangsamung des Rüstungstempos und einen vertraglichen Verzicht auf die Entwicklung neuer Massenvernichtungsmittel zu erreichen, würden einen schweren Rückschlag erleiden. Die „Atomschwelle" würde in kaum mehr kontrollierbarer Weise abgesenkt, der „taktische" Einsatz nuklearer Vernichtungsmittel in den Bereich des Normalfalls gerückt. Es droht ein Dammbruch mit unabsehbaren Folgen.

Die Ankündigung der Neutronen-Bombe darf deshalb nicht, wie frühere Eskalationsschritte, wieder in einem Schwall verwirrender und abstumpfender Presseerklärungen untergehen. Es scheint, als wollten die Verantwortlichen selbst die Reaktion der internationalen Öffentlichkeit testen, ehe sie den folgenschweren Schritt endgültig wagen (die definitive Entscheidung ist für Mitte August angekündigt). Eine entschiedene und rasche Antwort ist deshalb um so dringlicher. Es kommt jetzt vordringlich darauf an, die Bundesregierung zu einem klaren Nein zur Neutronen-Bombe und insbesondere zur geplanten Stationierung in der Bundesrepublik zu veranlassen. Diesbezügliche Forderungen erheben heute auch die ehemaligen Bundeswehr-Generäle v. Baudissin, Steinhoff und weitere Militärexperten.

Die „Blätter" haben sich an eine Reihe von Persönlichkeiten im In- und Ausland mit der Bitte um Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe gewandt, die wir nachstehend zusammen mit einer Analyse über Entwicklung, Wirkungsweise und Gefahren der neuen amerikanischen Kernwaffe veröffentlichen. D. Red.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M.
Ein Bündnis für das Leben der Menschheit

Die ideale Waffe für die letzte Periode des Monopolkapitalismus, der sich mit Staatsgewalt und bewaffneter Macht völlig verwebt, scheint gefunden: die Neutronenbombe. Endlich ist es technisch möglich, Atomwaffen gezielt so einzusetzen, daß zwar alle Menschen (und das mit größten physischen und psychischen Qualen eines verlangsamten Todeskampfes) umgebracht, aber „Sachwerte" und Produktionsmittel erhalten werden. Das beste Instrument

*) Die nachstehenden Stellungnahmen erscheinen in Kürze zusammen mit weiteren Dokumenten und Materialien zur Neutronen-Bombe als Band 31 der „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen" (Pahl-Rugenstein Verlag).

für den Raubmord an ganzen Völkern und ihren Industrien ist einsetzbar. Hätte das Dritte Reich es einst besessen – wehe der ganzen Menschheit.

Wer kann garantieren, falls sie produziert wird, daß nicht in einer künftigen, noch schwereren als der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in einem kapitalistischen Staat irgendeine faschistische Gruppierung an die Macht gelangt, die bereit ist, diese Waffe zu nutzen?

Und welchen Sinn haben noch völkerrechtliche Abkommen gegen Gaswaffen, wenn Strahlenwaffen mit gleicher Verwendungsfähigkeit geschaffen werden? Wie sollen neue SALT-Abkommen gelingen, wenn Sie durch andere technische Gestaltung von Kernwaffen einfach umgangen werden dürfen?

Deshalb muß ein weltweites Bündnis aller sozialen Gruppen, die das Leben der Menschheit erhalten wollen, den Bau der Neutronenbombe verhindern. Es müßte vor allem in der Bundesrepublik geschaffen werden, in der diese Neutronen-Kernwaffen stationiert werden sollen und deren Bewohner deshalb am ersten gefährdet wären.

Dr. Frank Barnaby, Stockholm (SIPRI)
Europa vor einer „neuen Generation" von Kernwaffen

Man nimmt an, daß gegenwärtig etwa 10 000 taktische Nuklearwaffen – ca. 6000 amerikanische, 3500 sowjetische und einige hundert britische und französische – in Europa stationiert sind. Der Einsatz auch nur eines Bruchteils von ihnen würde Europa ausradieren.

Die NATO-Waffen werden fortwährend perfektioniert. Aber der Pentagon-Vorschlag, eine neue Generation taktischer Nuklearwaffen in Europa einzuführen, ist in besonderem Maße alarmierend. Ein Typ (unter mehreren) ist die sogenannte „Neutronen-Bombe", wie eine neue nukleare 8-Zoll-Artilleriegranate und ein neuer Sprengkopf für die Boden-Boden-Rakete „Lance" mit 120 Kilometern Reichweite genannt werden. Die Neutronen-Bombe soll eine plötzliche Explosion von Neutronen und Gamma-Strahlen erzeugen, die eine Strahlendosis mit einem Wirkungsbereich von mehreren hundert Metern freisetzen, die groß genug ist, um innerhalb weniger Minuten alle ungeschützten Personen außer Gefecht zu setzen und fast alle von ihnen in ein oder zwei Tagen zu töten. Einige der den Strahlen ausgesetzten Personen werden allerdings einen Monat oder mehr brauchen, um zu sterben.

Die derzeitige nukleare 8-Zoll-Artilleriegranate hat eine Sprengkraft von ungefähr einer Kilotonne. Die neue Granate könnte dieselbe Strahlentötungskapazität mit nur einem Zehntel der Sprengkraft erreichen. Der Strahlung ausgesetzte Personen würden einen langsamen Tod sterben, aber Sachwerte außerhalb des Schlachtfeldes würden relativ unbeschädigt überdauern.

Die Militärs sagen, daß sie diese neue Waffengeneration haben wollen, weil ihr Einsatz in Kriegszeiten glaubhafter ist, als der der gegenwärtigen Typen taktischer Nuklearwaffen. Die Vorstellung, daß ein taktischer Nuklearkrieg „akzeptabel" und „gewinnbar" gemacht werden könne, wenn nur die richtigen Waffensorten gewählt werden, ist außerordentlich gefährlich. Sie ist außerdem absurd. Eine Nuklearwaffe, wie begrenzt ihre Wirkung auch sein mag, kann nicht als eine konventionelle Waffe verkleidet werden. Und die Erwartung, daß *irgendein* Einsatz von Nuklearwaffen nicht bis zum Einsatz aller verfügbaren Nuklearwaffen (einschließlich der strategischen) eskalieren werde, ist unrealistisch. Wie die Erfahrung zeigt, ist es unwahrscheinlich, daß kriegführende Länder kapitulieren, bevor sie alle verfügbaren Waffen eingesetzt haben.

Außerordentlich beunruhigend ist außerdem die Möglichkeit, daß die Entscheidung über den Einsatz der neuen Typen nuklearer Waffen bereitwilliger vom Präsidenten auf die lokalen militärischen Kommandeure übertragen wird. Die Einführung einer neuen Generation von Nuklearwaffen macht auch die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen auf Länder, die noch nicht über sie verfügen, wahrscheinlicher. Schließlich: diese neuen Waffen könnten die laufenden Verhandlungen zur Rüstungskontrolle komplizierter machen.

Aus historischen Gründen mag es für Europäer leichter als für Amerikaner sein, einige dieser Punkte zu verstehen. Die europäischen Politiker sind daher besonders qualifiziert, Präsident Carter zu ermutigen, sich gegen die Verwendung von Waffen mit vergrößerter Strahlung oder jedes anderen neuen Typs taktischer Nuklearwaffen zu entscheiden, die den Nuklearkrieg wahrscheinlicher machen. Der Präsident wird in den nächsten Wochen darüber entscheiden müssen. Eine Entscheidung zugunsten einer neuen Generation von Nuklearwaffen in Europa wäre eine Katastrophe.

Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, D. D., Frankfurt/M.
Die unmenschliche Waffe

Die Neutronen-Bombe muß im Zusammenhang der chemischen und biologischen Kriegführung gesehen werden, die völkerrechtlich geächtet ist. Sie hat mit chemischen und biologischen Waffen gemeinsam, daß sie sich ausschließlich gegen das menschliche Leben richtet, während ihr Vorzug ausdrücklich gepriesen wird, daß sie Waffen und Material nicht beschädigt. Der Charakter dieser Waffe ist darum in dieser gegen das menschliche Leben gerichteten Wirkung zu beurteilen, einerlei, ob es sich um eine Bombe wie die A- und H-Bomben handelt oder um eine „strategische" Waffe, deren Einsatz im Gefecht allein mit der Panzerwaffe geplant ist. Diese Begrenzung der Verwendung steht nur auf dem Papier und behindert in keiner Weise die für jeden Angreifer verlockende Möglichkeit, durch einen massiven Einsatz Fabriken und In-

dustrieanlagen unbeschädigt und vom „Feind" gesäubert übernehmen zu können. Der letzte Rest von Menschlichkeit in der Kriegführung, daß dem Kriegführenden ausdrücklich auferlegt ist, das Leben der Nicht-Combattanten aber auch der Soldaten zu schonen, verschwindet damit.

Die Konstruktion der Neutronen-Bombe als nuklearer Waffe angeblich unterhalb der durch SALT I festgesetzten Schwelle sucht die Weiterführung der SALT-Gespräche zu unterlaufen und Fakten zu schaffen, die durch ein weiteres Abkommen nicht mehr berührt werden. Da es unzumutbar ist, daß die Sowjetunion dies Unterlaufen hinnimmt, werden diese Gespräche faktisch blockiert, so daß ein neues Abkommen nach dem Auslaufen des bestehenden nicht mehr erwartet werden kann. Ein vertragsloser Zustand in bezug auf die nuklearen Waffen ist damit die zwangsläufige Konsequenz. Er bedeutet nicht nur ein Wiederaufleben des „Kalten Krieges", sondern zugleich einen Neuansatz des Rüstungswettlaufes.

Dieser verschärfte Rüstungswettlauf ist von den USA eingeplant, einerseits um dadurch die eigene darniederliegende Industrie zu beleben, andererseits um die Sowjetunion zu einem Nachziehen zu veranlassen, so daß die sowjetische Industrie dadurch stärker beansprucht ist. Sie wird also weder die Konsumgüterindustrie im geplanten Ausmaß intensivieren können, um die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu befriedigen, noch wird sie als Konkurrent auf dem Weltmarkt in dem Maße die USA-Wirtschaft gefährden können, wie es offensichtlich befürchtet wird. Eine Schwächung der innenpolitischen Position der Sowjetregierung und ihrer handelspolitischen Position auf dem Weltmarkt ist die indirekte Zielsetzung dieser „Waffe".

Da von vorneherein erwartet wird, daß die Sowjetunion in spätestens 20 Jahren gleichgezogen hat, erweist sich die vorgegebene Begründung mit dem Sicherheitsbedürfnis als unredlich, während die Begründung allein politisch und wirtschaftlich motiviert ist.

Der unmenschliche Charakter der „Waffe" macht ihre Ächtung notwendig.

Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Bechert, Mainz
Neutronen-Bomben bei uns?

dpa-Meldung vom 18. 7. 1977: Falls die USA die Absicht bekunden würden, die Neutronen-Bombe auch auf deutschem Boden zu stationieren, sicherte der Bundeskanzler „besonders gründliche bündnisinterne" (also innerhalb der NATO) „sowie direkte deutsch-amerikanische Beratungen zu". Auffällig an dieser Meldung ist: 1. das Wort „Beratungen", wo man mindestens das Wort „Verhandlungen" oder noch besser „Einspruch" erwartet, 2. aus den USA ist die Absicht bereits bekundet worden; es handelt sich nicht nur um eine Möglichkeit, wie die Nachricht glauben machen will. Der Bundeskanzler hat es

trotzdem „für verfrüht" gehalten, mit Präsident Carter über „das Problem" Neutronen-Bombe zu sprechen, das steht in derselben dpa-Meldung, und auch noch, daß der Kanzler mitteilte, über die Neutronen-Bombe seien „noch keinerlei militärische oder politische Entscheidungen gefällt worden, die das ganze nordatlantische Bündnis betreffen könnten". Aber uns betreffen sie, wenn sie gefällt werden, Herr Bundeskanzler, und besonders die Menschen in der DDR! Und da wäre es richtig und notwendig, nicht erst Entscheidungen abzuwarten, die ja von Carter (nach Besprechung mit seinen Beratern) gefällt werden, sondern vorher im Interesse Deutschlands tätig zu werden. Sicher ist, daß mit der Bereitstellung der Neutronen-Bombe ein zweiter großer Rüstungswettlauf beginnt, und daß sie vor allem in Deutschland zur Verfügung sein soll – das geht aus Äußerungen führender amerikanischer Militärs hervor –, und daß sie dann „bei Bedarf" in Deutschland eingesetzt werden wird. Die Waffe ist „für das Gefechtsfeld" bestimmt, sagt der Bundeskanzler – und das „Gefechtsfeld" wird Deutschland sein (das hat er nicht gesagt). Gibt es einen vernünftigen Politiker, der daran zweifelt? Wozu überhaupt die Neutronen-Bombe, wenn man mit anderen „taktischen Nuklearwaffen" auf dem „Gefechtsfeld" wirken kann, die es „auf westlicher sowie auf sowjetischer Seite schon bisher gegeben hat", wie der Bundeskanzler zur „Versachlichung der Diskussion" gesagt hat? Mit diesen „taktischen" Atomwaffen kann man auch Panzer und sonstiges auf dem Gefechtsfeld bekämpfen und vernichten. Die Neutronen-Bombe aber läßt die Panzer ziemlich ungeschoren und vernichtet die Menschen, macht sie kampfunfähig, zerstört ihr Nervensystem, macht sie wahnsinnig und läßt sie qualvoll sterben. Welche Menschenbestien haben die Bezeichnung „human" für diese Waffe erfunden? Sicher ist auch, daß es beim Einsatz dieser Waffe zum Atomkrieg kommen wird, denn die Gegenseite wird mit Atomwaffen antworten. Mit der Neutronen-Bombe wird die militärische Planung der Abschreckung verlassen, denn diese Bombe wird einen atomaren Gegenangriff nicht abschrecken, sondern herausfordern, wenn erst der Westen auf einen konventionellen Angriff des Ostens mit dieser Waffe geantwortet hat. Auch die Theorie der abgestuften Verteidigung fällt damit in sich zusammen, denn wer glaubt an einen konventionellen Angriff des Ostens und die dann folgende angeblich wirkungsvollere Abwehr mit Neutronenwaffen, ohne daß es zum Atomkrieg käme? Denken wir manchmal noch daran, daß DDR-Soldaten und Bürger im anderen Deutschland die Gegner sind, die dann zuerst zu bekämpfen wären?

Prof. Dr. Ernst Bloch, Tübingen
Bombe gegen überflüssige Menschen?

Präsident Carter setzt sich für Menschenrechte ein. Gleichzeitig propagiert er neue Waffen, die zwar menschenmörderisch sind, aber zynischerweise Sachen schonen. Es drängt sich der Gedanke auf, daß die Neutronen-Waffe nicht

nur gegen Feinde gerichtet ist, sondern überhaupt gegen Menschen. Denn der Mensch ist überflüssig geworden. Die Arbeitslosigkeit und die Rationalisierung haben die menschliche Arbeitskraft in großen Massen überflüssig gemacht. Man wird vielleicht eine Situation schaffen, in der man mit dieser abscheulichen Waffe Millionen Menschen vernichten kann, die überflüssig geworden und eine dauernde Belastung des Geschäfts sind. Diese Waffe wird noch dazu „human" genannt, wobei man gleichzeitig erfährt, daß die davon betroffenen Menschen in Wochen, vielleicht Monaten qualvoll sterben. Hitler hat 6 Millionen Juden umgebracht. Wie viele Menschen wird die Neutronen-Waffe umbringen?

William Borm, Berlin
Zynismus in Reinkultur

Bei einer der beiden Supermächte – diesmal in den USA – ist ein neues Vernichtungsmittel entwickelt worden, das Menschenleben in Massen auslöscht, Materie aber weitgehend verschont. Damit ist die Perversität auf einem neuen Gipfel angelangt. Damit aber auch scheiden sich die Geister ein weiteres Mal: hier die Verblendeten, die jede Möglichkeit ergreifen, welche Wissenschaft und Technik zur „rationelleren" Tötung bieten, dort jene, die dem Leben gegenüber noch die Verpflichtung seiner Erhaltung in sich tragen. Beide Kategorien gibt es überall, keines der beiden Lager ist frei von Schuld. Es wäre müßig, an dieser Stelle nach den Ursachen zu suchen. Jedenfalls gibt es keine Macht auf der Welt, die dem Treiben mit dem nötigen Potential im Rücken Einhalt gebieten könnte. Im Gegenteil: Wer immer die Eskalation weitertreibt, scheut sich nicht, die Notwendigkeit der Friedenserhaltung lauthals zu betonen. Zynismus in Reinkultur! Die neue Neutronenwaffe ist also höchstens technisch ein Novum, politisch bedeutet sie keineswegs etwas grundsätzlich Neues. Allerdings: sie senkt die atomare Schwelle unter das erträgliche Maß ab. Bisher provozierte der Ersteinsatz atomarer Vernichtungsmittel mit Sicherheit den Gegenschlag gegenüber dem eigenen Land. Diese Tatsache entfällt, weil die Neutronen-Waffe regional kontrollierbar ist.

Das sollte, das müßte alle jene Kräfte mobilisieren, denen der Friede mehr bedeutet als eine gängige Vokabel. Wird ihr Protest gehört werden? Kaum! Man wird die Mahner vielmehr verteufeln und diffamieren, man wird sie unter Verwendung des sattsam bekannten Vokabulars auszuschalten versuchen. Dies ist jedoch kein Grund zum Schweigen, vielmehr bedeutet es unabdingbare Pflicht zum warnenden Protest.

Hierdurch können wir allerdings keine der beiden Supermächte hindern, von ihren Machtmitteln autonom Gebrauch zu machen. Wohl aber können wir uns dagegen wehren, daß atomare Vernichtungsmittel auf deutschem Boden eingesetzt werden. Ob ein solches Verbot im Ernstfall eingehalten wird, mag

zwar dahinstehen, das entbindet aber unsere Politiker nicht von der Verantwortung, die sie den deutschen Menschen gegenüber tragen. Hier haben nicht die Militärs das letzte Wort, sondern die vom Volk gewählten Vertreter. Sie sollten nicht erst durch ihre Wähler an ihre Pflicht erinnert werden müssen.

Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Marburg
Der Nuklearkrieg wird wahrscheinlicher

„Wer Außenpolitik als Funktion der Militärstrategie betreibt, bleibt Gefangener des Teufelskreises atomarer Rüstung." Wenn dieser Satz Willy Brandts wirklich, wie der damalige Bundesminister der Verteidigung Helmut Schmidt 1969 in seinem Buch „Strategie des Gleichgewichts" schrieb, eine Einsicht ausdrückt, die das politische Denken vieler zur Analyse fähiger Menschen in eine neue Richtung gedrängt habe – dann stehen wir gegenwärtig vor der Situation, daß sich Präsident Carter und mit ihm all jene, die sich mittels „Atomwaffen der dritten Generation" die Option auf eine atomare Feldschlacht offenhalten wollen, freiwillig als Gefangene in diesen Teufelskreis begeben. Und wir Bewohner Mitteleuropas wandern gleich mit, denn nach der Bündnis-Konstellation Ost/West wird diese Option, die einen Nuklearkrieg wahrscheinlicher macht, nicht für Detroit oder den Bundesstaat Georgia wirksam, sondern für Hamburg und Niedersachsen.

Wissenschaftler, Politiker, „viele zur Analyse fähige Menschen" haben in den vergangenen Jahren wieder und wieder auf die verhängnisvolle Kehrseite des „Gleichgewichts des Schreckens" und der Strategie der gegenseitigen Abschreckung hingewiesen, daß dadurch nämlich erstens der Rüstungswettlauf in Gang gehalten wird, weil jede Seite technologische Durchbrüche der anderen Seite fürchten muß, und daß dadurch zweitens ein allgemeiner Abstumpfungsprozeß gegenüber den schrecklichen und inhumanen Vernichtungspotentialen in den Militärdepots hüben wie drüben verstärkt wird. Nur eine erfolgreiche Entspannungspolitik als Voraussetzung wirksamer Rüstungsreduzierungen kann die Pseudo-Sicherheit durch konventionelle und nukleare Drohpotentiale aufheben und mehr wirkliche Sicherheit an ihre Stelle setzen. Die Ankündigung Präsident Carters, Nuklearsprengkörper mit verstärkter Strahlung und begrenztem Hitze- und Druckeffekt in Serie zu bauen und in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, ist nicht nur ein erneutes Signal für weiteres Wettrüsten und bringt die Fundamente der west-östlichen Entspannungspolitik ins Wanken. Das von einigen Militärstrategen mit Bedauern konstatierte „Hiroshima-Trauma" der Bevölkerung soll darüber hinaus mit dem zynischen Argument angeblicher „Sauberkeit" der Neutronen-Bombe abgebaut werden. Wer mit der Idee vom begrenzten Ersteinsatz nuklearer Waffen so leichtfertig spielt, uns deren Wirkung als simpel verstärkte Artillerie konventionellen Zuschnitts sozusagen schmackhaft ma-

chen will, macht den Nuklearkrieg wahrscheinlicher. Nicht nur in Mitteleuropa, sondern überall in der Welt, in der ja eine wachsende Zahl von Staaten über Nuklearwaffen verfügen oder demnächst verfügen werden.

Karlheinz Deschner, Haßfurt
Um der Sachen willen

Sehr geehrter Herr Bredthauer,

warum so entsetzt? So unsachlich? Hat man nicht alle Kriege, neueren Datums, bloß um der Sache willen geführt?! Aber leider gingen dabei immer zu viele Sachen kaputt! Fabriken, Kasernen, Kirchen, Zuchthäuser, Zwangs- und andere Erziehungsanstalten – Wertobjekte! Kulturgüter! Und endlich jetzt ein Mittel, das nur unsereins vertilgt. Eine Errungenschaft, die beseitigt, was überschüssig, erhält, was lebenswichtig ist. Ein Segen doch in dieser von Menschen platzenden Welt!

Endlich die mörderische Abtreibung gegenstandslos! Endlich das „keimende Leben" überzeugend zu retten, das Reich der Werte zu bewahren! Denn die Bombe der Neutronen – ein Hoch dem technischen Erfindergeist – ist ja gerade umweltneutral. Und gehört zur sauberen Luft, zum sauberen Wasser, sauberen Salat nicht logisch auch die saubere Waffe?! Und diese Waffe – klein, nebenbei, materialsparend, ergo hochökonomisch, doch sehr hygienisch eben auch – birst nicht mehr in Feuer und Rauch. Nur unsichtbare Strahlen schickt sie aus. Sauber und hart. Keine Schreckensbilder martialischer Gemetzel mehr. Kaum Druck-, kaum Hitzewellen. Bloß geringer Fallout. Die Radioaktivität klingt – wie heiter, musikalisch fast sich's anhört – in Stunden schon ab. Am selben Tag noch kann man ein so schonend entvölkertes Gebiet besetzen und besitzen (beim Frühstück beschossen, zum Mittagstisch bereits vereinnahmbar), ohne daß ein Stein vom andern fällt. Bloß alles Menschliche segnet das Zeitliche (ein Gleichnis nur) zumeist nach Tagen schon oder Stunden – und ginge doch sonst, in faulen Friedenszeiten, an gottweiß welch grauenhaften Krankheiten zugrunde! Wer's länger übersteht, stirbt dann an Herzversagen – ein schöner Tod, wie jeder weiß; auch, etwas lästiger vielleicht, an Atemnot, an Krebs.

Wer aber ganz davonkommt gar, ist, durch Hirnschäden, mit Stumpfsinn begnadet und geistiger Umnachtung und erspart allen Großkopfigen, Großpredigern, Großmäulern und Großverdienern künftig jederlei geistigen Aufwand, einen gewaltigen Etat für Bildungsmittel, für pädagogische und sonstige Hochschulen, evangelische, katholische Akademien, Bildzeitungen etc. etc., was alles nun für weitere saubere Waffen ausgegeben werden kann. (Sinnvoll, wissen Sie. Niemals stehenbleiben im Fortschritt! Wer rastet, der rostet. Und wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.) Deshalb wird natürlich auch (hinter mehreren Meter dicken Beton- oder Bleibunkern) der absolute Gipfel

der Gesellschaft überleben, die Elite aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Religion. Und der und die, das alles muß auch überleben, um eben weiter Verantwortung zu tragen: Regierungsverantwortung, zum Beispiel; Verantwortung für den mündigen Bürger, die Schulpflichtigen, die (armen) Seelen . . . Auch um Nobelpreise zu übernehmen (für lebenswichtige Erfindungen) oder den Friedensnobelpreis (für humane Politik).

Doch all dies beiseite einmal, all die so ins Auge, ins Fleisch springenden Vorteile sauberer Strahlungsdosen: welcher Denkende könnte denn schon allein angesichts des in jahrelangen Versuchen investierten Volksvermögens nun auch auf die Auswertung verzichten! Wer wäre so gewissenlos! – In Parenthese: ich passierte da kürzlich per Bahn ein Kernkraftwerk. „Die prozessieren immer noch", bemerkte, von mir befragt, eine Landedelfrau im Abteil. „Und steckt schon so viel Geld darin!" Sie seufzte, wechselte auf meine Seite, es war ein herrlicher Spätjulinachmittag, die Sonne troff wie Honig auf die grellen Atommeilermauern – schon ästhetisch ein Genuß, die Dame beugte sich ins Fenster. „Ach", rief sie und ihre klugen Züge verklärten sich fast visionär, „ach, schön steht er da!"

Und das eben mein' ich auch von den Neutronen-Bomben: zu nützlich, lukrativ doch alles, zu weit entwickelt und vorangetrieben, zu toll einfach auf der ganzen Höhe der Zeit, um noch verzichtbar zu sein. In Reih und Glied seh' ich sie schon, prachtvoll ausgerichtet, um Europa, die Welt, zielbewußt, sehr sauber, sachfreundlich, wirklich ökologisch vertretbar, die Werte schonend, die Überbevölkerung regulierend, die Terroristen dezimierend, die Randalierer, die Revoluzzer, das Arbeitslosenproblem lösend, kurz die Parlamentarier beruhigend, die Pfaffen belebend, die Industrie bereichernd, die Militärs befeuernd, ringsum inspirierend, initiierend, explodierend – also, lieber Herr Bredthauer, nur ein Narr doch sagt da noch Nein!

Mehr Optimismus! Und alles Gute für Gattin, Kinder, Enkelchen.
Karlheinz Deschner

Prof. Dr. Dieter v. Ehrenstein, Bremen
Die historische Atempause nutzen

Angesichts der unvorstellbaren Menschheitsbedrohung, die durch das weltweite moderne Waffenpotential – insbesondere durch die Atomwaffen – auf Gegenwart und Zukunft lastet, komme ich in diesem Falle gerne Ihrer Bitte nach, mich zu der in Diskussion stehenden Neutronen-Bombe zu äußern.

Den vielen warnenden, ja beschwörenden Stellungnahmen der letzten Tage, in denen auch verantwortliche Politiker und Militärfachleute die Neutronenwaffe nachdrücklich ablehnten, ist eigentlich kaum noch etwas hinzuzufügen, außer dem Wunsch, daß diese Ablehnung auf so große öffentliche Resonanz trifft, daß die Neutronen-Bombe nicht gebaut wird.

Diese alarmierenden Nachrichten und Proteste unter dem Stichwort Neutronen-Bombe werden hoffentlich die Öffentlichkeit wachrütteln, um endlich einen wirkungsvollen Vorstoß gegen die weltweite Rüstung allgemein, d. h. sowohl gegen konventionelle als auch gegen atomare Waffen, zu unternehmen. (Hier sind auch die biologischen und die chemischen Waffen zu nennen.) Bekanntlich reichen die jetzigen Atomwaffenarsenale – auch ohne Neutronenbomben – aus, die heutige menschliche Kultur zu vernichten. Diese Erkenntnis wird aber im öffentlichen Bewußtsein weitgehend verdrängt. Man ignoriert die historische Atempause, die uns im Augenblick zum Entschärfen gegeben ist, bevor in dies Pulverfaß weltweiter Rüstung ein Funke springt. Dieser Funke kann auf mehrfache Weise gezündet werden: zu den bisherigen Gefährdungen kommt etwa als zusätzliche neue Drohung die Möglichkeit eines solchen Kurzschlusses durch die Senkung der Schwelle für den Atomwaffeneinsatz bei Anwendung einer „kontrollierbaren, räumlich begrenzten" Neutronengranate, einer verkleinerten Wasserstoffbombe.

Dieser Funke zur Untergangsexplosion wird aber auch wahrscheinlicher durch Verbreitung von Atomwaffen bei einer größeren Anzahl von Nationen; dies ist eine reale Gefahr durch die weltweite Verbreitung der zivilen Atomtechnologie und der mit ihr praktisch zwangsläufig einhergehenden Plutonium-Wirtschaft in großem Maßstab.

Ein weiterer Gesichtspunkt sei hier angedeutet, der in der Debatte um die Neutronen-Waffe zurückgetreten ist und der einen parallelen Aspekt in der zivilen Atomtechnologie hat; es handelt sich um die berechtigte große Furcht der Militärtechnologen vor den hochradioaktiven längerlebigen Abfällen der herkömmlichen nuklearen Uran- und Plutonium-Waffen. Diese Abfälle sind jedoch im Prinzip dieselben Abfallstoffe, die in weitaus größeren Mengen im Brennprozeß in Kernreaktoren erzeugt werden und deren dauernde wirksame Fernhaltung von der Biosphäre so viele ungelöste Probleme aufwirft und so große Sorgen bereitet. Gerade bei Kriegsereignissen ist diese unabdingbar notwendige Fernhaltung der hochradioaktiven Abfallstoffe der Atomreaktoren besonders schwer – praktisch unmöglich – zu verwirklichen.

Hoffentlich bewirkt das allgemeine entsetzte Erwachen angesichts der Debatte um die Neutronen-Bombe eine Umkehr beim gegenseitigen Wettrüsten, eine Umkehr bei dem Wettrennen der Menschheit zum Verrücktwerden und zur Selbstausrottung. Die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahre sind genauso hoch wie die Einnahmen, mit denen fast zwei Milliarden Menschen in demselben Zeitraum am Rande des Existenzminimums leben müssen.

Prof. Dr. Johan Galtung, Oslo
Jetzt ist es Zeit, „Nein" zu sagen!

Für jeden, der die Waffenentwicklung einigermaßen intensiv verfolgt hat, ist die Neutronen-Bombe keine Überraschung; sie stand schon lange auf der Ta-

gesordnung, wie auch die komplementäre Bombe, die nur eine Druckwelle und Hitze erzeugt, aber keine Strahlung (die saubere Bombe). Dies alles sind Produkte der Logik des militärischen Geistes, der auf die Befolgung von Maximen wie „Wenn wir es nicht tun, wird es die andere Seite tun" programmiert ist. Die beste Erklärung dafür, daß wir heute diese Bombe haben, ist jedoch keine strategisch-taktische Doktrin, auch nicht die Furcht vor der anderen Seite, sondern einfach, daß sie technisch machbar war. Da mehr als 50% der wissenschaftlichen Kapazität der Welt mit voller Kraft für militärische Zwecke eingesetzt ist, wäre es eine beleidigende Unterschätzung, zu bezweifeln, daß solche Innovationen herauskommen. In einer rationalen, expansionistischen Zivilisation wie der unsrigen muß eine Kapazität ausgenutzt werden – die strategische Doktrin kann hinterher erfunden werden, oder parallel mit der Erforschung und Entwicklung der neuen Destruktionsmittel. Wie bei jedem anderen Produkt ist es eine Frage des Marketings.

Neu ist, daß das Marketing diesmal nicht funktioniert hat, wahrscheinlich, weil es zu ehrlich war. Das Pentagon hat sein faschistisches Gesicht ein wenig zu offen gezeigt: die Idee, „nur" Menschen, nicht aber Sachen zu vernichten, schmeckt zu stark nach Töten der amerikanischen Indianer (oder Vergasen der Juden) und Aneignen ihres Landes (ihres Eigentums). (Diese Idee ist, nebenbei bemerkt, nicht kapitalistisch: eine kapitalistische Bombe würde die Sachen zerstören, um ein Bedürfnis nach ihrer Ersetzung zu schaffen, und dadurch das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Profite und Beschäftigung zu sichern.) Aber wäre es besser, sowohl Menschen als auch Sachen zu zerstören, fragt der Protagonist der Bombe? Antwort: Nein, aber die Frage ist falsch, ist ein Produkt derselben morbiden Logik. Was wir brauchen ist: das Rüstungsniveau und die Spannung zu vermindern und es weniger wahrscheinlich zu machen, daß irgendeine Waffe eingesetzt wird. Die Neutronen-Bombe versagt in jedem der drei Punkte: sie steigert quantitativ und qualitativ das Rüstungsniveau und macht eine Farce aus der Rüstungsbeschränkung; aufgrund ihres spezifischen Charakters (der so sehr an Gas erinnert und deshalb eine so gute Erklärung dafür anbietet, warum ein Abkommen über Gaswaffen möglich war: die Amerikaner wußten die ganze Zeit, daß es in Kürze etwas „besseres" geben würde) verstärkt die Neutronen-Bombe die Spannung; und sie senkt die Atomschwelle, indem sie die Unterscheidung zwischen „konventioneller" und „nuklearer" Kriegführung weiter verwischt.

Würden die Amerikaner diese Waffe für den Einsatz auf ihrem eigenen Territorium empfehlen – oder ist sie für Amerikaner 2. Klasse gedacht, d. h. für Westeuropäer? Sollte letzteres der Fall sein – wann kommt dann die entsprechende Waffe für Russen 2. Klasse, d. h. für Osteuropäer (sowie einige nichtgroßrussische Bewohner der Sowjetunion)? Und ist dies womöglich der Hintersinn beim Witz des Jahrhunderts, den „Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen" (SALT): Begrenzung nicht der Waffen, sondern der Ziele – weg von den Supermächten durch wechselseitige Übereinkunft? Die Zeit wird es zeigen, antwortet der Pessimist.

Aber ich weigere mich, Pessimist zu sein. Sagen wir also so nachdrücklich wir es sagen können: *Dies ist die goldene Chance der Europäer, den Amerika-*

nern zu erklären, daß sie die Neutronen-Bombe bei sich zu Hause behalten sollen, um ihr eigenes Territorium damit zu verteidigen – oder sie am besten gar nicht erst zu produzieren. Denn wenn dies nicht die Zeit ist, eine Grenze zu ziehen – wann dann?

Detlef Hensche, Stuttgart
Saubere Waffen und Menschenrechte

Der amerikanische Präsident Carter hat den Auftrag zum Bau der Neutronen-Bombe erteilt. Spitzenmilitärs der NATO haben dies begrüßt; es heißt, sie hätten die Entscheidung gefordert. Mehrere Zeitungen beeilten sich, gleich den richtigen Werbe-Spruch zu verbreiten: Die Bombe soll der Öffentlichkeit als „saubere Waffe" verkauft werden.

Saubere Waffe? Ein Widerspruch in sich: Waffen, deren Aufgabe darin besteht, Menschen zu töten, können niemals sauber sein. Nicht umsonst waren sich Gewerkschaften und politische Parteien im Nachkriegsdeutschland darin einig, Kriege und Waffen aller Art zu ächten. Doch das ist lange her. Heute soll nach dem Willen der CDU/CSU ein Gesetz, das die Ausübung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung erleichtert, für verfassungswidrig erklärt werden.

Saubere Waffe: Die besondere Wirkung der Neutronen-Bombe besteht darin, Häuser, Straßen, Fahrzeuge und sonstige Gegenstände zu erhalten. Dafür wird jegliches Leben durch tödliche Strahlen ausgelöscht. Schutz gibt es nicht. Die Frage drängt sich auf: Sind andere Waffen etwa deshalb unsauber, weil sie Sachwerte zerstören, den Menschen dagegen noch Überlebenschancen lassen? Wieviel Menschenverachtung steckt dahinter, ausgerechnet eine Bombe mit absoluter Tötungsgarantie bei Erhaltung von Sachwerten als „sauber" zu bezeichnen!

Und wieviel Menschenverachtung war und ist am Werk, wenn einzelne bundesdeutsche Journalisten dieses Mordinstrument als harmlos verkaufen wollen. Obwohl heute schon feststeht, daß die Waffe im Ernstfall vornehmlich auf dem dichtbesiedelten Gebiet der Bundesrepublik eingesetzt werden wird! Nun, die übrigbleibenden Sachwerte werden es zu schätzen wissen.

Saubere Waffe – Militärs und Politiker, die diesen Begriff verwenden, glauben doch nicht im Ernst, daß die Bemühungen um Entspannung und Abrüstung durch den Bau dieser Bombe gefördert werden. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Sollte auch diese Folgewirkung auf das schmutzige Geschäft der Rüstung künftig den klingenden Beinamen „sauber" erhalten?

Präsident Carter ist zu Beginn seiner Amtszeit wiederholt als Anwalt der Menschenrechte aufgetreten. Jedenfalls soweit es darum ging, Einschränkungen geistiger Freiheiten in der UdSSR anzuprangern. Zahlreiche bundesdeutsche

Politiker und Journalisten eifern ihm hierin nach. Ob zu Recht oder Unrecht, bleibe offen. Nur: Wer bei jeder Gelegenheit die Menschenrechte im Munde führt, der sollte zuvor einen Blick in die Grundrechts-Bestimmungen aller Verfassungen und aller internationalen Übereinkünfte werfen: Am Anfang, vor allen geistigen Freiheiten, steht das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Menschenrechte durchsetzen heißt daher zuallererst den Frieden sichern. „Saubere" Waffen wie die Neutronen-Bombe sind eine ernste Bedrohung des Menschenrechts auf Leben.

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, hat recht, wenn er schreibt, die Neutronen-Bombe sei ein „Symbol der Perversion des Denkens"; bleibt hinzuzufügen: sie als „saubere Waffe" zu verkaufen, ist eine Perversion der menschlichen Sprache.

Prof. Dr. Hans Heinz Holz, Marburg
Abstumpfende Gewöhnung wäre Selbstmord

Seit Hiroshima hat die Weltöffentlichkeit – und haben allen voran verantwortungsbewußte Wissenschaftler wie die Nobelpreisträger Fréderic Joliot-Curie, Linus Pauling, die Göttinger Achtzehn und Zehntausende andere – einen unablässigen Kampf geführt, um die Vernichtung des Menschengeschlechts durch die Anwendung oder auch nur versuchsweise Erprobung von Kernwaffen zu verhindern. Seit dem Vertrag über das Verbot nuklearer Versuchsexplosionen ist die Sicherung gegen die Entfesselung menschheitsgefährdender Energien im Bereich der ABC-Waffen ein Stück internationalen Rechts und ein Element weltweit anerkannter politischer Moral geworden.

Die Pläne zur Herstellung und Lagerung des neuesten Genozid-Instruments, der Neutronen-Bombe, widersprechen aufs zynischste den Moral- und Rechtsbegriffen, die allein das Überleben unserer Gattung gewährleisten können; sie richten sich unmittelbar gegen das erste Interesse jedes Lebewesens auf Selbsterhaltung; sie verletzen allgemein und irreparabel das elementarste Menschenrecht, nämlich die Garantie des Lebens und der Gesundheit. Ihre Verwirklichung würde eine qualitativ neue Stufe militärischer Inhumanität bedeuten.

Diese Bombe richtet sich nur gegen Menschen, gegen diese aber durch Freisetzung harter Strahlung unfehlbar und unentrinnbar. Sachen bleiben unbeschädigt und wiederverwendbar. Diese Bombe ist auch dosierbar, d. h. sie ließe sich als taktische Waffe mit begrenztem Wirkungsradius einsetzen; die Zuständigkeit und Verantwortung für ihren Einsatz müßte also weit nach unten delegiert werden: jedem Kompanieführer seine Neutronengeschosse – welche Aussichten nach den Erfahrungen im Endstadium des Zweiten Welt-

kriegs! Um den Truppenführer auf den Einsatz dieser Waffe vorzubereiten, müßte bei ihm zunächst die Schwelle moralischer Hemmungen weit herabgesetzt werden – dann aber würde sein Verhalten auch unabsehbar und unkontrollierbar.

Was die Menschen, wenn sie sich dieser neuen Bedrohung ihrer Existenz bewußt werden, nur erfassen kann, ist Angst; ganz simple und unheroische Angst. Die vergangenen dreißig Jahre haben gezeigt, daß solche Angst produktiv zu werden vermag: wenn wir alle darum kämpfen, daß unser Recht auf Leben nicht durch das Kalkül des Schreckens und der erpresserischen Aufrüstung zunichte gemacht wird, dann haben die Vernichtungsstrategien keine Chance. Resignation oder abstumpfende Gewöhnung wären Selbstmord; um unsere Zukunft zu sichern, müssen wir Widerstand leisten. Aus einem solchen Widerstand aber kann eine neue Welt des Friedens, der politischen Moral und des Rechts geboren werden.

Prof. Dr. Gerhard Kade, Darmstadt
Schrecken aus dem Gleichgewicht?

Die Entwicklung der Neutronen-Bombe in den USA demonstriert erneut auf das eindringlichste, bis zu welchem Ausmaß Wissenschaftler pervertierbar sind. Waren bislang alle „Fortschritte" der Waffentechnologie auf ein maximales Zerstörungspotential orientiert, so läßt die Entwicklung der neuen Waffen erkennen, nach welcher Rangordnung Zerstörung erfolgen soll, sobald eine Differenzierung technisch möglich ist.

Wenn die Neutronen-Bombe von denen, die sie entwickelt haben und denen, die für ihre Einführung verantwortlich sind, als eine humane Waffe gepriesen wird, so heißt das mit aller Deutlichkeit erkennen, was von dem moralischen Anspruch zu halten ist, mit dem sich die amerikanische Entspannungspolitik der Welt präsentiert.

Eine Bombe, die auf Menschenvernichtung bei gleichzeitiger Verschonung von Sachwerten ausgerichtet ist, zeigt an, welche Wege die offiziell geförderte und staatlich finanzierte militärische Forschung in den USA gegangen ist, während sich die Politiker dieses Landes als Wahrer der Menschenrechte und als die eigentlichen Entspannungsfreunde präsentierten und der Öffentlichkeit immer wieder das Märchen von der militärischen Übermacht der Sowjetunion vorgeführt haben. Die Entwicklung der Neutronenbombe zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, daß selbst die gängige Doktrin vom „Gleichgewicht des Schreckens" von den amerikanischen Kriegstreibern unterlaufen werden konnte. Während nach außen große Bereitschaft zur Begrenzung oder Reduzierung von bestimmten Waffensystemen zur Schau getragen wird, ist im Hintergrund an einer Waffe gearbeitet worden, die erstmalig einen begrenzten nuklearen Krieg ermöglicht. Hatte die traditionelle nukleare Waffentech-

nologie den „Vorteil", daß sie bei atomarem Patt den Ersteinsatz von Atomwaffen immer weniger möglich erscheinen ließ, so ist die Neutronen-Bombe ihrer begrenzten und differenzierten Wirkung wegen dazu geeignet, den Befürwortern einer kriegerischen Auseinandersetzung neuen Auftrieb zu geben.

Die Entscheidung für die Produktion der Neutronen-Bombe und für ihre Stationierung in der Bundesrepublik stellt eine äußerste Belastung für die gegenwärtigen Abrüstungsbemühungen dar. Sowohl die SALT-Gespräche als auch die Wiener Verhandlungen werden auf das Schwerste beeinträchtigt. Gleichzeitig wird diese Entscheidung aber für alle friedliebenden Kräfte Anlaß sein, ihren Kampf für eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu verstärken.

Dr. h.c. Heinz Kloppenburg, D. D., Bremen
Anfrage an die christlichen Kirchen

Die Reaktion auf die Ankündigung der Neutronen-Bombe ist landauf, landein ein eindeutiges Entsetzen. Egon Bahrs Alarmruf ging durch die ganze Presse. Der Bibelleser und Laienprediger Jimmy Carter kündigt eine Waffe an, die endgültig deutlich macht, was bei dem neuen Schub des Wettrüstens auf dem Spiel steht: grauenhaftes Millionensterben von Menschen. Es klingt wie ein makabrer Hohn, wenn gleichzeitig gesagt wird, daß diese neue Waffe die Häuser und Fabriken schonen würde – sie werde nur Menschen umbringen. Es ist keinesfalls tröstlich, dann zu sagen: mit der Konstruktion dieser neuen Waffe sei noch nicht begonnen worden – als ob diejenigen, die ständig sagen: „nur Rüstung verleiht Sicherheit" nicht ganz genau wüßten: das „Machbare" wird gemacht.

Das Erschrecken hat ein Gutes: auch die Harmlosesten begreifen, was der Rüstungswettlauf bedeutet: angetrieben durch die Rüstungsforschung, für die Millionen ausgegeben werden, werden immer neue Verderbensmethoden vorbereitet. So wird der Selbstmord der Menschheit betrieben.

Als Christ, aber nicht nur als Christ, bin ich daran interessiert, was die Kirchen aller Konfessionen in dieser Stunde sagen werden. Zum § 218 haben die meisten Kirchen erklärt, es handle sich bei der Abtreibung um Mord und Mord sei gegen das Gebot Gottes. Zur Vorbereitung des Massenmordes haben sie weithin nur gestammelt, trotz einzelner klarer Aussagen aus dem Vatikan und aus dem Ökumenischen Rat der Kirchen.

Es ist richtig, wenn man davon spricht, daß keine Nation den Krieg will. Aber wir wissen, daß jede ernste Verwicklung etwa im Nahen Osten den dritten Weltkrieg auslösen kann. Die Abrüstungsverhandlungen kommen nicht wirklich weiter, weil eben während dieser Verhandlungen jeder Partner

Sorge hat, vom andern überholt zu werden. Ist Carters Ankündigung die Trumpfkarte des Westens?

Nötig ist eine neue Bürgerrechtsbewegung, in der Menschen aus allen politischen Gruppen sich zusammentun, um gegen den fortschreitenden Wahnsinn zu demonstrieren – auch wenn man die Protestierenden in der Bundesrepublik wieder als Kommunisten denunzieren wird. Ein Wort der Kirchen würde helfen und vermeiden, daß das Volk wieder dumm gemacht wird. Jeder Abgeordnete im Bundestag sollte von seinen Wählern gestellt werden.

Daß es um das nackte Überleben geht – das zu erkennen ist das „Verdienst" der Carter'schen Ankündigung. Sie fordert von der ganzen Welt ein einmütiges „Nein" als Antwort. Das könnte endlich dem Wahnsinn der Politiker ein Ende setzen.

Prof. Dr. Walter Kreck, Bonn
Menschenrechte oder militärisch-ökonomische Interessen?

Gegen den Bau der Neutronen-Bombe ist aus folgenden Gründen schärfstens zu protestieren:

Er ist *politisch* verhängnisvoll, weil er die ohnehin schwierigen, aber notwendigen Verhandlungen über einen Rüstungsstopp erneut gefährdet, zur Verhärtung der Fronten führt und statt der Abrüstung eine weitere Eskalation des Wettrüstens auslöst.

Er ist *militärisch* ein Spiel mit dem Feuer, weil er dazu verleitet, die Schwelle zwischen konventioneller und atomarer Kriegführung zu senken, d. h. einen „begrenzten" atomaren Einsatz nahelegt und gerade so Gegenschläge unbegrenzten Ausmaßes provoziert.

Er ist *ethisch* unverantwortlich, wie die zynische Argumentation offenbart, mit der man die Vorzüge dieser Waffe preist: plötzlicher oder langsamer Strahlentod für alle betroffenen Personen, aber möglichste Schonung und baldige Wiederverwendung von Sachen (Waffen, Gerät, Gebäuden usw.), d. h. Verzicht auf die Reste humaner Rücksichten in der Art der Kriegführung.

Die Befürwortung des Baus einer solchen Waffe durch einen Präsidenten, der sich als Christ bekennt und sich immer wieder als Vorkämpfer für Menschenrechte präsentiert, ist ein Schock für die gesamte Weltöffentlichkeit und insbesondere eine Herausforderung für alle Christen. Die Übermacht der militärisch-ökonomischen Interessen scheint so groß zu sein, daß man vor einem neuen Wettrüsten nicht zurückscheut (wenn es nicht gar aus wirtschaftlichen Gründen intendiert ist) und die Diskreditierung der humanen Parolen und der christlichen Lippenbekenntnisse in Kauf nimmt.

Dr. Gert Krell und Prof. Dr. Dieter Senghaas, Frankfurt/M. (HSFK)
Sicherheitspolitik als Sicherheitsrisiko

Die Entrüstung von Egon Bahr über die Neutronen-Bombe als „Symbol der Perversion des Denkens" ist verständlich, aber trifft seine Kritik den Kern der Sache? Wir meinen, nur zum Teil. Denn die Frage, ob die Menschheit verrückt geworden sei, stellt sich angesichts von neuen, immer phantastischer anmutenden Waffensystemen seit vielen Jahren nicht nur der Friedensforschung. Lassen sich die Ausmaße der verfügbaren Zerstörungsmittel heute überhaupt noch verständlich machen?

Allein das amerikanische Nuklearpotential, über das verläßliche Informationen vorliegen, wird auf 8000 Megatonnen TNT (Trinitrotoluol = Maß für herkömmlichen Sprengstoff) geschätzt. Das kommt einer Sprengkraft von etwa 600 000 Hiroshima-Bomben gleich und entspricht etwa der 4000fachen Sprengkraft, welche die USA im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland und Japan einsetzten (damals 2 Megatonnen TNT). – Wer vermag sich wirklich noch vorzustellen, was es heißt, daß die auf beiden Seiten in Europa gelagerten taktischen Nuklearwaffen der geballten Sprengkraft von 50 000 bis 70 000 Hiroshima-Bomben gleichkommen?

Worin liegt der Sinn des gewaltigen Nuklearpotentials, wenn z. B. die USA mit nur 2 bis 3 % ihrer strategischen Nuklearsprengköpfe die großen Städte in der Sowjetunion auf einen Schlag atomar zerstören und verseuchen können? – Oder wenn die ungefähr 600 Mittelstreckenraketen der Sowjetunion – auch nur ein Bruchteil des gesamten östlichen Arsenals – für die Vernichtung der städtischen Bevölkerung in Westeuropa ausreichen?

Seit langem sind angesichts dieser Größenordnungen die Militärplaner auf der Suche nach den Zielen für ihre Übertötungskapazitäten (over-kill). Die Übersättigung an Zerstörungsmitteln hat aber keineswegs zur Verlangsamung von Rüstungsanstrengungen geführt, und die Entspannungspolitik und die Rüstungskontrollverhandlungen in den vergangenen Jahren haben bisher nicht nachhaltig in die internationale Rüstungsdynamik eingreifen können.

Die Neutronen-Bombe ist nur ein Beispiel für die charakteristischen Entwicklungstrends der Sicherheitspolitik und Rüstungsanstrengungen der vergangenen zwanzig Jahre. Galt ursprünglich im Anschluß an die leidvollen Erfahrungen der Atombomben-Explosion über Hiroshima und Nagasaki das atomare Potential im Falle eines großen Krieges als Gefährdung der menschlichen Zivilisation, so haben sich Militärstrategen und Rüstungstechnologen seit langem darum bemüht, militärische, auch nukleare Machtmittel wieder praktisch verfügbar, d. h. im Falle von Krisen und Kriegshandlungen zu einem Instrument der Politik zu machen. Schon seit den frühen 60er Jahren wird darüber ernsthaft diskutiert, wie für den Fall eines Versagens der Abschreckung der Krieg auf allen Ebenen, einschließlich der taktisch-nuklearen und

der nuklear-strategischen, wie ehedem ein konventioneller Krieg zu führen sei. Seit langem ist die Militärstrategie auf der Suche nach flexiblen politischen Optionen für den Einsatz aller, also auch der nuklearen Waffenpotentiale. An die Stelle der Vorstellung von einem explosionsartigen Atomkrieg, der in einem großen Schlagabtausch der Gegner bestünde, traten verschiedenartige Doktrinen über den abgestuften Gebrauch der Gewalt. Auch die Doktrin flexibler Antwort (flexible response) ist ihnen zuzurechnen.

Diese grundlegende Revision der Militärstrategie wurde durch die Modernisierung bestehender und die Erfindung neuartiger Waffentechnologien ermöglicht. Auf der nuklear-strategischen und taktisch-nuklearen Ebene, aber auch im konventionellen Bereich lassen sich heute gleichartige Trends technologischer Entwicklung beobachten. Angestrebt werden eine größere Treffsicherheit von Waffensystemen, Sprengköpfe mit unterschiedlicher Zerstörungskraft und Wirkungsweise, eine hohe Lenkpräzision der Trägersysteme, eine hohe logistische Mobilität der Waffensysteme – technologische Eigenschaften, die Kriegsbilder ermöglichen sollen, in denen nach Art und Zerstörungswirkung breit aufgefächerte Waffensysteme nach Maßgabe politischer Entscheidungen selektiv und gezielt einsetzbar sein sollen. Die in jüngster Zeit diskutierten cruise missiles (Marschflugkörper), miniaturisierte taktische Nuklearwaffen (mini-nukes), eine neue Generation von präzisionsgelenkten konventionellen Waffensystemen, neue Errungenschaften im sogenannten elektronischen Schlachtfeld und nicht zuletzt die jetzt diskutierte Neutronen-Bombe sind, neben vielen anderen aktuellen Planungen und Beschaffungsprogrammen, Ausdruck dieses durchgängigen sicherheitspolitischen und militärtechnologischen Trends. Letztlich dokumentieren sie alle den krampfhaften Versuch, die Logik des konventionellen Krieges vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte, nunmehr unter dem Vorzeichen von wechselseitiger Abschreckungspolitik, in die heutige politische Wirklichkeit zu übernehmen. Anders ist insbesondere die „Konventionalisierung" nuklearer Kriegsbilder (z. B. Schlesinger-Doktrin) nicht zu begreifen.

Die Neutronen-Bombe muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Sie ist nicht menschlicher oder unmenschlicher als alle übrigen Produkte der Rüstungsanstrengungen der vergangenen Jahrzehnte. Daß mit ihrer Hilfe Menschen zu Schaden kommen, während Sachwerte möglichst unversehrt „überleben" sollen, ist nur eine zynische Variante der zahlreichen bestehenden oder in der Planung befindlichen Kombinationen von möglichen Zerstörungswirkungen durch jeweils unterschiedliche Ausmaße an Druckwellen, Hitze und radioaktiver Strahlung.

Am Beispiel der Neutronen-Bombe kommt auch nochmals die Widersprüchlichkeit der überkommenen Sicherheitspolitik zum Ausdruck. Sicherheit soll garantiert werden durch glaubhafte Abschreckung. Der in der öffentlichen Diskussion wieder aufgekommene Streit darüber, ob selektiv einsetzbares Kriegsmaterial insbesondere im taktisch-nuklearen Bereich die Glaubwürdigkeit von Abschreckung erhöhe oder ob solches Gerät gerade die Abschreckungswirkung untergrabe, indem nämlich der Einsatz derartiger Waf-

fen in politisch und militärisch zugespitzten Krisen wahrscheinlicher wird, ist unentscheidbar. Wie ernsthafte Studien seit vielen Jahren belegt haben, bewegt sich die Sicherheitspolitik des Westens gerade hier in Zentraleuropa in diesem aus der Doktrin flexibler Antwort resultierenden grundlegenden Dilemma. Die Neutronen-Bombe akzentuiert heute nur noch einmal die innerhalb der überkommenen Abschreckungsstrategie für unser Land nicht auflösbare Widersprüchlichkeit.

Sind in dieser Hinsicht die Argumente der Befürworter *und* Kritiker der Neutronen-Bombe (wie der taktischen Nuklearwaffen insgesamt) nicht zwingend – auch weil solche Argumente notwendigerweise spekulativ bleiben müssen –, so kann doch davon ausgegangen werden, daß die mit der Neutronen-Bombe verbundenen Vorstellungen über eine rational handhabbare Eskalation militärischer Auseinandersetzung in Zentraleuropa im Ansatz irreal sind. Die westlicherseits entwickelte Doktrin flexibler Antwort hat im Osten kein Pendant, und die in dieser Doktrin ausgedachten Spielregeln rationaler Kriegführung werden, wenn man sicherheitspolitischen Dokumenten des Warschauer Paktes und der Anlage seiner Manöver folgt, dort nicht akzeptiert. Doch selbst wenn diese Doktrin auch im Osten akzeptiert wäre und eine Symmetrie der Kriegsbilder unterstellt werden könnte, wären erhebliche Zweifel an der Praktikabilität des unterstellten Kriegsverlaufes anzumelden. Die vorherrschende Militärdoktrin flexibler Antwort, innerhalb derer auch die Neutronen-Bombe ihren Platz fände, mißachtet in möglicherweise selbstmörderischer Weise die elementarsten Einsichten von Psychologie und Entscheidungsforschung über das Verhalten von Individuen, Entscheidungsgremien und Kollektiven unter den Bedingungen von Bedrohtheitsvorstellungen, zeitlichem Druck, Unsicherheit, äußerster Gefahr und Todesangst. In dieser Doktrin wird die Fähigkeit zu abwägendem Urteil und nüchterner Interessenkalkulation unter Bedingungen unterstellt, in denen nach allen historischen Erfahrungen dieses Jahrhunderts und einschlägigen fachwissenschaftlichen Erkenntnissen die Neigung zu Fehlwahrnehmungen und Fehlkalkulationen drastisch ansteigt.

Die Neutronen-Bombe ist nicht weniger und nicht mehr als andere Waffensysteme Ausdruck eines fragwürdigen Rüstungsprozesses, der jahrelang kritiklos hingenommen wurde. Das Kriegsbild flexibler Antwort ist, wie auch die Simulation von Kriegsverläufen und Kriegsfolgen in Zentraleuropa dokumentiert, nicht weniger fragwürdig: Im Eventualfall wird zerstört, was eigentlich bewahrt werden soll; und eine Garantie, daß Abschreckung trotz aller angedrohten Vergeltung nicht fehlschlägt, gibt es nicht.

Es gibt keine militärtechnologische Alternative zur sicherlich mühseligen politischen Lösung der zentraleuropäischen Sicherheitsprobleme. Rüstungen zu entschärfen, wenn sie schon nicht abzuschaffen sind, ist eine Herausforderung an die praktische Politik, insbesondere an Entspannungspolitik. Das Sicherheitsproblem läßt sich im Nuklearzeitalter nicht mehr durch die traditionelle nationalstaatlich gelenkte Aufrüstungspolitik lösen. Die Einführung neuer Waffentechnologien stellt einen ständigen Unsicherheitsfaktor dar.

Eine solche Sicherheitspolitik wird dabei selbst zum Sicherheitsrisiko. Die Eindämmung internationaler Rüstungsanstrengungen setzt Entspannungspolitik voraus, deren Fortgang und Entwicklung nur durch eine kooperative Rüstungssteuerung gewährleistet werden kann. Eine Rüstungssteuerung aber, so zeigen die Erfahrungen der vergangenen Jahre, die sich auf die Ebene offizieller diplomatischer Verhandlungen beschränkt, wird ständig durch nationalstaatliche Rüstungspolitik und das Feilschen um das „militärische Gleichgewicht" unterlaufen. Die kollektive Bändigung der internationalen Rüstungsdynamik ist ohne einen nationalen Verzicht auf neue Rüstungstechnologien kaum vorstellbar.

Wie in fast allen zivilen und militärischen Bereichen ist der Westen – an erster Stelle die USA – Vorreiter technologischer Entwicklungen. Dies gilt offensichtlich auch für die Neutronen-Bombe. Auf ihre endgültige Produktion zu verzichten, ist ein unerläßlicher Beitrag des Westens zur Entspannungspolitik. Ebenso unerläßlich ist eine bindende und überprüfbare Erklärung der Sowjetunion, ebenfalls auf diese Waffe, die sie in absehbarer Zeit sicherlich zu produzieren imstande wäre, zu verzichten. Ohne eine derartige Erklärung bliebe die gewissermaßen routinemäßige Kritik des Ostens an den jüngsten Rüstungsplanungen der USA vordergründig und heuchlerisch.

Achim Maske, Bonn
Entspannungsfortschritte oder neue Rüstungseskalation

Die Entscheidung von US-Präsident Carter, Neutronen-Bomben zu entwikkeln, um sie in den US-Streitkräften einzuführen, muß alle, die an der Fortsetzung der Entspannungspolitik, einer dauerhaften Friedenssicherung und der Beendigung des Wettrüstens interessiert sind, alarmieren.

Zyniker mit und ohne Uniform preisen diese Waffe als „sauber" und „human". Dabei handelt es sich um ein gefährliches Massenvernichtungsmittel, an dem die ganze Perversität der Waffenentwicklung sichtbar wird. Die Neutronen-Bombe soll Leben vernichten, schnell in unmittelbarer Umgebung der Explosion, langsam und qualvoll im weiteren Umkreis. Waffen, Fabriken und Büros sollen erhalten bleiben, um wenige Tage später erobert werden zu können. Besetzt und erobert werden soll eine menschenleere Geisterwelt, in der alles Leben „versaftet" (juiced) worden ist, wie dies die Rüstungsforscher in ihrer blumigen Sprache ausdrücken.

Worin besteht das Gefährliche der Entscheidung von US-Präsident Carter? US-Strategen und ihre Komplizen planen den Einsatz dieser Atomwaffe als taktische Gefechtsfeldwaffe. Sie spekulieren damit, Neutronen-Bomben einzusetzen und gleichzeitig die Eskalation zu einem großen atomaren Schlagabtausch zu begrenzen. Der Krieg soll führbar gemacht werden, und dieser

Krieg würde nach den Vorstellungen der Planer in Mitteleuropa, also auch in unserem Land, geführt werden. Doch die strategische Spekulation einerseits Atomwaffen, nämlich Neutronen-Bomben, einzusetzen und andererseits den großen Atomkrieg vermeiden zu können, ist wahnwitzig. Selbst wenn es eine Garantie gäbe, *die es nicht gibt,* daß die Sowjetunion in einem solchen Krieg nicht ihre atomaren Mittel einsetzen wird, wäre dies für unser Volk eine akademische Frage: die Bundesrepublik Deutschland hätte bereits aufgehört zu existieren.

Zusammen mit der Entscheidung, die Entwicklung der Flügelraketen (cruise missiles) fortzusetzen, ist dieser Schritt ein gefährlicher Versuch, das Wettrüsten erneut anzuheizen. Im klaren Widerspruch zu der einfachen Einsicht, daß es im Atomzeitalter zu friedlicher Koexistenz und Abrüstung keine Alternative gibt, versuchen die USA mit den neuen Waffen eine militärische Überlegenheit zu erzielen. Das muß Mißtrauen hervorrufen und gefährdet so Entspannung und Weltfrieden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Sowjetunion die technologischen Fähigkeiten besitzt, ähnliche Waffensysteme oder solche, mit denen eine Verteidigung gegen Neutronenwaffen möglich ist, zu entwickeln. Das Ergebnis der neuen amerikanischen Rüstungseskalation ist „bestenfalls" die Herstellung ähnlicher strategischer Verhältnisse wie heute auf einer höheren Stufe, ein Schritt, der Milliardensummen verschlingen würde, die angesichts der Probleme, vor denen wir stehen, dringend für andere Zwecke gebraucht werden.

Die Entwicklung der Neutronenbombe und der „cruise missile" stellt eine schwere Belastung für die Wiener Konferenz über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa und die Gespräche über die Begrenzung der strategischen Waffen zwischen UdSSR und USA dar. Carter, dem das Wort Menschenrechte so leicht und so häufig von den Lippen fließt, gefährdet mit seiner Politik das grundlegende Menschenrecht, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Was aus Bonn zu diesem Thema zu hören war, muß beunruhigen. Daß die CDU und die CSU ihre Vordenker und Nachplapperer diese Waffenentwicklung begrüßen würden, konnte niemanden erstaunen, dem die Verantwortlungslosigkeit dieser Kräfte im Umgang mit den Lebensinteressen unseres Volkes bekannt war. Daß Bundeskanzler Schmidt und seine Minister Leber und Genscher sich an der Verharmlosung dieser Entwicklung beteiligen, wobei Genscher den gedanklichen Salto mortale vollführt, letztlich und endlich sei die Sowjetunion für Carters Entscheidung verantwortlich, muß Konsequenzen bei den Wählern und Befürwortern der sozialliberalen Koalition haben. Darüber kann auch die Kritik von Egon Bahr an der Neutronenbombe nicht hinwegtrösten.

Angesichts der neuerlichen Rüstungseskalation kommt es für die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes darauf an, mobil zu machen, um Präsident Carter politisch und moralisch zu isolieren und um seine Rüstungspläne zu stoppen und die Stationierung der neuen amerikanischen Waffen in unserem Land zu verhindern. Es geht darum, unter Zurückstellung aller politischen

und weltanschaulichen Meinungsunterschiede ein breites Bündnis aller zu entwickeln, um den Frieden zu sichern, um das Leben zu erhalten.

D. Martin Niemöller, Wiesbaden
Hiroshima, Nagasaki und?

Was bislang über die „Neutronen-Bombe" bekannt geworden ist, hat bei mir immer nur ein verwundertes Fragen geweckt: Wenn die heutige Menschheit schon mit den Menschenrechten nicht mehr ernstmachen will, will sie dann überhaupt noch irgendein verbindliches Völkerrecht gelten lassen? – Seitdem ich vor Jahrzehnten in Hiroshima und Nagasaki gewesen bin, steht es für mich als alten Menschen unbezweifelbar fest: nächst Hitler war der Präsident Truman der größte Schwerverbrecher gegenüber dem Völkerrecht, das ja wohl schon vor 100 Jahren darin eine allgemeine Übereinstimmung glaubte und feststellte, daß kriegerische Aktionen die nichtmilitärische Bevölkerung verschonen müßten. Das ist nach dem ersten „Weltkrieg" bewußt abgeschrieben worden, seitdem es Atomwaffen gibt. Jetzt soll die Menschheit Versicherungen der Fachleute akzeptieren, daß dies Völkerrecht in einem regional begrenzten Rahmen bewußt und absichtlich beseitigt wird, weil die neue Neutronen-„Waffe" nur in einem solchen Bezirk alles Leben vernichtet. – Verwundert, aber zugleich erfreut hat mich das harmlose Eingeständnis, daß die Dinge wichtiger sind als das Leben, weil ja diese neue „Bombe" zwar alles Leben in dem betroffenen Bezirk ausrotte, aber die – offenbar sehr viel wichtigeren – Dinge, nämlich alles Material, unbeschädigt lasse. – Jedes Kind muß es hier begreifen, wo eigentlich der Materialismus zu Hause ist. Jesus hat einmal gesagt: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!"

Prof. Dr. Linus Pauling, Menlo Park (Kalifornien)
Diese Waffen sollten geächtet werden

Ich bin gegen die Entwicklung der Neutronen-Bombe. Diese Waffe erzeugt eine geringere Druckwelle, weniger Hitze und örtlichen radioaktiven Niederschlag, aber eine größere Anzahl schneller Neutronen als eine normale Wasserstoffbombe. Sie würde demgemäß mehr Menschen töten, aber weniger Schaden an Sachwerten anrichten als eine gewöhnliche H-Bombe. Einige der von den Neutronen getroffenen Menschen würden schnell sterben, aber viele von ihnen würden sich für mehrere Stunden oder sogar Tage hinschleppen, bevor ihr Leiden zu Ende ist.

Ich glaube, daß diese Waffen inhuman sind und geächtet werden sollten. Mehr noch: Ich glaube, daß die Herstellung dieser Neutronen-Bomben und ihre Bereitstellung für die Armeen für die militärischen Führer eine Versuchung darstellt, sie einzusetzen. Der Gebrauch solcher Nuklearwaffen würde beinahe sicher zu einem Weltkrieg führen, in dem die furchtbaren Wasserstoffbomben, die in den Kernwaffenarsenalen lagern, eingesetzt würden.

Die nuklearen Vorräte sind jetzt groß genug, um jeden auf der Erde zu töten und die Welt in einem derart verseuchten Zustande zurückzulassen, daß möglicherweise alles Leben ausgerottet wäre. Die Lösung des gegenwärtigen Problems ist: die Neutronen-Bombe nicht zu bauen und stattdessen für verminderte Militärausgaben zu arbeiten und für ein Weltsystem, in dem Streitfälle zwischen den Nationen in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht beigelegt werden, ohne Zuflucht zu Krieg oder Drohung mit Krieg.

Prof. Dr. Helmut Ridder, Gießen
Perversion des Denkens

Egon Bahr sieht im Konzept der Neutronen-Bombe eine „Perversion des Denkens" und in der Inangriffnahme ihrer Herstellung „die Skala aller Werte auf den Kopf gestellt", eine „Mutation menschlichen Denkens", wogegen „das Gefühl und Gewissen rebellieren". Er ist ein Moralist, aber kein starker. Sonst würde er auch das Denken gegen die Perversion des Denkens mobilisieren. Diesem Defizit muß abgeholfen werden. Moralisten mit bloß rebellierendem Gefühl und Gewissen waren auch seine Parteifreunde, die vor nunmehr 20 Jahren Mahnwache hielten und zur Volksbefragung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr aufriefen. Bis ihnen der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts unter dem Sozialdemokraten Katz diese Agitation untersagte – natürlich nur die dafür gewählte Form, den „Mißbrauch" staatlicher Institutionen für derlei Parteiliches, beileibe nicht die Sache, die man sich mit der gefühlvollen Wucht des ohnmächtigen Individualgewissens weiter zueigen machen durfte. Was sie aber, von höchster Stelle entquält, auch nicht taten – um dabeizusein und „Schlimmeres zu verhüten"? Moralisten mit bloß rebellierendem Gefühl und Gewissen waren dazuvor auch die Parteifreunde gewesen, die gegen den bundesdeutschen „Wehrbeitrag" zur Verteidigung der „freien Welt" schlechthin das Bundesverfassungsgericht angerufen hatten und dann, von den Bundestagswahlen 1953 außer Gefecht gesetzt, zum historischen Kompromiß Marke BRD um schäbigen Lohn anhoben.

Sowas heißt hierzulande „pragmatisch", wenn's beginnt, und „Hineinschlittern", wenn's das absehbare Ende gefunden hat. Den Preis fürs Mitmachendürfen freilich, den dürfen meist die Nachfahren entrichten. Wir sind hochmoralisch und dumm. So lebt sich's angenehm. Nach uns die Dümmeren! Sie werden die Zeche bezahlen und, wenn sie auch noch moralischer sind, uns dafür ein Denkmal bauen, wie wir den gleichermaßen Vorausgegangenen . . .

Es bleibe hier offen, ob eine solche Politik heute wirklich noch subjektiv ehrlich sein kann. Aber klar sollte mittlerweile doch wohl geworden sein, woran es ihr objektiv fehlt. Und daß die Rebellion bei manchem etwas länger vorhielt als bei dem Franz Josef Ohnehand, dem Modellchristen, der noch in jener Nacht, bevor der Hahn zum dritten Mal gekräht hatte, begehrlich nach den Waffen griff, um seine Selbstverfluchung einzulösen, bedeutet per saldo storico nichts. –

Das durch noch so ehren- und begrüßenswerte Gefühle und Gewissensregungen nicht ersetzbare Denken muß auf jeder Stufe der Perversion des Denkens immanent mitdenken und sie zugleich transzendieren können. Wer das nicht kann, wird meist schon im ersten Anlauf seiner Rebellion unversehens aus dem Sattel gehoben. Wie das gemacht wird, demonstrieren übrigens die cleveren Zyniker der „Zeitung für Deutschland" mit weitaus größerer Bravour als die Bulldozer der „Welt", die eben vergleichsweise doch arg provinziell ist. „Die älteren Atomwaffen zerstören beides, Menschen und Sachen. Die neuen bedrohen Sachen weniger als bisher. Darin liegt keine Umkehrung von Werten." Das schrieb der tüchtige g-n über „Bahrs Irrtum" (in der FAZ v. 19. Juli 1977, schonend knapp und wenig auffällig auf S. 8 placiert); und da hat er wohl recht, bleibt man im Vergleichsbereich der Atomwaffen überhaupt, die übrigens eine Moraltheologie der totalen Gottesfinsternis bereits vor 20 Jahren abgesegnet hat. Der Neutronen-Bombe kann nur das „Verdienst" zukommen, die aus entmenschten Hirnen hervorgequollene Niedertracht aller atomaren Waffen auch den durch Manipulation enthirnten Menschen wieder sichtbarer zu machen. Davon kann zunächst einmal der Impuls ausgehen, erneut bis zu den beiden Behauptungen vorzustoßen, die das Gerüst der ganzen wahnwitzigen Rüstungspropaganda sind, allen Eskalationsstufen und deren vernebelnden Einzelbegründungen zugrundeliegen und deshalb unter absolutem Hinterfragungsverbot stehen. Von der Unhaltbarkeit der einen hatte sich schon der ältere Adenauer beeindrucken lassen, nämlich davon, daß der bewaffnete Angriff auf den „freien Westen" mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit nicht im Interesse der „Soffjetts" liegen kann. Dazu gibt es genau so viel zuverlässiges – und deshalb amtlich nicht zur Kenntnis genommenes – seriöses wissenschaftliches Material wie zum Nachweis der Unstimmigkeit der anderen, der These von der kriegsverhütenden Funktion der „Abschreckung", in deren konzeptionellen Horizont der Kollege des g-n von der militärwissenschaftlichen Fakultät die Neutronen-Bombe denn auch vorzugsweise einordnen möchte (Adelbert Weinstein: Der Mythos der Neutronen-Bombe, FAZ v. 21. Juli 1977, S. 6).

Hilfsweise würde der Sozius das Ding freilich auch als „Gefechtsfeldwaffe" akzeptieren wollen. Das erklärt sich aus der Eigentümlichkeit der „Wissenschaft", deren Adept er ist. Die hat nämlich ein männlich klares Weltbild, in dem der „Frieden", von dem sie die Politiker unbesorgt quatschen und die Völker träumen läßt, selbstverständlich nicht vorkommt. Feind bleibt Feind; das ist ihr allemal klar. Wo käme man denn sonst hin? Schließlich zu einer aufs Ideologische beschränkten Auseinandersetzung. Die wiederum könnte zu Systemveränderungen im Wege demokratischer Selbstbestimmung und ähnli-

chen Radikalismen führen. Daher unterscheidet diese „Wissenschaft" nur zwischen „Krieg" und „Nichtkrieg". Im „Krieg" verteidigt man sich, und im „Nichtkrieg" wird abgeschreckt. Und da die Grenzen zwischen Verteidigung und Abschreckung dankenswerterweise fließend sind, bleibt der „freien Welt" auch die freie Interpretationsherrschaft erhalten. Warum sollte z. B. nicht „eine Vorwärtsverteidigung" erwogen werden, „die für den Fall eines Angriffs aus dem Osten das Verschieben von Kampfhandlungen auf östliche Territorien vorsähe" (Adelbert Weinstein: Wer alles deckt, deckt nichts, FAZ v. 16. 7. 1977, S. 1). Und die müßte, um überhaupt möglich zu sein, den „Angriff aus dem Osten" im Zweifel antizipieren und so eine Vorausverteidigung sein, die ein Unbefangener „Angriff" nennen würde. Was vorgibt, eine Basis für rationale Entscheidungen abzugeben, vermengt sich unentwirrbar mit politischer Rechtfertigungsideologie. Wie könnte es anders sein: Aus dem Holz des Irrationalismus können keine rationalen Entscheidungsalternativen erwachsen. Da bleibt die Politik, die sich dieser „Wissenschaft" bedient, mit all den fürchterlichen Konsequenzen, die sie immer nach sich gezogen hat, was sie war, aber heute nicht mehr zu sein brauchte, die momentane „Kunst des Möglichen" . . .

Man sieht: die Abenteuer, die der gefallene, der von der Moral abgefallene Geist zu bestehen hat und nicht bestehen kann, sind nicht geringer als die der dem Denken enteilenden Moral. Aber es lohnt sich, die Widersprüche aus dem Schund herauszupräparieren, den er hinter den Brettern vor den klugen Köpfen in die klugen Köpfe einlagert, die die Crème eines mitteleuropäischen 60-Millionen-Volks zu sein glauben. Es ist auch zu analysieren, was es mit den einzelnen Expeditionen nach den eigenen Vorgaben der „Experten" auf sich hat. Wäre die Neutronen-Bombe in atlantisch-westeuropäischer Hand danach dem Ostblock vielleicht sogar hochwillkommen? Es ist doch, wie unser Doktor Allwissend ohne jedes Zeilenlimit schreiben kann, „ein Mythos, daß in der Sowjetunion alles getan werde, die Bevölkerung zu schützen. Schutzanlagen gibt es nur für die Regierung, die Kader der Partei, die Männer, die Schlüsselstellungen einnehmen . . . Das strategische Ziel der Sowjetunion ist nicht, die Bevölkerung vor dem Untergang zu bewahren." Da könnte die unter neutronenfest zu machendem Beton verkrochene „Führungsmannschaft" die von ihr bekanntlich auch unterjochte und ausgesogene Bevölkerung, mit deren Freiheitswillen sie sowieso immer Ärger hat, doch bequem loswerden. Aber dann kann man sie nicht mehr befreien, was ja schließlich immer noch ein hehres Nebenziel der „Verteidigung" ist. Oder ist die Bevölkerung in ihrer Mehrheit vielleicht doch schon so verworfen, daß sie mitvertilgt werden muß? Ja oder nein, mit oder ohne gleichzeitige Vernichtung der „Führungsmannschaft" – was würde der „Sieger" von einem menschenleeren Land mit unzerstörten Sachen, d. h. von nachhaltig zerstörten Märkten, profitieren können? Wäre es, wenn schon die vielleicht ideale atomare Waffe nicht erfunden werden kann, die nur Sachen und überhaupt keine Menschen vernichtet, nicht jedenfalls doch sinnvoller, bei der wohlproportionierten Ausgewogenheit der Zerstörung von Menschen und Sachen zu bleiben, die die bisherigen atomaren Waffen zu garantieren scheinen? Sollten dieser Not-

wendigkeit die Neutronenpokerer aber nicht schon innegeworden sein? Der Kampf für den Frieden bedarf einer kühlen Rationalität, die die abgrundtiefe Unmoral und die mit ihr verbundenen Irrationalismen solchen Pokerns in Rechnung stellt, wenn sie die von der Nichtkriegsstrategie an der Friedensstrategie verübten Erpressungsversuche minimieren will.

Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz
„Es ist schon später, als Du denkst"

Auch heute kann ich nicht mehr sagen als 1961 in Heft 6 der „Physikalischen Blätter": „Eine Erweiterung unserer Kenntnisse und unseres Könnens ist weder bedenklich noch zu verurteilen. Einer negativen Bewertung unterliegt doch erst die Art der Anwendung neuer Kenntnisse durch uns oder andere. Es ist erfahrungsgemäß sicher, daß ‚andere', z. B. Politiker, in der Regel nicht imstande sind und auch nicht sein können, aufgrund eigener kritischer Erkenntnisse die Auswirkung einer derartigen Anwendung zu beurteilen. Als Mitglieder eines demokratischen Staates trifft die Fachleute nur eine Schuld, wenn sie ihre begründete Ansicht nicht mit allem Nachdruck der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen. Da die Schulung ihres Denkens kaum vor derjenigen der Politiker zurücksteht und sie ja zur geistigen Führungsschicht gerechnet werden wollen, so erscheint mir ihr Mitspracherecht und ihre Mitsprachepflicht selbstverständlich."

Wie vor bald 40 Jahren beharre ich auf meiner Ansicht: „Nicht eine Entdekkung ist gut oder böse, sondern das, was Menschen daraus machen."

Niemand hat es besser ausgedrückt als Lise Meitner in der Zeitschrift „Urania", Berlin, unter „25 Jahre Uranspaltung": „Viel weiter entwickelt hat sich leider bisher der dunkle Weg zum Bösen, der Wettlauf in der Konstruktion todbringender Waffen, die nicht nur den ‚Untergang des Abendlandes', sondern der ganzen Menschheit bedingen können.

Wir wollen hoffen, daß schließlich Vernunft und Rechtsbewußtsein den falschen Weg ausschließen werden. Aber es gibt ein altes Sprichwort: „Es ist schon später, als Du denkst."

Prof. Dr. Erich Wulff, Hannover
Morbide Phantasie des Imperialismus

Präsident Carter, konnte man Presse-Meldungen entnehmen, hat die Produktion der Neutronen-Bombe für die US-Army freigegeben. Sie hat – so hörte

man, was ihre Sprengkraft angeht, eine weitaus geringere zerstörende Wirkung als die bisherigen Atombomben und kann deshalb auch „punktuell" eingesetzt werden. Dafür tötet sie allerdings in einem weiten Umkreis alles Leben. Die Menschen sterben meist nicht auf der Stelle, sondern nach Stunden oder tagelangen, manchmal wochenlangen Schmerzen und Leiden.

Diese Bombe bevorzugt mörderische Gewalt gegen Menschen. Was ihre Gewalt Sachen gegenüber angeht, ist sie eher zurückhaltend. „Human ist diese Bombe nur zu Gebäuden" schrieb sogar der „Spiegel". Andere Kommentatoren des Fernsehens priesen die Bombe allerdings als probates Abschreckungsmittel gegen die überlegenen Landstreitkräfte des Warschauer Paktes. Es fehlte nicht viel, so hätte man sie die „Friedens-Bombe" genannt.

In den Jahren seit Hiroshima sind viele unmenschliche Waffensysteme entwickelt worden. Besonders Vietnam war ein Experimentierfeld für die antisubversive Kampfführung der USA. Kugelbomben aus röntgenunsichtbarem Material, chemische Kampfstoffe, „verbesserter" Napalm, Teebeutel-Minen und vieles andere sind Beispiele einer solchen morbiden Phantasie im Interesse des Imperialismus. Ich habe mir damals immer gewünscht, die Erfinder von solchen Schrecklichkeiten dazu zwingen zu können, die Opfer ihrer Produkte mit eigenen Augen aus nächster Nähe zu sehen, und dies nicht nur einmal, sondern immer wieder.

Mit der Neutronen-Bombe setzt eine ähnlich morbide Phantasie ihre Zeichen jetzt für den interkontinentalen Krieg. Diese Bombe ist nur der Anfang einer Entwicklung, die schließlich nur noch zur Vernichtung von Menschen unter voller Schonung ihres Besitzes führt. Das Prinzip wird dann das gleiche sein wie bei Raubmord.

Das Angriffsfeld der Neutronen-Bombe soll vor allem Europa sein. Wir alle sind die Neutronenstrahlen-Lämmer. Was uns gehört, wird, wenn wir tot sind, erhalten bleiben. Für die Mörder.

Hier gilt es, von vornherein „Nein" zu sagen: Keine einzige Neutronen-Bombe in unserem Land. Internationale Verhandlungen sind nötig, die Neutronen-Bombe zu verbieten und die Entwicklung ähnlicher Waffen zu verhindern. Wir können nicht das Gelbkreuz ächten, Neutronenstrahlen aber für durchaus hoffähig halten. Kämpfen müssen wir vor allem gegen die Unmenschlichkeit von heute, nicht nur gegen die Unmenschlichkeit von gestern.

Neuerscheinung

Walter Böttger: Kultur im alten China

Mit zahlreichen Farbphotos und Zeichnungen.
250 Seiten, Leinen mit farbigem Schutzumschlag, DM 32,–

Pahl-Rugenstein

etwas gleichgültig gegenüber diesen Dingen, was sich allerdings ändern könnte, wenn man die *nötige Umsicht* außer acht ließe"[55]).

Diese Umsicht, die „psychologische Vorbereitung" der Öffentlichkeit auf diese Waffe, sah A. Weinstein nach dem Panorama-Bericht über die ERW bereits „sträflich vernachlässigt"[56]). Doch die notwendige sachliche Diskussion der von den ERW aufgeworfenen und grundsätzlichen Fragen, von denen viele hier nur angedeutet oder gar nicht angesprochen werden konnten, heißt nicht, daß die Diskussion um eine rationale Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik hinter verschlossene Türen gehörte und durch die „sicherheitspolitische Funktion" der Bundesregierung ersetzt werden dürfte[57]). Mit den ERW ist in den USA eine neue Runde im nuklearen Rüsten eingeläutet worden, die zugleich den erneuten Einsatz von Nuklearwaffen nach Hiroshima und Nagasaki wahrscheinlicher macht. Das gehört in die Öffentlichkeit, dazu gilt es, Stellung zu nehmen.

Konturen der Außenpolitik Präsident Carters

Von Bernd Greiner

1. Die Auseinandersetzung um die Entspannungspolitik seit 1974/75

Während des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfs 1976 wollte der damalige Präsident Ford den Begriff „Entspannung" ersetzt sehen durch eine Präzisierung amerikanischer Ostpolitik als „Politik des Friedens durch Stärke", mit der der bisherige Entspannungskurs allerdings fortzusetzen sei. Die Opposition traditionell entspannungsfeindlicher Kräfte im republikanischen Lager um Ronald Reagan, der gegen Ford angetreten war und bereits beachtliche Vorwahlerfolge errungen hatte, ließ Fords „Neubestimmung" als Wahl-

55) U. Nerlich, Die Modernisierung der „theater nuclear forces" der NATO, in „Europäische Wehrkunde", 2/1977, S. 60–67 (62–63); Hervorhebung v. Verf.
56) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 27. 7. 1977, S. 10.
57) Vgl. P. Stratmann zu dieser Funktion in der bereits erwähnten Ebenhausener Studie, a.a.O., Teil I, 1973, S. 117: „Von ihrer (der Bundesregierung; JR) Leistung wird es abhängen, inwieweit die angesprochenen Veränderungen ohne destabilisierende Rückwirkungen auf Sicherheitsgefühl und Verteidigungsbereitschaft in der Bundesrepublik durchgestanden werden können. Ihr fällt die schwierige Aufgabe zu, der Öffentlichkeit einen sicherheitspolitischen Interpretationsrahmen zu vermitteln, der im Sinne der oben entwickelten Zielsetzung verhindert, daß künftig Änderungen als unnötig und unvermeidliche Anpassungen als unmittelbare Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik verstanden werden."

kampftaktik und verbales Zugeständnis an die Rechte erscheinen. Jimmy Carter sprach zwar davon, in den Verhandlungen mit der Sowjetunion „härter" und „kompetenter" auftreten und künftig keine „einseitigen Zugeständnisse" mehr machen zu wollen, hielt allerdings an der Notwendigkeit einer Fortführung des Entspannungsprozesses fest. Gegen Ende des Wahlkampfs ließen die entspannungsfeindlichen Töne zusehends nach, und mehreren Meinungsumfragen zufolge brachte das Festhalten an Friedens- und Entspannungspolitik Carter zusätzliche Stimmengewinne. Trotz aller Vorbehalte, Relativierungen und Einschränkungen während des Wahlkampfs schien sich eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auch unter der Administration Carter abzuzeichnen. Die dringlichste Aufgabe war nach wie vor das Aushandeln eines SALT-II-Abkommens über die Begrenzung strategischer Rüstungen, das an die Stelle der im Oktober 1977 auslaufenden SALT-I-Übereinkunft treten soll.

Zwei Monate vor Ablauf von SALT-I sind die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen jedoch auf einem Tiefpunkt angelangt: es handelt sich dabei keineswegs um eine „atmosphärische Störung", sondern um den seit 1969/70 – d. h. seit Beginn der amerikanischen Entspannungspolitik unter Nixon, die 1972 in der Anerkennung der „friedlichen Koexistenz" durch die USA gipfelte[1]) – schwersten Rückschlag im Verhältnis zur UdSSR. Die äußeren Daten dieser Entwicklung sind bekannt: zum einen die Krise der SALT-Verhandlungen seit März dieses Jahres (Vances negativer Moskau-Besuch) und die Ankündigung neuer Waffensysteme durch die USA, zum anderen die unverhüllte Unterstützung sogenannter „Dissidenten" in der UdSSR durch den amerikanischen Präsidenten, ein Novum in der Ost-West-Diplomatie der vergangenen zehn Jahre, das selbst der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing als entspannungsgefährdende Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates kritisierte[2]). Vermittelt sich also über Cruise Missiles, Neutronenbombe und Menschenrechtskampagne eine grundlegende Umorientierung der amerikanischen Außenpolitik?

Zahlreiche Kommentare gingen von einer bisherigen Unterschätzung der Macht und des Einflusses der um das Pentagon und die äußere Rechte wie Jackson und Reagan gruppierten Strömungen aus. Weder seien die Ausein-

1) Vgl. Wortlaut der „Grundsätze für die Beziehungen der UdSSR und der USA", 29. 5. 1972, in: „Blätter", 6/1972, S. 653 ff. – Zu den Entwicklungen in jüngster Zeit vgl.: Die Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Washington, in: „Europa-Archiv" (EA), 11/1977, S. D279–292; vgl. auch: Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten nach dem Regierungswechsel, in: EA 9/1977, S. D215–233.

2) Interview Giscards mit „Newsweek", zitiert nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 20. 7.1977. Ebd.: „Auf die Frage, warum Breschnew so ärgerlich auf Carters „offene Diplomatie" reagiere, erwiderte Giscard: „Breschnew glaubt, daß Präsident Carter mit einigen Entscheidungen etwas verletzt hat, das ich den Verhaltenskodex der Entspannungspolitik nennen möchte . . . Breschnew versteht nicht, warum dieser Kodex gebrochen wurde. Der Kodex verlangt zum Beispiel Nichteinmischung in innere Angelegenheiten beider Seiten. Tatsächlich findet man in der sowjetischen Presse niemals direkte oder persönliche Angriffe auf die Führer von Ländern, die Entspannungspolitik treiben. Und in der Sache der Rüstungsbegrenzung glaubt Breschnew, es gehöre zu dem stillen Einverständnis über den Kodex, daß es eine Obergrenze für Rüstungen oder eine begrenzte und ausgewogene Verringerung der Waffen geben müsse. Als die Russen einen (amerikanischen) Vorschlag für eine (einschneidende) Verringerung (der strategischen Waffen) zu sehen bekamen, der diesen Verhaltensregeln nicht entsprach, fragten sie sich, warum sie gebrochen wurden und zu welchen letzten Zwekken."

andersetzungen des letzten Jahres Wahlkampfstrategien geschuldet, noch sei das Stocken der SALT-II-Verhandlungen auf den eingeschränkten Handlungsspielraum eines Präsidenten kurz vor der Wahl zurückzuführen. Dahinter stehe vielmehr eine allgemeine Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes in den USA, der auch auf Carter starken Druck ausübe und für die Rückfälle in Praktiken des Kalten Krieges verantwortlich zeichne. Von solchen Einschätzungen hebt sich sehr deutlich die These ab, es handle sich weniger um eine Konfrontation mit der UdSSR als um eine Umgewichtung der Prioritäten in der amerikanischen Außenpolitik, die unter der neuen Administration hauptsächlich auf eine Verbesserung der Beziehungen zu den traditionellen Bündnispartnern und zur Dritten Welt ausgerichtet sei[3]). Die offensichtlichen Belastungen im Verhältnis zur UdSSR seien daher notwendige Ergebnisse dieses Übergangsprozesses.

Beide in der bisherigen Diskussion um den „neuen Kurs" der USA geäußerten Wertungen – Rückfall in den Kalten Krieg als das weitestgehende, zeitlich begrenzte Störung als das vorsichtigste Urteil – geben wichtige Anhaltspunkte für die weitere Analyse, machen sie doch auf zwei unterschiedliche politische Linien bei der Formulierung der gegenwärtigen US-amerikanischen Außenpolitik aufmerksam: eine aggressiv-intransigente Linie, die politische Ziele auch durch den Druck militärischer Aufrüstung durchsetzen will, und eine flexiblere und realistischere Linie auf der anderen Seite, die von der langfristigen Orientierung an Entspannung und Rüstungsbegrenzung nicht abrückt, z. Z. aber Rückschläge hinzunehmen bereit scheint, um „Fehlentwicklungen" der Vergangenheit – nämlich eine „Vernachlässigung" der Bündnispartner und angeblich einseitige Vorleistungen des Westens in der Entspannungspolitik – zu korrigieren. Beide Einschätzungen unterstellen mehr oder weniger deutlich eine Abkehr von bisheriger „Entspannungseuphorie", sind also Ausdruck eines veränderten politischen Klimas in den kapitalistischen Hauptländern. Letztere Argumentation geht davon aus, daß der von Carter während des Wahlkampfes bereits vorgezeichnete Kurs jetzt umgesetzt wird, während die These vom Rückfall in den Kalten Krieg den völligen Sieg der Entspannungsfeinde über die „Gemäßigten" voraussetzt.

Es soll im folgenden erstens die Bedeutung dieser in den USA in letzter Zeit intensiv diskutierten politischen Linien erörtert werden, und zweitens soll geklärt werden, in welchem Verhältnis sie zueinander stehen: ob antagonistisch entgegengesetzt, ob unabhängig voneinander, ob sich ergänzend oder aufeinander verwiesen. Dabei ist auch die Frage zu beantworten, ob es sich um „gleichberechtigte", d. h. in gleichem Maße real durchsetzbare Optionen handelt. Drittens sind sie in Beziehung zu den Entwicklungen des letzten halben Jahres zu setzen. Schließlich muß es um eine Überprüfung der genannten Erklärungsansätze selbst gehen.

3) Und damit bezeichnenderweise im Gefolge der Angriffe auf die Entspannungspolitik vorgebrachte Argumente über die nur relative Bedeutung der Beziehungen zur Sowjetunion aufgreift. Vgl. Paul Warnke, We Don't Need the Devil To Make Us Keep Our Friends, in: „Foreign Policy", Nr. 25, Winter 1976/77, S. 78–87.

2. Entstehungsbedingungen und Stellenwert der amerikanischen Konzeption von Entspannungspolitik

Beide außenpolitischen Linien – deren Vertreter oft mit den Schlagworten „Falke" bzw. „Taube" belegt werden – sind zu verstehen als Ausdruck historischer Entwicklungsbedingungen der USA nach 1945. Die entspannungsfeindlichen Kräfte stehen in der Tradition des Kalten Krieges der 50er und frühen 60er Jahre, also einer Politik der militärischen und politischen Konfrontation gegenüber den sozialistischen Staaten, die unter Ausnutzung des atomaren Monopols bzw. der erdrückenden strategisch-militärischen Überlegenheit der USA politisch das Ziel des „Containment", der Eindämmung und schließlich des „Roll back", der Zurückdrängung der sozialistischen Länder und deren letztendliche Wiedereingliederung in den kapitalistischen Machtbereich anstrebte. Objektiv war diese im wesentlichen von den USA getragene Politik begründet auf der Einschränkung der Verwertungsbedingungen des Kapitals im Weltmaßstab einerseits, auf der ökonomischen, politischen und ideologischen Stärkung der USA als Führungsmacht des kapitalistischen Lagers nach 1945 andererseits, so daß sich die Charakterisierung als friedensgefährdende Aggressionspolitik aus grundsätzlicher Defensive anbietet[4]). Innenpolitisch wurde der Kalte Krieg abgesichert durch einen militanten antikommunistischen Propagandafeldzug in nahezu allen führenden kapitalistischen Staaten, der sich in den USA in Form des McCarthyismus niederschlug. Der Kalte Krieg prägte die 50er Jahre. Das offensichtliche Scheitern dieser Politik – kategorial als „Sputnikschock" erfaßt – sowie etliche Jahre später die sich abzeichnende Niederlage in Vietnam als Ausdruck der Unfähigkeit des US-Imperialismus, sozial-revolutionäre Entwicklungen in den Ländern der Dritten Welt militärisch unterdrücken zu können, zwangen gegen Ende der 60er Jahre zu einer außenpolitischen Umorientierung der USA und zu deren Anpassung an neue internationale Machtkonstellationen, die sich ausdrückten im wachsenden Gewicht der sozialistischen Länder einerseits und dem über die Entkolonialisierung vermittelten Aufstieg junger Nationalstaaten in der Dritten Welt andererseits. Die Erfahrung der Eindämmung des amerikanischen Machtbereichs und der amerikanischen Vorherrschaft sowie der Untauglichkeit der bisherigen Mittel, diesem Prozeß entgegenzuwirken, ließen die Entspannungspolitik als notwendige Voraussetzung erscheinen, um die amerikanische Globalstrategie auf lange Sicht mit einer „zweigleisigen Politik" der „Stärke und des Entgegenkommens" weiterzuverfolgen[5]). Seit dieser Zeit werden die amerikanischen Machtpositionen – auch im kapitalistischen Lager – weiter erschüttert und damit auch die objektiven Grundlagen der „Politik der Stärke" der 50er Jahre. Die von bürgerlicher Seite gerade nach der Niederlage in Vietnam immer wieder geäußerten Zweifel an der „Führungsrolle" und der „Zuverlässigkeit" der USA drücken diese Entwicklung ebenso aus wie die nostalgischen Klagen über das Ende

4) Vgl. u. a. David Horowitz, Kalter Krieg – US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin (West) 1969.
5) Henry Kissinger, Rede über das Verhältnis USA–UdSSR und über die weltpolitische Entwicklung, gehalten in San Francisco am 3. 2. 1976, in: „Blätter", 3/1976, S. 332–345.

der Nachkriegsepoche als dem Ende langer ökonomischer, politischer und ideologischer Prosperität des Kapitalismus.

Mit der Entspannungspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern war jedoch erst *eine* (wenn auch die entscheidende) Veränderung gegenüber der Politik der 50er Jahre und des Kalten Krieges vollzogen: in ihrem Gefolge setzten sich – zeitlich verschoben – unter der Nixon- und Ford-Administration Strategien gegenüber den kapitalistischen Bündnispartnern und der Dritten Welt durch, die sich insgesamt durch größere Flexibilität auszeichneten, gleichzeitig jedoch den Versuch widerspiegelten, mit veränderten Mitteln die Führungsrolle der USA im kapitalistischen Lager sowie die Abhängigkeit der Entwicklungsländer aufrechtzuerhalten.

Als zeitlicher Umschlagspunkt kann für die Bereiche der Bündnis- und Entwicklungspolitik das Jahr 1973 und die auf die ökonomischen wie politischen Positionsverluste der kapitalistischen Länder, insbesondere Westeuropas und Japans – gemeinhin mit „Ölkrise" umschrieben –, folgende Zeit intensiver strategischer und taktischer Diskussionen im westlichen Lager angesehen werden: das verstärkte Drängen der Entwicklungsländer nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung" wurde von den USA zunächst abgelehnt, und Kissinger sprach vom „‚aufgeklärten Eigeninteresse und von der moralischen Verantwortung, zusammenzuarbeiten für das *Überleben* und die *Wiederherstellung* des Weltwirtschaftssystems', also von der Erhaltung des bisherigen, imperialistisch beherrschten Weltwirtschaftssystems unter Führung des USA-Imperialismus."[6]) Spätestens seit 1975 jedoch griffen die USA die Forderung nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung" auf und beteiligten sich am sogenannten Nord-Süd-Dialog. Dahinter steht keineswegs die endgültige Abkehr von den traditionellen Mitteln der militärischen Unterdrückung antiimperialistischer Entwicklungen in der Dritten Welt, sondern im wesentlichen das Eingeständnis der aktuellen Untauglichkeit dieser Praxis, zumal in einer Zeit sich intensivierender Wirtschaftsbeziehungen[7]) mit den Entwicklungsländern.

Gleichzeitig geboten Weltwährungs- und Weltwirtschaftskrise verstärkte Anstrengungen, um durch eine koordinierte Politik der kapitalistischen Hauptländer der jahrelangen Wirtschaftskrise zu begegnen: Mitte der 70er Jahre war nicht nur die nach 1945 für fast zwei Jahrzehnte ungebrochene Dominanz des US-Kapitals Vergangenheit, sondern auch die Versuche rein nationalstaatlicher Krisenbewältigung als Ergebnis einer internationalen Angleichung der Krisenzyklen obsolet.

---

6) Zitiert nach Peter Hess, USA-Positionen zur Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, in: „IPW-Berichte", 2/1977, S. 2–11.

7) Diese Entwicklung wird von Brzezinski als ein wesentliches Motiv einer flexiblen Dritte-Welt-Politik genannt. Vgl. Zbigniew Brzezinski, Amerika in einer feindlichen Welt, in: „Blätter", 11/1976, S. 1246–1265. Brzezinski prognostiziert für die USA eine Versorgungslücke bei grundlegenden Rohstoffen „und zwar vor allem in den Bereichen Aluminium, Asbest, Barium, Wismut, Kadmium, Kupfer, Diamanten, Fluor, Germanium, Gold, Indium, Blei, Quecksilber, Sand und Kies, Schwefel, Zinn, Wolfram, Uran und Zink. Eine allmähliche Verschiebung in der US-Wirtschaft von der autarken Mineralversorgung zu teilweiser Abhängigkeit hat bereits stattgefunden: 1950 waren die USA nur zu 15% ihres Bedarfs . . . von Importen . . . abhängig; um 1970 war diese Ziffer bereits auf ca. 25% gestiegen, und um das Jahr 2000 kann sie sich irgendwo zwischen 60 und 70% bewegen." (1253)

Während des Präsidentschaftswahlkampfes zeichnete sich bereits ab, daß Jimmy Carter die genannten Umorientierungen gerade im Bereich der Bündnis- und Entwicklungspolitik aufgreifen und weiterentwickeln würde. In seinem Anspruch auf prinzipielle Aufrechterhaltung des amerikanischen Führungsanspruchs im kapitalistischen Lager und auf globale Ausdehnung der US-Herrschaft verkörpert sich die kontinuierliche Fortsetzung bisheriger Grundlinien US-amerikanischer Außenpolitik, während sich in der Formulierung des „Trilaterismus" als Verteilung der Lasten ökonomischer und politischer Krisenbewältigung auf den „Dreibund" Japan, Westeuropa und die USA nach Maßgabe amerikanischer Interessen und der Ankündigung verstärkter „Rücksichtnahme" auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer der Versuch ausdrückt, die Politik des kapitalistischen Lagers zu konzentrieren und zu koordinieren, um weiteren Positionsverlusten vorzubeugen und um verlorenes Terrain wiederzugewinnen. Kontinuität in der Zielsetzung soll mit erhöhter Flexibilität in der Umsetzung der amerikanischen Außenpolitik verbunden werden.

Mit der „trilateralen" Ausrichtung und der differenzierten Politik gegenüber den Entwicklungsländern sowie dem *Anspruch* auf Weiterführung der Entspannungspolitik hatten die Demokratische Partei und ihr Kandidat Carter ein außenpolitisches Programm entwickelt, das alle bisherigen Konzepte zur Revision der Kalten-Kriegs-Politik wie der gesamten Nachkriegspolitik – angefangen von Kennedys (lateinamerikanischer) „Allianz für den Fortschritt" über Nixons Anerkennung der friedlichen Koexistenz bis zu Kissingers Formierungsversuch im „Jahr Europas" – aufgriff und (abgesehen von der Entspannungspolitik) sie von unkoordinierten Einzelmaßnahmen zu einer umfassenden außenpolitischen Grundlage weiterentwickelte.

Der Entwurf dieser Außenpolitik ging von einer Neubestimmung der amerikanischen „Sicherheitsinteressen" aus, die eine Verengung des Sicherheitsbegriffs auf den Bereich von Verteidigung und Rüstung ablehnt. Die profiliertesten Vertreter dieser Neubestimmung sind Henry Kissinger[8]) und Carters außenpolitischer Chefberater Zbigniew Brzezinski[9]): beide betonen, daß die militärische Sicherheit der USA nur dann gewährleistet werden könne, wenn sie auf einer umfassenden Politik der Sicherung politischer und ökonomischer Interessen – verbrämt als „amerikanische Ideale" – aufbaue. Grundlegend sei daher zunächst eine konzertierte Krisenbewältigung in den kapitalistischen Ländern selbst. Entwicklungs- und Ostpolitik könnten langfristig nur erfolgreich sein, wenn sie auf dem Bündnis der „industriellen Demokratien" aufbauen und daraus entwickelt werden.

3. *Ziele und Widersprüche, Mittel und Wege*

Die Verschlechterung der Beziehungen zur UdSSR kann daher nicht als Ergebnis einer geänderten Prioritätensetzung gesehen werden; vielmehr sind innerhalb des amerikanischen Gesamtkonzepts die verschiedenen Variablen

8) Kissinger, Die Entwicklung . . ., a.a.O.
9) Brzezinski, Amerika . . ., a.a.O.

Bündnis-, Entwicklungs- und Ostpolitik (spätestens nach 1968 in Gestalt der Entspannungspolitik) alle funktional an der Umsetzung des amerikanischen Weltmachtanspruchs ausgerichtet, der nur bei gleichzeitiger Verfolgung aller Ziele zu wahren ist. Von relativer Autonomie einer der jeweiligen Bereiche – und diese Autonomie ist bei der These der Prioritätenfolge unterstellt – kann daher nicht gesprochen werden.

Zur Erklärung der entspannungsfeindlichen Entwicklungen in jüngster Zeit muß vielmehr vorrangig darauf verwiesen werden, daß sich nur die Mittel und Wege amerikanischer Außenpolitik, nicht aber deren Ziele einer globalen Ausdehnung amerikanischer Macht geändert haben. So konzentrieren sich Kissinger und Brzezinski denn auch hauptsächlich auf eine ausführliche Darstellung der geänderten *Bedingungen,* die ihrer Ansicht nach nicht mehr nur punktuell, sondern dauerhaft feindlich sind: „Heute stehen wir zum erstenmal in unserer Geschichte vor der nackten Tatsache, daß die Herausforderung zeitlich unbegrenzt ist . . ."[10]) Der Anspruch auf Verwirklichung des ungebrochenen amerikanischen Missions- und Sendungsbewußtseins, also der Ziele imperialistischen Machtstrebens, wird als zeitlos und selbstverständlich vorausgesetzt: ein Scheitern amerikanischer Politik „wäre verhängnisvoll nicht nur für Amerika, sondern mehr noch für die Welt im ganzen. . . . Ein Amerika, das sich . . . in sich selbst zurückzieht, würde ein Vakuum schaffen, das von jeder Einzelmacht nur in geringerem Maße ausgefüllt würde . . .; einfacher wäre eine Ausfüllung dieses Vakuums durch eskalierendes Chaos. . . . Amerika (bleibt) die weltweit schöpferische und erneuernde Gesellschaft."[11])

Der Anspruch auf Führung der „Welt im ganzen" besteht also unvermindert weiter. Den Mitteln kommt demzufolge eine nur untergeordnete Bedeutung zu, und sie können – abhängig von der jeweiligen Situation – geändert werden. Darüberhinaus sind diese Mittel in sich so widersprüchlich wie die Umstände, die sie erforderlich machten:

– Wie sehr der Anspruch auf trilaterale Kooperation an der Realität kapitalistischer Krisenentwicklung mitunter vorbeigeht, zeigten nicht nur die Gespräche von Vize-Präsident Mondale z. B. in Bonn, Paris und Tokio im Januar dieses Jahres, sondern verdeutlichte auch der jüngste Wirtschaftsgipfel in London und die dort entwickelten idealistischen Lösungsvorschläge, die angesichts der andauernden Krise nur Hilflosigkeit dokumentieren[12]). Da die dort vorgeschlagenen Wege den Keim des Scheiterns in sich bergen, besteht jederzeit die Möglichkeit ihrer Ablösung z. B. durch nationalstaatliche Protektionismen. Lang- und kurzfristige Orientierungen des Kapitals geraten damit in einen unlösbaren Ziel-Mittel-Konflikt.

– Auch bei der als „soziale Welt-Marktwirtschaft"[13]) gepriesenen „neuen" Entwicklungspolitik des „Ausgleichs" behalten sich die US-Strategen den Rückgriff auf die als überwunden dargestellten repressiven Maßnahmen der

10) Kissinger, a.a.O., S. 333.
11) Brzezinski, a.a.O., S. 1261.
12) Vgl. Dirk Ipsen, Wirtschaftsdiplomatie auf hohen Touren, in: „Blätter", 7/1977, S. 786–789.
13) „Die Welt" v. 30. 1. 1977.

„Nachkriegsepoche" vor: „Wir werden mit Wohlwollen Unterstützungsersuchen von Staaten prüfen, die durch einen Aufbau fremder militärischer Ausrüstungen und fremder Berater an ihren Grenzen bedroht werden – im Horn Afrikas und anderswo. . . . Wenn die territoriale Integrität eines mit uns befreundeten Staates gefährdet ist, werden wir weiterhin auf angemessene Unterstützungsersuchen reagieren."[14]) Auch in Korea und Vietnam „reagierten" die USA angeblich auf „Unterstützungsersuchen". Die Darstellung des national- und sozial-revolutionären Befreiungskampfes in Angola als sowjetisch-kubanisches Außenunternehmen deutet an, gegen wen und zu welcher Zeit „reagiert" werden soll. Erinnert sei auch an die 1973 ausgesprochene Atomwaffendrohung im Falle einer „wirtschaftlichen Strangulierung" der „westlichen Welt" durch die Entwicklungsländer.

– In einem ähnlichen Spannungsverhältnis steht die Politik gegenüber den sozialistischen Ländern. Wurde die Entspannungspolitik im bürgerlichen Lager lange Zeit mit dem Argument verteidigt, sie reduziere nicht nur die Gefahren eines thermonuklearen Krieges, sondern beinhalte gleichzeitig die Anerkennung imperialistischer Einflußsphären, so wird jeder weitere Rückschlag für das Kapital – wie etwa im rohstoffreichen Angola oder im strategisch wichtigen südlichen Afrika – von den Entspannungsgegnern gegen die Befürworter der friedlichen Koexistenz im eigenen Lager argumentativ gewendet, indem diese angeblichen Erfolge sowjetischer Expansion als Beweis für die Nutzlosigkeit der Entspannung zur Sicherung imperialistischer Globalinteressen interpretiert werden. Kissingers Warnung, die Entspannungspolitik könnte ein zweites Angola nicht überleben, deutet in diese Richtung und zeigt, wie sehr selbst die Gestalter der westlichen Konzeption von Entspannungspolitik dem Druck politischer Gegner nachgegeben haben.

Die Eindämmung der Sowjetunion müsse mit tauglicheren Mitteln als der Entspannungspolitik in ihrer bisher praktizierten Form geleistet werden – dabei könne auch aus der Vergangenheit durchaus noch gelernt werden: so wird in der offiziösen Politikzeitschrift der USA „Foreign Affairs"[15]) – quasi als Zusammenfassung „Détente-kritischer" Argumente der letzten Jahre – unverblümt festgestellt, daß die „Eindämmungspolitik" der 50er Jahre keineswegs nur Geschichte sei, sondern daß sie auch der Carter-Administration Hinweise zur Bewältigung außenpolitischer Probleme geben könne: erstens sei nicht die „Eindämmung" als solche gescheitert, sondern die mit ihr verfolgten weitergehenden Ziele seien nicht eingelöst worden, nämlich die Zurückdrängung der UdSSR *hinter* die Grenzen ihres Einflußbereichs. Dieses Anliegen wird als noch immer offene Aufgabe suggeriert[16]), die wegen der notwendig zu Mißerfolgen führenden inneren Widersprüchlichkeit sowjetischer Expansionspolitik – die z. B. am Nationalismus anderer Völker scheitere – auch durchaus künftig noch lösbar sei. Erforderlich sei einzig und allein eine offensive amerikanische Außenpolitik, die nicht nur reagiert, sondern gestalterisch

14) Cyrus Vance, Rede zur amerikanischen Afrika-Politik vor der NAACP am 1. 7. 1977, in: „Amerika-Dienst", Nr. 18 v. 13. 7. 1977, S. 15/16.
15) John Gaddis, Containment: A Reassessment, in: „Foreign Affairs", July 1977, Vol. 55, No. 4, S. 873–887.
16) Ebd., S. 881/82, 885.

auf die Entwicklung internationaler Beziehungen einwirkt. Freilich sollte diese Politik mit einem anderen Namen als „Containment" belegt werden: dieser sei wegen der „scheinbaren Erfolgslosigkeit" vorbelastet[17]). Insgesamt gesehen, müsse die amerikanische Außenpolitik zu einem „neuen Selbstbewußtsein" zurückfinden.

Die Forderung nach einer Politik der Stärke wird untermauert durch das Urteil scheinbar unbelasteter Zeugen wie des ehemaligen Staatssekretärs im Pentagon und ehemaligen SALT-Unterhändlers Paul Nitze, der eine verstärkte amerikanische Aufrüstung fordert, da die Entspannungspolitik bisher eine Einbahnstraße mit einseitigen Vorteilen für die Sowjetunion gewesen sei und es selbst nach den SALT-Vereinbarungen noch wahrscheinlich sei, daß die UdSSR strategische Überlegenheit mit dem Ziel des Sieges (war-winning capacity!) in einem nuklearen Krieg anstrebe[18]). Sollten diese „Trends" andauern, wäre die Entspannung insgesamt nachhaltig in Frage gestellt.

Diese Argumentation deckt sich völlig mit der des jetzigen Energie- und früheren Verteidigungsministers James Schlesinger, der als prinzipieller Gegner der Entspannungspolitik hinreichend bekannt ist. Auch er unterstellt im Stil der Propaganda der 50er Jahre hemmungsloses sowjetisches Expansionsstreben: „. . . die USA (hatten) früher einen erheblichen Vorsprung auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen . . ., der sich hemmend auf eventuelle sowjetische Abenteuerlust auswirken konnte. Und daß dieser Vorsprung jetzt weg ist, das heißt: auch der Hemmfaktor ist vermindert."[19]) Zweitens habe sich herausgestellt, daß für die UdSSR Entspannung heiße, den Westen mit dem Ziel des Sturzes seiner „Lebensordnung der individuellen Freiheit" zu schwächen. Die Antwort müsse daher drittens eine westliche Offensive zur Destabilisierung des kommunistischen Einflußbereichs sein: „Wir sollten nicht zulassen, daß sie (die Sowjets – B. G.) die Länder des westlichen Bündnisses als Jagdgründe für ideologischen Krieg behandeln, während wir ihnen das Weiterbestehen der Verhältnisse überall dort garantieren, wo Kommunisten an der Macht sind oder an die Macht kommen könnten. . . . man (kann) . . . nicht die Stabilität auf der einen Seite des Eisernen Vorhangs garantieren, während man auf der anderen Seite den weiteren Abbau zuläßt."[20])

Es handelt sich hier nur um einige Grundmuster entspannungsfeindlicher Argumentation in den USA, wie sie seit ungefähr zwei Jahren verstärkt betrieben wird. Diese politische Strömung ist aus mehreren Gründen eine ernsthafte Bedrohung der bisherigen Entspannungsbemühungen:
– wegen ihrer im Kalten Krieg und während der 50er Jahre begründeten historischen Tradition, die noch immer – trotz aller weltpolitischen Veränderungen – nachwirkt;

17) Ebd., S. 885/86.
18) Paul Nitze, Assuring Strategic Stability in an Era of Détente, in: „Foreign Affairs", January 1976, Vol. 54, No. 2, S. 207–232.
19) James Schlesinger, Interview mit „Die Welt" v. 18. 8. 1976.
20) Ebd.

– wegen der hinter der Aufrüstung stehenden Profitinteressen der Rüstungsindustrie, die in Gestalt des militärisch-industriellen Komplexes eine mächtige politische Lobby bildet;
– wegen des nach wie vor erhobenen Weltherrschaftsanspruchs der USA;
– wegen der realen Machteinbußen der USA in den letzten Jahren, die als Gegenreaktion eine Politik der Stärke auch in bisher entspannungsfreundlichen Kreisen des Monopolkapitals als plausibel und richtig erscheinen lassen – ungeachtet der elementaren langfristigen Interessen auch der USA am Entspannungsprozeß (als Stichworte seien nur genannt: drohende Selbstvernichtung im Atomkrieg; Lösung globaler Probleme wie Umweltfragen; Aufzehrung gesellschaftlicher Ressourcen durch Rüstungsausgaben)[21]) und ungeachtet der weiteren Friedens- und Abrüstungsinitiativen der sozialistischen Länder.
– wegen des innenpolitisch nach wie vor virulenten Antikommunismus in den USA, der die bisher positive Resonanz der Entspannungspolitik potentiell immer gefährdet. Es muß zu denken geben, daß Carter mit seinem antikommunistischen Menschenrechtskreuzzug sich enormen Rückhalt in der Bevölkerung geschaffen hat – trotz aller offenkundigen Menschenrechtsverletzungen in den USA selbst.

Während des Wahlkampfs mochten Carters Ankündigungen „härterer Verhandlungen" mit der UdSSR nur als Ausdruck dieses widersprüchlichen innenpolitischen Klimas ohne weitere ernsthafte Konsequenzen erscheinen. Die Ambivalenz dieses Klimas wie die objektiv widersprüchlichen Bedingungen, die der Entwicklung amerikanischer Außenpolitik vorausgesetzt sind, zeigen freilich, daß der gegenwärtige entspannungsfeindliche Kurs der Regierung Carter bereits vor dem Wahltag vorbereitet war, auch wenn er sich in diesem Ausmaß nicht abzeichnete und wenn er auch zweifellos nicht zwangsläufig ist. Es handelt sich hier nicht um einen Bruch in der außenpolitischen Konzeption – denn diese ist als System unterschiedlicher Optionen zu begreifen. Friedens- und Entspannungspolitik ist für die USA (wie für die anderen westlichen Länder) immer noch nicht so sehr Prinzip politischen Handelns als Mittel zu im Grunde mit friedlicher Koexistenz unvereinbaren Zwecken. Gleichwohl muß jedoch noch einmal betont werden, daß die „entspannungsfeindliche Option" zwar periodisch zu ernsthaften Belastungen in den Beziehungen zu den sozialistischen Staaten führen und bisher erzielte Ergebnisse der Politik der friedlichen Koexistenz in Frage stellen oder gar rückgängig machen kann, sie jedoch zur Entspannungspolitik aufgrund der realen, objektiven Veränderungen in der weltpolitischen Kräftekonstellation keine gleichberechtigte, *friedliche* Alternative darstellt und auch künftig nicht wird darstellen können: die Möglichkeit der USA, zur Durchsetzung ihrer globalen Ziele zwischen mehreren auch *real durchsetzbaren* Optionen *wählen* zu können, ist spätestens seit Vietnam drastisch reduziert. Der Rückgriff auf „Containment" und andere Strategien des Kalten Krieges muß daher unter den gegenwärtigen Bedingungen mit anderen Zielen verknüpft sein als

21) Vgl. K. D. Bredthauer, Ende der Entspannung?, in: „Blätter", 2/1976, S. 129–139.

der Hoffnung auf faktische Durchsetzbarkeit. Eine nähere Betrachtung der kurz- und mittelfristigen Ziele und der Hintergründe des gegenwärtigen Kurses der Carter-Administration bestätigt diese Überlegung, die auch bei der Beurteilung möglicher Perspektiven der Carterschen Variante der Entspannungspolitik zu berücksichtigen ist.

4. „Amerika in einer feindlichen Welt"

Festzuhalten ist zunächst, daß nicht nur die politische Vorbereitung des augenblicklichen außenpolitischen Kurses der USA kontinuierlich über Jahre hinweg erfolgte, sondern daß gerade die Maßnahmen der neuen US-Regierung als systematische Umsetzung der US-Strategiedebatte der letzten Jahre erscheinen, wenn man sich durch ihre oft widersprüchlichen, verwirrenden Präsentation nicht von der Substanz ablenken läßt.

In seinen Analysen der weltpolitischen Veränderungen Mitte der 70er Jahre kommt Brzezinski wie Gaddis und Kissinger zu dem Ergebnis, daß die USA eine „neue offensive Politik" der Stärke und des Selbstvertrauens betreiben müssen, denn: „Wir meinen, wir befinden uns in einer historischen Etappe, in der die USA einen schöpferischen Prozeß zum *Aufbau eines neuen Weltsystems* einleiten müssen."[22]) Im Unterschied zu Kissinger wird jedoch ein Aspekt bemerkenswert deutlich herausgearbeitet, nämlich die Herstellung eines innenpolitischen Konsens nach dem Vorbild der 50er Jahre, als die Eindämmungspolitik von einem starken nationalen Selbstbewußtsein getragen worden sei, das vorwiegend unter dem Eindruck des Vietnam-Krieges zerbrechen sollte. Heute ist nach Brzezinski als Konsequenz dieses Bruchs u. a. festzustellen, daß die amerikanische Öffentlichkeit „nicht mehr bereit ist, widerspruchslos höhere Etatausgaben für Verteidigungszwecke hinzunehmen" und auch „weniger geneigt ist, die Sowjetunion . . . für eine unmittelbare Bedrohung der US-Interessen zu halten . . ."[23]) Schließlich seien im In- wie besonders im Ausland die traditionellen amerikanischen Werte wie „Freiheit", „Individualität", „Optimismus" und „Universalismus" in Mißkredit geraten: „Der neu auftauchenden Stimmungslage inhärent war . . . die plötzliche Erkenntnis, . . . daß das amerikanische System nicht mehr der Träger einer *universell anwendbaren Botschaft* ist."[24]) Brzezinski zieht daraus die Konsequenz, daß ein neuer innenpolitischer Konsens durch die Reaktivierung traditioneller amerikanischer Werte hergestellt werden muß, der zur Bejahung einer Führungsrolle der USA in der Weltpolitik führen soll. Das heißt:

Da bei einem unveränderten amerikanischen Weltmachtanspruch die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder als gelebte Negation des Kapitalismus nach wie vor der Hauptgegner sind, dessen Einfluß es zurückzudrängen gilt[25]), und die „positive Rolle der USA" vorrangig in dieser Eindämmung und Zurückdrängung mit dem amerikanischen System unvereinbarer politischer Ordnungen und Ideologien liegt, muß der innenpolitische Konsens als Träger

22) Brzezinski, Interview mit „Die Weltwoche", 8. 6. 1977; Hervorhebung v. Verf.
23) Brzezinski, Amerika . . ., a.a.O., S. 1259.
24) Ebd., S. 1255; Hervorhebung v. Verf.
25) Vgl. Gaddis, a.a.O., S. 885.

einer offensiven Außenpolitik hauptsächlich antikommunistisch orientiert sein und gleichzeitig – zur positiven Orientierung – die bekannte Werteskala des liberalen Kapitalismus im allgemeinen und seiner spezifischen US-amerikanischen Ausprägung im besonderen widerspiegeln. Drittens muß der neue Konsens – um expansive Weltmachtbestrebungen abzusegnen – auf „universal gültigen", „zeitlosen Werten" aufbauen, d. h. bürgerliche Wertbegriffe wie „Freiheit" und „Individualität" müssen als dem menschlichen Wesen entsprechend und nur bei Strafe der Entmenschlichung zu negierende Kategorien präsentiert werden: damit wird ihr Anspruch auf weltweite Gültigkeit und insbesondere das Recht auf faktisch weltweite Durchsetzung untermauert. Denn das menschliche Wesen strebe nach Freiheit und sei daher mit Sozialismus und Kommunismus unvereinbar[26]). Die daraus abzuleitenden Konsequenzen formulierte Jimmy Carter in seiner Antrittsrede: „Weil wir frei sind, können wir gegenüber dem Schicksal der Freiheit anderswo niemals gleichgültig sein." Imperialistische Machtentfaltung erhält so ihre ideologische Weihe, die nationale Desillusionierung nach Vietnam und Watergate wird offensiv gewendet.

5. Die Sowjetunion aggressiv herausfordern („natürlich auf friedliche Weise")

Jimmy Carters Menschenrechtskampagne erfüllt jedes dieser Kriterien[27]) und ist somit nicht das Steckenpferd eines baptistischen Laienpredigers aus Georgia, sondern der ideologische Überbau zur innenpolitischen wie weltweiten Absicherung eines neuen Versuchs der amerikanischen Außenpolitik, wieder in die Offensive zu kommen und ökonomisch wie militärisch, politisch wie ideologisch „verlorenes Terrain" zurückzugewinnen:

a) Kurz- und mittelfristig geht es beim Aufbau des *„neuen Weltsystems"* um amerikanische Macht und Herrschaft in der Dritten Welt. In diesem Zusammenhang gab Carter bemerkenswerte Äußerungen ab: „‚Ich selbst neige dazu, die Sowjetunion aggressiv, natürlich auf friedliche Weise, in den Gebieten der Welt herauszufordern, die heute, oder potentiell in zehn oder 15 Jahren, für uns von entscheidender Wichtigkeit sind. Dazu gehören Länder wie Vietnam, der Irak, Somalia und Algerien, Länder wie die Volksrepublik China und sogar Kuba. Hier zu zögern, halte ich für unangebracht!' "[28])

---

26) Vgl. Karl Birnbaum, Human Rights and East-West Relations, in: „Foreign Affairs", July 1977, Vol. 55, No. 4, S. 783–799, bes. S. 798; vgl. Marshall Shulman, On Learning to Live with Authoritarian Regimes, in: „Foreign Affairs", January 1977, Vol. 55, No. 2, S. 325–338; S. 338: „Wir müssen fest bleiben in der Überzeugung, daß die Bürger autoritärer Staaten rechtzeitig ihren eigenen Weg finden werden, um das jedem Menschen eigene Streben nach Freiheit auszudrücken." Vgl. hierzu auch die entsprechenden Äußerungen Jimmy Carters: „Ich glaube, auf lange Sicht werden die Vorteile auf unserer Seite liegen, denn es gibt ein den Menschen innewohnendes Verlangen nach dem Recht, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, von der Regierung nicht mißbraucht zu werden, sich nach eigener Entscheidung zu entwickeln, gerecht behandelt zu werden. Und *ich glaube, daß unser Regierungssystem in dieser Hinsicht anderen Vorbild sein kann.*" (Hervorhebung v. Verf.) Zitiert nach „Wireless Bulletin from Washington", USIS, Nr. 111 v. 14. 6. 1977, S. 10.

27) „Wir haben einige ernüchternde und peinliche Jahre hinter uns: Vietnam und Kambodscha, Watergate und die CIA-Enthüllungen. Und ich glaubte, es war an der Zeit, in unserem Land ein Leuchtfeuer zu setzen – für etwas Reines, Anständiges, Richtiges und Angemessenes, das unsere Bürger für ein gemeinsames Ziel begeistern würde." Carter, zit. n. „Wireless Bulletin . . .", USIS, Nr. 134 v. 19. 7. 1977, S. 2.

28) Jimmy Carter, Gespräch mit Herausgebern und Chefredakteuren amerikanischer Nachrichtenmagazine, zitiert nach „Die Welt", 13. 6. 1977; zum vollen Wortlaut des Gesprächs vgl. „Wireless Bulletin . . .", USIS, Nr. 111, v. 14. 6. 1977, S. 9–13.

Gleichzeitig bietet er den Entwicklungsländern das amerikanische Modell als erstrebenswert, weil „freiheitlich" und damit der menschlichen Natur entsprechend, an. In nächster Zeit werde die amerikanische „Aufmerksamkeit" vor allem der Entwicklung in Afrika gelten. Die Denunziation der UdSSR als imperialistischer Invasor in Angola wie die allgemeine Konfrontation mit der Sowjetunion soll offenbar ideologisch den Boden für weitere politische (und nicht auszuschließende militärische) Interventionen der USA in Afrika bereiten – die selbstverständlich immer zur Verteidigung des Menschenrechts der „Freiheit" erfolgen.

Die jüngsten Beschlüsse über Waffenlieferungen und Militärhilfe an Somalia, Sudan, den Tschad und auch Ägypten verdeutlichen den Versuch der USA, sich in den Entwicklungsländern an zentraler Stelle militärische und politische Bastionen zu sichern, um aktuell in diesen Gebieten einen amerikanischen Interessen entgegenkommenden Status quo zu festigen und um zweitens perspektivisch auf Operations-Basen in einem wiederum als Reaktion auf angebliche sowjetische Expansion getarnten Abwehrkampf gegen nationale Befreiungsbewegungen (innerhalb wie außerhalb dieser Länder) zurückgreifen zu können. Durchgängig findet denn auch diese Politik der dezentralisierten Konzentration mit Forcierung amerikanischen Einflusses den ungeteilten Beifall bürgerlicher Massenmedien, die darin einen historisch notwendigen Beitrag zur Stärkung der Weltmacht USA sehen[28a]).

Gleichzeitig fordert der amerikanische UNO-Botschafter Andrew Young einen „Marshall-Plan"[30]) für Afrika. Man erinnere sich der historischen Funktion des ursprünglichen Marshall-Planes: die wirtschaftliche Errichtung eines politischen und ideologischen Bollwerks des Kapitalismus in Westeuropa als Teil einer geplanten Zurückdrängung und letztendlichen Vernichtung der sozialistischen Staaten.

b) Es ist bekannt, daß Zbigniew Brzezinski in den 60er Jahren zu den führenden Theoretikern in der Frage der ideologischen und politischen Destabilisierung der sozialistischen Länder gehörte. „Evolutionärer Wandel" hieß das Stichwort: „In der Tschechoslowakei hat sich der Erfolg einer Politik der friedlichen Verflechtung gezeigt. Was freilich fehlte, war ein westlicher Wille, die sowjetische Invasion abzuschrecken, und die Phantasie, ihr durch rechtzeitige politische Initiativen vorzubeugen."[31]) Der Hauptberater des amerikanischen Außenministers Cyrus Vance in „Sowjetfragen", Marshall D. Shulman, sieht diesen „evolutionären Wandel" als nach wie vor erstrebenswerte Aufgabe[32]): an diesem Ziel gebe es überhaupt keine Zweifel, zu diskutieren seien allein die anzuwendenden Mittel, denn letztendlich seien „pluralistische Tendenzen" in der Sowjetunion im Sinne einer weiteren Entspannung. Unter diesen Vorzeichen erweist sich die Menschenrechtskampagne als Hebel ei-

28a) Vgl. FAZ v. 30. 7. 1977, S. 1.
29) Entfällt.
30) „Die Welt" v. 8. 6. 1977.
31) Brzezinski lt. „Die Zeit" v. 13. 12. 1968, zit. n. „Berliner Extra-Dienst", Nr. 9/XI v. 1. 2. 1977, S. 22.
32) Vgl. Shulman, a.a.O., S. 333 ff.

ner umfassenden ideologischen Offensive gegen die sozialistischen Länder, die auf deren innere Destabilisierung zielt[33]).

In diesem Sinne erfolgte auch die Aufstockung der Mittel für „Radio Free Europe" und „Radio Liberty" durch den amerikanischen Kongreß im März dieses Jahres. Diese Sender strahlen u. a. in 16 Sprachen in die UdSSR aus. „Zum erstenmal seit Jahren müssen diese Sender nicht mehr um ihr Überleben kämpfen, sondern sie werden . . . ihren Betrieb durch zusätzliche 11 Sender ausbauen. Auch Voice of America wird 5 neue Sender erhalten, die Nachrichten nach der Sowjetunion ausstrahlen werden. . . . Carter hebt in seiner Botschaft an den Kongreß die Wichtigkeit dieser Sendungen für die *Informierung* der Völker der Sowjetunion und Osteuropas hervor. . . . Jetzt will sich Carter ihrer (dieser Sender – B. G.) bedienen, um seine Ideen zu verkünden und über die Regierungen mit den von ihnen kontrollierten Massenmedien hinweg *direkt an die Völker* zu gelangen."[34]) Brzezinski stellt klar, Entspannung heiße für ihn Zusammenarbeit; sein Verständnis von „Zusammenarbeit" zwischen Großmächten setzt Anpassung voraus, und in einer „angepaßteren Welt . . . wird der Begriff enger, sozusagen wasserdichter Einflußsphären mehr und mehr veralten . . ." Auf die Frage, ob die USA auf eine Lösung Osteuropas von der Sowjetunion hinarbeiten sollten, antwortet er: „Ich denke, man muß in den Begriffen einer langfristigen Strategie denken. . . . Zusammenarbeit zwischen den Großmächten zeitigt gewisse Folgen."[35])

Aus diesen Ausführungen wird deutlich: Der Vorwurf an die UdSSR, die Détente zur Ausweitung ihres Einflußbereichs zu instrumentalisieren, fällt auf die USA selbst zurück. Unverhüllt verbindet Brzezinski Entspannung mit dem Ziel politischer Veränderungen in den sozialistischen Ländern im Sinne des Westens.

Zunächst formuliert Brzezinski hier nichts anderes als den Inhalt des Begriffs „Wandel durch Annäherung", der von Egon Bahr im Zusammenhang mit der Bonner Ostpolitik geprägt wurde. Jedoch bedienen sich die USA augenblicklich in Verfolgung dieses Zieles verschiedener Methoden, die der Zeit des Kalten Krieges entlehnt sind: z. B. der denunziatorische Propagandafeldzug gegen die UdSSR, unterstützt von imperialistischen „Freiheits"sendern und in das Gewand der „Menschenrechte" gekleidet. „Es geht . . . um die Öffnung des sowjetischen Imperiums. Daher ist es klug und umsichtig, wenn Carter seine Politik nicht mit den alten, verbrauchten antikommunistischen Parolen, sondern mit der Forderung nach Menschenrechten und Informationsfreiheit verbindet."[36]) Z. B. soll die UdSSR in Vietnam, Irak, Somalia, Algerien und Kuba „herausgefordert" werden: hier handelt es sich um die offene Ankündigung imperialistischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder; sie fällt nicht nur hinter das mit dem Entspannungsprozeß durchgesetzte Prinzip der *Anerkennung* der friedlichen Koexistenz von Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zurück, sondern die sich dahinter ver-

33) Vgl. ebd., S. 338.
34) „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) v. 25. 3. 1977; Hervorhebung ebd.
35) Brzezinski, Interview mit „Die Weltwoche" v. 8. 6. 1977.
36) „Die Welt" v. 9. 6. 1977.

bergende Strategie des „Roll back" bedeutet auch einen Bruch des Völkerrechts und der Charta der UNO.

c) Mit der Menschenrechtskampagne geht es auch um ideologische Machtfragen – gerade während einer zunehmenden Legitimationskrise des Kapitalismus. Bürgerliche Kreise begrüßen es, daß im ideologischen Kampf „der Westen mit der Frage der Menschen- und Grundrechte sogleich die Initiative zurückerlangt (hat)"[37]) und Brzezinski betont immer wieder, daß die USA, wollen sie ihre Führungsrolle beim Aufbau eines „neuen Weltsystems" erfolgreich spielen, Vertrauen in ihre Politik schaffen und politisches Prestige durch das Bekenntnis zu moralischen Verpflichtungen gewinnen müßten. Kurzfristig geht es jedoch vor allem darum, über eine Verengung des Helsinki-Abkommens auf „Korb 3" und mit der Kampagne gegen die angebliche Unterdrückung von Menschenrechten in den sozialistischen Staaten die Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz zu einem Forum gegen die sozialistischen Länder umzugestalten, um gleichzeitig von den zentralen Inhalten der KSZE – Friedenssicherung in Europa über friedliche Koexistenz und Anerkennung bestehender Grenzen, Verpflichtung zu Abrüstungspolitik – abzulenken. Hier wollen und können die USA offenbar als ideologische Führungsmacht des Westens auftreten.

Neben der Menschenrechtskampagne bedienen sich die USA augenblicklich noch eines anderen Mittels, um ideologisch in die Offensive zu kommen und um die Bürger im eigenen Land zu außenpolitischer Konfrontationsbereitschaft zu ermutigen: erneut wird eine moralische, politische, wirtschaftlich-technische, militärische und kulturelle Überlegenheit des „freien Westens" gegenüber den „totalitären Regimes des Ostens" suggeriert. Derartige Propaganda ist zwar seit 1917 bekannt, als nach dem Scheitern der Intervention in der UdSSR deren baldige Selbstzerstörung prognostiziert wurde; gleichzeitig werden Erinnerungen an die Zeit des Kalten Krieges wach, als ebenfalls über den bevorstehenden Kollaps von Wirtschaft und Gesellschaft der UdSSR spekuliert wurde. Das Wiederaufleben dieses Superioritätsdenkens unter der Regierung Carter aber indiziert nicht allein ideologische Tradition und Kontinuität, sondern zeigt gleichzeitig den Rückfall hinter Positionen des Realismus, die sich seit 1969 hatten durchsetzen können. Wohl verbirgt sich dahinter auch der Versuch, das sowjetische Feindbild – dessen teilweise Erschütterung Brzezinski in einer innenpolitischen Bestandsaufnahme festgestellt hatte – durch die Aktivierung subtiler psychologischer Mechanismen, die den Zusammenhang von Überlegenheitsgefühlen und dem Recht auf globale Durchsetzung des eigenen Modells herstellen, zu festigen.

Die vorgebrachten Argumente schließen die üblichen Schlagworte von der ökonomisch-technischen Überlegenheit ein („der Vorsprung der amerikanischen Technologie ist für die Sowjets wahrscheinlich uneinholbar"[37a]) und gipfeln in der Behauptung, die UdSSR sei inzwischen dermaßen bürokratisch, dogmatisch und erstarrt, daß selbst ihre Führung den Initiativen des „freien

37) FAZ v. 22. 7. 1977.
37a) „Die Welt", 12. 7. 1977.

Geistes" – wie etwa den angeblich „schöpferisch-neuen" Vorschlägen der USA zur Abrüstung – nicht mehr folgen könne und deshalb in absehbarer Zeit wohl ausgetauscht werden müßte[37b]): daher sei sie als Verhandlungspartner auch nicht mehr völlig kompetent. So soll der Eindruck erweckt werden, der Westen müsse nur stark und selbstbewußt auftreten, um die „unterentwickelte" und „instabile" UdSSR in die Defensive zu drängen.

d) Innenpolitisch ist eine enge Verzahnung von Menschenrechtskampagne und Erhöhung des Rüstungshaushalts festzustellen. Brzezinski verwies darauf, daß sich derartige Erhöhungen nicht mehr widerspruchslos durchsetzen lassen. Dies gilt auch und gerade zur Zeit der Regierung Carter, die mit dem Versprechen einer Reform der Sozialpolitik und eines Abbaus der Arbeitslosenquote gewählt worden war, inzwischen aber einen Haushalt vorlegte, der im Sozialbereich völlig unzulänglich ist, Arbeitsbeschaffungsprogramme beschneidet und die Rüstungsausgaben auf die bisher einmalige Summe von 112 Mrd. Dollar anhebt[38]). Das Trommelfeuer der Medien über Expansionspläne der UdSSR, sowjetische Aufrüstung, Dissidenten und Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Ländern schafft ein Klima, in dem die Ablehnung eines erhöhten „Verteidigungs"haushalts der USA an Landesverrat grenzt. Die Intensität dieses antikommunistischen Kreuzzuges – der das zur „nationalen Einigung" hinter einer Politik der Stärke optimale Feindbild liefert – ist ebenfalls ein Rückfall in Praktiken des Kalten Krieges. Damals war innenpolitisch ein derart emotionalisiertes Klima geschaffen worden, daß rationale Diskussionen über einen Ausgleich mit den sozialistischen Ländern für lange Zeit unmöglich waren.

6. *Chronologie der Eskalation*

Die Erhöhung des Rüstungshaushalts ist noch unter einem weiteren Aspekt zu sehen, nämlich dem Anheizen des Rüstungswettlaufs durch die USA. Bisher wurde festgestellt, daß die USA den „Aufbau eines neuen Weltsystems" anstreben, und dieser Versuch wurde charakterisiert als Mittel zur Vermeidung weiterer Positionsverluste und zur (Rück)Gewinnung von Einflußsphären. Es hat sich dabei herausgestellt, daß der unter den Bedingungen eines zehnjährigen Entspannungsprozesses verbliebene Handlungsspielraum ausgelotet werden soll, daß die Möglichkeiten einer „aggressiven Politik" auch im Vorfeld wichtiger politischer Entscheidungen wie SALT-II oder der Belgrader Konferenz getestet werden sollen. Die Entwicklung seit Januar dieses Jahres läßt nur den Schluß zu, daß die USA über verstärkte Aufrüstung und selbst die Entwicklung neuer, verheerender Waffensysteme (wie der Cruise Missiles oder der Neutronenbombe) – deren Entwicklung zu verhindern ein zentrales Anliegen bisheriger Entspannungsbemühungen war! – wie zur Zeit des Kalten Krieges auf die irreale Möglichkeit spekulieren, eine Position der militärisch-strategischen Überlegenheit zurückgewinnen zu können, von der aus sie die UdSSR zu politischen Zugeständnissen zwingen möchten: Eindäm-

37b) Decline of Détente, in: „Wall Street Journal", abgedruckt in: „Wireless Bulletin . . .", USIS, Nr. 135, July 20, 1977, S. 11–17.
38) Vgl. Helga Will, Zum USA-Bundeshaushalt 1977/78, in: „IPW-Berichte", 6/1977, S. 52–56.

mung und Ausloten der eigenen noch verbliebenen „Reichweite" in einem. Diese Einschätzung drängt sich nicht nur aufgrund der Äußerung führender Politiker auf, wie z. B. der Hans-Dietrich Genschers, der die Neutronenbombe lobt und im gleichen Atemzug den „Beitrag" (d. h. Zugeständnisse) der UdSSR bei den MBFR-Verhandlungen in Wien fordert[39]), sondern wird gerade durch die politische Entwicklung der letzten acht Monate nachhaltig bestätigt:

Was nach außen als Zick-Zack-Kurs eines unerfahrenen Neulings im Weißen Haus erschien, war in Wirklichkeit eine über mehrere Stufen sich eskalierende, geschickte Inszenierung des Umschlags vom „Härter-Verhandeln-Wollen" in aggressive Konfrontation:

1) Zunächst verwies Carter noch vor seiner Amtseinführung am 20. Januar auf die Friedenspolitik der USA: „Ich kann unseren Alliierten und Freunden und unseren potentiellen Gegnern – der Sowjetunion und China – versichern, daß wir uns unverändert um den Frieden und um stabile Beziehungen bemühen werden . . . Es sollte kein Zweifel darüber aufkommen, daß es Kontinuität geben wird."[40]) Es sollte freilich eine „Friedenspolitik der Stärke" sein – dies deutete sich mit den Forderungen nach einer Stärkung der NATO an.

2) Noch *vor* dem 20. Januar stellte der designierte Außenminister Vance Forderungen an die Sowjetunion: für ein neues SALT-Abkommen erwarte er von Moskau „Zeichen des guten Willens" in der Frage der Menschenrechte. Gleichzeitig dachte er öffentlich darüber nach, „ob für Moskau Entspannung nicht einfach eine Fortsetzung des Kalten Krieges unter einer Maske sei."[41]) Damit war der Auftakt zur Menschenrechtskampagne und zu einer antisowjetischen Offensive gegeben, der an die Feindbilder der 50er Jahre erinnerte.

Präsident und Vize-Präsident empfingen den „Dissidenten" Bukowski, einen militanten Gegner jeder Entspannungspolitik, und Carter bot dem „Dissidenten" Sacharow seine solidarische Unterstützung an. Systematisch wurde das Bild von einer zunehmend aggressiver werdenden UdSSR aufgebaut, d. h. es mußte der Eindruck entstehen, daß nur noch entschlossenes Auftreten bei den Moskauer SALT-Gesprächen im März diesen Expansionstendenzen begegnen könne.

Inzwischen war im Februar der US-Bundeshaushalt für das Finanzjahr 1977/78 mit dem höchsten Rüstungsetat in der Geschichte der USA vorgelegt worden.

3) Carter betonte denn auch immer wieder seine Entschlossenheit – selbstverständlich eine Entschlossenheit zum Frieden – und verkündete seine Verhandlungsangebote, die vom rein Optischen her eine drastische Verringerung der nuklearen Kapazitäten suggerierten und als ernsthafte Friedens- und Abrüstungsinitiative verkauft werden konnten. Real wurde damit jedoch die Verhandlungsbasis mit der UdSSR verlassen, nämlich das 1974er Abkommen

39) Vgl. Interview mit „Frankfurter Rundschau" v. 26. 7. 1977.
40) Carter, zit. n. „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 6. 11. 1976.
41) SZ v. 7. 12. 1976.

von Wladiwostok: dieses Ergebnis langwieriger SALT-Verhandlungen mußte mit einem Mal als unwichtige Nebensache erscheinen – eine diplomatische Provokation des Verhandlungspartners.

Einem zweiten „Angebot" zufolge sollten die Vorschläge von Wladiwostok zwar ratifiziert werden, jedoch unter Ausklammerung der (nach 1974 weiterentwickelten!) amerikanischen Marschflugkörper „Cruise Missiles" und des sowjetischen Bombers „Backfire" (NATO-Code). Da die „Cruise Missiles" auch strategisch einsetzbar sind, während es sich beim „Backfire" um einen konventionellen Bombertyp handelt, hätte diese Ausklammerung einseitig die Position der USA begünstigt, was automatisch die strategische Parität – Gegenstand aller SALT-Verhandlungen – außer Kraft gesetzt hätte. Diese Fakten gingen freilich in den Kampagnen über die „sowjetische Gefahr" unter.

4) In der Woche vor Beginn der Moskauer Verhandlungen brachte Carter im Kongreß den Antrag auf Aufstockung des Etats für „Radio Free Europe" und „Radio Liberty" ein – beides klassische Propagandainstrumente des Kalten Krieges[42]).

5) Mit alledem waren Voraussetzungen geschaffen, um die Verhandlungen in Moskau scheitern zu lassen und sich der Öffentlichkeit trotzdem weiterhin als Initiator einer konsequenten Abrüstungspolitik darzustellen. Nach dem Eklat setzte Carter das diplomatische Sperrfeuer unvermindert fort: „Die Kreml-Führung sei zu alt, zu konservativ und zu starr in ihrem Denken, um sich auf Neuerungen einzustellen."[43])

6) Nachdem die vorher mit dem Aufpolieren des alten Feindbildes unterstellte Entspannungsfeindlichkeit der UdSSR jetzt in der Art einer „self-fulfilling prophecy" „bewiesen" war, glaubte Carter, schon jetzt *drohen* zu können: „Carter . . . wies die Sowjetunion warnend darauf hin, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise doch zur erhöhten Aufrüstung und *Fortentwicklung* der strategischen und taktischen Waffensysteme gezwungen würden, falls Moskau *im Mai* nicht in ‚gutem Glauben und auf einer Basis des gegenseitigen Vertrauens' verhandele."[44]) Es handelt sich hier zum einen um schlichte Erpressung, zum anderen um blanken Zynismus, die UdSSR, die wochenlang auf das schärfste denunziert worden war, zu „Vertrauen" aufzufordern.

7) Während der ganzen Zeit wurden an der vornehmlich gegen die sozialistischen Länder gerichteten Menschenrechtskampagne keinerlei Abstriche gemacht.

8) Die Drohung mit eigener Aufrüstung und der Weiterentwicklung strategischer Waffen wurde zusammen mit der Bereitschaft zu weitgehender Abrü-

42) Vgl. NZZ v. 25. 3. 1977.
43) FAZ v. 1. 4. 1977.
44) FAZ v. 1. 4. 1977; vgl. Brzezinski, Interview mit „Die Weltwoche" v. 8. 6. 1977: „Wenn es uns . . . nicht gelingt, . . . ein SALT-Abkommen auszuhandeln, dann werden Öffentlichkeit und Kongreß die Frage nach den Motiven der sowjetischen Aufrüstung immer dringender stellen."

stung ausgesprochen, d. h. die doppelgleisige Politik des aggressiven Handelns und der beschwichtigenden Worte wurde fortgesetzt. Carters Friedens- und Abrüstungsappelle erwiesen sich als nur ideologische Verbrämung einer im Grunde aggressiven Politik.

9) Die Schuld für das Stocken des Entspannungsprozesses wurde der UdSSR zugeschoben, und Carter ließ erklären, daß sich an den (Verhandlungs-)Plänen der USA nichts ändern werde[45]). Brzezinski fügte hinzu: „Wenn SALT davon abhängt, daß die USA sich selbst das Recht versagen, die Menschenrechte zu unterstützen, dann ist es das nicht wert."[46])

10) Im Juni erklärt Carter seine Absicht, die UdSSR weltweit und aggressiv zurückdrängen zu wollen – wie der Zusatz „auf friedliche Weise" einzuordnen ist, verdeutlicht die seit Januar „konsequent" verfolgte „Abrüstungs"politik.

11) Anfang Juli beschließt der Präsident, die Cruise Missiles zur Weiterentwicklung freizugeben, nachdem vorher mit erheblichem publizistischen Aufwand der Verzicht auf den Bomber B-1 angekündigt worden war als Zeichen „guten Willens" an Moskau. Verschwiegen wurde, daß die Marschflugkörper erstens billiger, zweitens vielseitiger verwendbar und drittens strategisch effektiver sind als der Bomber B-1, von einem „Verzicht" also mitnichten gesprochen werden kann, zumal die technische Entwicklung der B-1 fortgesetzt wird, um den Bomber als „Option" in der Hinterhand zu behalten.

12) Ohne daß mit der Sowjetunion inzwischen neue Verhandlungen geführt worden wären, kündigt das Weiße Haus in der ersten Juli-Woche an, nach dem 15. August über den Bau der Neutronenbombe entscheiden zu wollen. Wie bei allen früheren Anlässen schiebt Carter eine pazifistische Verschleierung nach, diesmal die Einladung an Leonid Breschnew zu einem Gipfeltreffen.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die amerikanische Regierung gegenwärtig in einer Weise, die an die Zeit des Kalten Krieges erinnert, die Beziehungen zur Sowjetunion systematisch und bewußt schwer belastet. Dazu gehört in erster Linie, zunächst unannehmbare Bedingungen zu stellen, die zum Scheitern von Verhandlungen führen müssen, und dann eben dieses Scheitern zum Vorwand für den Beginn eines neuen Rüstungswettlaufs zu nehmen. Ein ebenfalls dem Kalten Krieg entlehntes Mittel ist der Versuch, mit Hilfe forcierter Entwicklung neuer Waffensysteme politischen Druck ausüben zu wollen. Sehr klar wird diese Taktik in der großbürgerlichen Presse der BRD kommentiert: infolge der Auseinandersetzungen um die Neutronenbombe wurde zunächst noch einmal auf die Vorteile der „Vorwärtsverteidigung" verwiesen, mit der endlich ein Mittel gefunden sei, einen Verteidigungskrieg nicht auf dem Boden der „Verbündeten" zu führen, sondern „das Unheil mehr nach Osten" zu „verlagern". „Die Neutronenbombe hat dieses Umdenken nicht bewirkt. Doch sie kann es beschleunigen." Schließlich wird

45) Vgl. „Die Welt" v. 2. 4. 1977.
46) Ebd.

der Umschlag von der einst „vorsichtigen" Kritik an der Entspannung zur politischen Erpressung der UdSSR auf die Formel gebracht: „Natürlich kann nach relativ kurzer Zeit auch Moskau über die Neutronenbombe verfügen . . . Doch vor dieser Spekulation steht die Realität, daß der Westen das ‚Neut' besitzt, der Osten nicht." Endlich sei der Durchbruch erzielt von der bloßen Reaktion auf die „rote Gefahr" hin zur Aktion[47]).

Die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik ist somit zu bestimmen als aggressiver Versuch, die weltpolitische Initiative zurückzuerlangen – unter dem Vorzeichen akuter innerer Krisenhaftigkeit und des Verlustes weiterer Machtpositionen im Äußeren, die sich hinsichtlich der Bündnispartner und der Dritten Welt einer „aufgeklärt-flexiblen" Politik bedient, während gegenüber den sozialistischen Ländern eine eindeutige Verhärtung mit dem Ziel der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und ideologischen Schwächung des Sozialismus festzustellen ist. Wenn auch eine Rückkehr in die Zeit des Kalten Krieges wegen realer weltpolitischer Veränderungen (deren wichtigste die Konsolidierung der sozialistischen Staaten und der nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt ist, beides mit friedlichen Mitteln nicht rückgängig zu machende Entwicklungen) nicht mehr möglich ist, kann es dennoch zur Übernahme politischer Praktiken aus dieser Zeit kommen – wie die letzten Monate augenfällig demonstrierten. Es geht also augenblicklich den USA vorrangig darum, die trotz des Scheiterns der Politik der 50er Jahre noch verbliebenen Möglichkeiten des „Containment" und der Zurückdrängung des Sozialismus offensiv auszuschöpfen bzw. durch das bewußte Inszenieren von Krisen die Reichweite des eigenen Handelns, des „schöpferischen Gestaltens" beim Aufbau eines „neuen Weltsystems" abzustecken, d. h. zu testen, wie weit die UdSSR „aggressiv" zurückgedrängt werden kann.

Freilich ist die Entspannungspolitik der USA mehr als nur eine durch historische Gesetzmäßigkeiten und bewußte Politik der sozialistischen Staaten erzwungene Komponente im politischen Kalkül einer imperialistischen Großmacht: Entspannungspolitik steht für den Versuch des Abbaus militärischer Konfrontation und politischer Spannungen zur Verhinderung eines thermonuklearen Krieges und zur Entwicklung friedlicher Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Das bewußte Unterlaufen oder gar Zerstören der Entspannungspolitik ist friedensgefährdend und unter den heutigen Bedingungen atomarer Rüstung gleichzeitig menschheitsgefährdend. Das über Cruise Missiles und Neutronenbombe von den USA erneut ingang gesetzte Wettrüsten untergräbt darüberhinaus eine wichtige Voraussetzung bisheriger Abrüstungsverhandlungen: nämlich die Kontrollierbarkeit und eindeutige Bestimmung der beiderseitigen Waffensysteme[49]) – darüberhinaus wird durch die Cruise Missiles wegen der geringen Investitionskosten der weltweiten Weiterverbreitung strategischer Waffen Tür und Tor geöffnet. Marschflugkörper wie Neutronenbombe verwischen die Grenzli-

47) FAZ v. 26. 7. 1977.
48) Entfällt.
49) Vgl. Renate Riemeck, Über die Cruise Missiles muß verhandelt werden, in: DVZ v. 23. 6. 1977, S. 9.

nien zwischen konventioneller und strategischer Kriegsführung[50]) und könnten die aggressivsten imperialistischen Kreise dazu verleiten, nicht nur ihre politischen, sondern auch ihre militärischen Spielräume in der Praxis zu erproben. Dies ist die zugespitzteste Konsequenz der amerikanischen „Irritationen" der letzten Monate: es sind dies nicht mehr nur „Störmanöver", sondern gefährliche Spiele mit dem Feuer.

7. Perspektiven

Augenblicklich zeichnet sich noch keine Änderung der Carterschen Konfrontationspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern ab. Dieser Schluß ist auch einem Artikel im „Wall Street Journal" zu entnehmen, den das Außenministerium in seinen offiziellen Informationsdienst übernahm[51]): Hier wird festgestellt, daß zwar ein SALT-II-Übereinkommen noch in diesem Jahr nicht unmöglich sei, ebensosehr aber eine weitere Verschlechterung der Beziehungen eintreten könne. Der bisherige Kurs der Carter-Administration sei gerechtfertigt gewesen, allein die Mittel hätten taktisch geschickter eingesetzt werden können. Offensives Auftreten sei weiterhin erforderlich („Toughing it out"), denn schließlich sei bereits jetzt absehbar, daß die UdSSR wegen der Entwicklung der Cruise Missiles und des waffentechnischen Vorsprungs der USA an einem neuen SALT-Abkommen gar nicht vorbeikäme. In aller wünschenswerten Klarheit werden in diesem Artikel die Mittel (Erpressung) wie die Ziele gegenüber der UdSSR genannt: die Entspannungspolitik müsse von nun an realistisch betrieben werden, und zwar als ein „Konkurrenzverhältnis mit kooperativen Obertönen"[52]).

Freilich ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die außenpolitischen Debatten in den USA drehen sich gegenwärtig um die Ausarbeitung einer Politik, die einerseits die Ergebnisse des mit der Entspannung erhofften „Wandels durch Annäherung" erzielen kann, ohne andererseits auf die offensive Zurückdrängung der UdSSR verzichten zu müssen[53]). „Wir fordern die Sowjets heraus, mit uns zusammenzuarbeiten oder zu riskieren (sic!), daß sie ihre historische Bedeutung bei der Lösung der großen Aufgaben unserer Zeit verlieren (sic!)".[54])

Es ist daher durchaus möglich, daß während der ersten sechs Monate Außenpolitik unter Carter das politische Klima bewußt so weit verschlechtert wurde, daß von nun an kleinste Entspannungsschritte der USA als Erfolge und Fortschritte gewertet werden müssen: kein vollständiges Einfrieren der Entspannung, aber stärkere Betonung der „Konkurrenz" gegenüber der „Kooperation". Ob der zur Erreichung dieses Ziels in den Augen der Carter-Administration erforderliche Eskalationsgrad bereits erreicht ist, oder ob nach ihrem Urteil noch weitere Rückschläge zu verkraften sind, bleibt abzuwarten.

---

50) Vgl. dazu Alexander R. Vershbov, Die Cruise Missile und ihre Folgen, in: „aus politik und zeitgeschichte" (Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament"), B13/77 v. 2. 4. 1977, S. 19–25.
51) Decline of Détente, in: „Wall Street Journal", abgedruckt in: „Wireless Bulletin . . .", USIS, Nr. 135, July 20, 1977, S. 11–17.
52) „. . . a fundamentally competitive relationship with cooperative overtones . . .", ebd., S. 16.
53) Vgl. dazu u. a. die folgenden Aufsätze: Birnbaum, a.a.O.; Shulman, a.a.O.; Gaddis, a.a.O.
54) Brzezinski, Interview mit „Die Weltwoche" v. 8. 6. 1977.

Es muß gleichzeitig festgehalten werden, daß die objektiven Grundlagen der Entspannung nicht nur weiterbestehen, sondern auch von amerikanischer Seite noch nicht in Frage gestellt werden konnten. Freilich verringert dies nicht die Gefahren des eingeschlagenen Kurses der US-Regierung, die durch ihre Politik der letzten Monate erneut verdeutlichte, daß imperialistische Außenpolitik trotz aller Friedensbekenntnisse im Wesen aggressiv ist und daß Entspannung und friedliche Koexistenz nur in ständiger Auseinandersetzung mit dieser immer wieder, wenn auch historisch geschwächt und in neuen Gewändern, auftretenden Aggressivität dauerhaft zu sichern sind.

Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?*)

Von Heinz Oskar Vetter

I

Ich darf mich zunächst für die Einladung bedanken. Ich bin gern gekommen und darf gleich zu Anfang sagen, daß ich damit mehrere Absichten verbinde. Zum ersten scheint es mir notwendig, das traditionell gestörte Verhältnis zwischen Hochschulen und Gewerkschaften aufzuarbeiten. Um diese Distanz zu verringern und die Interessen der Arbeitnehmer stärker auch in diesem Bereich unseres Bildungssystems zur Geltung zu bringen, müssen zunächst einmal gegenseitig die Standpunkte und Forderungen geklärt werden. Das will ich in aller Kürze versuchen.

Zum zweiten meine ich, daß es nichts schaden kann, wenn bei der Jubiläumsfeier einer ehrwürdigen Universität auch die Stimme eines Arbeitnehmervertreters zu Wort kommt – und zwar gerade, weil in dieser Universitätsgeschichte die Probleme der arbeitenden Bevölkerung kaum berücksichtigt und eher die geistigen Waffen gegen die Arbeiterbewegung geschmiedet wurden. Damit ist nichts gegen die geschichtliche Leistung der deutschen Universität gesagt. Keiner wird ihr absprechen, bewundernswerte wissenschaftliche Erfolge erzielt zu haben. Es ist nur die Frage gestellt, *für wen* diese Leistungen erbracht werden, wer den Nutzen, wer die Folgen zu tragen hatte. Aber die Geschichte geht ja weiter: Diese Institution Universität braucht ja nicht auf ewig vorrangig den Interessen von Wirtschaft und politischem Konservatismus verpflichtet sein! Wissenschaft als produktive Kraft kann ja auch zur demokratischen Veränderung der Gesellschaft, zur bewußten Förderung des sozialen

*) Der folgende Text ist die Druckfassung einer Rede, die Heinz Oskar Vetter am 29. 6. 1977 auf einer Veranstaltung des Fachbereiches 03 der Universität Marburg anläßlich der 450-Jahr-Feier der Marburger Universität gehalten hat. Wir danken dem Autor für die Genehmigung zum Abdruck. D. Red.

Fortschrittes genutzt werden! Wissenschaftsfreiheit braucht nicht die Freiheit weniger Privilegierter bleiben! Und sie darf es nicht! Die Arbeitnehmer, auf deren Arbeit der Reichtum dieser Gesellschaft beruht und die damit auch die Hochschuletats mitfinanzieren, haben ein Recht darauf, daß ihre Probleme, ihre Interessen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten Eingang in Forschung, Ausbildung und Weiterbildung finden. Dieser Anspruch muß *Geschichte* machen, d. h. er muß in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen unserer Tage durchgesetzt werden, und deshalb wird er hier angemeldet.

Zum dritten verkenne ich nicht, daß sich an den Universitäten etwas geändert hat. Auch wenn die begonnene Hochschulreform steckengeblieben ist, ist im Zuge sozialer Reformbemühungen und sicher auch als eine positive Folge der Studentenbewegung eine soziale und auch eine geistige Öffnung der Universitäten erfolgt. (Das kann so richtig nur der ermessen, dem die völlige Fremdheit noch bewußt ist, mit der sich Arbeiterschaft und Universität früher gegenüberstanden). Es gibt heute ein sich vergrößerndes Potential von Wissenschaftlern und Studenten, die in sozialer Verpflichtung einen Beitrag für eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft leisten wollen und dabei zunehmend die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften suchen. Hier geht es mir um *Ermutigung*; denn ich bin mir wohl bewußt, welch schweren Stand die Hochschullehrer, Assistenten und Studenten haben, die sich der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung verbunden fühlen und sich gegen den Strom anti-gewerkschaftlichen und konservativen Einflusses stemmen müssen. Nur: Ermutigung reicht nicht aus. Von gleicher Bedeutung ist es, auf die Schwierigkeiten dieser Annäherung, dieses langsam beginnenden Dialogs zwischen Hochschule und Gewerkschaften einzugehen. Und zwar auf die Schwierigkeiten, die bei allem gutwilligen Bemühen, also *trotzdem* entstehen; und auf jene, die entstehen aus den Angriffen von Arbeitgeberverbänden und konservativen Ordinarien *gegen* jede weitere Annäherung, also *weil* dieses zarte Pflänzchen „Kooperation" langsam zu sprießen beginnt.

Zum vierten bin ich gekommen, weil hier an dieser Universität – wenn auch wohl noch auf diesen Fachbereich beschränkt – ein *konkretes* Modell der Zusammenarbeit praktiziert wird, das der Unterstützung bedarf. Wo gibt es das denn heute schon, daß man in einer Universität Kollegen aus den Betrieben und Verwaltungen in dieser Anzahl trifft, wie heute hier.

Ich kann nachvollziehen, welche Überwindung es kostet, zum ersten Mal über die Schwelle dieser eben doch fremden Institution Universität zu gehen. Deshalb freue ich mich besonders, Euch hier zu haben. Nichts baut mehr gegenseitige Vorurteile ab, als die lebendige Begegnung! Sicher, noch seid Ihr in der Minderzahl, aber ganz offensichtlich ist hier das Schwerste – der Anfang – gemacht! Ein Anfang, den es zu verbreitern gilt: hier, und an allen Universitäten in unserem Land, damit er nicht bleibt, was er heute noch ist: ein bißchen exotisch. Ich sage das nicht aus Bosheit. Ich sage das, damit wir die realen Verhältnisse und die Schwierigkeiten breiter Zusammenarbeit nicht verkennen. Diese Zusammenarbeit darf nicht als eine Art „Sonderforschungsbereich für Arbeitnehmerfragen" abgekapselt und isoliert werden. Sie muß auf alle

Bereiche ausgedehnt werden: auf die Natur- und Ingenieurwissenschaften, die Medizin, auf die Rechtswissenschaft. Denn dort gibt es bisher kaum erste Ansätze.

II

Dies sind heute meine Absichten. Dabei bin ich mir bewußt, daß zu allem nur im *Überblick* etwas gesagt werden kann. Zunächst scheint es notwendig darzulegen, weshalb Gewerkschaften ihr Interesse auf die Hochschulen gerichtet haben und weshalb sie sich legitimiert fühlen, hier Anforderungen zu stellen, die freilich nicht nur an die Hochschule, sondern gleichermaßen an die politisch Verantwortlichen, an Parteien und Verbände gerichtet sind. Unser Interesse beruht zunächst auf folgenden einfachen Überlegungen: Ausbildung und Forschung als die zentralen Aufgaben der Hochschule sind für die Gesellschaft und damit für die die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestimmenden Gruppen in verschiedener Hinsicht von Bedeutung. *Als Qualifikationsprozeß* zur Steigerung des Arbeitsvermögens, als angewandte *Technologie* zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und als Ideologieproduktion Mittel zur Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse. Alle drei Momente betreffen unmittelbar Funktionsbereiche der Gewerkschaften als Interessenorganisation der Arbeitnehmer.

Die Hochschule, ob ihren Mitgliedern das bewußt war oder sie sich noch in jenem bekannten Elfenbeinturm wähnten, war schon immer eingebunden in die gesellschaftlichen Entwicklungen und Entscheidungsprozesse, in die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die sozialen Machtstrukturen. Diesen Zusammenhang hat schon W. Liebknecht auf den kurzen prägnanten Begriff gebracht: Wissen ist Macht – Macht ist Wissen! Aber die Bedeutung von Hochschule und Wissenschaft ist im Laufe der Zeit noch gestiegen, ihr Einfluß auf die Arbeits- und Lebensbedingungen und die politischen Auseinandersetzungen ist immer breiter und unmittelbarer geworden. Und deshalb sind wir als Gewerkschaften heute in stärkerem Maße gefordert. Einige Beispiele mögen das belegen: Die neue Bildungspolitik und der damit verbundene Ausbau der Hochschulen hat die Zahl der Studenten, das Personal der Hochschulen und die Zahl der wissenschaftlichen qualfizierten Arbeitskräfte in der Wirtschaft sprunghaft erhöht. Das wirft eine Reihe von Fragen auf: ist die Hochschule ihrer Aufgabe, Stätte der beruflichen Ausbildung für über 20% eines Jahrganges zu sein, gewachsen? Ist angesichts der erfolgten Öffnung der Hochschulen für eine ausreichende soziale Sicherung der Studenten aus den unteren sozialen Schichten gesorgt, damit formelle Chancengleichheit auch eine materielle Grundlage hat? Ist mit der quantitativen Öffnung eine inhaltlich-soziale Öffnung einhergegangen? Werden praxisbezogene Sachkenntnisse und umfassende gesellschaftliche Kritikfähigkeit vermittelt, um die Hochschulabsolventen zu befähigen, sich als Arbeitskräfte zu behaupten und die gesellschaftliche und berufliche Umwelt beurteilen zu können? Wie steht es denn mit der Studienreform? Und weiter: Was wird getan, um die Interessenvertretung, die Mitbestimmungsmöglichkeiten der an der Hochschule Beschäftigten sicherzustellen? Auch des wissenschaftlichen Personals, das ja

wachsender sozialer Unsicherheit, z. B. durch Zeitverträge, ausgesetzt ist? Und inwieweit wird dabei eigentlich deutlich, daß auch wissenschaftlich Qualifizierte in Hochschule und Wirtschaft *abhängig* Beschäftigte sind, die ihre speziellen Interessen als akademisch ausgebildete Fachkräfte auf Dauer nur mit der Interessenvertretung *aller* Arbeitnehmer wahrnehmen können?

Ein zweites Beispiel für unser gestiegenes Interesse: Die Umwälzung der Produktionstechnik in vielen Bereichen wirft unter den gegebenen Bedingungen Probleme auf, die sich unmittelbar auf Einkommen sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten beziehen. Die unveränderte und eher steigende Arbeitslosigkeit von durchschnittlich einer Million Arbeitnehmer ist mitbedingt durch eine Rationalisierungswelle, bei der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Konsequenzen angewandt wurden. Wir können als Gewerkschaften gegenüber diesen Ergebnissen von Wissenschaft und Forschung nicht gleichgültig sein, wenn wir sehen, daß allein der sog. wissenschaftlich-technische Fortschritt im Bereich der elektronischen Technologien drei Millionen Arbeitsplätze gefährdet: Eine Million in der Elektroindustrie, eine weitere Million im Maschinenbau und eine dritte Million in den diesen Branchen angeschlossenen Industrien.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir sind weder gegen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, noch glauben wir, daß die Auswirkungen der *wirtschaftlichen* Anwendung dieser Ergebnisse direkt der Wissenschaft geschuldet sind. Aber die Anforderungen, die von „der Wirtschaft", genauer: aus der Interessenlage der Unternehmer heraus, formuliert werden, haben derart auf die Problemwahrnehmung und die Auswahl der zu erforschenden Probleme durchgeschlagen, daß in der Regel weder die sozialen Folgen noch die Bedingungen humaner Gestaltungsmöglichkeiten neuer Technologien *auch* Gegenstand der Forschung gewesen wären. Wie soll man sich denn sonst erklären, daß Arbeitswissenschaften und Arbeitsmedizin, Arbeitsrecht und Erforschung der Qualifikationsanforderungen bei der Arbeit völlig unterbelichtete Disziplinen an den Universitäten sind, wenn es sie überhaupt gibt. Kurz: Die Erkenntnisse der Wissenschaft sind für die humanere Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmer verfügbar zu machen und nicht vorrangig den Gewinninteressen einer kleinen Minderheit! Darum geht es uns!

Ein weiteres Beispiel zum Beleg, daß uns Hochschule und Wissenschaft in Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer etwas angehen müssen: Wissenschaft spielt eine immer wichtigere Rolle in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen. Mit der Autorität von Wissenschaft und ihrer scheinbaren Objektivität wird massiv und einseitig in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingegriffen, wird *Ideologie* vor allem gegen die Gewerkschaften produziert. Da schrecken Vertreter der sog. herrschenden Lehre der Rechtswissenschaft vor keiner noch so gewagten Konstruktion zurück, wenn es nur gelingt, den staunenden Zeitgenossen die „Verfassungswidrigkeit" jener Mitbestimmung aufzuschwatzen, die es bereits zwei Jahre *vor* der Verab-

schiedung unseres Grundgesetzes gab und die von den *Verfassungsvätern jedenfalls* gebilligt wurde. Und da gibt es nur wenige Wirtschaftswissenschaftler, die nicht vorgebliche wissenschaftliche „Sachgesetzlichkeiten" gegen die Politik der Gewerkschaften auszuspielen versuchen oder deren Modelle nicht objektiv darauf hinauslaufen. Das hat politische Wirkung. Auch dann, wenn da nur ständig Modelle von vorgestern geputzt werden und dabei übersehen wird, daß das Museum längst brennt. Wir haben deshalb begrüßt, daß eine große Zahl von Wissenschaftlern verschiedener Hochschulen sich mit der Frage der Massenarbeitslosigkeit vom Interessenstandpunkt der Arbeitnehmer her auseinandergesetzt hat. Wir fühlen uns durch dieses Gegengutachten im wesentlichen bestätigt. Das heißt noch lange nicht, daß wir Analyse und Lösungsvorschläge voll teilen, aber es heißt: Wir unterstützen alle, die noch nicht auf ausgetrampelten Pfaden gehen, sondern alternative Lösungen suchen.

III

Ich hoffe, an diesen wenigen Beispielen ist deutlich geworden, weshalb die Gewerkschaften aus ihrem Auftrag heraus von dieser gesellschaftlichen Veranstaltung Hochschule gefordert sind. Es gilt, eine Stätte traditioneller Eliteausbildung und kapitalorientierter Forschung der arbeitenden Bevölkerung zu öffnen und so dem allgemeinen Demokratiegebot des sozialen Rechtsstaates auch in diesem Bereich Genüge zu tun. Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch. Ich glaube, vor diesem Kreis brauche ich die 23 Forderungen des DGB zur Hochschulreform nicht im einzelnen zu referieren. Sie gelten noch Satz für Satz! Das sind unsere Antworten auf die aufgeworfenen Fragen. Auf die Fragen des Verhältnisses der Hochschule zu Staat und Gesellschaft, zur Reform von Studium, Lehre und Forschung, zur Demokratisierung der inneren Struktur der Hochschulen. Und das bleibt die Grundlage für jede Zusammenarbeit zwischen uns und den Hochschulen.

IV

Freilich, dieses Angebot an Zusammenarbeit – und so bitte ich das zu verstehen – muß auf mehr beruhen als auf der Darstellung allgemeiner Forderungen an die Hochschule und derer gesellschaftlichen Grundlagen. Hinzukommen muß zumindest ein gewisses Maß an Übereinstimmung in der Bewertung der gegenwärtigen hochschulpolitischen Situation, weil sich erst daraus eine konkrete Festlegung gemeinsamer Handlungsziele ergeben kann. Dazu so viel: Die Reform der Hochschule scheint heute weithin gescheitert. So richtig die Politik der Öffnung der Hochschulen war – wir haben sie von Anfang an gefordert und unterstützt – so halbherzig ist sie geblieben. Dem *Ausbau* der Kapazitäten ist der *Um*bau der Strukturen nicht gefolgt. Die politischen Widerstände gegen die Reform waren zu stark, die Koalitionszwänge zu hemmend, als daß sie aus den Kinderschuhen herausgekommen wäre. Heute ist die Tendenz eher rückwärts gerichtet: Um die eigenen wirtschaftlichen Positionen und sozialen Privilegien nicht zu verlieren, warnen heute Unternehmer und reaktionäre Elternvereine vor Akademikerschwemme und Überqualifi-

kation. Folge dieser Absicherungspolitik ist, daß der Anteil der jungen Frauen, der Kinder aus dem ländlichen Bereich und derjenigen aus Arbeiterfamilien an der Zahl der Studienanfänger wieder sinkt. Mit der von den Gewerkschaften unterstützten Politik der Öffnung und Durchlässigkeit im Bildungswesen sollten soziale Benachteiligungen abgebaut werden. Mit der „Öffnungspolitik", wie sie gegenwärtig betrieben wird, wird das Gegenteil erreicht. Im Kampf um Notenzehntel, durch die gleichzeitige Kürzung der Ausbildungsförderung, durch das weitgehende Kappen des zweiten Bildungsweges wird die Unterwerfung der Ausbildungsinteressen vieler Jugendlichen unter die nicht in Fragen gestellten Anforderungen eines kapitalistischen Arbeitsmarktes vollzogen, dessen marktwirtschaftliche Instrumente angesichts der Krise auf dem Arbeitsmarkt und im Ausbildungsbereich offensichtlich versagt haben.

Die Gewerkschaften halten an ihrer Forderung nach Öffnung der Hochschulen fest. Von den Regierungen verlangen sie jedoch flankierende Maßnahmen, um die sich bereits abzeichnende verschärfte soziale Auslese abzuschwächen: Die Studienplätze müssen ausgebaut, die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, vor allem auch der jungen Wissenschaftler, abgesichert werden. An den Interessen der Arbeitnehmer orientierte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen dafür die Grundlage schaffen. Das heißt auch, daß die öffentlichen Arbeitgeber zusätzliche Arbeitsplätze schaffen müssen, statt durch Stelleneinsparungen bei Lehrern und Hochschullehrern die Probleme der Arbeitslosigkeit noch zu verschärfen.

Nicht viel besser sieht es nach meiner Auffassung in bezug auf die innere Demokratisierung der Hochschulen aus. Wir können nicht hinnehmen, daß die Mitbestimmungsmöglichkeiten der nicht-akademischen Arbeitnehmer an den Hochschulen wieder zurückgedrängt werden sollen, wie das Hochschulrahmengesetz es fordert. Und wir können nicht hinnehmen, daß die alte Ordinarienuniversität wieder fröhliche Urständ feiert, obgleich ihr Versagen vor den neuen gesellschaftlichen Aufgaben doch offensichtlich war. Gleichwohl scheint es, daß Rechtsprechung – die sich hier immer mehr in die Rolle der rechtsetzenden Gewalt hineinspielt – und konservative politische Kräfte ein gesteigertes Interesse an der Restauration dieses wackeligen Altbaus haben. Nunmehr hat nach einem ähnlichen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1973 auch der Staatsgerichtshof des Landes Bremen die Drittelparität an der Bremer Universität für verfassungswidrig erklärt. Damit ist mehr angegriffen als nur ein von den Gewerkschaften nachdrücklich unterstütztes Mitbestimmungsmodell. Dieses Urteil ist das Dokument eines historisch überholten und illusionistischen Wissenschaftsverständnisses, weil es die Mitbestimmung einer Gruppe vereitelt, ohne deren tagtägliche Mitarbeit jede Wissenschaftsorganisation und -institution zusammenbrechen würde. Hier ist, wie wir es ja in vielen anderen Bereichen auch erlebt haben, bewußt oder unbewußt knallharte Interessenpolitik im juristischen Gewand gemacht worden.

Dazu passen so recht die Thesen der hessischen CDU, die kürzlich ja hier am gleichen Ort präsentiert wurden. Was hier von Herrn Dregger angeboten wird

– nach dem Motto: „Die Professoren forschen und lehren, den Rest erledigt der Staat im direkten Zugriff" –, zielt nicht nur auf Rücknahme von Demokratisierungsansätzen und Ansätzen einer sozialen Öffnung und ist *deshalb* zutiefst *reaktionär.* Er versucht auch – und da werden wir als Gewerkschaften erst recht hellhörig – alle aufgebrochenen Widersprüche zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem, die sich aus den wirtschaftlichen Krisenerscheinungen ergeben, einseitig und autoritär vor allem den Studenten aufzubürden. Das läuft allemal auf Duckmäuserei und Duckmäuserstaat hinaus. Davon haben wir genug!

Wer – und darauf laufen diese Thesen hinaus – den Druck aus dem Beschäftigungs- ins Bildungssystem, oder genauer: den Druck wirtschaftlicher Verwertungs- und Machtinteressen gegen die Bildungsinteressen der Arbeitnehmer und ihrer Kinder durchzusetzen sucht, der verschärft den rücksichtslosen Verdrängungswettbewerb auf *allen* Ebenen unseres Bildungssystems zu Lasten der jeweils sozial Schwächeren! Deshalb wollen wir mit dazu beitragen, daß sich die wölfischen Sitten unserer Wirtschaft nicht auch im Bildungssystem voll durchsetzen. Deshalb müssen wir gemeinsam verhindern, daß Standesdünkel und einzelwirtschaftliches Rentabilitätsdenken bestimmend bleiben! Denn der Einfluß dessen, was sich selbst „die Wirtschaft" nennt, ist an den Hochschulen nicht nur ungebrochen, im Zuge der Verwissenschaftlichung der Produktion wächst er noch. Dieser Einfluß bedarf keiner Kooperationsverträge. Die Indienstnahme der Hochschulen für die Interessen der Wirtschaft vollzieht sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit – über Privatverträge und Drittmittelforschung, über Gutachtertätigkeit und Burschenschaften, und stets unter dem Deckmantel der Freiheit von Forschung und Lehre! Diese Einwirkung ist so selbstverständlich und hat eine so lange Tradition, daß sie von den meisten schon gar nicht mehr wahrgenommen wird. Deshalb erscheint jeder als Störenfried, der diesen Einfluß auch nur *transparent* machen will. Deshalb erscheint es als Verstoß gegen gute alte Etikette, wenn jemand darauf verweist, daß Wissenschaft noch nie neutral und wertfrei war.

Fragt man nach den tieferen Gründen für diese Rückschläge der Reformbemühungen im Hochschulbereich, so bestätigt sich meine Eingangsthese, daß die Entwicklung in den Hochschulen nicht allein von innen heraus, sondern nur im Zusammenhang mit der gesellschaftspolitischen Entwicklung erklärt werden kann. Die Rückschläge, die die Reformversuche auf allen Ebenen unseres Bildungssystems erlitten haben, sind ja im engen Zusammenhang zu sehen mit der Wirtschaftskrise und mit jener wohl beispiellosen Anti-Reform-Kampagne aller konservativen Kräfte, in der versucht wurde, Reformen zu verhindern oder auszuhöhlen und die Interessenvertretung der Arbeitnehmer – vorab die Gewerkschaften – zu diffamieren und zu schwächen. Die aus der Wirtschaftskrise erwachsende Verunsicherung und Angst wurde rücksichtslos für den Versuch genutzt, die Lasten der Krise den Arbeitnehmern aufzubürden. Die Unfähigkeit, vorwärts gerichtete Antworten auf die neuen Fragen der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zu finden, hat ein Klima politischer Hilfslosigkeit geschaffen, das in gefährlicher Weise konservative bis re-

aktionäre Bestrebungen begünstigt, Alternativen verketzert, und alle obrigkeitsstaatlichen Tendenzen stärkt.

Der bildungspolitische Optimismus ist an der harten Realität der ökonomischen und koalitionspolitischen Machtverhältnisse zerbrochen. Die Entwicklung hat die Augen geöffnet für die tatsächlichen Macht- und Entscheidungsstrukturen unserer Gesellschaft, in die die bildungspolitischen Entscheidungen eingebunden sind. Es waren und es sind vor allem der Druck der wirtschaftlichen Krise und die Auswirkungen wirtschaftlicher Entscheidungen der Unternehmer, aus denen sich auch die bildungspolitischen Fehlentscheidungen erklären lassen! Nun wäre aber nichts falscher, als beide Momente, das Politische und das Ökonomische, getrennt zu sehen. Der neue Konservatismus ist nur der ideologische Ausdruck des Bemühens der Unternehmer und ihrer politischen Freunde, ihre gesellschaftlichen Machtpositionen aufrecht zu erhalten und auszubauen. Sie gehören zusammen wie Topf und Deckel!

V

Welche Schlußfolgerungen sind nun aus dieser Analyse für die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Hochschule zu ziehen? Die entscheidende Schlußfolgerung muß sein: Allen – Gewerkschaftern und Wissenschaftlern –, die eine Politik sozialer Reformen verfolgten, muß es heute um die *Abwehr* jener konservativ-reaktionären Bestrebungen gehen. Diese Abwehr kann auch für den Bereich der Hochschulen nur im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften gelingen! Das hat zur Voraussetzung die Stärkung der Gewerkschaften als der großen gesellschaftlichen Reformkraft und die Aktivierung der gewerkschaftlichen Arbeit in den Hochschulen. Anders können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die sich in der Hochschule auswirken, nicht wirkungsvoll beeinflußt werden. Wer die Entwicklung nicht weiter zugunsten der vereinigten Reformgegner treiben lassen will, der *muß* die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wollen. Denn dieser Abwehrkampf muß in allen gesellschaftlichen Bereichen zugleich geführt werden, und er wird nicht zuletzt im Bildungssystem entschieden werden. Deshalb müssen die Reformer, wo auch immer sie arbeiten, enger zusammenrücken!

Die zweite Schlußfolgerung ist: Beide – Hochschulen und Gewerkschaften – müssen ein Interesse an einer engeren Kooperation haben, um die unterschiedlichen sozialen Interessen *ausgewogener* in der Hochschule zur Geltung zu bringen. Konkret heißt das: Es muß ein Gegengewicht gegen den direkten und indirekten Einfluß der Wirtschaft gebildet werden. Anders kann weder weitestgehende Transparenz noch weitestmögliche demokratische Öffnung und Nutzung der Hochschulen für die arbeitende Bevölkerung erreicht werden. Aufgaben und Bereiche für diese Zusammenarbeit gäbe es genug:

– Im Bereich der *Lehre* könnten in enger Zusammenarbeit von Hochschullehrern und den im künftigen Arbeitsfeld der Studierenden tätigen Arbeit-

nehmern und Gewerkschaften die berufspraktischen Studienanteile sinnvoll gestaltet, untersucht und erprobt werden.

– Im Bereich der *Forschung* könnten die aktuellen und mittelfristigen Gefährdungen, die sich aus der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung für die Arbeitnehmer ergeben, im Vordergrund stehen; dabei geht es nicht nur um eine Bestandsaufnahme, sondern gleichermaßen um wissenschaftliche Hilfen, wie die auf die Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretung zukommenden Probleme bewältigt werden können.

– Im Bereich der *Weiterbildung* könnten die Gewerkschaften ihre vielfältigen Erfahrungen in der Erwachsenenbildung, sowohl inhaltlicher wie methodischer Art, einbringen.

In all diesen von mir genannten Bereichen gibt es schon Ansätze, wird erste Kooperation praktiziert. Diese Ansätze gilt es zu erweitern und zu verallgemeinern. Zur Form der Kooperation kann gesagt werden, daß sie sich keineswegs auf vertraglich abgesicherte Modelle, wie wir sie in Bremen, Bochum, Oldenburg und Saarbrücken haben, beschränken soll. So wichtig es ist, daß die Gewerkschaften sich für eine vertragliche Absicherung der Kooperation einsetzen – darauf komme ich am Ende meiner Ausführungen noch einmal zurück –, so deutlich muß gesagt werden, daß es auch unter der Vertragsschwelle ein breites Spektrum von Kooperationsmöglichkeiten gibt, das zu nutzen ist. Gerade weil diese Kooperation erst in den Anfängen steckt, müssen vielfältige Möglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen der Zusammenarbeit erprobt werden. Entscheidend ist nicht die institutionelle Absicherung, entscheidend ist das Engagement, die Aktivität auf beiden Seiten. Eines jedoch muß dabei immer gewährleistet sein: Völlige Transparenz und Öffentlichkeit. Im Gegensatz zu der verdeckten Einflußnahme durch die Industrie kann die Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen das demokratische Strukturprinzip der Öffentlichkeit für sich in Anspruch nehmen. Bei einer institutionellen Absicherung der Kooperation kommt hinzu, daß die Vereinbarungen von *gewählten* Gremien der sie tragenden Institutionen abgeschlossen werden, während für die Forschungsfinanzierung der Industrie in der Regel nur die betroffenen Forscher informiert sind.

VI

Sind so Ziele und mögliche Formen von Kooperation benannt, scheint es mir abschließend noch notwendig, auf die Schwierigkeiten, die Hemmnisse einer sinnvollen Kooperation einzugehen. Tatsächlich ist das Verhältnis zwischen Wissenschaftlern und Akademikern einerseits, Arbeitnehmern und Gewerkschaften andererseits seit jeher tief gestört. Der Ausdruck „soziale Distanz" verharmlost hier mehr als er erklärt. Ich will versuchen, die Gründe dafür so darzustellen, wie ich sie sehe: Da war – und ist teilweise noch – die elitäre Arroganz, mit der der Akademiker, der Gebildete auf den Malocher niederblickte; da war – und ist teilweise – der Umstand, daß diese Akademiker als Vorgesetzte und Leiter bei der Arbeit antrieben und unterdrückten, als Beamte und Offiziere befahlen und herrschten; Personifizierung eines Wirtschaftssystems

die einen, das gleichberechtigte Teilhabe vorenthielt, Personifizierung eines Herrschaftssystems die anderen, das den Arbeitern die gleichberechtigte Teilnahme an den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Willensbildungsprozessen versagte.

Und weiter: Es ist nicht vergessen und z. T. fortdauernde Realität, daß die unteren Schichten der Gesellschaft die Kosten für das Studium nicht bezahlen können und so schon aus ökonomischen Gründen davon ausgeschlossen waren. Studenten gehörten früher ausschließlich der besitzenden Klasse an, ebenso die Professoren und was sie allemal einte, war der gemeinsame Kampf gegen die Ziele und die Forderungen der Arbeiterbewegung. Sicher, die Öffnung der Hochschulen hat hier viel verändert, die 5%-Klausel ist übersprungen, unter der der Anteil der Arbeiterkinder an den Studenten bis vor gar nicht so langer Zeit noch lag. Und während gerade die Marburger Studenten in der Weimarer Republik sich noch als die schärfsten rechtsradikalen Kämpfer gegen die Arbeiterbewegung auszeichneten – und zwar zuweilen auch mit der Waffe in der Hand –, so zeigt die stattliche Zahl von Studenten und Wissenschaftlern, die heute hier in die normale gewerkschaftliche Arbeit eingebunden ist, daß sich so langsam auch der Geist, der hier herrschte, geändert hat. Es zeigt aber auch, welche Wunden erst noch vernarben mußten.

Und ein dritter Grund, der das gestörte Verhältnis zwischen Arbeitern und Wissenschaft erklärt: Wie sind denn Arbeitnehmer in der Regel von den *Ergebnissen* von Wissenschaft und Forschung betroffen? Ergebnisse, das sind Maschinen, die sie verdrängen, neue Technologien über deren Anwendung sie nicht entscheiden können, neue Ideologien, die ihnen für alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten letztlich selber die Schuld geben. Ich meine in diesem Zusammenhang sollte man auch einmal vergegenwärtigen, daß die wesentlichen wissenschaftlichen Grundlagen, die in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung eine Rolle spielten, außerhalb der Hochschulen entwickelt wurden. Andererseits, auch das gehört zu einer Beschreibung des Verhältnisses von Arbeitern zur Wissenschaft, war und ist Wissenschaft die Grundlage eines schnellen, ungeheueren Fortschrittes. Vor allem in den Naturwissenschaften und in der Produktionstechnik, aber auch in der Medizin, ja selbst in der Demoskopie. Staunend standen und stehen wir vor den wissenschaftlichen Heroen, vor neuen Produktionsverfahren, vor kaum faßbaren Technologien. Zu der Wissenschaftsfeindlichkeit, deren Gründe ich zuvor darstellte, gesellte und gesellt sich daher häufig eine fast blinde Wissenschaftsgläubigkeit. Ich würde sagen, das sind zwei Seiten derselben Medaille, die einen rationalen Umgang mit Wissenschaft und mit Wissenschaftlern erschweren.

Diesen Schwierigkeiten von seiten der Arbeitnehmer stehen mindestens gleichgewichtige von seiten der Wissenschaftler und Studenten gegenüber. Da ist zum einen die Sprache, die eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Aber da ist vor allem der unterschiedliche Anspruch, der häufig mit der gewerkschaftlichen Arbeit verbunden ist. Studenten und Wissenschaftler kommen oft mit einem *abstrakt politischen* Anspruch zur gewerkschaftlichen Ar-

beit. Und der stößt sich dann an der *realen* Politik der Gewerkschaften, in der sich die vielfältigen Zwänge der gesellschaftlichen Wirklichkeit, Kräfteverhältnisse, jeweilige Mehrheiten niederschlagen und die, statt immer die reine Lehre hochzuhalten, angesicht der bestehenden Machtverhältnisse und Durchsetzungsbedingungen auf *Kompromisse* angewiesen ist, damit für die Kollegen etwas herauskommt.

Für mich ist dieses unterschiedliche Verhältnis immer am deutlichsten geworden bei der Bewertung gewerkschaftlicher Bemühungen. Die Kollegen bewerten diese Bemühungen daran, was am Ende erreicht wird. Gewerkschaftliche Arbeit und gewerkschaftliche Kämpfe stehen bei ihnen in unmittelbarer Beziehung zu Lebensunterhalt, Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherung. Gewerkschaften sind für sie eine praktische Notwendigkeit, um mehr vom Leben zu haben. Ganz anders bei Wissenschaftlern und Studenten: Da zählt weniger, was herauskommt, als vielmehr, was sich abspielt. Nicht die *Ergebnisse* stehen im Vordergrund, sondern der *„Lernprozeß"*, die „Erfahrungen", die in der Auseinandersetzung zu machen sind. In dieser unterschiedlichen Bewertung ist ein Streik z. B. einmal ein Mittel zum Zweck, einmal Selbstzweck. Das erzeugt deshalb bei den Kollegen ein gesundes Mißtrauen, weil sie es ja selber sind, die das Risiko in ihren Aktionen tragen, während die anderen ohne eigenes Risiko nur mitmachen. Und da mag man nicht gerne in einen Kampf gestürzt werden, bei dem man vielleicht viel lernt, hinterher aber auf der Straße sitzt.

Ich glaube, Wissenschaftler und Intellektuelle täten gut daran, mehr an ihre eigenen sozialen Interessen und gewerkschaftliche Interessenvertretung zu denken. Ich kann mir vorstellen, daß nichts für die Zusammenarbeit mehr förderlich ist, als den Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen nachzuweisen, daß man sich erfolgreich in die *eigenen* Angelegenheiten eingemischt hat. Umgekehrt ist nämlich nichts für die Zusammenarbeit schädlicher als das bei den Kollegen aufkommende Gefühl, daß Studenten und Wissenschaftler dauernd etwas *stellvertretend* für sie machen wollen. Man ist nicht gern Mittel zur Demonstration irgendwelcher höherer Einsichten, die anderswo einfielen. Kein Wunder, daß eine Aktion „Studenten in die Betriebe" ein Schlag ins Wasser war. Die Kollegen hören nicht auf die politische Agitation von jemanden, der – so sagen sie – noch nicht einmal in der Lage ist, als gut ausgebildeter Akademiker einen entsprechenden Arbeitsplatz mit entsprechendem Einkommen zu erhalten.

Nach meiner Auffassung ist einer der entscheidenden Fehler der Studentenbewegung gewesen, und teilweise ist er es sicherlich noch, zu glauben, die Veränderung der Hochschulen könne zum Hebel für die Veränderung der Gesellschaft werden. Damit verbunden war die Auffassung, Wissenschaft könne ihre gesellschaftsverändernde Rolle nur in Distanz zu den gesellschaftlichen Kräften erfüllen. Im Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung fühlten sich gerade die progressiven Wissenschaftler in einer „Vordenkerrolle", die sich von den gesellschaftlichen Durchsetzungsbedingungen längst gelöst hatte und

deren elitärer Anspruch einer engeren Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im Wege stand.

Um es ganz klar zu sagen: Zusammenarbeit hört da auf, wo jemand glaubt, uns als „Durchlauferhitzer" benutzen zu können! Wir sind kein Mittel, um „Massenbasis" vorzutäuschen. Wir lassen uns vor keinen Karren spannen! Das historisch begründete Mißtrauen, mit denen sich Gewerkschafter und Hochschulangehörige heute noch begegnen, kann von seiten der Hochschule überwunden werden, wenn deutlich wird, daß sie bei der Zusammenarbeit keinen Führungsanspruch erhebt. Aber – und das muß wohl gleich danach gesagt werden –: Wir lassen uns auch nicht heuchlerische Ratschläge von einer Seite geben, die mit dem Hinweis auf die Gefährlichkeit einzelner Gruppierungen zugleich uns Gewerkschaften disziplinieren will.

Die Entscheidung darüber, was der Arbeitnehmerschaft dient, kann nicht dem Wissenschaftler als „Sachverwalter" von Arbeiterinteressen zufallen. Sicher, im Zuge der Verwissenschaftlichung technischer, wirtschaftlicher und politischer Prozesse wächst auch für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, sich der Wissenschaft als Planungs-, Analyse- und Prognoseinstrument zu bedienen. Aber Wissenschaft kann hier nur Hilfe leisten. Die entscheidenden Fragen der Menschen in unserem Lande, die Fragen der Arbeits- und Lebensbedingungen, sind letztlich nicht wissenschaftlich, sondern demokratisch-politisch zu beantworten. Hier müssen sich auch die Wissenschaftler in die gemeinsame Interessenorganisation aller Arbeitnehmer einordnen, als gleichberechtigte Mitglieder wie jeder andere Arbeitnehmer auch.

VII

Lassen Sie mich zum Schluß auf die Angriffe von außen eingehen, denen die vertraglich vereinbarten Kooperationen ausgesetzt sind. Wo immer Mißtrauen abgebaut und Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Hochschulen zustande kam, ist diese sofort Gegenstand heftiger Kritik von Unternehmerverbänden und konservativen Ordinarien geworden. Der Pluralismus sei durch einseitigen Einfluß einer bestimmten sozialen Machtgruppe gefährdet, heißt es da, die Hochschule solle „Sonderinteressen" geöffnet werden, die Unbefangenheit des Wissenschaftlers werde in Voreingenommenheit verkehrt, und das alles gefährde die Freiheit von Forschung und Lehre. Ja, da scheut man sich nicht, ausgerechnet den Galilei als Kronzeugen für die Schädlichkeit gewerkschaftlichen Einflusses aufzurufen. Welche Realität meinen diese Herren eigentlich? Doch nicht die der deutschen Hochschule! Eine Unschuld, die man nicht hat, kann man nicht verlieren! Ein Pluralismus, den es bisher nie gab, kann nicht gefährdet sein. Der ist ja erst *herzustellen!*

Nicht um die Durchsetzung eines einseitigen Machtanspruches geht es, sondern um die Bildung eines Gegengewichtes gegen bisherige Einseitigkeit. Die Freiheit der Forschung und Lehre ist durch Kooperationsvereinbarungen nicht berührt: Durch Transparenz, Mitbestimmung und Gesellschaftsbezogenheit eröffnen sie den Hochschulen vielmehr neue Freiheitsräume. Kooperation reduziert keine Alternativen im Bereich der Wissenschaft, sie schränkt

keine Freiheit ein; sie eröffnet vielmehr Alternativen und schafft damit Voraussetzungen für eine freie und zugleich sozial verantwortliche Wissenschaft, die sich vorgegebenen Herrschaftsinteressen nicht unterordnet. Wir wollen es einem Galilei von heute ersparen, sich vor den Inquisitoren von heute beugen zu müssen! Kooperation ist auch für die Hochschule eine Chance, gerade, weil es gegenwärtig notwendig erscheint, die Freiheit der Wissenschaft vor allem gegen ihre „Beschützer" in Schutz zu nehmen!

Die Aktualisierung des „Gemeinsamen Programms" und die Entwicklung der Linksunion in Frankreich

Von Edgar Gärtner

Nach dem für die Linke günstigen Ausgang der Kommunalwahlen schlug der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF), Georges Marchais, am 31. März 1977 den Führern der Sozialistischen Partei (PS) und der Bewegung der linken Radikalsozialisten (MRG), François Mitterrand und Robert Fabre, ein Treffen vor, um als Vorbereitung für die Parlamentswahlen im Frühjahr 1978 das im Juni 1972 unterzeichnete Gemeinsame Regierungsprogramm der drei Linksparteien*) an die seither eingetretenen ökonomischen und politischen Veränderungen anzupassen. Am 8. April erhielt Marchais von Mitterrand in einem offenen Brief eine positive Antwort. In diesem Brief legte Mitterrand bereits die wesentlichen Aktualisierungsvorstellungen der Mehrheitsfraktion der PS dar. Am 19. April legte das nach den Präsidentschaftswahlen von 1974 u. a. für die Fortschreibung des „Programme commun" eingerichtete Verbindungskomitee der Linksparteien, dessen Studiengruppen bislang noch nicht zu verbindlichen Arbeitsergebnissen gelangt waren, das Treffen der drei Parteichefs für den 17. Mai fest. Nach den Vorstellungen der Kommunisten sollten auf diesem Treffen die Grundlinien der Aktualisierung besprochen und je eine Kommission für die vier Hauptpartien des Programms eingesetzt werden, die die Arbeit der Aktualisierung bis zum Herbst 1977 abwickeln sollten. Auf Wunsch der Sozialisten wurde nur eine

*) Der Text ist erschienen als Band 4 der „Hefte zu politischen Gegegenwartsfragen" (Pahl-Rugenstein Verlag).

aus je fünf Vertretern der drei Parteien zusammengesetzte Kommission gebildet, die ihre Arbeit am 31. Mai aufnahm, in etwa einwöchigem Turnus fortsetzte und sie nach den Vorstellungen der Sozialisten bereits bis zur Sommerpause (Mitte Juli) beendet haben sollte. Dieses Ziel konnte wegen der Komplexität des Verhandlungsgegenstandes und bestehenden Differenzen über die Richtung und das Ausmaß der notwendigen Anpassungen des Programms nicht erreicht werden. Gegenstand der folgenden Analyse können also nur die bisher dargelegten Positionen der drei Linksparteien und deren Diskussion sowie die allgemeine Entwicklung des Linksbündnisses sein.

1. Gründe für die Aktualisierung

Obwohl inzwischen seit der Ausarbeitung des „Programme commun" mehr als fünf Jahre vergangen sind, wurde eine globale Neuverhandlung seines Inhaltes von allen Beteiligten von vornherein ausgeschlossen. Die internationale Dauerkrise des Kapitalismus, die das soziale, ökonomische und politische Gesicht Frankreichs seit 1972 merklich verändert hat, kündigte sich bei der Ausarbeitung des Programms 1972 bereits deutlich an, so daß das Programm für alle durch die Krise aufgeworfenen Probleme bereits grundsätzliche Lösungsvorschläge enthält. So waren 1972 gegenüber dem Ende der 60er Jahre bereits eine wesentliche Verlangsamung der Expansion, eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahl von 320 000 auf 640 000 und eine Verdreifachung der Inflationsrate auf etwa 10% zu verzeichnen. Seitdem hat sich die Arbeitslosenzahl allerdings noch einmal mehr als verdoppelt, die Inflation hat sich mit zweistelligen Zuwachsraten fortgesetzt, die Produktion hat noch nicht wieder das Niveau vom Juni 1974 erreicht. Die Verschuldung Frankreichs erreichte Ende 1976 ungefähr 120 Mrd. französische Francs (FF), das Zahlungsbilanzdefizit erreichte etwa 20 Mrd. FF. Trotzdem ist es falsch zu sagen, Frankreich sei infolge der Krise seit 1972 generell verarmt. Im Gegenteil: Der gesellschaftliche Reichtum ist trotz Krise heute größer als 1972. Wenn sich die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit, insbesondere der Arbeiterklasse, trotzdem spürbar verschlechtert haben, dann liegt das an der seither infolge staatlicher und privatkapitalistischer Maßnahmen zur Krisensteuerung gewaltig angewachsenen Vergeudung menschlicher und natürlicher Produktivkräfte und der Zunahme parasitärer Formen der Kapitalverwertung. So ist die französische Industrie gegenwärtig durchschnittlich nur zu 80% ausgelastet, in der Stahlindustrie beträgt die Auslastung gar nur 60% und in der Glasindustrie 70%. Durch die Stillegung modernster Produktionsanlagen, durch Kapitalexport in Niedriglohnländer und überflüssige Warenimporte wurden Milliardenbeträge vergeudet. Während die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten spürbar zurückging, sind die Profite der großen Konzerne sprunghaft gestiegen. Die sozialen Ungleichheiten haben sich folglich verschärft. Nach einer Studie des CERC (Centre d'études des revenus et des coûts) sind die Einkommensunterschiede in Frankreich erheblich größer als in der BRD und in England. Nach der neuesten Statistik des statistischen Amtes INSEE verdienten Anfang 1977 ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten weniger als 2000 FF, d. h. weniger als 1000 DM, im Monat. Bei Einbeziehung der Ar-

beitslosen und Teilzeitbeschäftigten ergäbe sich ein noch weit ungünstigeres Bild. 50,6% der Männer und 77,9% der Frauen verdienten weniger als 2680 FF, d. h. weniger als 1300 DM im Monat. Hingegen verdienten 1,5% der aktiven Bevölkerung mehr als 11 000 FF und eine dünne Schicht von 26 000 Personen verdiente mehr als 20 000 FF im Monat. Das Verhältnis zwischen den mittleren und den höchsten Einkommen beträgt 1:15. Das Verhältnis zwischen den 10% am unteren Ende der Einkommensskala und den 0,1% am oberen Ende beträgt gar 1:400, wobei jeweils die den oberen Einkommensgruppen zugänglichen Vergünstigungen nicht berücksichtigt sind.

Noch gravierender sind die Unterschiede bei den Vermögen. Nach einer Studie der SEDES (Société d'études de la Caisse des Dépôts) besitzen 9% der französischen Haushalte ungefähr die Hälfte des privaten Vermögens. Ein Drittel der Haushalte hingegen besitzt nur 0,5% des Gesamtvermögens. In dieser Gruppe findet sich der größte Teil der Arbeiterklasse. Rechnet man zu den Arbeitern und Angestellten, die weniger als 2000 Francs im Monat verdienen, die Landarbeiter und Hausangestellten, die in der offiziellen Statistik nicht berücksichtigt werden, und die etwa 1,5 Mio. Arbeitslosen, so gelangt man (unter Berücksichtigung der zu ernährenden Familienangehörigen) zu mehr als 16 Mio. Franzosen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Allein 1975 wurde 500 000 Haushalten wegen unbezahlter Rechnungen Gas und Elektrizität gesperrt. Hunderttausende Familien wurden in den letzten Jahren wegen nichtbezahlter Mieten aus ihren Wohnungen vertrieben. Nach der neuesten statistischen Erhebung über die Lebensbedingungen der Franzosen, die von der Regierung aus naheliegenden Gründen noch immer weitgehend geheimgehalten werden, waren 1975 in Frankreich 22,7% der Wohnungen überfüllt. Nur 30,5% der Wohnungen waren normal belegt. 6 679 575 Wohnungen waren ohne Bad und Dusche, 5 282 500 Wohnungen ohne WC, 1 753 790 gar ohne fließendes Wasser. Zählt man die Bewohner dieser Wohnungen zusammen, so gelangt man wieder zu den genannten 16 Mio. Franzosen, die in bitterer Armut leben. Bemerkenswert ist, daß sich die Wohnbedingungen gegenüber 1973 erheblich verschlechtert haben. Hinzu kommt die Verschlechterung der Umwelt- und Verkehrsbedingungen, vor allem für die ärmeren Schichten.

In dieser Situation muß ein linkes Regierungsprogramm Maßnahmen zur schnellen Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Verminderung der sozialen Ungleichheit durch eine spürbare Stärkung der Kaufkraft der unteren Schichten höchste Priorität einräumen. Die im sozialpolitischen Teil des Gemeinsamen Programms von 1972 vorgesehenen Maßnahmen sind dafür nicht mehr ausreichend. Es genügt, sich daran zu erinnern, daß 1972 beispielsweise die Anhebung des garantierten Mindesteinkommens (SMIC) auf 1000 FF im Monat gefordert wurde, was heute angesichts der inzwischen erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten schon lächerlich wäre.

Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die Inflation einzudämmen, die soziale Ungleichheit zu vermindern und die Vergeudung von Ressourcen zu stoppen, muß eine neue Logik der wirtschaftlichen Entwicklung in Kraft treten. Durch

eine demokratische Lenkung der Investitionen in den Schlüsselsektoren der Wirtschaft muß eine Umorientierung des Wirtschaftswachstums gemäß den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit eingeleitet werden. In Anbetracht der Tiefe der strukturellen Krise erhebt sich dabei die Frage, ob die im Programm von 1972 vorgesehene Nationalisierung der restlichen Privatbanken und Versicherungen und von neun großen Industriegruppen (Marcel Dassault-Breguet-Aviation, Roussel-Uclaf, Rhône-Poulenc, ITT-France, Thomson-Brandt, CII-Honeywell-Bull, Péchiney-Ugine-Kuhlmann, Saint-Gobain-Pont-à-Mouson, Compagnie Générale d'Electricité) und die staatliche Mehrheitsbeteiligung an den Stahlkonzernen Usinor-Vallourec, Wendel-Sidélor und Schneider sowie dem Mineralölkonzern Compagnie Française des Pétroles noch ausreichende Hebel zur Durchführung einer neuen Struktur- und Technologiepolitik darstellen.

Zu berücksichtigen sind auch die seit 1972 eingetretenen Veränderungen im internationalen Rahmen wie z. B.

die Preisrevolution der Rohstoffe zugunsten der Exporteure, die Siege der Befreiungsbewegungen in Vietnam, Laos, Kambodscha, Angola, Mozambique u. a., die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ihre Schlußakte,

die Anpassungsstrategien der führenden kapitalistischen Staaten und der transnationalen Konzerne an die veränderten Existenzbedingungen des Kapitalismus (Umleitung der Kapitalströme auf die profitversprechendsten Sektoren, Kapitalexport in Niedriglohnländer, Ausbau bestimmter diktatorisch regierter Entwicklungsländer zu Hilfspolizisten des internationalen Kapitals, neue Formen der Ausbeutung der ehemaligen Kolonien, usw.),

die Versuche zur Wiedererweckung des Kalten Krieges und die verstärkte Hochrüstung der USA, der Bundesrepublik u. a.

2. *Die Aktualisierungsvorschläge der einzelnen Linksparteien*

Im folgenden ist es nicht möglich, die Vorschläge der drei Unterzeichner des „Programme commun" von 1972 in allen Einzelheiten samt ihren Begründungen darzustellen. Im Vordergrund steht vielmehr die Frage, wieweit die einzelnen Vorschläge den oben skizzierten ökonomischen und politischen Veränderungen im nationalen und internationalen Rahmen gerecht werden.

a) Zu den Vorschlägen der Sozialisten

Im bereits erwähnten Antwortbrief Mitterrands an Marchais ist die Tendenz spürbar, die Aktualisierung des Gemeinsamen Programms auf einen sehr engen Rahmen zu begrenzen. Für den *sozialpolitischen Teil* des Programms finden sich nur sehr allgemein gehaltene Vorschläge ohne konkrete Zahlenangaben.

Für den *wirtschaftspolitischen Teil* fordert Mitterand u. a. die Schaffung von 150 000 öffentlichen Arbeitsplätzen (Sozialarbeit, Kultur, Erziehung) und von

60 000 Arbeitsplätzen in den kommunalen Einrichtungen (auffallend ist, daß konkrete Vorschläge zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie fehlen); die sukzessive Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden; die Zeichnung einer großen öffentlichen Anleihe von 20 Mrd. FF zur Finanzierung der Investitionen zur Restrukturierung der Industrie; die Besteuerung der Vermögen über 2 Mio. FF zwischen 0,5 und 2%; einen Plan zur Rettung der Universitäten; die Definition einer ökologischen Politik; die Erschließung neuer Energiequellen und ein Energiesparprogramm.

Abgesehen von der Renationalisierung der von den Regierungen unter Giscard d'Estaing reprivatisierten Mineralölgesellschaft Elf-Erap und der Rekonstruktion des 1975 weitgehend demontierten Kommissariats für Atomenergie (CEA) halten die Sozialisten die 1972 beschlossenen Nationalisierungen und staatlichen Mehrheitsbeteiligungen für ausreichend.

Für die *dritte Partie* des Programms (*Demokratisierung* der Institutionen, Entwicklung der Freiheiten) schlagen die Sozialisten eine Charta der Freiheiten als Präambel für die Konstitution vor, die u. a. enthalten soll: die Beendigung jeglicher Diskriminierung, insbesondere der Frauen; die Garantie eines Rechtes auf kulturelle Unterschiede für die Immigranten und die kulturellen Minoritäten; die Anwendung der Beschlüsse von Helsinki, was den freien Verkehr der Menschen und der Ideen betrifft; die Dezentralisierung der Verwaltung; Unternehmensfreiheit, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen.

Für den *außenpolitischen Teil* des Programms schlagen die Sozialisten die Direktwahl des Europaparlaments, die Aufnahme Portugals in die EG, die volle Realisierung des Freundschaftsvertrages zwischen Frankreich und der UdSSR und die konstruktive Teilnahme Frankreichs am „Nord-Süd-Dialog" vor.

b) Zu den Vorschlägen der „Linken Radikalen" (MRG)

Die linken Radikalsozialisten haben zu praktisch allen Punkten des Programms von 1972 relativ umfangreiche Vorschläge unterbreitet, die allerdings nur zum Teil kontrovers sind. Die MRG war 1972 nicht an der Ausarbeitung des Programms beteiligt, sondern hatte etwas später als PS und PC das fertige Programm unterschrieben. Sozialisten und Kommunisten haben sich dafür ausgesprochen, den damals angefertigten Anhang in das aktualisierte Programm einzuarbeiten. Die MRG nahm die Diskussion um die Aktualisierung nun zum Anlaß, an ihre eigene Parteilinie zu erinnern. Die Linksliberalen möchten nicht einfach Wasserträger für die Sozialisten spielen.

Für den *sozialpolitischen Teil* des Programms schlagen sie die Anpassung der dort geforderten Verpflichtung der Unternehmen, jedem entlassenen Beschäftigten zu einem gleichwertigen Arbeitsplatz zu verhelfen, an die besonderen Verhältnisse der kleinen und mittleren Unternehmen vor. Die MRG macht keine Vorschläge zur Reduktion der Arbeitslosigkeit und zur Reduktion der sozialen Ungleichheiten, dafür veröffentlichte sie einen umfangreichen Katalog zur Umweltpolitik. In ihren *wirtschaftspolitischen Vorschlägen*

erinnert die MRG an ihre liberalen Vorstellungen und fordert die Hervorhebung der Bedeutung des Marktes. Wie die Sozialisten beharren die „Radikalen" auf der 1972 ausgearbeiteten Liste der zu nationalisierenden Unternehmen. Außerdem fordern sie die Streichung des Satzes, nach dem die Beschäftigten eines Unternehmens dem Parlament dessen Nationalisierung vorschlagen können (was allerdings nichts daran ändern würde, daß bereits heute jedermann das Recht hat, dem Parlament Nationalisierungen vorzuschlagen, wenn auch ohne Chance, seinen Wunsch realisiert zu sehen). Weiterhin fordern die linken Radikalsozialisten Pluralismus und Konkurrenz im Kreditwesen und die Begünstigung der Tätigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen und der freien Berufe, die die Wählerbasis der MRG darstellen. Die MRG kritisiert die undemokratisch getroffene Entscheidung für die Kernenergie und fordert die Eröffnung einer breiten Debatte über eine neue Energiepolitik, welche den Einsatz „sanfter" Energiequellen begünstigt. Schließlich fordern die „linken Radikalen" besondere Hilfen für die Landwirtschaft. Für die *dritte Partie (Demokratisierung)* des Programms fordert die MRG u. a. besondere Garantien für das Recht auf Opposition; Respektierung der linguistischen, ethnischen und kulturellen Verschiedenheiten; staatliche Finanzierung des Wahlkampfes der Parteien und staatliche Kontrolle der Parteifinanzen, um die Benachteiligung der Oppositionsparteien aufzuheben; die Demokratisierung der Verwaltung. Als einzige der drei Linksparteien fordert die MRG die Aufhebung des staatlichen Rundfunk-Monopols zugunsten der Einrichtung regionaler Radio- und Fernsehstationen.

Für den *außenpolitischen Teil* des Programms fordern die linken Radikalen neben der Anwendung der Schlußakte der Konferenz von Helsinki eine Beteiligung Frankreichs an allen Abrüstungsverhandlungen. Sie begrüßen die Direktwahl des Europaparlaments als bedeutenden Schritt zur Demokratisierung der westeuropäischen Institutionen, sprechen sich aber gegen eine Ausweitung ihrer Kompetenzen gegenüber den nationalen Parlamenten aus.

c) Zu den Vorschlägen der Kommunisten

Im *sozialpolitischen Teil* ihrer Vorschläge fordert die PCF die Anhebung des Mindesteinkommens (SMIC) auf 2200 FF im Monat; eine spürbare Stärkung der Kaufkraft der unteren Einkommensschichten, abnehmende Steigerungsraten bis zum Vierfachen des SMIC (im Durchschnitt 10% Steigerung bis 1980), für die darüber liegenden Einkommen nur Kaufkraftgarantie; die tendenzielle Verminderung der Einkommensunterschiede auf das Verhältnis 1:5; eine 50prozentige Anhebung der staatlichen Familienhilfen; die Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen; Festsetzung der Mindestrente auf 1200 FF; sukzessive Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden, sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche; fünf Wochen Mindesturlaub; Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben, insbesondere für die angelernten Arbeiter (Einsetzung einer fünften Schicht in den Branchen, die mit vier Schichten rund um die Uhr arbeiten); Reform der Krankenversicherung; 18 Wochen Mutterschaftsurlaub.

Angesichts des Ernstes der Arbeitslosigkeit fordern die Kommunisten die Ausarbeitung eines speziellen Kapitels, das die Priorität dieses Problems hervorhebt. Sie fordern die Schaffung von 500 000 Arbeitsplätzen jährlich, und zwar nicht nur bei den öffentlichen Dienstleistungen, sondern vor allem in der Industrie. Für die besonderen Beschäftigungsprobleme der Jugendlichen und der Frauen sollen besondere Maßnahmen, z. B. Förderung der Berufsausbildung für Frauen, getroffen werden. Das Arbeitslosengeld soll für die Arbeitslosen, die damit die ganze Familie ernähren müssen, auf zwei Drittel des SMIC angehoben werden.

Die Vorschläge der PCF beinhalten außerdem den am weitesten gehenden Katalog umweltpolitischer Maßnahmen.

Für die *Wirtschaftspolitik* schlagen die Kommunisten u. a. eine Dezentralisierung der Planung vor, sowie die Ausarbeitung eines Industrieprogrammes, das die gegenwärtige Verschwendung von Investitionen und Ressourcen beendet; die Neubelebung der Forschung und der Ausbildung, Renationalisierung des Forschungspotentials (z. B. CEA); die Anwendung eines Plans zur Erschließung aller einheimischen Energiequellen, insbesondere der Kohle; eine Reduktion der Abhängigkeit Frankreichs von den USA und der BRD auf dem Gebiete der Industrieausrüstung durch die Förderung einer französischen Werkzeugmaschinenindustrie, Verminderung der Ölabhängigkeit von Saudi-Arabien zugunsten einer engeren Kooperation mit Algerien; Einsparung von Importen durch die Entwicklung entsprechender eigener Industrien; Entwicklung des Außenhandels und der internationalen Kooperation durch zwischenstaatliche Verträge bei Ausschaltung der multinationalen Konzerne; Reduktion des Kapitalexports, Kontrolle der Kapitalbewegungen; Entwicklung der Kooperation mit der Dritten Welt im Sinne der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Umstritten sind die Vorschläge der Kommunisten zur Ausweitung des *öffentlichen Sektors.* Die großen Stahlkonzerne, die insgesamt 13 Mrd. FF staatliche Subventionen schluckten und trotzdem Zigtausende von Arbeitern auf die Straße warfen, sollen verstaatlicht werden. Das sind nach den inzwischen eingetretenen Umstrukturierungen der französischen Stahlindustrie die Konzerngruppen Denain-Nord-Est-Longwy, Marine-Wendel, Empain-Schneider und Chiers-Châtillon. Hinzu kommt der Ölkonzern CFP-Total und der Automobilkonzern Peugeot-Citroen. Peugeot-Citroen ist der einzige Konzern, für den im „Programme commun" von 1972 weder die Nationalisierung noch eine staatliche Mehrheitsbeteiligung vorgesehen war. Allerdings hatten der Sozialistenchef Mitterand und andere schon 1975 seine Verstaatlichung gefordert, als der Konzern mit Hilfe staatlicher Milliardensubventionen aus den beiden vorher selbständigen Firmen gebildet wurde.

Die Ausweitung des öffentlichen Sektors soll nach Meinung der Kommunisten von einem Pluralismus der verstaatlichten Banken und der freien Wahl der Kreditinstitute durch die Unternehmen begleitet sein. Weiterhin fordert die PCF die Ausarbeitung eines modernen Systems der Besteuerung des Gesellschaftskapitals und der großen Vermögen, eine Sondersteuer für Extrapro-

fite aus Preissteigerungen und einen harten Kampf gegen Betrug und Spekulation.

Für die *dritte Partie (Demokratisierung)* des Programms verlangen die Kommunisten die Berücksichtigung der von ihnen 1975 veröffentlichten „Déclaration des Libertés", z. B. die Einführung des Verhältniswahlrechts bei allen Wahlen (das Programm von 1972 sieht die Verhältniswahl nur für die Wahl der Legislativen vor); eine Präzisierung der Freiheit der Meinung, des Ausdrucks und der gewerkschaftlichen und politischen Organisation in den Betrieben; ein Verbot privater Milizen und Informationsdienste; Information und Anhörung der Beschäftigten über ihre Arbeitsbedingungen; die Informierung der Vertreter der Beschäftigten über die Pläne des Unternehmens; die Komitees für Hygiene und Sicherheit sollen das Recht erhalten, jede für die Arbeiter gefährliche Anlage unverzüglich anzuhalten; besondere Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten und der Kunden der nationalisierten Unternehmen (darunter z. B. institutionalisiertes Mitspracherecht der Umweltinitiativen).

Für den *außenpolitischen Teil* des Programmes fordern die Kommunisten einen Beitrag Frankreichs zur Anwendung der Schlußakte von Helsinki; die Beteiligung Frankreichs an den M(BFR-Verhandlungen in Wien; den sofortigen Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages mit der UdSSR und anderen Ländern und, was umstritten ist, die Beibehaltung der französischen Atomstreitmacht.

Für die Europäische Gemeinschaft fordern sie eine Harmonisierung der Szialgesetzgebung und die strikte Begrenzung der Kompetenzen der Brüsseler Kommission auf den im Vertrag von Rom festgelegten Rahmen.

Nachdem der Verantwortliche für die Sektion Ökonomie des Zentralkomitees der PCF, das Sekretariatsmitglied Charles Fiterman, am 20. April die Vorschläge der Kommunisten der Presse vorgelegt hatte, veröffentlichte die Mai-Nummer der kommunistischen Zeitschrift „Economie et politique" einen *Kalender der Anwendung des „Programme commun"*, der u. a. für die ersten sechs Monate der Amtsperiode einer Linkgsregierung den Stopp der Industriepreise und der Preise für Produkte des Massenkonsums vorsieht. Nach der Durchführung der strukturellen Reformen in den ersten sechs Monaten sollen die verschiedenen zunächst eingeführten administrativen Kontrollen durch dezentrale demokratische Kontrollen ersetzt und ein neuer Wirtschaftsplan ausgearbeitet werden. Bis 1980 sollen das Zahlungsbilanzdefizit und der größte Teil der Arbeitslosigkeit beseitigt sein.

Im Unterschied zu den Sozialisten und den linken Radikalsozialisten erklärten sich die Kommunisten auch bereit, die linkssozialistische PSU und die oppositionellen Gaullisten an den Diskussionen zur Aktualisierung des „Programme commun" zu beteiligen. Beide Formationen hatten eine solche Beteiligung gewünscht.

3. *Differenzen zwischen Sozialisten und Kommunisten*

Im Hinblick auf die eingangs dargelegten Veränderungen, denen ein aktualisiertes linkes Regierungsprogramm gerecht werden muß, fällt der Vergleich zugunsten der Vorschläge der Kommunisten aus, obwohl die Vorschläge der PS und der MRG im einzelnen durchaus diskutabel sind und sich oft mit denen der Kommunisten decken. Die kommunistischen Vorschläge zeichnen sich jedoch durch das ihnen zugrundeliegende geschlossene wirtschafts- und sozialpolitische Konzept aus. Diese Kohärenz wurde noch betont, als das Zentralorgan der PCF, „L'Humanité", am 10. Mai eine *Quantifizierung der kommunistischen Vorschläge* in Form einer Bilanz für das Jahr 1980, also die Mitte der Legislaturperiode, in der die Linke möglicherweise regieren wird, veröffentlichte. Viele Journalisten und rechte Politiker versäumten die Gelegenheit nicht, sich bei der Kritik der Rechnung der Kommunisten zu disqualifizieren. Auch die Sozialisten und die linken Radikalen beeilten sich darauf hinzuweisen, daß die in „L'Humanité" veröffentlichten Zahlen ausschließlich den kommunistischen Vorschlägen entsprächen und im übrigen unrealistisch seien. In einer Fernsehdebatte mit Premierminister Barre am 12. Mai, die im übrigen viele Franzosen langweilte, weil die brennendsten Probleme des Landes ausgespart oder nur auf einem abstrakten Niveau behandelt wurden, sprach sich Mitterrand gegen jegliche Quantifizierung des linken Regierungsprogramms aus und pflichtete so im Grunde Barre bei, der die Logik der Rechnung der Kommunisten für den Beginn einer Volksdemokratie nach osteuropäischem Muster hält.

Die Realisierung der kommunistischen Vorschläge wäre in Wirklichkeit weit davon entfernt, zu einer neuen Gesellschaftsform überzuleiten. Ihre Berechnungen stützen sich auf die Zahlen des VII. Plans (1976–1980), der unter der Regierung Chirac ausgearbeitet wurde. Dieser Plan geht von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 5,7% aus – eine Wachstumsrate, die die französische Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Struktur nach Ansicht von Experten der OECD aber nicht erreichen kann. Immerhin zeigen die Zahlen des VII. Planes an, daß die Ressourcen für ein solches Wachstum vorhanden sind. Die Kommunisten rechnen mit einem Wachstum von 6%. Sie weisen in ihrer Bilanz darauf hin, daß allein durch die Anhebung der Auslastung der Produktionskapazitäten von derzeit durchschnittlich 80% auf 90% ein Gegenwert von 146 Mrd. FF zusätzlich produziert werden könnte. Insgesamt sollen durch den Stopp der materiellen Verschwendung 298 Mrd. und durch die Verminderung der finanziellen Verschwendung 40 Mrd. FF eingespart werden. Infolge dieser Einsparungen können sowohl die Löhne und Einkommen der Kleinunternehmer als auch die für die Umstrukturierung der Volkswirtschaft notwendigen Investitionen wachsen. Die vergrößerten Staatsausgaben für öffentliche Einrichtungen, Gehaltserhöhungen für den öffentlichen Dienst, soziale Sicherheit, staatliche Hilfe für technologische Innovationen usw. sollen durch die Besteuerung des Gesellschaftskapitals, durch infolge der Wiederankurbelung der Wirtschaft generell wachsende Steuereinnahmen, durch Unterbindung der Steuerhinterziehung, stärkere Besteuerung der großen Vermögen und der hohen Einkommen usw. gedeckt werden.

Die Kommunisten weisen darauf hin, daß ihre Forderungen bei Berücksichtigung des seit 1972 gewachsenen gesellschaftlichen Reichtums etwa die gleiche ökonomische Anstrengung erfordern wie die Erfüllung der 1972 beschlossenen Versprechen der Linksparteien.

Das *„Wachstum neuen Typs"*, mit dem die Kommunisten ihre Projektionen realisieren wollen, geht von vier Impulsen aus:

1) Einsparung von Investitionen durch bessere Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten und durch Vermeidung von Doppelarbeit,

2) Steigerung der Arbeitsproduktivität durch soziale Fortschritte (Hebung der Kaufkraft der unteren Einkommensschichten, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, dadurch Schaffung neuer Arbeitsplätze, Beschleunigung des technischen Fortschritts und Reduktion der Arbeitsausfälle durch Unfälle und Krankheit),

3) Internationale Kooperation auf der Basis des gegenseitigen Vorteils, Beschränkung der Macht der multinationalen Konzerne,

4) Hebung der persönlichen Initiative der Arbeiter und Angestellten durch Dezentralisierung der Macht und der Verantwortung.

Bedingung dieser neuen Wachstumsimpulse ist für die Kommunisten die Ausweitung des öffentlichen Sektors der Produktion. Ihre diesbezüglichen Vorschläge erscheinen bei näherer Untersuchung keineswegs überzogen: Samt den schon 1972 beschlossenen Nationalisierungen wären neben den Banken insgesamt 15 Industriegruppen mit 1450 Tochterunternehmen, d. h. weniger als 1% aller Unternehmen, etwa 15% der Beschäftigten und etwa 13 bis 15% des Sozialprodukts betroffen. Mit Sozialismus hätte diese Ausweitung des öffentlichen Sektors also noch wenig zu tun.

Während die linke Minderheitsfraktion der Sozialisten, die Gruppe CERES, mit den Nationalisierungsvorschlägen der Kommunisten übereinstimmt, haben Vertreter der Mehrheitsfraktion die Vorschläge der Kommunisten z. T. heftig angegriffen. Die ökonomischen Berater Mitterrands, Michel Rocard, Jacques Attali u. a. haben gar Modelle veröffentlicht, die den Inhalt der Nationalisierungen verwässern.

Mitterrand und seine Berater geben sich nun als Verteidiger des Gemeinsamen Programms von 1972 und bezichtigen die Kommunisten des Bruchs der getroffenen Vereinbarungen. Bevor an weitere Verstaatlichungen zu denken sei, sollten erst einmal die 1972 beschlossenen realisiert und Erfahrungen gesammelt werden. Überdies möchte die Mehrheitsfraktion der Sozialisten die Reichweite der Nationalisierungen auf die Holding-Gesellschaften und die hundertprozentigen Tochtergesellschaften der Konzerne beschränken, wobei nur etwa 400 Unternehmen betroffen wären. Die Kommunisten jedoch wollen alle Tochterunternehmen, die zu mehr als 50% zu den nationalisierten Konzernen gehören, in die Verstaatlichung miteinbeziehen. Die Sozialisten argumentieren, daß die Einbeziehung aller dieser Tochterunternehmen zu einem riesigen Verwaltungsaufwand führen müsse, der in den ersten sechs Mo-

naten der Amtsperiode einer Linksregierung nicht zu bewältigen sei. Dieses Argument ist auf den ersten Blick einleuchtend, da die Verflechtung des französischen Kapitals praktisch unübersehbar geworden ist. Ein Teil dieser komplizierten Verflechtungen geht aber gerade darauf zurück, daß die im Programm von 1972 für die Nationalisierung vorgesehenen Konzerne durch diverse Kapitalbeteiligungen an anderen Konzernen versucht haben, einen Teil ihres Kapitals vor der Enteignung zu retten. So hat z. B. die Compagnie Générale d'Electricité (CGE) ihre Aktivitäten u. a. auf ihre 30prozentige Tochter Alsthom-Atlantique verlagert, die nicht einmal von den Nationalisierungsvorschlägen der Kommunisten betroffen würde. Mit Recht hat deshalb der Führer der sozialistischen Minderheitsfraktion CERES, Jean-Pierre Chevènement, die Nationalisierung auch dieses Unternehmens verlangt. Die Vorschläge der Kommunisten erscheinen, so gesehen, eher als bescheiden.

Auf die von den Kommunisten und der linken Minderheit der Sozialisten für die Ausweitung des öffentlichen Sektors angeführten Gründe sind weder die Vertreter der sozialistischen Mehrheit noch die nichtkommunistische Presse ausreichend eingegangen. Es geht den Kommunisten eben nicht einfach um das Überschreiten einer „magischen Schwelle" des Umfangs der Nationalisierungen, wie „Le Monde" (29. 6. 1977) schreibt, sondern um die Realisierung der 1972 von den drei Linksparteien festgelegten wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele unter veränderten Umständen. So sind sich Kommunisten und Sozialisten z. B. einig über die Notwendigkeit der Erschließung der Kernenergie bei demokratischer Einflußnahme der Bevölkerung. Seit Beginn der 70er Jahre ist eine demokratische Einflußnahme auf die Entwicklung der Kernenergie infolge der von den Regierungen unter Pompidou und Giscard vorgenommenen weitgehenden Privatisierung der Nuklearindustrie aber wesentlich erschwert worden. Um den sich z. Z. bei der Realisierung des staatsmonopolistischen Nuklearprogramms vom März 1974 anbahnenden gefährlichen Entwicklungen vorzubeugen, müssen die in der Atomwirtschaft engagierten Großkonzerne verstaatlicht werden. Von den vier Konzernen, die sich hier gegenwärtig den Markt teilen, Pechiney-Ugine-Kuhlmann (PUK) und die Compagnie Française des Pétroles (CFP) für Kernbrennstoffe und Metallurgie, die Compagnie Générale d'Electricité (CGE) für Generatoren und Turbinen, Creusot-Loire für die Konstruktion der Reaktor-Druckgefäße, stehen aber nur zwei (PUK und CGE) auf der 1972 beschlossenen Liste der Nationalisierungen. Um die Kernenergie in den Griff zu bekommen, müssen logischerweise auch der französisch-belgische Stahlkonzern Empain-Schneider (Mutterkonzern von Creusot-Loire) und der Mineralölkonzern CFP verstaatlicht werden. Es ließen sich zahlreiche ähnliche Beispiele aufführen.

Auf heftigen Protest sind bei den Kommunisten und linken Sozialisten die Vorstellungen der ökonomischen Berater Mitterrands über die Art der *Entschädigung der Aktionäre* der nationalisierten Unternehmen gestoßen. Die Kommunisten, die MRG und die CERES-Gruppe halten an dem im Gemeinsamen Programm von 1972 festgelegten Enteignungs- und Entschädigungsmodus fest, der allerdings keine Einzelheiten festlegt.

Die Kommunisten interpretieren den knappen Text von 1972 folgendermaßen: Gemäß dem durchschnittlichen Börsenwert der Aktien in den letzten drei Jahren werden die Kleinaktionäre (46% der Aktionäre besitzen nur 4,4% der Aktien) durch Obligationen zu einem festen Zinssatz, die sich über 20 Jahre amortisieren, entschädigt, während die wenigen Großaktionäre einzeln behandelt werden. Die linken Radikalen scheinen mit dieser Formel einverstanden (vgl. „Le Monde" v. 6. 7. 1977), nicht jedoch die Vertreter der Mehrheit der PS. Sie halten eine Entschädigung nach dem Börsenwert der Aktien für ungerecht. Da andererseits eine Kalkulation des Aktienwertes nach den Aktiva der zu nationalisierenden Unternehmen praktisch unmöglich ist, wollen sie überhaupt auf eine Enteignung der Aktionäre verzichten. Neben verschiedenen anderen Modellen (Umwandlung der staatlichen Subventionen an verschuldete Unternehmen in staatliche Mehrheitsbeteiligungen usw.) schlagen sie die Umwandlung der Aktien in „Beteiligungsobligationen" vor, d. h. die Aktionäre verlören nur ihr Stimmrecht und blieben mit einem Recht auf einen festen Zinssatz und eine Gewinnbeteiligung Teilhaber der öffentlichen Unternehmen.

Die Sozialisten rechtfertigen diesen ihren Vorschlag im wesentlichen mit der dadurch möglichen Einsparung von Staatsausgaben. Während die Finanzfachleute der Kommunisten die jährliche Belastung des Staatshaushaltes durch die Entschädigungen auf nur 2,9 bis 3,4 Mrd. FF beziffern („Economie et Politique" Nr. 272, März 1977), rechnen die Ökonomen der Sozialisten mit mehr als 7 Mrd. FF.

Die „Beteiligungsobligationen" sollen wie die bereits existierenden Obligationen an der Börse gehandelt werden. Die ehemaligen Aktionäre sollen an Gewinnsteigerungen der öffentlichen Unternehmen interessiert werden. Einige ökonomische Berater Mitterands, die sich gegenseitig durch „marktwirtschaftliche" Modellspielereien übertreffen zu wollen scheinen, erwarten durch diesen Obligationenhandel sogar eine Belebung der derzeit lahmen Börse.

Zu Recht hat die Gruppe CERES gegen diese Vorschläge eingewandt, ihre Realisierung mache die Börse zum Schiedsrichter über die Politik einer Linksregierung. Auch die Kommunisten halten diese Modelle für „Schein-Nationalisierungen", die die ehemaligen Aktionäre in einer Position beließen, die sie zu Intrigen gegen die Linksregierung ausnutzen könnten, um alsbald ihre frühere Entscheidungsgewalt wiederzuerlangen. Außerdem unterwürfen diese Modelle die öffentlichen Unternehmen der Logik der Profitproduktion.

Mitterrand und seine Wirtschaftsberater werfen den Kommunisten vor, in ihrer Rechnung die Kosten der Nationalisierung nicht zu berücksichtigen, worauf die Kommunisten entgegnen, die Staatseinnahmen stiegen durch das über die nationalisierten Unternehmen angekurbelte Wirtschaftswachstum und den Stopp der bisherigen Verschwendung von Steuergeldern. Im übrigen beruhten die Defizite einer Reihe öffentlicher Unternehmen darauf, daß sie ihre Produkte und Dienstleistungen an die großen Konzerne unter dem Herstel-

lungspreis verkaufen. Das ist besonders deutlich bei der nationalen Elektrizitätsgesellschaft Electricité de France (EDF).

Die Sozialisten erwarten insgesamt weniger *Staatseinnahmen.* Beispielsweise beziffern sie die aus der Kapitalsteuer zu erwartenden Staatseinnahmen auf nur 5 bis 6 Mrd. FF, die zusätzlichen Einnahmen aus der Unterbindung von Steuerhinterziehung und Betrug auf etwa 10 Mrd. FF. Die Kommunisten rechnen bei beiden Einnahmeposten etwa mit dem dreifachen Betrag. Ihre Bilanz verdeutlicht, daß Laschheit in einem Punkt sofort die Realisierung der sozialpolitischen Ziele des „Programme commun" gefährden muß.

Die von den Kommunisten vorgelegten Zahlen haben nicht zuletzt die Funktion, die oft schwankenden Sozialisten auf eine entschieden antimonopolistische Politik festzulegen. Eine Linksregierung braucht angesichts der aktuellen Krise und der Globalstrategie der multinationalen Konzerne besonders klare Vorstellungen, sonst gleitet sie quasi automatisch in eine Politik der Sanierung des Kapitalismus ab. Mitterrands Sympathien für das „schwedische Modell" geben diesen Befürchtungen Nahrung. Er hält seit jeher viel von Improvisation. Für den Fall des Sieges der Linksparteien verspricht er im Grunde nicht mehr, als daß die Lage der Franzosen nicht schlechter wird. Statt die eigenen Vorstellungen zu quantifizieren, bilanziert er nur die Versprechungen der Rechtsparteien, um zu demonstrieren, daß eine Fortsetzung ihrer Politik das Land ins Chaos stürzen muß.

Diese Zurückhaltung rechtfertigen die Führer der Sozialisten mit ihrem Ziel der *Selbstverwaltung* (Autogestion). Die Vorschläge der Kommunisten beinhalten ihrer Meinung nach die Gefahr der Ausweitung des Etatismus und der Bürokratie. Untersucht man allerdings, was Mitterrands neoliberale Wirtschaftsberater unter „Autogestion" verstehen, so stößt man auf die ebenso verstaubte wie apologetische Konzeption der Konsumentensouveränität.

Im übrigen gab der letzte Parteitag der Sozialisten Anlaß zu Kommentaren, daß sie erst einmal die eigene Partei demokratisieren müßten, bevor sie anderen Linksparteien Bürokratismus vorwerfen.

4. Zum Parteikongreß der Sozialisten in Nantes

Angesichts der auf dem Parteikongreß der Sozialisten vom 17. bis 19. Juni 1977 sichtbar gewordenen Tendenzen weiten sich die Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheitsfraktion der Sozialisten und den Kommunisten zur offenen Polemik aus. Der Parteitag von Nantes war im Gegensatz zum vorhergehenden in Pau (1975) fast völlig von parteiinternen Auseinandersetzungen beherrscht. Hauptinhalt des Kongresses war der bis zur Demütigung gehende Versuch der Führer der durch etwa 75% der Delegierten repräsentierten Parteimehrheit, die mit 25% der Delegierten repräsentierte linke Minderheit CERES (Centre d'Etudes, de Recherches et d'Education Socialistes) zu disziplinieren. Die Presse notierte einhellig den Autoritarismus, den der Parteiführer Mitterrand dabei an den Tag legte.

Der Personenkult, der seit einiger Zeit um Mitterrand getrieben wird, sucht seinesgleichen. Schon im Kommunalwahlkampf im Februar/März 1977 erschien Mitterand in den französischen Städten plötzlich überlebensgroß mit Meereshintergrund auf einem Plakat, das findige Photographen einem entsprechenden Mao-Plakat nachgestaltet hatten. Für bestimmte Schichten, die seit Napoleon daran glauben, baut sich Mitterrand im bereits begonnenen Wahlkampf für die Legislative immer deutlicher als „Homme providentiel" (Mann der Vorsehung) auf, der in der Lage ist, mit seinem Charisma Frankreich auch ohne klares Programm aus der Krise herauszuführen.

In ultimativer Form drängte er auf dem Parteitag bei der Aktualisierung des „Programme commun" zur Eile. Er stemmte sich dagegen, die Aktualisierung über seine mageren Vorschläge hinauszutreiben. Gleichzeitig kündigte er an, die Sozialisten würden sich im Herbst stattdessen gründlicher mit der Aktualisierung ihres eigenen Programms beschäftigen. Das wurde von der in- und ausländischen Presse dahingehend interpretiert, Mitterrand wolle sich im Hinblick auf die ihm schon sicher erscheinende künftige Regierungsverantwortung die Hände nicht binden lassen.

Die heftige Reaktion der Kommunisten (Verschiebung einer Sitzung des Aktualisierungskomitees, um Beschlüsse des Zentralkomitees der PCF abzuwarten) mag angesichts des übrigen Inhalts der Parteitagsrede Mitterrands übertrieben erscheinen. Das bis zur Alarmstimmung gehende Mißtrauen der Kommunisten war jedoch schon vorher durch die Verabschiedung des Programms der Union der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft am 6. Juni 1977 in Luxemburg genährt worden. Präsident dieser Union ist der deutsche Sozialdemokrat Wilhelm Dröscher, Vizepräsident der französische Sozialist Robert Pontillon. An der Ausarbeitung des ersten Gemeinsamen Programms der westeuropäischen Sozialdemokraten haben neben Vertretern der SPD die französischen Sozialisten Rocard, Pontillon, Delos und Cot wesentlichen Anteil. Das Programm trägt die Handschrift der SPD und hat ganz den Charakter einer europäischen Charta der Klassenzusammenarbeit. Es fordert Vollbeschäftigung, Preisstabilität usw., ohne die dafür notwendigen wirtschaftsstrukturellen Veränderungen zu nennen. Alarmierend ist für die französischen Kommunisten die dort geforderte progressive Übertragung von Exekutivfunktionen auf die Brüsseler Kommission.

Den Kommunisten drängt sich der Eindruck eines geheimen Kalküls der sozialistischen Führer auf. Da die Wahlen zum Europaparlament kurz nach den Wahlen zur französischen Legislative stattfinden, könnte die westeuropäische Rechte bzw. die Sozialdemokratie, versuchen, von Brüssel aus eine französische Linksregierung zu paralysieren. Außerdem hat der französische Staatspräsident Giscard noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben, die Mehrheitsfraktion der Sozialisten aus der Linksunion zu lösen, um seiner Politik eine neue Mehrheit zu sichern, die von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten reicht. Giscard hält die Linksunion (nicht zuletzt angesichts der neoliberalen Positionen der Wirtschaftsberater Mitterrands) für eine „Union gegen die Natur". Er hält also an seinem Ziel fest, das er bereits vor seiner

Wahl 1974 formuliert hatte: die Stimmenzahl für die Kommunisten zugunsten der Sozialisten bis unter 15% zu reduzieren und die Sozialisten zu einer Koalition mit ihm zu bewegen. Während der Gaullisten-Führer Jacques Chirac diese Hoffnung bereits aufgegeben hat und gegenüber allen Linksparteien auf einen harten Konfrontationskurs gegangen ist, schonen die Anhänger Giscards die sozialistische Mehrheit nach wie vor bei ihren Angriffen gegen die Linke. In einem Interview mit dem Wochenmagazin „L'Express" (v. 9. 5. 1977) erklärte Giscard, warum er trotz des eindeutigen Wählerverhaltens bei den Kommunalwahlen im März an seinem Ziel festhält: Wenn es der augenblicklichen Parlamentsmehrheit nicht gelingt, sich einen reformistischen Anstrich zu geben, werden mehr als 60% der Wähler für die Opposition stimmen, in umgekehrten Fall sieht er immer noch gute Chancen, die Wahlen zu gewinnen.

Die Sozialisten, die in ihrer auf dem Kongreß von Pau angenommenen Strategie die Rolle der Arbeiterklasse negieren und in deren leitenden Organen sich auch kaum Arbeiter finden, zeigten sich auch nach der Unterzeichnung des Gemeinsamen Programms mit den Kommunisten durch die sich in der Krise mehrenden Manöver der Bourgoisie beeinflußbar, zumal die Parteiführer ihre Argumente aus verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Theorien ableiten. So hatten sie nach der „Ölkrise" eine Zeit lang in den Chor derer eingestimmt, die von der Arbeiterklasse Opfer forderten.

Die rechten Tendenzen ihrer Vergangenheit (wie das Verhalten der Regierung Léon Blum vor dem Zweiten Weltkrieg, der Ausschluß der kommunistischen Minister durch den Sozialisten Ramadier aus der französischen Regierung 1947 auf Druck der Amerikaner, die Unterstützung des Indochina- und Algerienkrieges usw.) haben die Sozialisten nach der Ablösung der alten sozialistischen Partei SFIO durch einen Zusammenschluß verschiedener sozialistischer Gruppen, darunter der CERES, zur heutigen PS im Jahre 1971 niemals kritisch aufgearbeitet. Stattdessen werden sie nicht müde, den Kommunisten ihre stalinistische Vergangenheit vorzuhalten.

Die französischen Sozialisten stehen ständig unter dem Druck Helmut Schmidts und der SPD. (Mitterrand ist bekanntlich Vizepräsident der Sozialistischen Internationale.) Auf dem Parteitag von Nantes verteidigte der Vertreter der Mehrheitsfraktion Jean-Pierre Cot die Politik Helmut Schmidts gegenüber der Kritik des CERES. Die *Gruppe CERES* selbst steht bei allen Meinungsverschiedenheiten auf dem Boden des Programms der PS. Sie unterstützt Mitterrand. Nach der Konstituierung der jetzigen PS hatte sie die Aufgabe wahrgenommen, den Einfluß der Sozialisten in der Region Paris zu verstärken, wo die sozialistische Partei seit der Abspaltung der Kommunisten aus der alten SFIO auf dem Parteitag von Tours im Jahre 1920 gegenüber der PCF zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken war. Außerdem versuchte CERES, die Sozialisten als Gegengewicht zu den kommunistischen Betriebszellen in den Betrieben zu verankern. Die Sozialisten haben einen beträchtlichen Teil ihrer Stimmengewinne gegenüber den Kommunisten den Aktivitäten des

CERES zu verdanken. Wenn die Parteiführung der Sozialisten nun trotzdem gegen die linke Fraktion vorgeht, ist das alarmierend.

Der Führer des CERES, J.-P. Chevènement, schrieb nach dem Parteikongreß im Wochenmagazin „Nouvel Observateur" (v. 4. 7. 1977), in der Sozialistischen Partei gebe es eine „Linie Soares", die auf den Bruch der Linksunion hinarbeite. Deren Vertreter seien dabei, sich aus Furcht vor einer Ausweitung der Demokratie wieder den Rechten in die Arme zu werfen. So weit sind die Kommunisten in ihrer Kritik des sozialistischen Parteitags nicht gegangen. Sie versuchen vielmehr, durch die Mobilisierung der Arbeiter in den Betrieben, z. B. der Beschäftigten der Stahlkonzerne, deren Nationalisierung sie fordern, Druck auf die Führer der Sozialisten auszuüben. Dieser Druck scheint bereits in Ansätzen erfolgreich gewesen zu sein. In einer Pressekonferenz am 13. Juli 1977 fand Mitterrand bereits einen anderen Ton. Hier wurde auch offenbar, daß die Härte des von den Rechten bereits begonnenen Wahlkampfs, der das französische Fernsehen zu einer Maschine für Dauerpropaganda umfunktioniert hat, eine eigene Logik hervorbringt, die einen Frontenwechsel praktisch unmöglich macht. So deckte Mitterrand auf, daß der französische Unternehmerverband CNPF einen Wahlkampffonds von mindestens 1 Mrd. FF zur Unterstützung der Kandidaten der Rechtsparteien bereitgestellt hat.

5. Zur Entwicklung der Linksunion

Der sozialistische Parteikongreß von Nantes hat noch einmal bestätigt, daß sich die französische Sozialistische Partei nicht wesentlich von den anderen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas unterscheidet. Wesentlich verschieden sind hingegen die Bedingungen, unter denen sie operiert: eine starke und einflußreiche kommunistische Partei und eine infolge der Popularität des Gemeinsamen Regierungsprogramms der Linken sowie durch den Umfang und die Schärfe der sozialen Auseinandersetzungen der letzten Jahre in hohem Maße bewußt gewordene linke Wählerschaft, die nicht mehr bereit ist, irgendwelchen Parteien Blankoschecks auszustellen. So wählen die Wähler der Sozialistischen Partei in ihrer Mehrheit nicht sozialistisch, weil sie die kommunistische Partei schwächen, sondern wiel sie die im „Programme commun" vorgesehenen strukturellen Reformen realisiert sehen wollen. Der Manövrierspielraum der sozialistischen Führer ist deshalb von vornherein stark eingeengt. Sie können nicht riskieren, in der Öffentlichkeit als Saboteure des Gemeinsamen Programms zu erscheinen (und begründen deshalb ihre vagen Aktualisierungsvorstellungen mit der Verteidigung des 1972 beschlossenen Programms). Mitterrand, der nach seiner Kandidatur gegen Giscard d'Estaing bei den Präsidentschaftswahlen von 1974 gerne die Rolle des Sprechers der ganzen Linksunion spielte, weiß genau, wie selbstmörderisch für ihn und seine Partei eine Provokation des Bruchs der Linksunion wäre.

Das Linksbündnis wird von allen daran Beteiligten nicht als Vertrag verstanden, der, einmal unterzeichnet, die weitere Entwicklung festlegt, sondern als ständiger Kampf nicht nur zur Durchsetzung der gemeinsamen Ziele, sondern auch der besonderen, sich oft widersprechenden Ziele jeder einzelnen Kom-

ponente der Linksunion. Harte gegenseitige Kritik der Linksparteien und mögliche Verschiebungen ihres Gewichts innerhalb des Bündnisses sind von vornherein einkalkuliert. Das gegenwärtige französische Mehrheitswahlsystem, das ansonsten die Linke generell und infolge des Zuschnitts der Wahlkreise insbesondere die Kommunisten benachteiligt, begünstigt diese Art von Parteibündnissen: Im ersten Wahlgang können die Linksparteien getrennt auftreten und ihre Kräfte messen und im zweiten Wahlgang ihre Anstrengungen auf die im ersten Wahlgang als stärkste hervorgegangenen Kandidaten konzentrieren.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Linksparteien können allerdings, wie in vielen sozialistisch regierten Städten, die Form eines ständigen Kleinkrieges annehmen. Die PS hält hier ihr aus den Zeiten ihrer Zusammenarbeit mit den Rechtsparteien stammendes feudales System der Vergabe von Ämtern und Posten aufrecht. In Marseille z. B. kann bis heute niemand Müllfahrer werden, ohne vorher der rechten Gewerkschaft „Force ouvrière" (FO) beizutreten. Die mögliche Gefährdung dieser Filzokratie (nicht der Antikommunismus) war ausschlaggebend für die Weigerung des sozialistischen Bürgermeisters Gaston Defferre, eines der einflußreichsten Führer der Mehrheit der PS, bei den letzten Kommunalwahlen dem nationalen Übereinkommen gemäß mit den Kommunisten zusammenzugehen.

Die Führung der Kommunisten hatte schon bei der Unterzeichnung des „Programme commun" damit gerechnet, die Linksunion könne zunächst bei den Wählern Illusionen über den Charakter der Sozialistischen Partei erzeugen und diese in den Wahlen zum Schaden der Kommunisten begünstigen. Tatsächlich hat die Linksunion den Sozialisten zu den größten Stimmengewinnen ihrer Geschichte verholfen. Zum ersten Mal konnten sie die Stimmenzahl der Kommunisten erheblich übertreffen. Mitterrand stellte auf dem Parteikongreß von Nantes mit Genugtuung fest, daß die Sozialistische Partei zur stärksten Partei Frankreichs geworden ist. Das trifft allerdings nicht für die Mitgliederstärke zu, die in Nantes mit 160 000 angegeben wurde. Die Kommunisten hingegen sind sicher, am Ende dieses Jahres mehr als 600 000 Mitglieder zu zählen. Auf dem Hintergrund der traditionellen Abneigung der Franzosen, sich in politischen Parteien zu organisieren (die bürgerlichen Parteien Frankreichs sind, mit Ausnahme der Gaullisten, im Vergleich zu den westdeutschen Parteien kleine Clubs), sind beide Zahlen beachtlich.

Im Unterschied zu der Kommunistischen Partei ist die Sozialistische Partei aber noch nicht zu einer echten Massenpartei geworden. Besonders nach dem XXII. Parteitag der PCF im Februar 1976, wo ein „Sozialismus in den Farben Frankreichs" verkündet wurde, ist der Einfluß der Kommunisten in den Massenkämpfen beträchtlich angewachsen. Die von den Kommunisten geforderte Ausweitung des öffentlichen Sektors ist bei großen Teilen der Bevölkerung außerordentlich populär. Gestützt auf die Aktivität ihrer Mitglieder konnten die Kommunisten bei den Kommunalwahlen im März 1977 den einseitigen Trend zu den Sozialisten stoppen. (Inzwischen haben allerdings einige

Nachwahlen stattgefunden, in denen die Sozialisten im zweiten Wahlgang nicht die kommunistischen Kandidaten unterstützten.)

Die Zusammenarbeit mit der MRG stellt sich demgegenüber vergleichsweise unproblematisch dar. Die „Radikalen" stehen zu ihrer linksbürgerlichen Tradition, lassen die Öffentlichkeit über ihre Differenzen zu den Kommunisten nicht um Unklaren und arbeiten im übrigen im Rahmen ihrer begrenzten Mittel loyal an der Entwicklung der Linksunion mit,

Das Linksbündnis erhält mehr und mehr Impulse aus der Vereinheitlichung der Massenkämpfe. So brachte der 24stündige Generalstreik gegen die Austeritätspolitik der Regierung Barre, an dem neben den linken Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN erstmals auch die rechten Gewerkschaften FO, CGC und CFTC teilnahmen, mehr Leute auf die Straße als der Mai 1968. Der Sieg der Linksparteien und der Erfolg einer Linksregierung hängen jetzt ab von einer guten Aktualisierung des „Programme commun". Nach Beendigung der Ausarbeitung dieses Artikels (Stand 21. Juli 1977) war die Arbeit der Aktualisierungskommission bereits sehr weit fortgeschritten, so daß sich ein baldiger Abschluß dieser Arbeit abzeichnet. Wesentliche Punkte, wie die Ausweitung des öffentlichen Sektors, die Reduktion der sozialen Ungleichheiten usw. waren jedoch noch ausgespart geblieben.

Humanisierte Arbeit? (II)*)

Kritik sozialpsychologischer Strategien zur Humanisierung der Arbeitswelt

Von Holm Gottschalch

V

Unter *Job Rotation* versteht man den „planmäßigen Wechsel von Arbeitsplätzen und Arbeitsaufgaben, um einseitige Belastung und Monotonie zu verringern und um für einen Arbeitsplatz mehrere geübte Arbeitspersonen zur Verfügung zu haben"[49]). Der Wechsel der Arbeitstätigkeiten erlaubt dem Arbei-

*) Vgl. Heft 7/1977, S. 841ff.

49) REFA, Methodenlehre des Arbeitsstudiums, Teil 3, Kostenrechnung, Arbeitsgestaltung, München 1972, S. 137.

ter, verschiedene Muskelgruppen zu beanspruchen, verschiedene Bewegungen zu machen und verschiedene Entscheidungen zu treffen. Seit Jahrzehnten schon ist diese Organisationsmethode bewährt, um Monotonie und Ermüdungserscheinungen zu beseitigen, die aufgrund von beständiger Wiederholung desselben Bewegungsmusters über viele Stunden eintreten. Durch den Wechsel der Tätigkeiten unter den Arbeitenden wird das Aufkommen von Monotoniebeschwerden, Ermüdungs-, Sättigungsgefühlen bei kurzzyklischen Teilarbeiten subjektiv umgangen. Der Arbeitsprozeß selbst bleibt unverändert. Die der ungehemmten Nutzung der Arbeitskraft entgegenstehenden subjektiven Schranken werden durch eine einfache organisatorische Umverteilung zu beseitigen versucht, indem diese Schranken erneut, aber weiteren Entwicklungsraum schaffend, gesetzt werden. Alle damit bewirkte Steigerung der Produktivität aufgrund der Verringerung von Ausschuß, Fehlzeiten, Fluktuation usw. geht zurück auf die geschicktere, subjektiv adäquatere, weil Monotonie umgehende Nutzung der Arbeitskraft. Diese insgesamt wird also intensiver genutzt, störungsfreier, dichter – wird optimaler verwertet. Für die Arbeitskraft ergibt sich eine Weiterqualifikation in horizontaler Richtung, das Können gewinnt an Umfang, insofern z. B. nicht einmalig, sondern rotierend mehrfach angelernt wird.

Job Rotation kann keine neue Qualität der Arbeitsorganisation schaffen, wie es in der Humanisierungsliteratur manchmal – allerdings selten – behauptet wird. Es ist eine *indirekte* Linderungstaktik. Die übergroße Monotonielast wird für den Einzelnen erst durch *Ausgleich* tragbar. Als streßmindernd und die Fähigkeiten verbreiternd sollte Job Rotation im Interesse der Arbeitenden gefördert werden. Letztlich ist die mit Job Rotation bezeichnete Organisationsform eine Anpassung des Menschen an die Maschinenarbeit, nicht, wie beansprucht, das Gegenteil: eine Humanisierung der Arbeit als Anpassung derselben an die Bedürfnisse des Menschen. Es wird eine Variabilität der Anpassungsformen, also der Arbeitstätigkeiten eröffnet. Häufig findet man diese Variabilität als „eine gewisse Freiheit"[50]) oder „Form der freien Beweglichkeit an mehreren Arbeitsplätzen"[51]) bezeichnet. Im Verhältnis zum Anspruch der Humanisierung ist Job Rotation eine Pseudolösung; das Problem wird verschoben, nicht gelöst. Es wird lediglich eine Summation von Teilarbeiten desselben monotonen Charakters zu einer subjektiv abwechslungsreicheren Reihe ermöglicht.

Bei *Job Enlargement* wird der Umfang der jeweiligen Arbeitstätigkeit durch horizontale Hinzufügung oder Reihung strukturell gleichartiger Tätigkeiten vergrößert. Auch bei dieser Technik bleibt die Tätigkeit selbst unverändert. Die Monotonie der einzelnen eng begrenzten Arbeit wird umgangen durch Agglomeration ebensolcher Teilarbeiten, die eine gewisse Reihung oder Verkettung ergeben und keine enge Gleichförmigkeit mehr an sich haben. Schleyer verdeutlicht den oberflächlichen Charakter dieser Veränderung: Die negativen Folgen einer monotonen Gleichförmigkeit in der Arbeit wür-

50) A. Mayer, Die Integration der industriellen Arbeit, in: Studium Generale 1961, 14, S. 324–333; zit. nach: Ulich u. a., Neue Formen der Arbeitsgestaltung, Frankfurt/M. 1973, S. 67.
51) Schleyer, a.a.O., S. 220.

den durch die arbeitsorganisatorischen Maßnahmen „wenigstens abgemildert"[52]). Die Zusammenstellung und Verbindung einzelner Arbeitsschritte zu einem „natürlichen, sinnvollen Aufgabenpaket"[53]), die Reihung von bis zu 40 Schrittchen zu einem kontinuierlichen Prozeß für einen Arbeiter, die Aufgabe, ein vollständiges Produkt oder Teilprodukt zu fertigen, statt nur immer einen Teil eines Produktes, wird abgeleitet aus dem Identifikationsbedürfnis des Arbeitenden mit seinem Produkt, seinem Bedürfnis, einen Sinn in seiner Tätigkeit zu erkennen[54]). Psychisch wirke es Monotonie und Routine einschränkend, wenn z. B. eine Arbeitskraft in einer Stunde ein vollständiges Produkt fertige, z. B. montiere, statt als einer von 30 Arbeitern in derselben Zeit für 30 Produkte nur eine Teilarbeit zu verrichten, wobei alle 30 zusammengenommen ebenfalls 30 Produkte fertigstellen. Mit Job Enlargement wird also versucht, das Überspezialisierungsniveau zu senken. Es geht um „Rückgängigmachen der Aufsplitterung der Arbeitsvorgänge; Zusammenbau einzelner Arbeitsschritte zu sinnvollen Aufgaben, die eine Identifikation mit dem Produkt oder – im Fall einer Dienstleistung – mit dem Empfänger ermöglichen"[55]). So wird die rückwärtsgewandt handwerkliche Vorstellung einer Arbeit als Ganzheit, als „vielfältiger und interessanter Tätigkeit"[56]) gegen die industriell geteilte Arbeit ausgespielt und auf die psychische Grundkonstitution, ein Sinnbedürfnis, einen Ganzheitssinn, einen Identifikationswunsch mit dem Kunden oder ähnliche psychische Kräfte und anthropologische Konstanten zurückgeführt[57]).

Dennoch: Produktivitätssteigerungen beweisen die Wirksamkeit und Brauchbarkeit dieser Organisationsform für das Kapital. Es wird lediglich die identifikatorische Einstellung zu der unverändert gebliebenen Arbeitstätigkeit erleichtert, aber es resultieren stark abnehmende Fluktuations- und Absentismusraten. Quelle der teilweise enormen Produktivitätssteigerungen ist ausschließlich das subjektive, psychische Verhältnis des Arbeitenden zu seiner Tätigkeit. Aus der betrieblichen Praxis wird ferner berichtet, daß mit Job Enlargement verbunden sei „eine deutliche Anhebung des Wertbewußtseins, des Statusdenkens und des Prestigebedürfnisses gegenüber den sonstigen Angelernten"[58]). Zwar kritisiert Herzberg, daß die Arbeitsorganisationstechnik der horizontalen Arbeitsbefrachtung lediglich die Bedeutungslosigkeit der Arbeit erweitere, insofern hierbei nullwertige Tätigkeiten summiert oder miteinander multipliziert würden, was eine immer gleiche Nullsumme

52) Ebd.
53) Lauterburg, Produktivität und Motivation, Teil 5: AT&T – ein schon fast historisches Beispiel, in: „Blick durch die Wirtschaft" v. 13. 11. 1973.
54) Ebd., Teil 4: Arbeit in Amerika – Arbeit in Europa, in: „Blick durch die Wirtschaft" v. 9. 10. 1973.
55) Ebd., vgl. Anm. 53.
56) O. Ladner, Job Enlargement im Bürobereich. Beispiel der Fachabteilung einer Versicherungsunternehmung, in: „Industrielle Organisation", 1/1974, S. 25ff.
57) Die Ganzheits- und Selbständigkeitsvorstellung spielt in der Arbeitswissenschaft eine zentrale Rolle. Das Handwerksideal, der Homo faber, wird gegen den zum Animal laborens erniedrigten Menschen, der vollständig determiniertes maschinenabhängiges Verhalten zu zeigen gezwungen ist, gekehrt. Die Idealisierung des kleinbürgerlich-handwerklichen Produktionsverhältnisses, in dem die Produzenten unmittelbar und konkret über alle Elemente der Arbeitssituation verfügen, drückt sich aus in der Vorstellung, von seiner psychischen Konstitution her wolle der Mensch in seiner Arbeit Vielfalt, Abwechslung, Selbständigkeit, enge Kooperation und quasi-künstlerische Identifikation mit dem Produkt realisieren. In Negation des Animal laborens wendet man sich wieder einer vergangenen Arbeitsweise zu: man entwickelt das Bild der Zukunft, indem man in die Vergangenheit blickt. Das Handwerksideal ist zentral für die Studie Work in America.
58) Ladner, a.a.O., S. 25ff.

ergäbe[59]), doch wäre es falsch, dieser Rechnung ihre Wirksamkeit völlig abzusprechen, zu viele praktische Beispiele sprächen dagegen. Das Monotonie und Routine vermeidende Job Enlargement versucht die Exzesse und Fehlentwicklungen der hochrationalisierten mechanisierten industriellen Arbeitssituation zu lindern. Den eingangs genannten psychischen Symptomen wird vorgebeugt, indem bei konstanter Produktivkräftsituation eine weniger parzellierende Verteilung der Tätigkeiten auf die Arbeiter vorgeschlagen wird. Die Einzelarbeit gewinnt an Umfang, doch der Gesamtprozeß bleibt unberührt und damit auch die technische Ursache der psychischen Symptome.

Fertigt eine Arbeitskraft bei wieder aufgelöster Fließfertigung ein – in einem bestimmten Sinne – ganzes Produkt statt bloß eines Bestandteils, so wird die Tätigkeit entspezialisiert, die Teilung der Arbeit wird horizontal rückgängig gemacht, was zwar eine veränderte subjektive Haltung zur Arbeit und ein verändertes Arbeitsverhalten zur Folge hat, nämlich qualitätsorientierter zu fertigen oder montieren, was aber auch einen Nachteil hat, der die Rückwärtsorientiertheit dieser Organisationsweise offenbart: „Viele Job Enlargement Veränderungen schaffen eine Situation, in der, aufgrund des Verlustes von Maschinenunterstützung und optimal bemessener menschlicher Bewegungen, die Menschen tatsächlich mehr Energie aufbringen müssen, um ebensoviel wie vor dem Job Enlargement herzustellen. So kann es sein, daß die Menschen faktisch härter arbeiten, aber weniger herstellen."[60])

Die horizontale Qualifizierung bei beiden Organisationsformen kann gekoppelt sein mit einem Lohnanreizsystem, das das Sammeln vielfältiger Verwendungsmöglichkeiten der Arbeitskraft zum Prinzip macht, also die Addition von Teilarbeitsfertigkeiten zu größerem Können und Fertigkeiten belohnt. Die mehrfache Verwendbarkeit einer Arbeitskraft fördert die *Flexibilität* des Gesamtprozesses, reduziert die Störanfälligkeit, insofern es die wechselseitige Ersetzbarkeit der Arbeitskräfte ermöglicht und damit die für die betriebliche Arbeitsorganisation lähmende Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt durch eine Fluktuation im Betrieb auffängt, also *externe durch interne Fluktuation zu ersetzen trachtet.* Ob nun Menschen auf Tätigkeiten (Job Rotation) oder Tätigkeiten auf Menschen (Job Enlargement) verteilt werden, in beiden Verteilungsmodi kann eine Arbeitsgruppe selbst entscheiden, *wie* dies geschehen soll.

VI

Ausgehend von der Erkenntnis, daß sich die Bedürfnisse in der Arbeit entsprechend ihrer Entwicklung zu komplizierterer Tätigkeit zunehmend auf deren Inhalt richten, daß die Motivierung also von diesem aus zu begründen ist und damit intrinsisch an der Arbeit selbst, ihrem beanspruchenden (challenging) Charakter, nicht aber deren Randbedingungen orientiert wird, versucht

59) F. Herberg, One More Time: How Do You Motivate Employees?, in: „Harvard Business Review", 46, 1968, S. 53–62; zit. nach: L. E. Davis/J. C. Taylor, Design of Jobs – Selected Readings, Harmondworth 1972, S. 118.
60) Lawler III, in: Vroom/Deci, a.a.O., S. 166.

man die Arbeit durch *Job Enrichment* zu „bereichern" mit Elementen der Inhaltlichkeit. Es werden strukturell verschiedene Arbeitsfunktionen zu einer umfassenderen Tätigkeit oder einem gegliederten Tätigkeitskomplex für eine Arbeitskraft zusammengefaßt. Es ist also „die Arbeitsaufgabe so zusammengestellt, daß der Arbeiter eine längere Folge oder eine größere Anzahl unterschiedlicher Arbeitsvorgänge ausführt und zum Beispiel für die Qualitätskontrolle seiner Arbeit, für die Einrichtung und Instandsetzung seiner Maschine und die Festlegung seiner Ausbringung selbst verantwortlich ist"[61]). Die Arbeit soll wieder zu einer einheitlichen Aufgabe reintegriert, soll von der repetitiven Teilarbeit wieder zur sinnvollen Arbeitsprozeßteileinheit werden. Dabei rekurriert man auf ein psychisches und produktorientiertes statt soziales Sinnkriterium der Arbeit; ein Komplex von Arbeitstätigkeiten soll im Hinblick auf das Produkt und im Bewußtsein des Arbeiters zu einer sinnvollen Einheitlichkeit gefügt werden. Wie bei einem Kunsthandwerker, der noch stolz sein konnte auf die Besonderheit seines Produkts, dessen Qualität in großem Maße abhängig war von seinem Können und Wissen, seiner Erfahrung sowie seiner Arbeitshaltung, wird unter Job Enrichment manchmal auch dem Arbeitenden das Recht verliehen, sein Produkt persönlich zu signieren, damit dem Kunden eine individuelle Zurechnung ermöglicht wird, die betriebliche Kontrollen erspart, dem Arbeiter individuelle Verantwortung für den Ausschuß, d. h. dessen Reduktion aufbürdet.

„Die betrieblichen Ansätze der horizontalen Aufgabenerweiterung (ziehen) konsequenterweise auch eine vertikale Aufgabenerweiterung nach sich."[62]) Gewisse Kontroll-, Dispositions-, Planungs-, Reparatur- und Wartungstätigkeiten werden wieder der unmittelbaren Fertigungsaufgabe zugeordnet, sozusagen aus der vertikalen Gliederung in die Horizontale zurückgezogen, aus der sie hervorgingen, indem sie in der Arbeitsteilung zwischen Planung und Ausführung besondert wurden. Horizontal und vertikal kommt es in beschränktem Maße zu neuen Formen engerer Kooperation und damit Steigerung der Flexibilität der Gesamtorganisation, Reduktion der Leer- und Stillstandszeiten, besserer Kapazitätsauslastung, weil die unmittelbaren Ausführungsarbeiten mit den vorbereitenden und nachgelagerten Planungs-, Kontroll-, Reparatur-, Wartungsarbeiten in einem gewissen, meist geringen Maße reintegriert werden und von den vertikal unüberschreitbaren Schranken befreit werden: Arbeitsprozeßspezifische Fragen und Probleme sollen möglichst dort und sofort gelöst werden, wo sie auftauchen. Die betriebliche Organisation soll damit nicht nur zum Teil ihre hierarchische Schwerfälligkeit überwinden, sondern sie soll, indem sie selbstgeleitete Tätigkeit und Initiative herausfordert, entautoritarisiert werden: „. . . drückende Beaufsichtigung und inffektive Kontrollsysteme erzwingen und beschränken die Leistungsfähigkeit zugleich und können sogar zu Sabotage führen. Verwaltungsverfahren, welche bloß gegen mögliche Irrtümer und vorgestellte Unverantwortlichkeit absichern, fördern ihrerseits dieselbe Sorglosigkeit und Apathie, die zu ineffektiver Arbeit führen. Bei zu vielen Kontrollen wird die Verantwor-

61) L. E. Davis, Job Design and Productivity: A New Approach; in: Ulich u. a., S. 69.
62) Ulich u. a., a.a.O., S. 77.

tung so sehr aufgeteilt, daß sie verlorengeht."[63]) Einhergehend mit der „bereichernden" motivationsgerechten Organisierung des Arbeitsinhalts, wird hier also die Anpassung der arbeitsumgebenden oder -einfassenden Bedingungen an nicht-autoritäre, initiativoffene, eigenverantwortliche Leitungsmuster empfohlen, die dem gewandelten Selbstbewußtsein und den Leistungsbedürfnissen besser entsprächen. Die Kontrollen, die in der Hierarchie begründet liegen, können veränderte Gestalt annehmen: Die „äußere Kontrolle" sei „schwer erreichbar, wenn die Arbeitskräfte umfassende Fertigkeiten besitzen. Das heißt, ein Außenstehender hat mehr Schwierigkeiten bei der Überwachung und Bewertung einer Arbeitsverrichtung, die eine breite Skala von Tätigkeiten umfaßt. Weiterhin wird ein Beschäftigter, der die ungeteilte Aufgabe ausführt, williger und fähiger sein, die Verantwortung für die Kontrolle seiner Arbeitsverrichtung zu übernehmen, als derjenige, der nur einen Teil der Aufgabe ausführt und dessen Leistung in mancher Hinsicht von der Arbeit anderer abhängig sein kann"[64]).

Bereichert die so organisierte Arbeit den Menschen, ist sie tatsächlich auf die Weckung und Befriedigung seiner Produktionsbedürfnisse orientiert? Wer wird durch Job Enrichment bereichert: die Arbeit oder das Kapital? Zunächst erweist sich die leistungs- und motivationsgerechte Gestaltung der Arbeit auch als „kapitalgerecht", insofern die Kennziffern der Arbeitsproduktivität in fast allen bisher durchgeführten Modellversuchen z. T. außerordentlich stark stiegen. Dies ist zwar hauptsächlich durch Verminderung von Kosten verursachenden Faktoren wie Stillstandszeiten und Ausschußraten, Absentismus und Fluktuation der Fall, doch kommt es mit Job Enrichment über das bloß horizontale Erweitern des Radius der Arbeit hinaus auch zu einer erhöhten Wirksamkeit der konkret-nützlichen Arbeit. Die Produktivkraft der Arbeit und auch die Qualifikation der Arbeitenden werden durch diese Organisationstechnik, in allerdings sehr beschränktem Maße, gesteigert. Die Struktur der Arbeit selbst bleibt völlig unverändert. Es ergibt sich einfach eine veränderte Bündelung von Arbeitsprozeßfunktionen, damit sie z. B. die Attraktivität und Abwechslung des Handwerks oder diese Ständigkeit und Verantwortlichkeit der Facharbeit gewinnen und somit motivierend wirken. So ist in bezug auf den einzelnen Arbeitenden eine Vermehrung oder „Bereicherung" an Aufgaben und Kompetenzen eingetreten. Sie erscheint im Rahmen der gesamten Betriebsorganisation als Freisetzung, also Verminderung von Kontroll-, Wartungs- und Reparatur- sowie Reinigungs- und Hilfspersonal wieder, weil die an den Maschinen stehenden Arbeiter diese Tätigkeiten teilweise zu übernehmen lernen. Dadurch verringert sich das autoritär-hierarchische Erscheinungsbild der betrieblichen Organisation. Weil aber Ausführungs- und Fertigungsarbeiten um vor-, neben- und übergelagerte Tätigkeiten bereichert werden, können die vorgesetzten Leiter- und Aufsichtsfunktionen ihrerseits von Routinearbeit und Standardüberwachungsfunktionen entlastet werden und zu mehr disponierender Tätigkeit kommen; das Entscheidungsgefälle wird also polarisiert.

63) W. J. Paul/K. B. Robertson/F. Herzberg, Job Enrichment Pays Off; zit. nach: Davis/Taylor, a.a.O., S. 260f.
64) R. W. Scott, Professionals in Bureaucracies – Areas of Conflict; zit. in: Mayntz (Hrsg.), Bürokratische Organisation, Köln/Berlin (West) 1968, S. 201–216.

Es entsteht keine neue, höherentwickelte technische Zusammensetzung des Kapitals, es resultiert kaum eine Verschiebung des Verhältnisses von Hand- und Kopfarbeit, keine gegenstandsbedingte oder in der besonderen konkret-nützlichen Arbeit liegende Erhöhung der Produktivität der Arbeitskraft. Insgesamt werden dieselben Tätigkeiten ausgeübt, obschon im einzelnen mit größerer Zufriedenheit aufgrund eines gewandelten subjektiven Verhältnisses zur Arbeit, was aus den stark abnehmenden Fluktuations- und Absentismusraten geschlossen werden darf. Die Produktivkräfte bleiben – in historischer Perspektive gesehen – auf demselben objektiven Stand der Entwicklung. *Sie verändern ihr Erscheinungsbild, aber sie entwickeln sich nicht.* Die Produktivkraft Mensch erfährt additive Weiterbefähigung, nur teilweise Qualifikationserhöhung und sehr beschränkte Kompetenz- bzw. Verantwortungserweiterung. Damit können Lohnerhöhungen verbunden sein. Aber es tritt keine Qualifikationsentwicklung auf eine höhere Stufe ein. Kurzfristig angelernte Fähigkeiten nehmen zu, es erfolgt kein Übergang vom Angelernten- zum Facharbeiterniveau, keine Grundausbildungsphase wird nachgeholt. Es ist also – bei aller Begrüßenswürdigkeit, die das Job Enrichment gegenüber der traditional erstarrten Arbeitsorganisation für das Kapital wie für den Arbeitenden haben mag – keineswegs so, wie Ulich und seine Mitarbeiter beanspruchen, daß „vom Bedürfnis nach Persönlichkeitsentfaltung und Selbstverwirklichung" ausgegangen wird[65]), sondern die Suggestion derartiger Entwicklung als Surrogat der allseitigen gesellschaftlich vermittelten Entfaltung der menschlichen Wesenskräfte in kollektiv organisierter Produktion dient dem Kapital zur Arbeitsintensivierung.

VII

In kombinierter Anwendung jeweils bestimmter Elemente der drei voranstehend untersuchten Job Design Techniken, und einen weiteren Schritt über diese hinausgehend, versucht man durch Organisierung *autonomer Arbeitsgruppen* die kostspielige Gegensätzlichkeit von Arbeitsbedingungen und Produktionsbedürfnissen dadurch aufzuheben, daß man das kollektive Erscheinungsbild der Arbeit abwechslungs- und inhaltsreicher, sinn- und anspruchsvoller, also subjektiv stimulierend durch soziale Integrierung gestaltet. Die Ergänzung der betrieblichen Organisation um eine soziale Qualität zu einem sogenannten „sozio-ökonomisch-technischen System"[66]) erfolgt in der Absicht der Förderung der Arbeitszufriedenheit, der Nutzung latenter sozialer Reserven von Produktionsinteressiertheit, der Weckung von Qualifizierungsbedürfnissen, Leistungsmotiven, Initiativbereitschaft etc. Der autonomen Arbeitsgruppe, die etwa 10 bis 25 Arbeitskräfte umfassen mag, wird die Einteilung, Regelung und Kontrolle der Arbeitsbeziehungen selbständig und eigenverantwortlich überlassen. Die Kapazitätsplanung, Maschineneinrichtung, Material- und Werkzeugbeschaffung, Arbeitskräfteeinteilung, Produktkontrolle, zuweilen sogar Wartung und Reparatur von Maschinen, also eine Vielzahl zusammenhängender Funktionen werden aus ihrer betriebli-

65) Ulich u. a., a.a.O., S. 91.
66) So das Markenzeichen der Theorie des Tavistock Institute of Human Relations in London.

chen Trennung zurück in eine als Einheit aufgebaute selbststeuernde Fertigungsgruppe verlagert. Die Gruppe entscheidet in ihren Beratungs- und Planungsversammlungen durch Abstimmung über Personalprobleme wie Einstellungen oder Urlaubs- und Schichtpläne, regelt Krankheitsvertretungen, kontrolliert selbst die An- und Abwesenheit und richtet die Produktion so darauf ein, daß sie ungestört verläuft. „Unter der Voraussetzung der Erfüllung von Grenzbedingungen"[67]), z. B. „nach den Bedarfszahlen der Verkaufsabteilung"[68]), wird die Gruppe aufgefordert, eigenverantwortlich zu produzieren. Die dabei in die Gruppe hineinverlagerte hierarchische Kompetenz benötigt nunmehr keinen Träger mehr, die Linienvorgesetzten werden gegebenenfalls freigesetzt, denn ihre vertikal angeordnete Anweisungsbefugnis oder -tätigkeit ist in die Horizontale hineinverlagert worden und haftet der Arbeit der Gruppe selbst wieder unmittelbar an. Die Einteilung der Aufgabenvielfalt für einen Arbeitsplatz ergibt sich – nach technischen Möglichkeiten – aus den Bedürfnissen der Produzenten, diese bestimmen also selbst den Grad ihrer Arbeitsdifferenzierung und -spezialisierung. Bei Vorgabe des Ziels in Qualität und Quantität des Produkts wird der Arbeitsgruppe Autonomie hinsichtlich der Bestimmung des Weges zu diesem Ziel eröffnet. Bei Auflösung z. B. zwangsgetakteter Montagelinien in verschiedene werkstattähnliche Arbeitsbereiche kann sogar die Transportfunktion des Fließbands zugunsten variabel computergesteuerter Arbeitsplatzformen ersetzt werden. Richtet man überdies zwischen den Abteilungen Pufferlager von Halbfabrikaten und Materiallager ein, so ist der Arbeitsrhythmus der Gruppe von unmittelbaren Koordinationszwängen weitgehend befreit.

Dem Vorgesetzten obliegt nunmehr statt der Kontrolle und Aufsicht eine Konsultationsfunktion, die von ihm selbst oder der Gruppe ausgehen kann. Der Abteilungsleiter soll sich aus einem Aufseher und Anweiser in einen technischen und ökonomischen Berater, einen Mannschafts-Coach[69]), Sprecher oder Interessenvertreter der autonomen Gruppe verwandeln, soll sich deren Arbeitsweise anpassen[70]). Falls möglich, soll er seine Überwachungsfunktion so weit reduzieren, daß er lediglich noch gelegentliche Beratungen mit einem von der Gruppe gewählten Kontaktmann durchführt. Die betriebliche Führungsstruktur verwandelt sich im Zuge der Einrichtung autonomer Gruppen zu einer im einschlägigen Jargon als *katalytisches* (d. h. nur noch anregendes, auslösendes, selbsttätige Gruppenreaktionen förderndes) oder *partizipatives* (d. h. Beteiligung an Entscheidungsprozessen, Kritik und Initiative anstrebendes) *Management* bezeichneten Form. Bei der praktischen Einführung autonomer Arbeitsgruppen scheint sich ein Umstrukturierungsdruck auf die Führungstechniken des Managements zu ergeben: „Da die Arbeitnehmer gelernt haben, das ganze Arbeitssystem besser zu überblicken, entsteht eine Art

---

67) Lattmann, Das norwegische Modell der selbstgesteuerten Arbeitsgruppe; zit. nach: Ulich u. a., a.a.O., S. 87.
68) G. Bihl, Von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung. Das skandinavische Modell der selbststeuernden Gruppen, München 1973, S. 36.
69) E. Gröning, Der Mensch im Mittelpunkt. Sozialleistungen allein sind keine Leistungsanreize, in: „Blick durch die Wirtschaft" v. 2. 1. 1974. – Gellerman, Management and Motivation, S. 271.
70) Lauterburg, Produktivität und Motivation, Teil 9: Organisations-Prototyp für die Zukunft, in: „Blick durch die Wirtschaft" v. 30. 11. 1973.

‚kritisches Bewußtsein'. Fehler, die in der Linie oder bei den Stabs- und Hilfsabteilungen gemacht werden, werden jetzt registriert und gemeldet. Die Gruppen werden für das Management lästiger. Lästiger jedoch in einem positiven Sinne: Das Versagen des Managements wird sichtbar; die selbständige Gruppe wirkt als eine Art Kontrollinstanz für die Qualität des Managements."[71])

Zuweilen wird autonomen Gruppen auch die Lohnverteilung selbständig überlassen. Dabei wird der Gruppe für ein bestimmtes Produktionssoll zwischen festgelegter maximaler und minimaler Schranke ein bestimmtes Lohn- oder Punktekontingent je nach proportionaler Gewichtung der Gruppe im gesamten Betriebsrahmen pauschal zugerechnet, welches eigenverantwortlich aufgeteilt werden soll. Oft werden Festlöhne mit zusätzlichen Gruppenproduktionsprämien oder Gruppenakkordzuschlägen gezahlt, oft auch eine jährliche Beteiligung am Profit oder der erfolgten Produktivitätssteigerung. Die Psychologen leiten den Lohnzahlungsmodus wie folgt ab: „Das Modell der selbststeuernden Gruppen geht davon aus, daß der arbeitende Mensch seiner Rolle als passiver, fremdbestimmter und ausschließlich ausführender Produktionsfaktor gänzlich entwachsen ist und zu einem echten Mitarbeiter heranreift, der mitdenkt, selbständig plant, schöpferische Initiative ergreift, sich seinen eigenen Arbeitsbereich gestaltet und nicht zuletzt auch die Verantwortung für seine Entscheidungen trägt. Nachdem diese mitunternehmerischen Leistungen für Mitarbeiter durch keine der oben erwähnten Arten der Leistungsentlohnung abgegolten werden können, scheint zwangsläufig die Ausschüttung einer Erfolgsbeteiligung die notwendige Folge einer selbststeuernden Gruppe zu sein."[72]) Wenn die Gruppe unter sich die Einteilung der Job Rotation je nach individuellen Wünschen und, natürlich, angelernten Fähigkeiten entscheidet, setzt das die Erstellung von Anlern- und Qualifizierungsplänen voraus, wobei das Anlernen ebenfalls in die Gruppenkompetenz verlagert werden kann, somit also en passant Instruktionspersonal eingespart wird. Als materieller Hebel für die vom Kapital gewünschte Qualifizierung kann das Lohnsystem dahingehend abgeändert werden, daß nicht mehr die je ausgeübte Arbeit entlohnt wird, sondern die Vielfalt des Könnens und der Fertigkeiten der einzelnen Arbeitskraft, also ein Leistungspotential, welches die Flexibilität der Gruppenarbeit fördert, zum Maßstab der Bezahlung wird.

Da keineswegs die besondere stoffliche Beschaffenheit des Produkts oder der konkret-nützlichen Arbeit zur Einführung autonomer Arbeitsgruppen zwingen, also der Zwang zu kollektiv koordinierter Arbeit sich nicht aus dem Arbeitsinhalt selbst ergibt, da auch die Autonomie einzelner Gruppen im kooperativen Gesamtgefüge produktionsmäßig nicht notwendig ist, ja, da im Gegenteil die Arbeit erst durch Sozio-Design scheinhaft gruppenintegrative Eigenschaften erhalten soll, die Arbeitstätigkeit selbst also psycho-soziale Erscheinungsqualitäten annehmen und Interessen und Bedürfnisse des kollek-

71) Friso/J. den Hertog/Wim H. C. Kerkhoff (Philips Gloeilampenfabrieken, Eindhoven), Vom Fließband zur selbständigen Gruppe. Das Experiment in der Philips-Fernseherfabrik, in: „Industrielle Organisation", 1/1974, S. 23.
72) G. Bihl, a.a.O., S. 61.

tiven Arbeitskörpers auf sich saugen soll, ergibt sich die Frage, auf welche bestimmten Bedürfnisse und Interessen sich dieses Organisationsmodell stützt, aus welchen spezifischen sozial-psychologischen Annahmen und Intentionen sich die Produktivitätssteigerung mittels Einrichtung autonomer Gruppen ergeben soll.

Das Kapital versucht, sich mit der Organisierung die informellen sozialen Beziehungen der Arbeitenden anzueignen, ihnen zumindest einen kontrollierbaren Rahmen zuzuweisen. Es wird eine Stabilisierung, Integration und Flexibilität des Personalgefüges angestrebt und damit die Verringerung der kostspieligen Symptome und produktivitätshemmenden Schranken in der sozialen Organisation der Arbeitsgruppe. So heißt es z. B. über die experimentelle Einführung der neuen Organisationsform: „Der Abbau der sozialen Spannungen und das Erlebnis der selbststeuernden Gruppe als Gemeinschaft bewirkten eine Identifikation der Gruppenmitglieder mit der Gruppe und mit dem Betrieb, was eine ‚Reduzierung der zwischenmenschlichen Reibungsverluste' und eine weitgehende soziale Integration des Betriebs zur Folge hatte."[73]) Indem der autonomen Gruppe zur eigenverantwortlichen Regulierung zugeschoben wird, was innerhalb der traditionellen Betriebshierarchie und in der zuvor starren Kooperationsstruktur so viel Reibungsverluste und für den einzelnen Arbeitenden, so viel Demotivierung zur Folge hatte, soll ein selbstbestimmtes, selbstreguliertes, initiativreiches, intrinsisch motiviertes Verhältnis zum Inhalt der gesamten Gruppenarbeit entstehen. Angestrebt wird ein Gefühl der Verpflichtung gegenüber den anderen Gruppenmitgliedern, das Entstehen eines Sinnes der Einzelarbeit im Gefüge der attraktiv inszenierten Gesamtleistung und ein gebrauchswertorientiertes Interesse am störungsfreien Produktionsgang des eigenen Arbeitsprozeßbereichs.

So farbig und blumig die sozial-psychologischen Phänomene und Resultate der Organisation autonomer Arbeitsgruppen vom Management oder seinen Wissenschaftlern auch dargestellt sein mögen, sie sind dennoch nur *Scheinblüten.* Als solchen darf ihnen jedoch ihre tatsächliche Wirksamkeit und ihre wirklich attraktive Erscheinung keineswegs abgesprochen werden. Die Wirksamkeit dieser Art sozialer Inszenierungen, wie sie die ökonomischen Kennziffern gestiegener Arbeitsproduktivität beweisen, beruht nicht einfach auf geschickten manipulativen Tricks, in denen die Arbeitenden unmerklich gleichsam an Marionettendrähten gezogen werden, es kann auch kaum von einem besonders geschickt ausgestrichenen Leim gesprochen werden, auf dem die Arbeitenden in falscher Arbeitsfreude und -zufriedenheit hängenbleiben, sondern die autonomen Arbeitsgruppen müssen als eine *Vereinnahmung der gesellschaftlichen Qualitäten der Produktionspotenzen der Arbeitenden* verstanden werden. Den – mehr oder weniger bewußten und organisierten – klassenbedingten Zusammenhang der Arbeitenden, den die Human relations Bewegung für das Kapital aufzudecken und aufzulösen versuchte und der dem Management jahrzehntelang so viele Leitungsprobleme bereitete, dem die Sozialwissenschaftler als äußerlichem, undurchdringlichem ge-

73) G. Bihl, a.a.O., S. 68.

genüberstanden und in den sie sich manchmal – in Arbeiter verwandelt – hineinversetzten, diesen der Betriebsführung fremd und feindselig gegenüberstehenden Zusammenhang versuchte man durch Förderung der Arbeitszufriedenheit in der Hoffnung, daß sie zur Grundlage erhöhter Leistungsbereitschaft und (gegebenenfalls auch) -verausgabung würde, zu besänftigen, zu begütigen und einzuschläfern. Gemäß der Devise: „Der glückliche und zufriedene Arbeiter ist auch ein guter und tüchtiger Arbeiter" waren die betriebspsychologischen Anstrengungen darauf gerichtet, die Angst um die Sicherheit des Arbeitsplatzes, den Widerstand gegen die autokratische Führungsweise, die Verletzung der plötzlich wiederentdeckten „menschlichen Würde" im Betrieb und weitere negative Bestimmungen des Verhältnisses des Management zu den sich in einer eigenen informalen Organisation schützenden Arbeitenden zu beseitigen, also darauf, ganz im Sinne der Propaganda der kapitalistischen Erneuerungsbewegung tatsächlich „menschliche" Beziehungen zu schaffen; man strebte womöglich einen Frieden durch Umarmung mit den Arbeitenden an, in welchem die subjektive Zufriedenheit zur Quelle außerordentlicher Produktionsleistungen werden und die Befriedigung von Produktionsbedürfnissen gewährleisten sollte.

Im Gegensatz zur Human relations Bewegung wird mittels Organisierung autonomer Gruppen der – vom Standpunkt des Kapitals aus gesehen – informelle soziale Zusammenhang der Arbeitenden, ihre Möglichkeit, sich in der Produktion als selbständig leistungs- und kooperationsfähige Gruppe erweisen zu können und sich durch Leistungszurückhaltung schützen zu können, nunmehr zum Mittel des Kapitals, Produktivitätssteigerungen zu erzielen, statt als Hindernis oder Schranke betrachtet zu werden, die überwunden werden müssen. Die informellen sozialen Beziehungen sollen nicht mehr als das Problem des Kapitals angesehen werden, sondern als die Lösung des Problems. Aus ihrer Betrachtung als Dysfunktion gegenüber der anweisenden Macht des Management wird ihre Funktionalität im Rahmen vorgegebener Produktionsziele. Dabei überläßt man der Gruppe selbst, wie sie – bei fest kontrollierten Außenbedingungen – ihre internen sozialen und koordinativen Beziehungen regelt. Die Vereinnahmung der produktiven Bedürfnisse und Motive, des Könnens und der Fähigkeiten, aber auch der Haltung und des Bewußtseins der Arbeitenden wird versucht, indem man ihnen die Möglichkeit überläßt, sich als kollektiv-selbständig disponierende Herren der Produktion zu erweisen und unter Beweis zu stellen, daß sie tatsächlich in der Lage sind, sich autonom produktionsregulativ zu verhalten. Insofern saugt die Organisation einer autonomen Arbeitsgruppe ungenutzte Selbständigkeitspotentiale zwecks Produktivitätssteigerung auf. Die sozialen Fähigkeiten und Bedürfnisse sollen nicht unterdrückt, nicht in beengende betriebshierarchische Verhältnisse gezwängt oder an vereinseitigenden, beschränkenden Arbeitsplätzen erstickt werden, sondern sie werden im Gegenteil gerade zur Grundlage und zum Antriebsmoment in der einzelnen Arbeitsprozeßeinheit gemacht. Die selbsttätigen Planungskompetenzen, das Koordinationsvermögen, die Vernunft kollektiver Planung der Produktionsabläufe – soweit sie auf den einfachen Arbeitsprozeß beschränkt bleiben – werden damit für die kapi-

talistische Produktionsweise fungibel gemacht. Die Organisation autonomer Arbeitsgruppen ist ein Bemühen des Kapitals, dieses historisch überfällige Verhältnis mit gewissen Konzessionen zu konsolidieren; man versucht, eine sozial-psychische Qualität der Arbeit zu schaffen, die die Menschen weiterhin in einem Arbeitssystem nutzbar einzusetzen erlaubt, dessen widersprüchlicher Charakter es an seine Grenze treibt.

Das Kapital kann mittels Einrichtung autonomer Arbeitsgruppen dreierlei Funktionen erfüllen. Zum einen macht es sich *die kollektiven Produktionscharakteristika in einer pseudo-sozialistischen Form* zunutze als Mittel der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Den Gruppen wird das *Erscheinungsbild der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit* gegeben, sie sollen einen gesellschaftlichen Sinn in der Arbeit suggerieren, die Arbeit erhält scheinhaft freie, selbstbestimmte Charakteristika; es werden basisdemokratische Modelle inszeniert. Indem die autoritäre Hierarchie aufgelöst und in partizipative Management-Strukturen verwandelt wird, verliert sie ihren autoritären Schein und gibt sich als ein neues, schon tadellos sozialistisches Produktionsverhältnis. Zum anderen werden die die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Arbeitskräfte in psychisch unerträgliche, verödend enge Grenzen sperrenden Formen der Arbeitsgestaltung variiert und weitergesteckt, so daß die negativen Symptome, die aufgrund der analysierten Disparität einzwängender Arbeitsbedingungen zu den produktiven Fähigkeiten der Arbeiterklasse auftreten, zum Verschwinden gebracht werden. Schließlich gewinnt die Arbeitsorganisation an Flexibilität, was insbesondere bei Produktion von häufig wechselnden Serien in der Montage große Vorteile ergibt.

Der historische Sinn und gesellschaftliche Nutzen des als überfällig sich erweisenden Kapitalverhältnisses liegt bei den Job Design Methoden nicht mehr in der Betreibung des Fortschritts, in der Entwicklung der Produktivkräfte, sondern gerade umgekehrt, das Kapital erhält sich nur noch um den Preis eines Rückfalls in „vorindustriell anmutende Arbeitstechnik"[74]). Der notwendig transitorische Charakter dieser Weise der Produktion des Lebensnotwendigen tritt deutlicher hervor. Er erscheint z. B. in der Lächerlichkeit des Verhältnisses von Anspruch und Wirklichkeit in den Job Design Techniken. Zu Optimismus gibt indes Anlaß, daß die Arbeitenden mehr denn je in die Lage versetzt werden, die Produktion selbständig zu regeln; dies lernen sie u. a. auch in autonomen Arbeitsgruppen.

Ein weiterer Sinn autonomer Gruppen für das Kapital liegt in ihrer *Brauchbarkeit zur Unterlaufung von Mitbestimmungsansprüchen.* So wird der paritätischen Mitbestimmung im gesamten Unternehmen die im Modell der selbststeuernden Gruppen liegende Chance gegenübergestellt, „dem einzelnen Arbeiter bzw. einer einzelnen Arbeitsgruppe die Freiheit der Entscheidung innerhalb des Bereichs der täglichen Arbeit zuzubilligen und damit eine direkte Mit- bzw. Selbstbestimmung auf der untersten Ebene des Produktionsprozesses zu verwirklichen"[75]). Zwar wird beteuert, daß dieses Modell als

74) Ulich u. a., a.a.O., S. 72.
75) Bihl, a.a.O., S. 79.

„eine sinnvolle, auf freiwilliger Basis einzurichtende Ergänzung zu den gesetzlich fixierten Rechten der Arbeitnehmer" zu verstehen sei[76]), doch ist die in den Vordergrund geschobene angebliche *Unmittelbarkeit* und *Konkretheit* der Mitbestimmung am Arbeitsplatz statt auf dem hohen Aufsichtsratsentscheidungsniveau eine *Psychologisierung politischer Forderungen.* Von gesetzlichen und demokratisch gewählten Kontroll- und Mitbestimmungsgremien der Arbeitenden wird abgelenkt auf selbstbestimmte Bedürfnisentfaltung unmittelbar am Arbeitsplatz. Auch wird – ein wenig toller – „der Übergang von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung des einzelnen Mitarbeiters bzw. einer Arbeitsgruppe im Bereich der eigenen Arbeit und deren unmittelbaren Bedingungen" proklamiert. „Eine Integration des Menschen als Ganzes – nicht nur als ‚Produktionsfaktor' – in die Betriebsgemeinschaft durch die weitgehende Selbstbestimmung muß, wenn sie erfolgreich sein soll, am Arbeitsplatz beginnen."[77]) Bei Ulich heißt es in prinzipiell gleicher Richtung blumig und duftig, „daß Selbstverwirklichung und Persönlichkeitsentfaltung erst durch kommunikative Selbstbestimmung – die den Aspekt der sozialen Verpflichtung und Verantwortung miteinschließt – ermöglicht werden" und daher die autonomen Arbeitsgruppen „am ehesten geeignet sein (dürften), die Qualität des Arbeitslebens zu verbessern und der zu Anfang behaupteten Entfremdung von der Gesellschaft entgegenzuwirken"[78]). Hier wird der bürgerliche, oberflächlich-symptomverhaftete Entfremdungsbegriff dem Kapital höchst nützlich zum Verwischen des objektiven fremd-konträren Gegenüberstehens von Kapital und Arbeit verwendet.

Der „ganz einfache Gedanke", der „in Wirklichkeit einige recht revolutionierende Folgerungen impliziert", „daß die Verantwortung für die Produktion erwiesenermaßen in die Domäne des Arbeiters gehört und nicht in die des Vorgesetzten", weil „die zu starke – von der Betriebsleitung häufig verlangte – Einmischung des Vorgesetzten in die täglich anfallenden Probleme der Produktion als ‚Usurpation' angesehen werden, die den letzten Rest von latenter Macht zerstören kann, mit der die Gruppe ihre Mitglieder möglicherweise zu produktiver Arbeit hätte anhalten können", dieser Gedanke legt dem Management nahe, den „Schlüssel zu einer leistungsmotivierten Arbeiterschaft in einem Aufsichtsstil (zu sehen), der bei den Arbeitern eine verstärkte Besitzergreifung von ihren Arbeitsplätzen bewirkt"[79]). Die Vorsicht und Furcht des Kapitals, diese Besitzergreifung könne seine Existenz gefährden, versucht der Autor noch im selben Atemzug zu zerstreuen; auch dem noch zögernden und vor dem revolutionären Anschein neuer Arbeitsorganisationstechniken zurückschreckenden Kapital spricht er beruhigend zuversichtlich Mut zu, diese kleine harmlose und doch sozial-psychologisch für das Kapital so vorteilhafte Form der Mitbestimmung einzuführen: „Es muß in diesem Zusammenhang noch einmal besonders betont werden, daß es sich hier um eine Besitzergreifung der Arbeitsplätze handelt und nicht der Betriebe. Der Kontrollbereich, der dirigiert werden muß, um die Bedingung zur Selbstmotiva-

76) Ebd.
77) Ebd., S. 81.
78) Ulich u. a., S. 91.
79) Gellerman, Motivation und Leistung, a.a.O., S. 49.

tion zu erfüllen, ist viel begrenzter als der Bereich, der den meisten Geschäftsführern vorzuschweben scheint, wenn sie ‚das Recht der Betriebsleitung auf Leitung ihres Betriebes' verteidigen. Es geht hier keineswegs um die weitgehenden Kompetenzen der Entscheidungsbefugnis und der Zielfestsetzung, sondern vielmehr um die Verfügungsgewalt über den kleinen Ausschnitt des Gesamtbetriebes, den die Arbeiter täglich vor Augen haben."[80]).

VIII

Bei Untersuchung der vier Organisationsformen erschien eine Reihe von Ideologemen und Strategien des Kapitals, die den Interessen der Arbeitenden auf verschiedenste Art durchaus gefährlich sein können. Der Integrationspropaganda wird die Gewerkschaft entgegenzutreten haben; die Arbeitenden werden in dem Maße gegen sie immun, wie sie als Strategien des Kapitals offengelegt werden, in denen man die eigene bekämpfte Macht erkennt; beispielsweise indem man im Pseudosozialismus, der Strategie des Kapitals, sich dem Sozialismus gleich und verwechselbar zu machen[81]), eine Anleihe bei ihm aufzunehmen, um seine Notwendigkeit zu unterlaufen, vielmehr eine reale historische Stärke der Arbeitenden selbst erkennt; diese darf vom Kapital nicht einfach angeeignet werden und ihm überlassen werden, sondern muß gewerkschaftspolitisch genutzt werden, indem am scheinhaft Gleichgemachten das wesentlich Ungleiche, nämlich Kapitalistische, herausgearbeitet und kritisiert wird, so daß die sozialistische Perspektive aus der Negation entsteht.

Von der propagandistisch-sozialintegrativen Seite der Humanisierung durch Arbeitsorganisation gilt es die wirklich arbeitserleichternde Seite zu trennen. Ganz im Gegensatz zum großen Anspruch wirken sich die Organisationsformen für die Belegschaft insgesamt nur geringfügig belastungs- und intensitätsmindernd aus, Initiativspielräume, Verantwortungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten werden nur sehr begrenzt eröffnet; es wird nicht höher, sondern allenfalls weiter qualifiziert, die vorhandenen Fähigkeiten und Kenntnisse werden ergänzt und erweitert; das Qualifikationsniveau kann leicht angehoben werden, ohne daß jedoch eine neue Stufe der Ausbildung erreicht würde[82]). Alle derartigen kleinen Verbesserungen werden von den Gewerkschaften dennoch zu nutzen sein.

Die gegenständlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses werden durch Job Design nicht weiterentwickelt, im Gegenteil, manche rückständigen und beklemmenden Industriearbeitsformen werden auf ein handwerkliches, der Werkstättenfertigung vergleichbares Niveau zurückgeschraubt. Diese rück-

---

80) Ebd., S. 50f.
81) Bei Ernst Horneffer, Die große Wunde – Psychologische Betrachtungen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit, München/Berlin 1922, heißt es in der erklärten Absicht, „praktische Vorschläge zur Aussöhnung zwischen Kapital und Arbeit zu machen" (S. 13): Die marxistische Theorie habe „das ganze Unheil der sozialistischen Aufwühlung und Verhetzung der Massen, der Spaltung unseres Volkes gebracht", deshalb müsse man eine „Propaganda von allgemeinen, die ganze gesellschaftliche Ordnung umfassenden und durchdringenden Ideen . . . ein Gegengewicht gegen die Tyrannei des Marxismus" schaffen: *„Den Teufel kann man nur durch Beelzebub austreiben.* . . . Gleiches kann nur von Gleichem bekämpft und überwunden werden" (S. 8f.).
82) So auch die empirischen Resultate der SOFI-Studie von Kern u. a., 1975.

wärtsgewandte Lösung des Konflikts zwischen den weiterentwickelten Ansprüchen und Bedürfnissen der Arbeitenden mit den übertaylorisierten Arbeitsplätzen scheint dem Kapital in bestimmten Produktionsbereichen offenbar der kostengünstigere und profitablere Weg der Anwendung menschlicher Arbeitskraft, wenn es sogar nicht mehr ohne beträchtliche Fluktuations-, Absentismus- und Ausschußkosten möglich ist, Gastarbeiter und an- oder ungelernte einfache Handarbeiter einzusetzen. Man greift zur Notlösung und schafft wenigstens den Anschein menschlicherer Arbeitsbedingungen, weil dies einstweilen billiger ist, als durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung diese Handarbeit und Montagetätigkeit ebenfalls auf ein höheres Niveau zu heben, bzw. sie durch Mechanisierung und Automatisierung gänzlich aufzuheben. Dieser Schein darf in der gegenständlichen Ausstattung der Produktion durchaus teurer sein, darf größeren Kapitalaufwand für Gebäude, Arbeits- und Transportmittel erfordern, z. T. kostet er ein Zehntel, manchmal ein Fünftel mehr als der traditionelle Industriearbeitsplatz. Die neue Arbeitstätigkeit darf sogar zuweilen von angestrengterer physischer Verausgabung der Kräfte begleitet sein und in engen Grenzen erhöhte Qualifikations- und damit Lohnkosten erfordern – wenn nur die negativen, so kostspieligen Begleiterscheinungen der vereinseitigten Überstrapazierung oder Unterforderung verschwinden. Auf diese Weise wird ein realer materieller Innovationsprozeß aufgeschoben. Die – besonders bei kleinen, häufiger wechselnden Serien im Montagebereich – erforderlichen hohen Kapitalvorschüsse für Automatisierung sind im Vergleich zur billigen lebendigen menschlichen Arbeitskraft umgangen worden. Die Arbeitskräfte sollen auf scheinbar fortschrittliche Weise doch noch nutzbar für diese Tätigkeitsarten bleiben, die in Diskrepanz zu ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen stehen. In Wirklichkeit steht also hinter der Humanisierung durch Arbeitsorganisation die hinausgeschobene Notwendigkeit und wirkliche Lösung des Problems durch Produktivkraftentwicklung: Anwendung von Robotern, Handling-Maschinen, programmierbaren Montageautomaten, Fügetechnik etc. Diese Maschinen befreien den Menschen wirklich von der verödenden, stumpfsinnigen, qualvollen Seite der Arbeit; der technische Fortschritt kann die niederdrückende, vereinseitigende und menschenunwürdige Arbeit abschaffen; er macht jedoch eine allgemeine höhere Qualifikation für die neuen Tätigkeiten zur notwendigen Voraussetzung nicht nur zur „human" gewährten Möglichkeit des Job Design. Indem die alten Tätigkeiten neu und attraktiv inszeniert werden, vermittelt man in einem Surrogat der Produktivkraftentwicklung nur „das subjektive Gefühl gestiegener Qualifikation", „größere persönliche Freiheit und vor allem bessere individuelle Arbeitseinteilung"[83]).

Ist es *technisch* überhaupt keine Schwierigkeit mehr, die einfache Handarbeit, Montage- und Fließbandarbeit, Maschinenbedienungs- und -führungstätigkeit vollständig zu mechanisieren und zu automatisieren, so steht nurmehr die *Kapitalökonomie,* die Gesetze der Kostensenkung und Profitmaxi-

83) FAZ v. 9. 4. 1974. In einem Bericht über die Klöckner-Möller GmbH, Bonn, die Fließbänder durch Einzelarbeitsplätze ersetzte, heißt es: „Der Einzelarbeitsplatz ist allerdings in der Einrichtung um 20% teurer gewesen als der Arbeitsplatz am Fließband, was durch das höhere Ergebnis (in Form von „erheblichen Leistungssteigerungen" und Ausschußreduktion um 40 bis 50%, d. Verf.) wieder wettgemacht wird."

mierung, dagegen. Jedoch ist es eine Frage der Zeit – und zwar sehr kurzer –, bis die Konkurrenz der Kapitale die Automatisierung auch dieser Tätigkeiten erzwungen hat. Die gegenwärtige Automatisierung aller Bereiche der Produktion und Verwaltung wird auch diese Tätigkeiten stärker erfassen, wie viele Beispiele gerade in den letzten Jahren gezeigt haben. Die damit neu hervorgetriebenen Arbeitsformen bei qualitativ höherer technischer Zusammensetzung werden die nicht-entwickelten, keine höheren Qualifikationen und Ansprüche stellenden einfachen tayloristisch zersetzten und verwüsteten Handarbeiten als besonders rückständig erscheinen lassen: die Schere klafft immer stärker auseinander, der Konflikt verschärft sich, und das überdies, weil die allgemeine Bildung für Automationsarbeit zunehmen wird. Dennoch ist es und wird es zunehmend ein Randproblem, weil es mit der Automatisierung zugleich tendenziell verschwindet. Darum ist auch vom kosmetischen Auflösen des Taylorismus keinerlei systemsprengende Kraft zu erwarten. Es besteht kein Anlaß, mit aufgelösten tayloristischen Arbeits- und Organisationsformen auch schon den Kapitalismus in Frage gestellt zu sehen[84]). Davon ist nur die zwangsläufige Kehrseite, daß die Humanisierungsmodelle qualitativ und quantitativ heruntergespielt werden, indem man sagt, der Taylorismus sei ungebrochen[85]) und würde sogar bei Automation als Prinzip durchschlagen, das den Arbeitsprozeß als kapitalistischen Verwertungsprozeß zu organisieren gewährleiste[86]). Der Kapitalismus hat faktisch zahlreiche neue Arbeits- und Integrationsformen entwickelt, in denen er mit Nicht-Taylorismus durchaus vereinbar ist; im Laufe der letzten 70 Jahre hat er mit Unterstützung der Sozialwissenschaften immer neue Anpassungs- und Lösungsformen für die Konflikte in der Arbeit gefunden. Nicht dieses Randproblem wird den Kapitalismus in Frage stellen, wie manche meinen, die verwirklichte „Humanisierung der Arbeit" mit dem Kapitalismus für unvereinbar halten, sondern die gegenständlichen und menschlichen Produktivkräfte, in unserer Zeit die bestimmende Produktivkraft Automation, werden die zu eng gewordenen kapitalistischen Produktionsverhältnisse sprengen.

Man kann nicht *gegen* die Kapitalstrategie „Humanisierung der Arbeit" auftreten, ohne zugleich *für* die wirkliche Humanisierung als Automatisierung einzutreten. Wenn sich das Kapital als unfähig erweist, die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zu heben, wenn es – wie hier gezeigt – in bestimmten Bereichen nurmehr psychische Folgelasten vertuscht und sich irrational nach rückwärts wendet, so muß es zur Sache der Arbeitenden selbst werden, das Produzieren gesellschaftlich bewußt und geplant zu organisieren, damit die technischen Möglichkeiten der Beherrschung der Natur auch den Arbeitenden für die bessere Bewältigung des Lebensnotwendigen zugute kommen.

---

84) Dies ist offenbar die Erwartung des SOFI; vgl. Kern u. a. und auch Mendner.
85) Vgl. Kern u. a., S. 180.
86) Mendner arbeitet mit der Formel: Kapitalismus = Taylorismus; ist nun Humanisierung = Taylorismus, so müßte man schließen: Humanisierung = Kapitalismus, was aber, wie jedermann sieht, eine falsche Konsequenz ist, denn es gibt faktisch beides zugleich; wenn es im Kapitalismus keine nicht-tayloristische Arbeit geben kann, so bleibt nur der Ausweg, die Organisationsansätze der Humanisierung zu vernachlässigbaren Randphänomenen herunterzuspielen als auch die, ihrem ganzen Wesen nach nicht-tayloristischen, Automationstätigkeiten doch wieder des Taylorismus zu überführen, weil sie nur dadurch dem kapitalistischen Verwertungsprinzip reell subsumiert seien. Es ist wie beim Hasen und dem Igel: Taylor ist immer schneller.

Die UNO-Seerechtskonferenz und die Problematik einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Von Alphons Studier

Am 15. Juli 1977 endete die sechste Session der III. UN-Seerechtskonferenz[1]). Nachdem es zunächst schien, als sollte diese Session weitgehend in ruhigen Bahnen verlaufen, in verschiedenen Punkten Fortschritte erzielt und auch im hauptsächlichen Streitobjekt – dem Tiefseebergbau – tragfähige Kompromisse erreicht werden, gab es doch zum Schluß um eben diese Frage etlichen Wirbel. Die USA drohten sogar damit, zukünftig nicht mehr an der Konferenz teilzunehmen. Da die Seerechtskonferenz offenbar in ein entscheidendes Stadium getreten ist, soll im folgenden eine kurze Bestandsaufnahme dieser Konferenz unternommen und ihre zukünftigen Perspektiven eingeschätzt werden. Der auf der Konferenz vorliegende „Revised Single Negotiating Text" umfaßt bislang fast 400 Artikel. Die hohe Komplexität der Seerechtsfragen wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auf dieser Konferenz in einem historisch bislang präzedenzlosen Vorgang 70% der Erdoberfläche zur Neuverteilung[2]) anstehen.

Trotz ihrer erheblichen Bedeutung hat die Seerechtskonferenz in der BRD bisher wenig öffentliche Beachtung gefunden. Zurückzuführen ist dies auf eine Reihe sehr unterschiedlicher ökonomischer und politischer Gründe: In praxi wird die Seerechtskonferenz keine für die BRD vorteilhaften Ergebnisse bringen, für die relevanten Kapitalgruppen aber u. E. auch keine schwerwiegenden Nachteile[3]). Da die BRD zur Gruppe der geographisch-benachteiligten und Binnenstaaten (sog. LLGDS: Land-Locked and Geographically Disadvantaged States) zählt, wird sie von der anstehenden Neuaufteilung der Ozeane nichts haben. So bringt die Errichtung einer Fischereizone von 200 Seemeilen (sm)[4]) für die Bundesrepublik wenig, da sie nicht nur eine relativ kurze Küste hat, sondern überdies die Fischereizone von den Schutzzonen der benachbarten Küstenstaaten begrenzt wird. Angesichts der Tatsache, daß nur ca. 5% des Gesamtfischfangs der BRD in einer gedachten eigenen 200-sm-Zone gefischt wurde (bezogen auf das Jahr 1973)[5]), wird diese Benachteili-

1) Zur Diskussion auf den verschiedenen, seit Dezember 1973 stattgefundenen Sessionen siehe: Third United Nations Conference on the Law of the Sea. Official Records, Vol. I–III, New York 1975. Außerdem die von Renate Platzöder zusammengestellten und eingeleiteten Dokumentenbände: Third United Nations Conference on the Law of the Sea, Documents of the Caracas Session 1974, Hamburg 1975; desgleichen Documents of the Geneva Session 1975, Hamburg 1975, und schließlich: Documents of the New York Session 10 March – 7 May 1976, Hamburg 1976.
2) Vgl. Wolfgang Graf Vitzthum, Terranisierung des Meeres. Die Tendenz zu einem rohstoffbezogenen Seerecht, in: „Europa-Archiv" (EA) 1976, S. 129ff.
3) Diese Thesen lassen sich implizit auch der Rede von Außenminister Genscher vor dem Bundestag am 2. 7. 1976 entnehmen. Siehe: „Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung" v. 8. 7. 1976.
4) Siehe Bundesgesetzblatt, Jg. 1976, Teil II, S. 1999.
5) Nach: „Financial Times" v. 4. 12. 1976.

gung noch deutlicher. Insofern besteht hier keine positive Interessenlage der BRD. Ablehnend steht auch die westdeutsche Seeschiffahrt den sich abzeichnenden Tendenzen der Seerechtskonferenz gegenüber. Während aber die Reeder die Ausdehnung des Küstenmeeres aus naheliegenden Gründen ablehnen, nehmen andere Kapitalfraktionen eine befürwortende Haltung ein[6]). So bejahen die Ölgesellschaften eine maximale Ausdehnung der Territorialgewässer, da sie aufgrund ihres Monopols über die zur Ölförderung nötige Technologie und ihrer erheblichen finanziellen Ausstattung keine Schwierigkeiten sehen, auf bilateralem Weg zu Schürfrechten in diesen Gewässern zu kommen. Auf das Problem der Förderung anderer mariner Rohstoffe wird später noch zurückzukommen sein.

In der Wissenschaft ist diese Konferenz aus verschiedenen Gründen kaum rezipiert. Die vorhandenen Kommentare und Monographien stammen fast alle aus einem Kreis von ca. einem halben Dutzend durchweg unmittelbar an der Seerechtskonferenz beteiligter Personen. Abgesehen davon, daß den Politologen diese Materie zu rechtstechnisch und den Völkerrechtlern zu politisiert erschien[7]), ist die Seerechtskonferenz nicht ganz einfach in das Szenarium der Auseinandersetzung um die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung einzuordnen. Lassen sich ansonsten die Interessenpositionen, die in dieser Auseinandersetzung eingenommen werden, grundsätzlich auf die jeweils bestimmenden sozioökonomischen historischen Bedingungen reduzieren, so werden diese Positionen auf der Seerechtskonferenz z. T. überlagert von Interessen, die aus natürlichen geographischen oder allgemein technologischen Bedingungen resultieren. Insofern ist die Seerechtskonferenz innerhalb des Rahmens der UNO-Diskussion über die neue Weltwirtschaftsordnung eine Konferenz sui generis.

Hier beginnt bereits das entscheidende Problem, denn von den Protagonisten der neuen Weltwirtschaftsordnung unter den Entwicklungsländern (insbesondere Algerien, Indien, Libyen u. a.) wird die Seerechtskonferenz uneingeschränkt in diese Diskussion einbezogen. Sie verweisen darauf, daß auf dieser III. Seerechtskonferenz in erster Linie die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigt werden müßten. In der Tat entsprachen die ersten beiden Genfer Seerechtskonferenzen (1958 und 1960) nicht dem Prinzip der Universalität, da auf ihnen Länder der Dritten Welt praktisch kein Gehör fanden. Die auf der I. Seerechtskonferenz erarbeiteten vier Konventionen über das Küstenmeer, das Offene Meer, den Festlandsockel und Fischereifragen[8]) legten denn auch nur einen dem Modus vivendi der führenden Industrienationen entsprechenden Minimalkonsens fest. Erlaubten schon die konträren Positionen der sozialistischen Staaten einerseits und der kapitalistischen Staaten andererseits in den entscheidenden Fragen dieser Konventionen keine einheitlichen und

6) Nach Ausführungen von Dr. U. Jenisch vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr (Kiel) auf einem Kolloquium des Deutschen Übersee-Instituts am 1. 3. 1977 in Hamburg. (Die bei diesem Anlaß gehaltenen Referate sind veröffentlicht in: Alfons Lemper (Hrsg.), Die III. UN-Seerechtskonferenz. Stand der Diskussion nach Abschluß der 5. Session. München 1977.)
7) Vgl. Platzöder, a.a.O. (Anm. 17), S. 7.
8) Die drei erstgenannten Konventionen sind enthalten in: Völkerrecht, Dokumente, Teil II, Köln o.J., S. 651 ff.

präzisen Regelungen, so sind für Entwicklungsländer wirklich positive Momente hier kaum zu entdecken.

Insbesondere aus der Sicht der Entwicklungsländer können weder die Genfer „Regelungen" in bezug auf das Küstenmeer (= Territorialgewässer), noch die dehnbare Definition des Festlandsockels (= Kontinentalschelf) befriedigen. Nach dem Willen der imperialistischen Staaten sollte das Küstenmeer, d. i. der Meeresbereich, über den sich die nationale Souveränität erstreckt, auf drei Seemeilen begrenzt werden. Diese traditionelle 3-sm-Zone wurde historisch definiert durch die Reichweite eines Kanonenschusses im 18. Jh. Das heutige Beharren auf dieser Zone hat denn auch nicht nur den Grund, die Handelsschiffahrt vor nationalen Zugriffen zu schützen, sondern vor allem durch Flottenmanöver etc. unmittelbar vor den jeweiligen Küsten moderne Kanonenbootpolitik betreiben zu können. Die Forderung der UdSSR, die Territorialgewässer auf 12 sm auszudehnen, um der Durchsetzung nationaler Souveränität mehr Geltung zu verschaffen[9]), fand daher in Genf bei den westlichen Staaten keinen Anklang. Eine einheitliche Regelung wurde nicht gefunden.

Auch für den Festlandsockel ist dort keine rechtlich eindeutige Begriffsbestimmung gelungen, obwohl dieses Naturphänomen geologisch relativ leicht zu beschreiben ist als Fortsetzung der Kontinentalschollen bis zu einem ziemlich abrupten Abfallen in die Tiefsee. In der Konvention über den Festlandsockel wird demgegenüber eine Tiefenlinie von 200 m eingeführt, bis zu der der Küstenstaat das Recht hat, den Meeresboden auszubeuten und damit Hoheitsrechte über dieses Gebiet auszuüben. Zugleich aber – und das ist der springende Punkt – hat jeder Staat das Recht, soweit es technisch möglich ist, auch den jenseits dieser Tiefe befindlichen Meeresboden, der dann als Festlandsockel behandelt wird, auszubeuten. Diese (Nicht-)Definition wird nur verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß damals eine profitable Ausbeutung der Bodenschätze der Tiefsee völlig utopisch war. Die Tiefsee wurde im Internationalen Geophysikalischen Jahr 1957/58 überhaupt zum ersten Mal in größerem Umfang erforscht. Bei dieser Gelegenheit wurde entdeckt, daß vor allem der pazifische Tiefseeboden mit sog. Manganknollen übersät war. Damals war allerdings noch keine relative Rohstoffverknappung und ein parallel dazu hohes Rohstoffpreisniveau vorhanden. Ein wirtschaftliches Interesse an diesen Manganknollen war folglich noch nicht gegeben. Die Produktivkräfte waren aber vor allem noch nicht so weit entfaltet, daß ein Meeresbergbau möglich war. Inzwischen allerdings sind z. B. Meeresbohrungen bis in ca. 2000 m Tiefe ohne weiteres möglich. Diese Entwicklung hat zur Folge, daß theoretisch schon in naher Zukunft der Meeresboden der Tiefsee unter die entwickelten Staaten aufgeteilt werden könnte. Die obige unscharfe Legaldefinition des Kontinentalschelfs böte dann nämlich diesen Ländern die Möglichkeit, indem sie den Meeresbergbau über den tatsächlichen geologischen Festlandsockel hinaus betreiben, vom Tiefseeboden Besitz zu ergreifen. Das hätte die paradoxe Folge, daß dann der Nicht-Festland-

9) Gegen die 3-sm-Breite sprachen sich schon 1930 auf der II. Haager Kodifikationskonferenz mehrere kleinere und mittlere Staaten aus. Vgl. Völkerrecht, Teil I, Köln o.J., S. 373f.

sockel Festlandsockel wäre. Zwar wird dieses Ergebnis in der Völkerrechtsliteratur durchweg verneint[10]), es ist aber dennoch dieses in der Legaldefinition angelegte faktische Festlandsockel-Paradoxon, das die Entwicklungsländer befürchten[11]). Unter diesem Aspekt wird auch das in UN-Res. 2574 D (XXIV)[12]) geschaffene Moratorium verständlich, das bis zur Schaffung eines internationalen Meeresbodenregimes alle (Industrie-)Staaten und Personen auffordert, jegliche Aktivitäten zur Ausbeutung des Meeresgrundes zu unterlassen. Zwar besteht de jure für alle Länder die Möglichkeit, an dieser Aufteilung zu partizipieren, de facto haben jedoch die Entwicklungsländer weder die erforderliche Technologie, noch die finanziellen Mittel, um sich auf diesem Weg Zugang zu den Meeresschätzen zu verschaffen.

Angesichts der skizzierten Situation nach den beiden ersten Seerechtskonferenzen ist es nicht erstaunlich, daß die Anregung zu neuen Seerechtsgesprächen von einem Entwicklungsland, nämlich Malta, ausging. Bei den Vorschlägen Maltas von 1967 stand zunächst die Forderung nach der Entmilitarisierung des Meeresbodens im Vordergrund. Unter dem Eindruck der in den 60er Jahren vor allem von den USA unternommenen umfangreichen Vorbereitungen, den Meeresboden militärisch zu nutzen[13]), stießen diese Vorschläge auf starke Beachtung. Ihren völkerrechtlichen Niederschlag fanden sie schließlich in dem „Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und Ozeanboden und in deren Untergrund vom 11. Februar 1971"[14]). Gegenüber diesen Bestrebungen verselbständigten sich die Diskussionen über Fragen der friedlichen Nutzung des Meeresbodens nach der Bildung eines diesbezüglichen Ausschusses[15]). Im Meeresbodenausschuß – ohne hier näher darauf einzugehen – wurde die III. UN-Seerechtskonferenz vorbereitet[16]).

Die auf dieser Konferenz zur Beratung anstehenden Themen[17]) werden in drei Ausschüssen behandelt: Die Fragen des Tiefseebergbaus im ersten Ausschuß, der Seeschiffahrt, Wirtschaftszone, des Küstenmeers u. a. im zweiten Ausschuß und diejenigen von Meeresverschmutzung, marinem Technologietransfer und Meeresforschung schließlich im dritten.

Vor allem im zweiten Ausschuß zeigt sich eine verwirrende Fülle regionaler und geographisch determinierter Partialinteressen. Um diese Interessen sichtbar zu machen, wäre es praktisch notwendig, jeden einzelnen Artikel des

10) Völkerrecht, a.a.O., S. 378; Verdross/Simma, a.a.O., S. 539f.
11) Dazu schon Kehden (Anm. 13), S. 155f.
12) A.a.O. (Anm. 16).
13) Vgl. Max Ivers Kehden, Die Vereinten Nationen und die Nutzung des Bodens und Untergrundes des hohen Meeres außerhalb der Grenzen nationaler Hoheitsgewalt, in: „Verfassung und Recht in Übersee" (VRÜ), 1969, S. 131ff.
14) Abgedruckt in: Völkerrecht, Dokumente, a.a.O., Teil III, S. 1195ff.
15) Siehe UN-Resolution 2467 A (XXIII), abgedruckt in: Institut für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg u. a. (Hrsg.), Dokumente Band 43, UN-General Assembly Resolutions, Frankfurt/M. 1975, S. 324f.
16) Vgl. u. a. UN-Res. 2574 (XXIV) und 2749 (XXV), abgedruckt in: ebd., S. 327ff. Eine ausführliche Analyse der Beratungen des Meeresbodenausschusses ist die Arbeit von Renate Platzöder/Wolfgang Graf Vitzthum, Zur Neuordnung des Meeresvölkerrechts auf der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, Ebenhausen 1973.
17) Die letzte umfangreiche Darstellung stammt von Renate Platzöder, Politische Konzeptionen zur Neuordnung des Meeresvölkerrechts, Ebenhausen 1976. Die neueste völkerrechtstheoretische Aufarbeitung in der BRD dürfte Alfred Verdross/Bruno Simma, Universelles Völkerrecht, Berlin 1976, S. 520ff., sein.

Revised Single Negotiating Text auf die jeweilig spezifischen Einflußnahmen hin zu untersuchen. An dieser Stelle können nur einige wichtigere Fragen behandelt werden.

Das Kernproblem, um das sich im zweiten Ausschuß die Detailprobleme ranken, ist das Postulat der sog. „Freiheit der Meere". Historisch war die Freiheit der Meere die Forderung der kolonialistischen expansiven Seemächte nach ungehinderter Schiffahrt sowohl für Handels- als auch für Kriegsschiffe, der durch Großbritannien als „économie dominante" des 18. und 19. Jahrhunderts Geltung verschafft wurde. Ob die Freiheit der Meere in diesem Sinn auch heute noch als nur im imperialistischen Interesse liegende Forderung zu verstehen ist, muß sehr bezweifelt werden. Denn die widersprüchliche Beziehung von nationaler Souveränität und internationalen Interessen sollte nicht nur nach einer Seite hin aufgelöst werden. Für die Streitfrage der Breite der Territorialgewässer bedeutet dies, daß weder eine maximale noch eine minimale Ausdehnung „optimal" (und auch nicht kompromißfähig) sein kann. Der von der UdSSR bereits 1958 in Genf vorgebrachte Vorschlag, für das Küstenmeer eine 12-sm-Grenze zu schaffen, berücksichtigt beide Seiten. Einerseits wird durch ein 12-sm-Küstenmeer die effektive Ausübung nationaler Souveränität gewährleistet, andererseits führt es nicht zu tiefgreifenden Eingriffen in die Handelsschiffahrt. Die faktische Anerkennung der Berechtigung dieser UdSSR-Forderung von seiten der westlichen Staaten war deren Vorleistung, um die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten überhaupt zur Teilnahme an der III. Seerechtskonferenz zu bewegen. Das weitergehende Verlangen einiger Entwicklungsländer nach Einführung eines 200 sm breiten Küstenmeeres würde demgegenüber erhebliche Behinderungen der Schiffahrt zur Folge haben. Durch die Ausdehnung nationaler Jurisdiktion bis 200 sm in die Meere hinein wären nicht nur Kriegsschiffe in ihrer Bewegungsfreiheit auf den Ozeanen noch stärker eingeengt – was durchaus wünschbar wäre –, sondern es würden etwa durch Umweltschutzbestimmungen, Einwanderungsgesetzgebung, Bestimmungen über gefährliche Ladungen und Schiffe (z. B. atomgetriebene Frachter) etc. auch erhebliche Barrieren gegenüber der Handelsschiffahrt errichtet. Die dadurch eingetretene Gefährdung des Welthandels hätte naturgemäß auch vielfache Rückwirkungen auf die Dritte Welt. Zu denken ist hierbei etwa daran, daß die materielle Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen durch die sozialistischen Staaten vielfach über den Seeweg vorgenommen wurde. In diesem Zusammenhang muß auch daran gedacht werden, die freie Durchfahrt (transit passage) durch die infolge der auf 12 sm erweiterten Küstenmeere über 100 neu geschaffenen Meerengen zu sichern[18]).

Die Forderungen einzelner lateinamerikanischer Entwicklungsländer, ein Küstenmeer von 200 sm Breite zu schaffen, stellte ohnehin weniger auf einen militärischen, als auf einen wirtschaftlichen Nutzeffekt ab. So wurde von Peru, Chile und Ecuador die in der Deklaration von Santiago 1952 proklamierte Hoheitszone von 200 sm schlicht dadurch festgelegt, daß ungefähr in-

18) Siehe einen im „Neuen Deutschland" v. 17. 2. 1976 zitierten „Prawda"-Artikel.

nerhalb dieses Bereiches eine äußerst fischreiche pazifische Kaltwasserströmung, der Humboldtstrom fließt. Wenn es nun aber nicht um den originären Sinn eines Küstenmeeres geht, sondern ausschließlich um die exklusive Nutzung der Ressourcen im Meer, erfüllt diesen Zweck auch die der Fischereizone analoge und sie zugleich einschließende Wirtschaftszone, die insofern als funktionales Küstenmeer verstanden werden kann. Innerhalb einer solchen über das Küstenmeer von 12 sm hinausgehenden 188 sm umfassenden Wirtschaftszone, in der der Küstenstaat die alleinige Entscheidungsbefugnis über die Nutzung der in der Wassersäule lebenden und auf oder unter dem Meeresboden befindlichen mineralischen (und fossilen) Ressourcen hat, befinden sich u. a. ungefähr 90% der geschätzten „Offshore"-Erdöl- und Erdgasvorräte. Eine wesentliche Rolle spielt diese Zone auch für den Fischfang.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß beide Extreme, das imperialistische Beharren auf einer Begrenzung des Küstenmeers von 3 sm und die Forderung, das Küstenmeer auf 200 sm auszudehnen, fragwürdig sind. Demgegenüber bietet ein Küstenmeer von 12 sm und eine Wirtschaftszone von insgesamt 200 sm eine die verschiedenen Interessen angemessen berücksichtigende Lösung des Problems. Über die Lebensdauer dieser Formel, die auf der Seerechtskonferenz mit hoher Wahrscheinlichkeit akzeptiert werden dürfte, gehen die Meinungen auseinander, da einige Entwicklungsländer entschlossen scheinen, die Unterschiede zwischen Wirtschaftszone und Küstenmeer auf dem Weg der „creeping jurisdiction" verwischen zu wollen[19]).

Zu den im Dritten Ausschuß behandelten Themen gehören die Meeresforschung, die zukünftig innerhalb der Wirtschaftszone von der Genehmigung der Küstenstaaten abhängig sein wird, und der für die Entwicklungsländer besonders relevante Technologietransfer, denn ohne Besitz technologischer Fähigkeiten zur marinen Rohstoffgewinnung bleiben sie auf ausländische Konzerne angewiesen. Belebt hat sich insbesondere infolge der Tankerunfälle der letzten Zeit die Diskussion über Umweltfragen[20]). Daß in diese Unfälle relativ häufig Schiffe verwickelt waren, die unter sog. Billigflaggen (Flags of Convenience) fahren, kann schon aus statistischen Gründen kaum überraschen. Allein Liberia hat einen formellen Anteil an der Welthandelsflotte von 19,2%[21]). So fuhr beispielsweise der Tanker „Torrey Canyon", der vor zehn Jahren vor der englischen Küste auf Grund lief und eine große Ölpest verursachte, unter liberianischer Flagge. Er war allerdings in Besitz einer der größten US-Ölgesellschaften[22]). Über die realen Besitzverhältnisse sagen diese Flaggen also nichts aus[23]). Es kommt daher darauf an, keine isolierten, auf bestimmte Ländergruppen zielende Vorschriften zu formulieren, sondern solche, die allgemein verbindlichen Charakter haben. Bei den kapitalisti-

19) Siehe u. a. Renate Platzöder/Wolfgang Graf Vitzthum, Wirtschaftszonen und Archipelstaaten, in: VRÜ 1974, S. 191f.
20) Vgl. „Der Spiegel", 15/77, S. 73f.
21) „Die Zeit", 17/76.
22) Zu den Einzelheiten vgl. Crispin Gill u. a., The Wreck of the Torrey Canyon, New York 1967; sowie den Report of the Committee of Scientists on the Scientific and Technological Aspects of the Torrey Canyon Disaster, The Torrey Canyon, London 1967. Zum völkerrechtlichen Niederschlag dieses Falles vgl. Verdross/Simma, a.a.O., S. 547f.
23) Vgl. auch Völkerrecht, a.a.O., S. 381.

schen Staaten werden solche Bestimmungen naturgemäß wenig Gegenliebe finden. Nicht nur, daß im Dritten Ausschuß die „land-based pollution", die ca. 90% der gesamten Verschmutzung ausmacht, überhaupt kein Beratungsgegenstand ist – darüber hinaus sind auch die Bestimmungen zur Meeresverschmutzung durch Schiffe überaus vage und darum völlig ineffektiv. Die Delegation der BRD, die zu den stellvertretenden Vorsitzenden im Dritten Ausschuß zählt, weist denn auch stolz darauf hin – insofern ganz Lobbyist hanseatischer Reeder –, daß es ihr gelungen sei, die Festlegung substantieller Umweltschutzregelungen zu verhindern[24]). Es gelte jetzt durch Fortsetzung dieser Obstruktionspolitik diese verwaschenen Bestimmungen abzusichern, zu „mauern" (Kehden). Abzuwarten bleibt, ob die anderen Teilnehmer bei dieser Verwässerung der Paragraphen im Dienst der Verchemisierung des Wassers weiterhin mitmachen werden.

Obgleich die Fronten im Ersten Ausschuß zum internationalen Meeresbodenregime im Vergleich zu den beiden anderen Ausschüssen geradlinig verlaufen, die Komplexität in bezug auf die Interessenlagen in ihm also geringer ist, sind die hier anstehenden Probleme wohl die umstrittensten. Von definitiven Formulierungen, die Eingang finden sollen in die die III. Seerechtskonferenz abschließende „Konvention von Caracas", ist man hier gegenüber dem Zweiten und Dritten Ausschuß noch am weitesten entfernt.

Die angesprochene Besonderheit relativ einheitlicher Standpunkte der drei Hauptgruppen auf der Konferenz, Entwicklungsländer, kapitalistische Industrieländer und sozialistische Länder, zur Frage des Meeresbergbaus ergibt sich daraus, daß die je spezifischen Produktionsweisen dieser Ländergruppen für ihre Haltung hierzu den entscheidenden Ausschlag gibt. So ergibt sich die hohe Kohärenz der „Gruppe der 77"[25]) im Ersten Ausschuß daraus, daß die Entwicklungsländer – wie schon gesagt – weder über die technologischen noch finanziellen Möglichkeiten zum Tiefseebergbau verfügen. Bedrohend für die Solidarität der Entwicklungsländer könnte sich allerdings auswirken, daß der eine Teil von ihnen importabhängig und der andere exportabhängig von Rohstoffen ist[26]). Während die einen auf Rohstoffimporte für die wirtschaftliche Entwicklung angewiesen sind, finanzieren die anderen letztere durch Rohstoffexporte. Für den Tiefseebergbau, d. h. den Abbau von Manganknollen, bedeutet dieser Unterschied konkret, daß die erstgenannten Länder an einer maximalen Förderung interessiert sein müssen, während die letztgenannten in der Befürchtung eines Preisverfalls für terrestrische Rohstoffe die Förderung von Manganknollen begrenzen, zumindest aber regulieren wollen. Die Manganknollen enthalten nämlich nicht nur Mangan, sondern darüber hinaus u. a. auch noch Nickel, Kupfer und Kobalt. Diese marinen Vorkommen übertreffen die terrestrischen z. B. bei Mangan um das 4000fache, bei Nickel um das 1500fache und bei Kupfer um das 15fache. Preissturz-

24) So Oberregierungsrat Kehden vom Bundesverkehrsministerium (Abt. Seeverkehr), der in der BRD-Delegation für Umweltfragen zuständig ist, auf dem DÜI-Kolloquium.
25) Die Gruppe der 77 wurde als informelle Gruppe von 77 Entwicklungsländern in Vorbereitung der ersten Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD I) 1964 gegründet. Mittlerweile gehören ihr mehr als 110 Mitglieder an.
26) Vgl. Wolfgang Graf Vitzthum, Der Meeresboden, in: „Vereinte Nationen" (VN), 5/74, S. 130.

erwartungen sind mithin bei einem umfangreichen Abbau nicht unbegründet. Das UNCTAD-Generalsekretariat schätzte 1974 die Einkommenseinbuße von Entwicklungsländern, die terrestrisches Kobalt, Mangan und Kupfer produzieren, auf 360 Mio. US-Dollar im Jahre 1980 voraus[27]). Auch wenn diese Schätzung obsolet ist, weil 1980 der Tiefseebergbau noch gar nicht in relevantem Umfang betrieben werden wird, zeigt sie doch, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, die die Interessen rohstoffexportabhängiger Entwicklungsländer berücksichtigen. Es gibt hier zwei disutierte Wege, die beide nicht völlig befriedigen können: Rohstoffpreisstabilisierung oder kompensatorische Zahlungen. Die von der Gruppe der 77 favorisierte Lösung, die untrennbar verknüpft ist mit dem „Enterprise-System" auf das anschließend eingegangen wird, zielt auf Preisbeeinflussung durch Absatzregulierung analog dem integrierten Rohstoffprogramm der UNCTAD. Anstelle dieser wenig effektiven und kostspieligen Regulierung setzen die Industrieländer auf ein System der Exporterlösstabilisierung, das allerdings befürchten läßt, daß die betreffenden Entwicklungsländer weiterhin tendentiell die Rohstoffproduktion bevorzugen werden. Damit würden die Entwicklungsbemühungen, die auf eine umfassende Industrialisierung hinauslaufen, untergraben. Da die Durchsetzung der erstgenannten Konzeption m. E. wenig Erfolgschancen hat, dürfte dieses System gleichwohl angenommen werden. In der Aufnahme der Preisregulierung in den informellen Verhandlungstext in der sechsten Session sahen einige Industriestaaten prompt den casus belli gekommen. Darauf wird noch in anderem Zusammenhang einzugehen sein.

Einige Positionen zum Meeresbodenregime sind hiermit bereits angesprochen worden. Auch in der entscheidenden Frage seiner Organisation lassen sich die Meinungen der drei genannten Hauptgruppen deutlich voneinander unterscheiden. Die Industrieländer schlugen ursprünglich ein reines Lizenzsystem vor. Der zu schaffenden Meeresbehörde wären nach diesem Plan ausschließlich Verwaltungsfunktionen zugekommen, die sich in der Erteilung von Abbaulizenzen für den Meeresbergbau von privaten und staatlichen Unternehmen erschöpft hätten. Die Entwicklungsländer kritisierten an diesen Vorstellungen, daß sie ihren Interessen, wie sie in UN-Res. 2749 (XXV)[28]) Ausdruck gefunden hatten, nicht entsprechen würden. In dieser Resolution wird der Meeresboden und -untergrund außerhalb der Grenzen nationaler Jurisdiktion als „common heritage of mankind" angesehen. Diese Betrachtungsweise der Tiefseeressourcen als gemeinsames Menschheitserbe (Heritage) – diese Formel ist schon enthalten in der erwähnten Initiative Maltas von 1967, das damals auch bereits die Einsetzung einer Meeresbehörde forderte – wendet sich sowohl gegen die traditionelle Sicht anarchischer „Freiheit der Meere", als auch gegen die unpräzise Abgrenzung des Tiefseebodens vom Festlandsockel im Genfer Festlandsockel-Abkommen. Das in dieser Resolution bzw. Heritage-Formel enthaltene Gebot, die Meeresressourcen zum Wohl der gesamten Menschheit unter besonderer Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu nutzen, sehen letztere im

27) Zit. nach: ebd., S. 131. Vgl. zum Beispiel Kobalt auch „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 7. 8. 1976.
28) A.a.O.

reinen Lizenzsystem nicht beachtet. So kritisierte Tansania, daß „the idea of licensing companies reminds of the German and Britisch East African Companies of colonial times and today's multi-national cooperations draining the resources of the Third World"[29]). Da dieses System Manipulationen offenstünde und die Entwicklungsländer vom direkten Zugang zu und der Verfügung über marine Rohstoffe ausschließen würde, forderten sie ein System, in dem von der Produktion bis zum Absatz sämtliche Aktivitäten ausschließlich von einer Meeresbehörde wahrzunehmen wären. Die Behörde hätte alleinige Kompetenz über den Meeresbergbau, würde aber auch gemeinsame Unternehmen mit privaten Konzernen oder staatlichen Unternehmen eingehen.

Dieses sog. Enterprise-System stieß auf die gemeinsame, inhaltlich aber grundverschiedene Kritik sowohl der entwickelten kapitalistischen wie der sozialistischen Staaten. Die ersteren kritisierten einerseits, daß bei der vorgesehenen Konstruktion der private Investor das finanzielle Risiko des Meeresbergbaus weitgehend allein zu tragen hätte[30]). Zum anderen wähnen sie einen weltweiten Dirigismus der Behörde, die durch Rohstoffpreisregulierung, Quotenfestlegung etc. nicht genügend den Interessen der Industrie entsprechen würde. Das Enterprise-System könnte auch durchaus eine reale Beeinträchtigung der Verwertung bundesrepublikanischen Kapitals zur Folge haben, da es die Bemühungen um eine Verringerung der Rohstoffimportabhängigkeit der BRD unterlaufen könnte. So sieht die Arbeitsgemeinschaft meerestechnisch gewinnbare Rohstoffe (AMR), bestehend aus den Firmen Metallgesellschaft, Preussag, Rheinische Braunkohlenwerke und Salzgitter, Chancen, selbst im Meeresbergbau tätig zu werden[31]). In den Augen der Industrie besteht denn auch ein aus dem Meeresbergbau resultierender „Konflikt zwischen der Rohstoffsicherungs- und der Entwicklungspolitik"[32]). Für die Bundesregierung, die zur Seerechtskonferenz von der AMR beraten wird, lag im konkreten Fall offenkundig die Lösung dieses Konflikts zugunsten der Rohstoffsicherung nahe[33]).

Diametral entgegengesetzt ist die Kritik der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten am Enterprise-System[34]), die von der bestehenden ungleichen technologischen Entwicklung der genannten Staatengruppen ausgeht. Als Träger dieses Systems würden demnach die über das nötige know-how verfügenden kapitalistischen Monopole dienen, denen über die „joint ventures" (gemeinsame Unternehmen) ein weiterer exklusiver Zugang zur Meeresbehörde geschaffen worden sei. Damit würden institutionell abgesicherte Supermonopole geschaffen werden, während die sozialistischen Staaten im Zugang zu den Meeresschätzen benachteiligt wären.

29) Zit. in: Renate Platzöder, Die Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen. Eine Zwischenbilanz, Ebenhausen 1975, S. 61.
30) Vgl. SZ, a.a.O.
31) Vgl. Erich Blissenbach (Vorstand Preussag, Mitglied der BRD-Delegation auf der Seerechtskonferenz)/Peter Reimer, Die Bedeutung eines neuen Seerechts für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: VN 4/75, S. 103.
32) M. Forster (Metallgesellschaft), Mangan, in: Rohstoff- und Entwicklungspolitik, erarbeitet vom Rohstoffausschuß des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, o.O. 1974, S. 168.
33) Vgl. die oben angeführte Genscher-Rede.
34) Vgl. auch „Sowjetunion heute", 7 und 22/76; „Horizont", 18/77, Sonderteil, S. 12.

Es lag nahe, zwischen den beiden konträren Systemen Enterprise contra Lizenzverteilung nach einem Kompromiß in Form eines Mischsystems zu suchen. Diese sog. dualistische Lösung wurde von den sozialistischen Staaten, Australien und den Niederlanden bereits auf der Caracas-Session 1974 vorgeschlagen. Danach würden von der Meeresbehörde einerseits den privaten und staatlichen Unternehmen für bestimmte Claims Abbaulizenzen erteilt, andererseits würde sie auch selbst parallel zu diesen Unternehmen Meeresbergbau betreiben. Dieses dualistische System, das die Interessen aller drei Hauptgruppen wahrt, haben inzwischen auch die meisten westlichen Industrienationen befürwortet. Es schien auch bereits als tragfähiger Kompromiß von mehreren Entwicklungsländern akzeptiert worden zu sein. Auf Betreiben der Mehrheit der Gruppe der 77, die an der monopolistischen Enterprise-Konzeption festhält, zogen diese Länder ihre Zustimmung jedoch überraschend zurück, woraufhin die Gespräche über diese Frage in der fünften Session im Herbst 1976 stagnierten[35]). Damit sah der ehemalige US-Außenminister Kissinger den Zeitpunkt gekommen, der Konferenz vermeintlich neue Impulse zu verleihen. In dem sog. Kissinger-Plan[36]) wird versucht, den Entwicklungsländern das dualistische System dadurch schmackhaft zu machen, daß die USA der Meeresbehörde technischen und finanziellen Beistand leisten würden, und die Tiefseebergbau-Konvention nach 25 Jahren erneut zur Diskussion und gegebenenfalls zur Revision gestellt werden sollte. Die Resonanz auf diese Vorschläge blieb erwartungsgemäß gering, da die Mehrheit der Staaten nicht an einem halbverbindlichen Abkommen interessiert sein kann.

In der vergangenen sechsten Session bahnte sich ein Kompromiß in Richtung auf die Annahme des dualistischen Systems an. Zu einem Eklat kam es erst, als eine nur aus Entwicklungsländern bestehende Arbeitsgruppe, die den informellen Verhandlungstext für die nächste Session ausarbeitete, statt in diesem den Beratungsstand auszudrücken, einseitig nur das Monopolsystem berücksichtigte. Das führte insbesondere auf seiten der USA zu einer heftigen Reaktion[37]). Die Zukunftsperspektiven im Streit um das Meeresbodenregime scheinen jedoch angesichts der bestehenden Interessen- und Machtstruktur für die Entwicklungsländer ungünstig. Dabei ist von einer Kampfabstimmungslösung abzusehen. Zwar hat die Gruppe der 77 auf der Seerechtskonferenz wohl eine ausreichende Mehrheit; eine eindeutig den Interessen aller Industrienationen widersprechende Lösung dürfte gleichwohl keine praktische Relevanz haben[38]). Die USA versuchten folglich unter dem Eindruck fortschreitender technischer Abbaumöglichkeiten, denen eine wachsende Rohstoffnachfrage korrespondiert, schon häufiger, die Konferenzteilnehmer durch Androhung von faits accomplis zu erpressen[39]). So auch nach Abschluß der sechsten Session. Inwieweit die US-Unternehmen heute bereits tatsächlich einen umfangreichen Meeresbergbau betreiben können, und inwieweit

35) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung", Fernausgabe (NZZ) v. 2. 9. und 21. 9. 1976.
36) Vgl. NZZ v. 4. 9. 1976.
37) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 22. 7. 1977; „Handelsblatt" v. 22./23. 7. 1977; NZZ v. 23. 7. 1977.
38) So auch Jürgen Grimmig/Christian Schlupp, Das Meer: Müllkippe, Selbstbedienungsladen oder „Erbe der Menschheit"?, in: „aus politik und zeitgeschichte", 5/77, S. 25.
39) Siehe u. a. Blissenbach/Reimer, a.a.O., S. 103 f.; „Die Welt" v. 1. 3. 1975; NZZ v. 15./16. 8. und 2. 9. 1976.

diese Drohungen nur als diplomatischer Holzhammer fungieren, muß offenbleiben. Man sollte bei Beurteilung dieser Einflußnahmen an die Meinung des Österreichers Karl Wolf, der den Vorsitz der Gruppe der LLGDS innehat, erinnern, die Seerechtskonferenz sei „the biggest poker game ever played"[40]). Sicher ist jedoch, daß von ihnen ein erheblicher Druck zur Annahme des dualistischen Systems ausgeht, zumal auch in anderen Industrieländern von interessierter Seite als Reaktion auf etwaige amerikanische Maßnahmen nationale Ersatz- bzw. Interimsgesetzgebung verlangt wird[41]).

Das internationale Meeresbodenregime muß zwei Elemente in sich vereinigen: Einerseits ein an den Interessen der Entwicklungsländer orientiertes Distributionssystems, andererseits die Möglichkeit ihres direkten Zugangs zu den Meeresressourcen. Da den Entwicklungsländern auch im dualistischen Modell eine von ihnen verlangte aktive Partizipation am Meeresbergbau[42]) eingeräumt würde, müßte sich eine angemessene Gewinnumverteilung zugunsten der Entwicklungsländer auf die am Meeresbergbau beteiligten staatlichen und privaten Unternehmen beziehen. Dabei würde den Investoren ein „fairer" Gewinnanteil bleiben müssen, während an die Entwicklungsländer ein „gerechter" Anteil abzuführen wäre. Letzterer könnte z. B. der Meeresbehörde oder auch der International Development Association (IDA), einer Weltbank-Tochter, die an die ärmsten Entwicklungsländer Kredite zu besonders günstigen Konditionen vergibt, zufließen. Der Weg über die IDA hätte den Vorteil, daß die Gewinne aus dem Meeresbergbau gerade auch an die Länder gingen, die von einer Ausdehnung der Wirtschaftszone auf 200 sm wenig haben. Denn die am wenigsten entwickelten Länder zählen durchweg zur Gruppe der LLGDS.

Letztlich wird die weitere Entwicklung der Seerechtskonferenz davon abhängen, ob für den Bereich des Tiefseebergbaus eine alle Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden werden wird. Daher bleibt es der Zukunft überlassen, wie lange die Beratungen noch andauern werden, ob – wie einige kritische Stimmen meinen – die Seerechtskonferenz eine Dauereinrichtung wird, oder ob es sogar zum Eklat des ergebnislosen Abbruchs und damit nur zu regionalen Lösungen kommt. Darüber heute zu befinden, wäre reine Spekulation. In der am 28. März 1978 in Genf beginnenden siebten Session soll zum ersten Mal ein einheitlicher Gesamttext erarbeitet werden.

40) Siehe sein Interview in „Ceres", 6/76, S. 29.
41) Vgl. Erich Blissenbach, Die mineralischen Rohstoffe des Meeresbodens, in: Alfons Lemper (Hrsg.), Die III. UN-Seerechtskonferenz, a.a.O., S. 81; Handelskammer Hamburg (Hrsg.), Meere zwischen Markt und Macht, Hamburg 1977, passim.
42) Vgl. Hartwig Rogge, Aktive oder passive Teilhabe der Entwicklungsländer am Meeresbergbau?, in: VRÜ 1973, S. 87ff.

Medienkritik

WENN DER SENATOR ERZÄHLT . . . ODER: MÜLLERS ESEL, DAS BIST DU

Wenn der Leser an der Seite Königin Lilibeth's die Parade der königlichen Garde abgeritten und nebenher dezent-besorgte Blicke in „Sylvias" Privatleben geworfen hat, dann kommt er bisweilen zurück auf die Seiten 9 bzw. 11 der „Bunten Illustrierten" (BI). Hier nimmt der Verleger Burda jede Woche „Stellung zu einem aktuellen Thema". Das gütig lächlende Gesicht des Senators E. h. täuscht dabei über die Schamlosigkeit hinweg, mit der in dieser Kolumne Demagogie betrieben wird.

Schon im Frühjahr (in: „Noch mehr Arbeitslose durch Kostendruck?") holte der Senator das „nüchterne ABC der Lohnpolitik" aus der Kiste. Gerade die Lohnforderungen der Gewerkschaften seien es, die ein „gerüttelt Maß Schuld" an der Arbeitslosigkeit tragen; dadurch würden verantwortungsvolle Unternehmer gezwungen zu rationalisieren, was dann die Gewerkschaften ausnutzen würden, um die anfallenden Arbeitslosen als Argument gegen die „Freie Marktwirtschaft" zu benutzen.

Nachdem die Gewerkschaften so als ein wesentlicher Verursacher der Krise denunziert sind, greift der Senator ein paar Wochen später noch ein wenig tiefer in die ideologische Trickkiste. In „Wieviel Arbeitslose haben wir in Wirklichkeit?" (BI 18/77) sind nicht mehr nur die Gewerkschaften schuld an der Arbeitslosigkeit, sondern mindestens ebenso die vielen „Drückeberger" und „Faulenzer"; von den 1 084 000 Arbeitslosen im März kennt der Senator rund 600 000, die wollen einfach nicht arbeiten; die klügeln nur immer raffiniertere Tricks aus, um keine Arbeit finden zu müssen und ihr „Dauerurlaubsgeld" genießen zu können: die gehen dann mit einem „Butterfleck auf der Krawatte" oder „leicht angesäuselt" zum Vorstellungsgespräch. Nach Abrechnung der Drückeberger behält der Senator höchstens noch 500 000 „echte" Arbeitslose übrig. Und so könnten dann – nach seiner Rechnung – durch die 244 000 offenen Stellen „wenigstens die, die wirklich arbeiten wollen, wieder einen Arbeitsplatz finden". In der nächsten Kolumne zu diesem Thema („Beruf: Arbeitsloser") verrät der Senator dann, wie die Zahl der „Drückeberger" gesenkt werden kann: der „Arbeitslosenberg" muß nur gründlich nach Faulenzern „abgeklopft" und so der „frei gewählte Beruf ‚Arbeitsloser' abgeschafft" werden. Ob die halbe Million Menschen, die dann (im Klartext gesprochen) wohl aus der Sozialversorgung genommen werden müßten, samt Familie verhungern sollen oder ob der Senator an Arbeitsdienstähnliches denkt, sagt er noch nicht. – Dafür sagt er, was man nicht tun darf: Man darf nicht „sofort lauthals" (!) von den Unternehmern fordern, „Zigtausende neuer Arbeitsplätze" zu schaffen; „und das ausgerechnet jetzt, da viele Unternehmen noch immer nicht ausgelastet sind".

Auf der Linie dieser Argumentation erscheint „der Unternehmer" als mit dem Rücken an der Wand fechtender Verteidiger des naturhaft-organischen Gangs der Wirtschaft, bedrängt von Störenfrieden in Gestalt von Gewerkschaften und Arbeitslosen. Gegen besseres Wissen (Burda deutet immer wieder implizit an, daß er auch andere Krisenmomente kennt) wird jedes mögliche Argument ausgeblendet, welches darauf verweisen könnte, daß die Krise aus den Entwicklungsbedingungen des Kapitals selbst entspringt. Anstelle der Verwertungsschwierigkeiten setzt man „Sündenböcke" und beutet so die unterschwellige Krisenangst in der Bevölkerung schamlos für die eigenen sozialen Interessen aus.

Ähnlich wie in der Kolumne Burdas lassen sich derzeit im gesamten Bereich der Massenmedien verstärkte Tendenzen finden, eine politische Strategie der Umwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Arbeitenden ideologisch vorzubereiten bzw. zu stützen, indem auf subtilste Weise die Opfer als die eigentlichen Täter ausgewiesen werden. Erste Erfolge sind bereits in Sicht: Eine Umfrage der Illustrierten „Quick" hat ergeben, daß der Ruf der Arbeitslosen immer schlechter wird.

Die ideologische Stoßrichtung ist klar; bleibt zu hoffen, daß Leute vom Schlage des Senators nie die Instrumente in die Hand bekommen, um die „Schädlinge" aus dem „Arbeitslosenberg" (oder wo es ihnen noch gefällt) „herauszuklopfen".

Henning Walter

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Einkommen in der Krise

Einer der vielen Einwände, der gegen die praktizierte Statistik der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik vorgebracht werden kann und vorgebracht wird, ist der Hinweis auf die Unterschiede zwischen „funktioneller" und „personeller" Einkommensverteilung. Dieser Einwand meint, daß selbst eine korrekte Erfassung der Verteilung zwischen Gewinn- und Lohneinkommen – die immer noch fehlt – die tatsächliche Einkommensentwicklung der Bevölkerungsgruppen nicht wiedergibt: auch „Selbständige" können Einkommen aus „unselbständiger Arbeit" beziehen, vor allem beziehen auch Lohnabhängige „Vermögenseinkommen" – vor allem Zinsen aus Spareinlagen, aber auch Erträge aus Wertpapieren.

Dieser Einwand, der darauf abzielt, die Bevölkerung als eine Masse von „Volkskapitalisten" darzustellen, die gleichzeitig auch Lohnarbeit verrichten, hält allerdings einer empirischen Überprüfung nicht stand. Denn tatsächlich ist der Anteil der „Vermögenseinkommen" am Gesamteinkommen der Lohnabhängigen sehr gering – noch geringer ist umgekehrt der Anteil der Lohneinkommen am Gesamteinkommen der Selbständigen.

Anteile der Einkommensarten am Gesamteinkommen der sozialen Gruppen 1976

	Selbständige		*Angestellte*		*Arbeiter*		*Lohnabhäng. insges.*	
	Mrd. DM	*%*	*Mrd. DM*	*%*	*Mrd. DM*	*%*	*Mrd. DM*	*%*
Nettolöhne u. gehälter	*2,1*	*1,3*	*183,6*	*87,5*	*152,2*	*80,7*	*335,8*	*84,3*
Entnommene Gewinne	*141,7*	*84,2*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*
Vermögens-einkommen	*20,6*	*12,2*	*10,8*	*5,1*	*7,2*	*3,8*	*18,0*	*4,5*
Sozialeinkommen[1])	*3,8*	*2,3*	*15,4*	*7,4*	*29,2*	*15,5*	*44,6*	*11,2*
„Verfügbare Einkommen"	*168,2*	*100,0*	*209,8*	*100,0*	*188,6*	*100,0*	*398,4*	*100,0*

1) Einschließlich Arbeitslosenunterstützungen.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 27/1977, S. 232.

Schon eine einzige Lohnerhöhung von durchschnittlich und brutto 6% im Jahre 1977 würde den Arbeitern und Angestellten netto ebensoviel bringen wie die gesamten Vermögenseinkünfte. Dabei muß berücksichtigt werden, daß in der Einteilung der sozialen Gruppen in Lohnabhängige und Selbständige ein verzerrender Faktor enthalten ist: die Spitzenmanager werden als Angestellte gezählt. Sie verfügen aber in der Regel gleichzeitig über größere Aktienpakete und andere Wertpapiere und erhalten daher neben ihren Vorstands- und Aufsichtsratsbezügen auch erhebliche Vermögenseinkünfte. Sie drücken also den Durchschnitt bei der Gruppe der Angestellten kräftig in die Höhe.

Der niedrige Anteil der Vermögenseinkommen bei den Lohnabhängigen bleibt auch bei der Betrachtung der Haushalte, wobei das Einteilungskriterium die Tätigkeit des „Haushaltungsvor-

standes" als „Arbeitnehmer" oder „Selbständiger" ist. Auch die Bezüge der Haushalte der Lohnabhängigen bestehen nur zu einem geringen Teil aus „Vermögenseinkommen". Das statistische Bundesamt ermittelte für 1975 – neuere Daten liegen von dieser Seite noch nicht vor – einen Anteil von 5,8%. Der Anteil ist demnach im übrigen seit 1972 gleichgeblieben: seit 1962 hat er sich trotz Sparförderung und „vermögenswirksamen" Tarifverträgen nur leicht von 4,3% gesteigert (Wirtschaft und Statistik, 6/1977, S. 362).

Die Lebenssituation der Arbeiter und Angestellten wird also nach wie vor fast ausschließlich von der Entwicklung der Löhne und Gehälter bestimmt, wobei berücksichtigt werden muß, daß auch die Höhe der Arbeitslosenunterstützungen – 1976 ca. ein Drittel der „Sozialeinkommen" – direkt von der Höhe der Löhne und Gehälter abhängt.

Zwischen 1974 und 1976 ist der Anteil der Vermögenseinkommen an den Bezügen der Lohnabhängigen sogar leicht zurückgegangen, obwohl die Sparquote angestiegen ist. Das hängt weitgehend mit der Entwicklung der Sparzinsen zusammen, die in der Vergangenheit gesunken sind.

In vorangegangen Wirtschaftsinformationen (vgl. „Blätter", 3/77) wurde bereits auf die besonders 1976 weit auseinanderklaffende Entwicklung der Einkommensverteilung hingewiesen – wobei dort von der „funktionellen" Verteilung des Volkseinkommens zwischen Löhnen und Gewinnen ausgegangen wurde. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aus Westberlin hat nun Daten für die „personelle" Verteilung vorgelegt, die dieses Bild noch weit schärfer zeichnen. Es wird dabei allerdings von den „verfügbaren Einkommen" ausgegangen. Dabei werden bei den „Selbständigen" nur die entnommenen, nicht die in den Betrieben einbehaltenen Gewinne gerechnet. Bei den „Vermögenseinkommen" werden die Zinsen auf Konsumentenschulden abgezogen, auch werden die Kfz-Steuer und die Überweisungen von ausländischen Arbeitern in ihre Heimatländer abgesetzt.

Dieses Konzept ist sicher angreifbar, weil die ausgewiesene Einkommensentwicklung der „Selbständigen" nicht nur von der tatsächlichen Gewinnentwicklung, sondern auch von der Ausschüttungspraxis der Betriebe und vom Investitionsverhalten der Unternehmer abhängt. Kauft z. B. ein „Selbständiger" vom Gewinn seines Unternehmens eine Maschine für den Betrieb, so handelt es sich bei der betreffenden Summe um „einbehaltenen Gewinn". Er steht nach dem Konzept des „verfügbaren Einkommens" dem „Selbständigen" nicht zur Verfügung, steigert es also nicht. Zieht aber der gleiche Unternehmer die gleiche Summe aus dem Betrieb heraus und kauft dafür ein Aktienpaket, so taucht diese Summe als „entnommener Gewinn" in der Berechnung des „verfügbaren Einkommens" auf. Noch uneinsichtiger ist diese Abgrenzung, wenn das Ausschüttungsverhalten von Aktiengesellschaften betrachtet wird. So kann ein Konzern z. B. seinen Gewinn als offene Rücklage einbehalten. Dann steigt zwar – abgesehen von kurzfristigen spekulativen Bewegungen – langfristig der Aktienkurs, der Gewinn aber taucht nicht in der Berechnung des „verfügbaren Einkommens" der Aktionäre auf. Schüttet der Konzern seinen Gewinn in Form von Dividende an die Aktionäre aus, so steigert diese das „verfügbare Einkommen", auch wenn er die gleiche Summe in Form einer Kapitalerhöhung von den gleichen Aktionären wieder zurückholt.

Die tatsächliche Einkommensverteilung wird also – bei allen Mängeln – durch die Berechnung der „funktionellen" Aufteilung zwischen Löhnen und Gewinnen korrekter wiedergegeben als durch die Berechnung der „verfügbaren Einkommen" in der „personellen" Verteilungsrechnung.

Trotzdem ist die letztere nicht uninteressant. Sie gibt nämlich vor allem für den Berechnungszeitraum der Wirtschaftskrise 1974–76 deutlich Auskunft über das Investitionsverhalten der Konzerne. So ist dem Leser der Wirtschaftspresse die Behauptung der Krisenjahre erinnerlich, die rückläufige Investitionstätigkeit sei auf einen Mangel an Gewinnen zurückzuführen, die Mittel fehlten den Unternehmern einfach. Daraus wurde und wird die Forderung nach einer Senkung des Lohnanteils abgeleitet, um die Konjunktur über eine Investitionserhöhung zu beleben.

Tatsächlich aber stiegen die entnommenen Gewinne zwischen 1974 und 1976 um fast 25%. Das gilt auch für das Hauptkrisenjahr 1975: die entnommenen Gewinne vergrößerten sich immerhin um 10 Mrd. DM oder fast 9%.

Die Investitionsmittel waren also vorhanden – das vor allem macht die Einkommensberechnung des DIW deutlich. Sie wurden jedoch weniger für Realinvestitionen, sondern in stärkerem Maße als zuvor zur Geldkapitalbildung verwendet.

Diese Veränderung der Verwendungsstruktur der Gewinne führte – neben den ohnehin kräftigen Gewinnerhöhungen – zu einer sprunghaften Steigerung der „verfügbaren Einkommen" der „Selbständigen".

Personelle Einkommensverteilung[1])

	Selbständige		*Lohnabhängige*	
	In Mrd. DM	*In %*[2])	*In Mrd. DM*	*In %*[2])
1974	*135,5*	–	*357,1*	–
1975	*148,9*	+ 9,9	*385,7*	+8,0
1976	*168,2*	+13,0	*398,4*	+3,3

1) Ohne Personen in Anstalten.
2) In % gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", Nr. 27/1977, S. 232.

Die „verfügbaren" Einkommen der Lohnabhängigen erhöhten sich zwischen 1974 und 1976 um 11,6%. Da im gleichen Zeitraum die Lebenshaltungskosten von „Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen" um 11% anstiegen, ist seit 1974 real kein Einkommenszuwachs mehr zu verzeichnen.

Infolgedessen haben sich die Haushaltseinkommen weiter auseinanderentwickelt. Ein durchschnittlicher Selbständigenhaushalt verfügte 1976 über fast das dreifache an „verfügbarem" Einkommen wie ein Arbeiterhaushalt. Dabei – das muß nochmals betont werden – „verfügen" die „Selbständigen" auch über ihre Betriebe und die dort einbehaltenen Gewinne. Schon in dieser statistischen Unvergleichbarkeit der „verfügbaren" Einkommen der verschiedenen Haushalte zeigt sich der unterschiedliche Charakter der Einkommen aus Lohnarbeit und aus Gewinnen.

Monatliche Durchschnittseinkommen je Haushalt

	Selbständige	*Angestellte*		*Arbeiter*	
	DM	*DM*	*%*[1])	*DM*	*%*[1])
1974	*5146*	*2395*	*46,5*	*2014*	*39,1*
1975	*5737*	*2597*	*45,3*	*2206*	*38,5*
1976	*6563*	*2695*	*41,1*	*2298*	*35,0*

1) In % der Durchschnitsseinkommen der Selbständigen-Haushalte.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 27/1977, S. 237.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß zu den „Selbständigen" ganz unterschiedliche Einkommensbezieher gezählt werden. Das spiegelt sich schon in der großen Streuung der Einkommenshöhen wider.

So verfügten 1976 nur 173 000 Haushalte der „Selbständigen" mit einem monatlichen Einkommen über 10 000 DM – das waren 7,7% der Haushalte – über ein monatliches Durchschnittseinkommen von 21 632 DM und damit über 25,4% der Selbständigeneinkommen. Dagegen bezogen 25,3% der Selbständigen mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen unter 4000 DM nur 12,3% der Gesamtbezüge.

horizont

sozialistische Wochenzeitung der DDR für internationale Politik und Wirtschaft

horizont

Berliner Verlag,
DDR-1056 Berlin,
Karl-Liebknecht-
Straße 29

bringt jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen der internationalen Politik und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

Ein Probleexemplar kann beim Verlag direkt angefordert werden.

— — — — — — — —

Senden Sie den Kupon als Bestellung an Brücken-Verlag, 4000 Düsseldorf, Ackerstraße 3

☐ Ich möchte „horizont" zum Jahresabonnement von DM 78,– zuzüglich Portogebühren DM 10,60 beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.

Name _____ Vorname _____

PLZ, Ort _____ Hausnummer _____

Doch auch hier ist die wenig aussagekräftige Berechnungsmethode zu berücksichtigen. So ist anzunehmen, daß bei den Haushalten mit hohem Durchschnittseinkommen auch der Anteil der „nicht-entnommenen Gewinne" höher ist, während „Selbständige" mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen, das auf dem Niveau der Arbeiterhaushalte liegt – immerhin 3,7% der Gesamtzahl – ihr Einkommen weitgehend für Konsumzwecke benötigen.

Diese wenigen Hinweise zeigen, daß bei der Benutzung der Statistik der „verfügbaren Einkommen" äußerste Vorsicht geboten ist. Das gilt um so mehr für die globale Größe der „verfügbaren Einkommen" insgesamt. Nur zu oft werden durch Benutzung solche Globalzahlen die wesentlichen Unterschiede verwischt. Gerade in der Vergangenheit ist mit dem Hinweis auf die vergleichsweise rasche Entwicklung der „verfügbaren Einkommen" insgesamt die Behauptung gestützt worden, Lohnerhöhungen seien zumindest aus Gründen der Kaufkraftentwicklung überflüssig, da die Einkommenszuwächse von den Arbeitern und Angestellten ohnehin gespart würden. Nun zeigt sich, daß die realen „verfügbaren" Einkünfte der Lohnabhängigen seit 1974 stagnieren – der Anstieg Gesamteinkommen und der Sparquote also vor allem auf den Einkommenszuwachs der „Selbständigen" zurückzuführen war. Jörg Goldberg

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 56,–; öS 375,–; hfl 54,–; bfrs 792,–; FF 108,–; £ 13,20; Lit 19 500,–; dkr 127,50; nkr 127,50; skr 92,–; Yen 6600; $ 22,40. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 362501. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

TEUFEL, Dieter, geb. 1952, Studium der Biologie, Chemie und Physik, Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg. *** *PROFT, Hildegard,* geb. 1944 in Duisburg, Lehrerin für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Berufsverbot seit 1974, in der Frauenbewegung aktiv seit 1969. *** *ABENDROTH, Dr. Wolfgang,* em. Prof. für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. *** *BARNABY, Dr. Frank,* Direktor des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). *** *BARTSCH, Dr. Hans-Werner,* Prof. für evangelische Theologie, Universität Frankfurt/M. *** *BECHERT, Dr. Dr. h.c. Karl,* em. Prof. für theoretische Physik, Universität Mainz, und ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter. *** *BLOCH, Dr. Ernst,* em. Prof. für Philosophie, Universität Tübingen. *** *BORM, William,* ehem. Alterspräsident des Deutschen Bundestages (FDP). *** *v. BREDOW, Dr. Wilfried Frhr.,* Prof. für Politikwissenschaft, Universität Marburg. *** *DESCHNER, Dr. Karlheinz,* Schriftsteller. *** *v. EHRENSTEIN, Dr. Dieter,* Prof. für Physik, Universität Bremen. *** *GALTUNG, Dr. Johan,* Prof. für Friedens- und Konfliktforschung, Universität Oslo. *** *HENSCHE, Detlev,* Mitglied des Hauptvorstands der IG Druck und Papier. *** *HOLZ, Dr. Hans Heinz,* Prof. für Philosophie, Universität Marburg. *** *KADE, Dr. Gerhard,* Prof. für Statistik und Ökonometrie, TH Darmstadt. *** *KLOPPENBURG, Dr. h.c. Heinz,* Oberkirchenrat i.R. *** *KRECK, Dr. Walter,* Prof. für evangelische Theologie, Universität Bonn. *** *KRELL, Dr. Gert,* Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). *** *MASKE, Achim,* Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. *** *NIEMÖLLER, Dr. h.c. Martin,* Kirchenpräsident i.R. *** *PAULING, Dr. Linus,* Prof. für Chemie, Träger des Friedensnobelpreises. *** *RIDDER, Dr. Helmut,* Prof. für öffentl. Recht, Universität Gießen. *** *SENGHAAS, Prof. Dr. Dieter,* Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). *** *STRASSMANN, Dr. Fritz,* em. Prof. für Chemie, Universität Mainz. *** *WULFF, Dr. Erich,* Prof. für Psychiatrie, Medizinische Hochschule Hannover. *** *RODEJOHANN, Josef,* geb. 1947 in Lippstadt/Westf., Dipl.-Pol., Wissenschaftlicher Angestellter in Berlin (West). *** *GREINER, Bernd,* geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA. *** *VETTER, Heinz Oskar,* geb. 1917 in Bochum, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos, Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M.; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GOTTSCHALCH, Holm,* geb. 1945, Diplompsychologe, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Psychologie der Technischen Universität Berlin (West). *** *STUDIER, Alphons,* geb. 1950 in Hamburg, Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und des öffentlichen Rechts an der Universität Hamburg. *** *TRIPP, Dr. G. Matthias,* geb. 1937 in Köln, Privatdozent für Philosophie und Erkenntnistheorie an der FU Berlin (West).

Bemerkung

Zugunsten der über Erwarten zahlreich eingegangenen Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe mußten wir in dieser Ausgabe leider auf die Rubriken „Bücher" und „Dokumente zum Zeitgeschehen" verzichten. Wir bitten unsere Leser um Verständnis. D. Red.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

KOERTING
CLAUS 0552
80311

RETHELSTR 147

4000 DUESSELDORF 1

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allauh
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Wolf Graf v. Baudissin
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Fenner Brockway
Zbigniew Brzezinski
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Walter Fabian
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Walter Kreck
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Muelman
Daniil Melnikow
Jutta Menschik
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Gustav Obermair
Lászlo Márton Pákozdy
Linus Pauling
Helveg Petersen
Wolfgang Pfaffenberger
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Roman Rudenko
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
May Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Erich Wulff
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

TEUFEL, Dieter, geb. 1952, Studium der Biologie, Chemie und Physik, Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg. *** *PROFT, Hildegard,* geb. 1944 in Duisburg, Lehrerin für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Berufsverbot seit 1974, in der Frauenbewegung aktiv seit 1969. *** *ABENDROTH, Dr. Wolfgang,* em. Prof. für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. *** *BARNABY, Dr. Frank,* Direktor des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). *** *BARTSCH, Dr. Hans-Werner,* Prof. für evangelische Theologie, Universität Frankfurt/M. *** *BECHERT, Dr. Dr. h.c. Karl,* em. Prof. für theoretische Physik, Universität Mainz, und ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter. *** *BLOCH, Dr. Ernst,* em. Prof. für Philosophie, Universität Tübingen. *** *BORM, William,* ehem. Alterspräsident des Deutschen Bundestages (FDP). *** *v. BREDOW, Dr. Wilfried Frhr.,* Prof. für Politikwissenschaft, Universität Marburg. *** *DESCHNER, Dr. Karlheinz,* Schriftsteller. *** *v. EHRENSTEIN, Dr. Dieter,* Prof. für Physik, Universität Bremen. *** *GALTUNG, Dr. Johan,* Prof. für Friedens- und Konfliktforschung, Universität Oslo. *** *HENSCHE, Detlev,* Mitglied des Hauptvorstands der IG Druck und Papier. *** *HOLZ, Dr. Hans Heinz,* Prof. für Philosophie, Universität Marburg. *** *KADE, Dr. Gerhard,* Prof. für Statistik und Ökonometrie, TH Darmstadt. *** *KLOPPENBURG, Dr. h.c. Heinz,* Oberkirchenrat i.R. *** *KRECK, Dr. Walter,* Prof. für evangelische Theologie, Universität Bonn. *** *KRELL, Dr. Gert,* Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). *** *MASKE, Achim,* Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. *** *NIEMÖLLER, Dr. h.c. Martin,* Kirchenpräsident i.R. *** *PAULING, Dr. Linus,* Prof. für Chemie, Träger des Friedensnobelpreises. *** *RIDDER, Dr. Helmut,* Prof. für öffentl. Recht, Universität Gießen. *** *SENGHAAS, Prof. Dr. Dieter,* Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). *** *STRASSMANN, Dr. Fritz,* em. Prof. für Chemie, Universität Mainz. *** *WULFF, Dr. Erich,* Prof. für Psychiatrie, Medizinische Hochschule Hannover. *** *RODEJOHANN, Josef,* geb. 1947 in Lippstadt/Westf., Dipl.-Pol., Wissenschaftlicher Angestellter in Berlin (West). *** *GREINER, Bernd,* geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA. *** *VETTER, Heinz Oskar,* geb. 1917 in Bochum, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos, Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M.; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GOTTSCHALCH, Holm,* geb. 1945, Diplompsychologe, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Psychologie der Technischen Universität Berlin (West). *** *STUDIER, Alphons,* geb. 1950 in Hamburg, Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und des öffentlichen Rechts an der Universität Hamburg. *** *TRIPP, Dr. G. Matthias,* geb. 1937 in Köln, Privatdozent für Philosophie und Erkenntnistheorie an der FU Berlin (West).

Bemerkung

Zugunsten der über Erwarten zahlreich eingegangenen Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe mußten wir in dieser Ausgabe leider auf die Rubriken „Bücher" und „Dokumente zum Zeitgeschehen" verzichten. Wir bitten unsere Leser um Verständnis. D. Red.